

Geschäftsstelle

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

**Sammlung und Auswertung der Ergebnisse der Öffentlichkeitsbe-
teiligung durch die Kommission**

Stand: 22. Juni 2016

<p>Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe K-Drs. 259</p>

Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe

Arbeitsdokument zur fortlaufenden Sammlung und Auswertung der Ergebnisse der
Öffentlichkeitsbeteiligung

29.06.2016

Fokus auf zentrale Ergebnisse

In dieser Tabelle werden die zentralen Anregungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung dokumentiert. Die Auswahl wird von den Beteiligten und Moderatoren vorgenommen und von den Botschaftern geprüft. Dieses Verfahren ermöglicht die Nutzung der Ergebnisse im Bericht der Kommission.

Für die vollständige Dokumentation stehen je nach Beteiligungsformat Videodokumentationen, Visualisierungsprotokolle oder anderes zur Verfügung.

Hinweise zu den Spalten

Thema und Unterthemen:
Gliederung der Ergebnisse in Anlehnung an die jeweils aktuelle Struktur der Kommission. Die Zuordnung ist im Rahmen der Fortschreibung laufend zu überprüfen.

Inhalt und Zustimmungsgrad:
Beschreibung der inhaltlichen Anregung und des Zustimmungsgrads innerhalb der Arbeitsgruppe (weitgehender Konsens, Dissens, oder Einzelvotum)

Beteiligungsformat und Quelle:
Veranstaltung bzw. Beteiligungsformat, ggf. Arbeitsgruppe oder Datum, Link zur Gesamtdokumentation

Aussage Kommission:
Verweis auf den entsprechenden Berichtsteil, ggf. Übereinstimmungsgrad

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Bürgerdialog	Fokusgruppe 1 „Standortsuche im gesellschaftlichen Konsens“	20.06.2015	Berlin	Grundsätze	Konsensbildung	Definition Konsens	Um einen „gesellschaftlichen Konsens“ bei der Standortauswahl feststellen zu können, sollte die Kommission klären, welche Qualität und Umfang von Zustimmung zu den Standortsuchbedingungen sie darunter versteht. Gesellschaftlicher Konsens ist ein Prozess. Spielregeln müssen definiert, die Glaubwürdigkeit des Verfahrens belegt werden.	BD294	weitgehender Konsens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296572">http://dbtg.tv/cv/id/5296572"; http://dbtg.tv/cvid/5296572	Video	Fr. Kotting-Uhl; Hr. Meister	B 7.2.1
Bürgerdialog	Fokusgruppe 1 „Standortsuche im gesellschaftlichen Konsens“	20.06.2015	Berlin	Grundsätze	Konsensbildung	Bestehende Konsense	Die Gruppe sieht derzeit als bestehende Konsense in der Gesellschaft und auch in der Kommission: - Es gibt die nationale Verantwortung, den Atommüll in Deutschland zu lagern. - Die Öffentlichkeit muss früh an der Standortsuche beteiligt werden (z.B. Organisation regelmäßiger Veranstaltungen wie den Bürgerdialog). - Die Kriterien für die Auswahl eines langfristigen Standorts müssen wissenschaftlich basierend entwickelt werden. - In der Debatte müssen gegensätzliche Meinungen akzeptiert und ein konstruktiver Umgang damit gefunden werden	BD377	weitgehender Konsens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296572">http://dbtg.tv/cv/id/5296572"; http://dbtg.tv/cvid/5296572	Video	Fr. Kotting-Uhl; Hr. Meister	B 3. 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 6.6, 3.7, 3.8 B 7.3.4, 7.5.1
Bürgerdialog	Fokusgruppe 3 „Alternativen zur Endlagerung in Bergwerken“	20.06.2015	Berlin	Grundsätze	Konsensbildung	Gesetzliche Verankerung	Die These „Eine gesellschaftlich akzeptierte Endlagerentscheidung ist nur bei einem grundgesetzlich verankerten Atomausstieg möglich“ wurde von einem Teil der Gruppe nicht bestätigt.	BD470	Dissens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296574">http://dbtg.tv/cv/id/5296574"; http://dbtg.tv/cvid/5296574	Video	Hr. Kudla; Hr. Kleemann	B 3.3.3
Bürgerdialog	Fokusgruppe 1 „Standortsuche im gesellschaftlichen Konsens“	20.06.2015	Berlin	Öffentlichkeitsbeteiligung	Information	Leitlinien der Information	Die Information der Öffentlichkeit ist die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Einigung. Der Kommission wird empfohlen: - über die konkreten Risiken aufzuklären, um unspezifische Befürchtungen und Ängste durch aufgeklärte Risikowahrnehmung zu ersetzen; - Betroffenheit aufzuzeigen, um bislang nicht-interessierte Gruppen zu erreichen; - eine Kampagne durchzuführen, die von der Art und Weise mit „Gib AIDS keine Chance“ vergleichbar ist und mit plakativen Aussagen Bürger für das Thema sensibilisiert; - sehr niederschwellige Informationsangebote zu machen, z.B. durch kurze, erklärende Videoclips in den sozialen Medien - repräsentative Bürgerbefragungen durchzuführen, um den Informationsbedarf und Einschätzungen der Bevölkerung messen zu können. - Seriöser Journalismus ist ein wichtiges Mittel der Kommunikation	BD524	weitgehender Konsens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296572">http://dbtg.tv/cv/id/5296572"; http://dbtg.tv/cvid/5296572	Video	Fr. Kotting-Uhl; Hr. Meister	B 7.3.4
Bürgerdialog	Fokusgruppe 2 „Einfluss der Öffentlichkeit auf das Suchverfahren“	20.06.2015	Berlin	Öffentlichkeitsbeteiligung	Information	Niederschwellige Angebote	Wir brauchen Informations- und Beteiligungsangebote, die leicht und verständlich zugänglich sind, auch für diejenigen, die keine Fachexperten sind. Es sollte zu jeder Zeit möglich sein, in den Beteiligungsprozess einzusteigen, auch wenn man vorherige Schritte „verpasst“ hat.	BD625	weitgehender Konsens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296573">http://dbtg.tv/cv/id/5296573"; http://dbtg.tv/cvid/5296573	Video	Hr. Gaßner; Hr. Ott	B 7.3.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Bürgerdialog	Plenum	20.06.2015	Berlin	Öffentlichkeitsbeteiligung	Ergebnissicherung	Zusammenfassung nachvollziehbar	Wenn die Beteiligung stark auf die Erarbeitung von Ergebnissen fokussiert, und viel Wert auf den Transport dieser Ergebnisse an die Entscheidungsträger liegt, besteht die Gefahr, dass Beteiligte ihre Wahrnehmung der Diskussionsinhalte nicht ausreichend in der Zusammenfassung wiederfinden und sich schlechtesten Fall manipuliert fühlen. Zukünftige Beteiligungsformate sollten daher sehr hohen Wert darauf legen, die Ergebnissicherung methodisch so zu gestalten, dass die Auswahl der Gesprächspunkte für die Zusammenfassung für alle Beteiligten nachvollziehbar ist.	BD783	Einzelvotum		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296573">http://dbtg.tv/cv/id/5296573"; http://dbtg.tv/cvid/5296573	Video	Hr Gaßner; Hr Ott	B 7.7
Bürgerdialog	Fokusgruppe 2 „Einfluss der Öffentlichkeit auf das Suchverfahren“	20.06.2015	Berlin	Öffentlichkeitsbeteiligung	Mitbestimmung	Vetorecht	Wann soll es ein Vetorecht geben? Einzelstimmen: - Die letztendliche Standortentscheidung soll von politisch gewählten Repräsentanten getroffen werden. Die Kommunen sollten hier kein Vetorecht haben. Die Kommunen sollten aber in der Lage sein, unter bestimmten Voraussetzungen Verfahrensschritte abzubrechen, so dass sie neu gestartet werden müssen. Für wen soll es ein Vetorecht geben? - Die Gruppe hat keine Definition gefunden, wie die mitbestimmende Region abgegrenzt werden kann, sieht diese Definition aber als wichtige Aufgabe für die Kommission. Wie kann man die Bereitschaft generieren, dass sich Regionen an der Standortsuche beteiligen? - Es muss Ausgleichsmaßnahmen geben, die die Nachteile der Region kompensieren. Sie müssen aber vollständig transparent vergeben werden.	BD828	Dissens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296573">http://dbtg.tv/cv/id/5296573"; http://dbtg.tv/cvid/5296573	Video	Hr Gaßner; Hr Ott	B 7.4, 7.3.3
Bürgerdialog	Fokusgruppe 1 „Standortsuche im gesellschaftlichen Konsens“	20.06.2015	Berlin	Öffentlichkeitsbeteiligung	Mitbestimmung	Volksentscheid	Die Gruppe war sich nicht einig, ob die Instrumente Volksentscheid und regionales Vetorecht dazu beitragen kann, den Standort mit bestmöglicher Sicherheit zu finden. Vetorecht: - Auf der einen Seite kann ein Vetorecht die gesellschaftliche Akzeptanz steigern, auf der anderen Seite besteht das Risiko im Prozess der Standortsuche nicht weiter zu kommen. - Ist ein Vetorecht bei einem gesellschaftlichen Konsens noch notwendig? Volksentscheid: - Es sollte kein Volksentscheid über die Standortentscheidung geben, sondern über den Prozess der Standortsuche. - Für einen Volksentscheid besteht die Herausforderung breite Teile der Bevölkerung für den Entscheid zu aktivieren. Jedoch ist in Deutschland die Kultur einer direkten Beteiligung noch nicht sehr ausgeprägt.	BD931	Dissens		http://dbtg.tv/cv/id/5296572	Video	Fr Kotting-Uhl; Hr Meister	B 7.2, 7.2.2, 7.4, 7.4.3

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Bürgerdialog	Fokusgruppe 3 „Alternativen zur Endlagerung in Bergwerken“	20.06.2015	Berlin	Standortkriterien	Entsorgungspfade	Einordnung der Entsorgungspfade	Die von der AG 3 erstellte Liste der Entsorgungspfade erscheint der Gruppe vollständig. Auch die vorgeschlagene Kategorisierung (A: Aktive Weiterverfolgung, B: Beobachtung, C: Keine realistische Alternative) wird als plausibel bewertet. Die Option Langzeitzwischenlagerung sollte im Zusammenhang mit der Aussicht auf spätere Forschungsergebnisse zu tiefen Bohrlöchern betrachtet werden. Anm. Herrn Wenzel während der Veranstaltung: Konsens wird in der Kommission nicht geteilt. Beweis für die Beherrschbarkeit der Tiefenlagerung steht noch aus.	BD1057	weitgehender Konsens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296574">http://dbtg.tv/cv/id/5296574"; http://dbtg.tv/cvid/5296574	Video	Hr Kudla; Hr Kleemann	B 5
Bürgerdialog	Fokusgruppe 3 „Alternativen zur Endlagerung in Bergwerken“	20.06.2015	Berlin	Standortkriterien	Entsorgungspfade	Einordnung der Entsorgungspfade	Die Gruppe sieht derzeit bestehenden Konsens, dass die Einordnung des Entsorgungspfad 5.2 "Endlagerung im Bergwerk, im Salz oder Tonstein oder Kristallingestein ohne die Möglichkeit der Rückholung" in die Kategorie C nochmals überdacht werden sollte. Eine Einstufung in die Kategorie B erscheint der Fokusgruppe sinnvoller.	BD1144	weitgehender Konsens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296574">http://dbtg.tv/cv/id/5296574"; http://dbtg.tv/cvid/5296574	Video	Hr Kudla; Hr Kleemann	B 5.2, 5.3, 5.4
Bürgerdialog	Fokusgruppe 3 „Alternativen zur Endlagerung in Bergwerken“	20.06.2015	Berlin	Standortkriterien	Entsorgungspfade	Abfallarten	Mittel- und schwachradioaktive Abfälle sollten nicht Gegenstand der Kommissionsarbeit sein, damit das Problem der hochradioaktiven Abfälle fokussiert bearbeitet werden kann.	BD1276	weitgehender Konsens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296574">http://dbtg.tv/cv/id/5296574"; http://dbtg.tv/cvid/5296574	Video	Hr Kudla; Hr Kleemann	B 1.3 B 2.2.4.1
Bürgerdialog	Fokusgruppe 3 „Alternativen zur Endlagerung in Bergwerken“	20.06.2015	Berlin	Standortkriterien	Entsorgungspfade	Transmutation	Die Gruppe konnte sich nicht darauf einigen, ob die Technologie der Transmutation weiter beobachtet (B) oder als nicht realistische Alternative (C) eingeordnet werden soll.	BD1352	Dissens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296574">http://dbtg.tv/cv/id/5296574"; http://dbtg.tv/cvid/5296574	Video	Hr Kudla; Hr Kleemann	B 5.4, 5.4.2
Bürgerdialog	Fokusgruppe 3 „Alternativen zur Endlagerung in Bergwerken“	20.06.2015	Berlin	Standortkriterien	Entsorgungspfade	Transmutation	Eine Teilnehmerin äußerte explizit, dass sie ihre Meinung in der Diskussion geändert hat, nachdem sie gehört hatte, dass für die weitere Erforschung der Transmutation eine Nuklearindustrie erforderlich sei.	BD1484	Einzelvotum		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296574">http://dbtg.tv/cv/id/5296574"; http://dbtg.tv/cvid/5296574	Video	Hr Kudla; Hr Kleemann	B 5.4, 5.4.2
Bürgerdialog	Fokusgruppe 3 „Alternativen zur Endlagerung in Bergwerken“	20.06.2015	Berlin	Standortkriterien	Entsorgungspfade	Standortbewertung	Die Eignung eines Standorts kann nur im Vergleich mehrerer Standorte ermittelt werden. Ein derartiger Standortvergleich muss wissenschaftlich überprüft werden.	BD1572	weitgehender Konsens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296574">http://dbtg.tv/cv/id/5296574"; http://dbtg.tv/cvid/5296574	Video	Hr Kudla; Hr Kleemann	B 6.3 8.7.5
Bürgerdialog	Fokusgruppe 3 „Alternativen zur Endlagerung in Bergwerken“	20.06.2015	Berlin	Standortkriterien	Fehlerkorrekturen	Rückholbarkeit spezifizieren	Das Kriterium der Rückholbarkeit und Bergbarkeit sollte von der Kommission sehr viel spezifischer ausarbeitet werden, um Sicherheit und Fehlertoleranz im zeitlichen Verlauf besser beurteilen zu können.	BD1615	weitgehender Konsens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296574">http://dbtg.tv/cv/id/5296574"; http://dbtg.tv/cvid/5296574	Video	Hr Kudla; Hr Kleemann	B 5.4, 5.5 6.4
Bürgerdialog	Fokusgruppe 3 „Alternativen zur Endlagerung in Bergwerken“	20.06.2015	Berlin	Standortkriterien	Fehlerkorrekturen	abweichende Expertenstimmen	Kritische Stimmen sollten bei der Ausarbeitung der Bewertungskriterien sorgfältig angehört werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass von der Mehrheitsmeinung abweichende Expertenstimmen häufig marginalisiert wurden.	BD1740	weitgehender Konsens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296574">http://dbtg.tv/cv/id/5296574"; http://dbtg.tv/cvid/5296574	Video	Hr Kudla; Hr Kleemann	B 2.4
Bürgerdialog	Fokusgruppe 4 „Kosten verursachergerecht tragen“	20.06.2015	Berlin	Finanzierung	Grundsätze der Finanzierung	Zieldefinition	Die zentral zu lösende Frage lautet: Wie stellen wir als Bürger und Steuerzahler sicher, dass wir am Ende nicht auf dem größten Teil der Kosten sitzen bleiben?	BD1830	weitgehender Konsens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296575">http://dbtg.tv/cv/id/5296575"; http://dbtg.tv/cvid/5296575	Video	Hr Jäger; Hr Sommer	B 3.5.2, 3.8
Bürgerdialog	Fokusgruppe 4 „Kosten verursachergerecht tragen“	20.06.2015	Berlin	Finanzierung	Grundsätze der Finanzierung	Verursacherdefinition	Von einzelnen Teilnehmern wurde hinterfragt, ob das geltende Verursacherprinzip angesichts der Kosten und der wirtschaftlichen Lage der EVU vollständig realisiert werden kann.	BD1914	Einzelvotum		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296575">http://dbtg.tv/cv/id/5296575"; http://dbtg.tv/cvid/5296575	Video	Hr Jäger; Hr Sommer	B 3.5.2, 3.8

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Bürgerdialog	Fokusgruppe 4 „Kosten verursachergerecht tragen“	20.06.2015	Berlin	Finanzierung	Grundsätze der Finanzierung	Zuordnung Nutzen und Kosten	Es soll eine gemeinsame Bewertung des Kernenergieeinsatzes zur Stromerzeugung durch alle Stakeholder (Staat, Gesellschaft, Kunden, NGO, EVU etc.) hinsichtlich, Nutzung, Kosten und Zurechenbarkeit/Verantwortung vorgenommen werden. Auf Basis dieser Grundsatzdiskussion soll dann eine faire und langfristig tragfähige Lösung gefunden werden.	BD2082	weitgehender Konsens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296575">http://dbtg.tv/cv/id/5296575"; http://dbtg.tv/cvid/5296575	Video	Hr Jäger; Hr Sommer	B 3
Bürgerdialog	Fokusgruppe 4 „Kosten verursachergerecht tragen“	20.06.2015	Berlin	Finanzierung	Grundsätze der Finanzierung	Effizienz	Wieviel mehr Sicherheit bekommen wir zu welchem Preis? Wie hoch muss das Fonds/Stiftungsvermögen dafür bemessen werden? Wer ist der Verursacher für kostenintensive Maßnahmen?	BD2192	Einzelvotum		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296575">http://dbtg.tv/cv/id/5296575"; http://dbtg.tv/cvid/5296575	Video	Hr Jäger; Hr Sommer	B 4 B 6.2
Bürgerdialog	Fokusgruppe 4 „Kosten verursachergerecht tragen“	20.06.2015	Berlin	Finanzierung	Finanzierungskonzept	Modell	Die Kommission sollte herausfinden, welches Modell (Fonds/Stiftung) in welcher Kombination oder auch als Einzellösung eine Finanzierung der dauerhaften Abfallagerung bestmöglich absichert.	BD2243	weitgehender Konsens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296575">http://dbtg.tv/cv/id/5296575"; http://dbtg.tv/cvid/5296575	Video	Hr Jäger; Hr Sommer	B 1.3
Bürgerdialog	Fokusgruppe 4 „Kosten verursachergerecht tragen“	20.06.2015	Berlin	Finanzierung	Finanzierungskonzept	Transparenz	Die Kommission sollte sich dafür einsetzen, dass bisher nicht öffentliche Papiere, die das Thema Finanzierung und Fonds-Lösung betreffen, öffentlich gemacht werden.	BD2345	weitgehender Konsens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296575">http://dbtg.tv/cv/id/5296575"; http://dbtg.tv/cvid/5296575	Video	Hr Jäger; Hr Sommer	B 1.3 B 7.3.5
Bürgerdialog	Fokusgruppe 4 „Kosten verursachergerecht tragen“	20.06.2015	Berlin	Finanzierung	Finanzierungskonzept	Kontrollorgan	Es muss ein Kontrollorgan für den Fonds/die Stiftung geschaffen werden, das ein wirtschaftlich und gesellschaftliche verantwortliches Handeln sicherstellt. Über die Zusammensetzung des Kontrollorgans wurde keine gemeinsame Empfehlung ausgesprochen.	BD2479	weitgehender Konsens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296575">http://dbtg.tv/cv/id/5296575"; http://dbtg.tv/cvid/5296575	Video	Hr Jäger; Hr Sommer	B 7.4.1
Bürgerdialog	Fokusgruppe 4 „Kosten verursachergerecht tragen“	20.06.2015	Berlin	Finanzierung	Finanzierungskonzept	Verfahren zur Umsetzung	Für Aufgaben, die die Kommission in ihrer Laufzeit nicht mehr abarbeiten kann, soll die Kommission einen Verfahrensvorschlag entwickeln, der die Transparenz und das zeitlichen Vorgehen beschreibt. Nach Ende der Kommissionszeit soll eine zentrale Anlaufstelle als Ansprechpartner für Bürger, Wissenschaftler etc. geschaffen werden.	BD2511	weitgehender Konsens				Hr Jäger; Hr Sommer	B 7.3.5, 7.4.1
Bürgerdialog	Fokusgruppe 5 „Bau, Betrieb und Kontrolle neu organisieren“	20.06.2015	Berlin	Evaluierung des Standortauswahlgesetzes	Behördenstruktur	Aus- und Weiterbildung	Bei der Neuorganisation muss auf den Erhalt und Aufbau von Fähigkeiten und Kompetenzen Wert gelegt werden, da die Arbeitsfähigkeit über viele Jahrzehnte gesichert werden muss. Dafür muss klar und bald kommuniziert werden, dass es berufliche Perspektiven bei der Lagerung radioaktiver Abfallstoffe gibt und dass es sich lohnt, sich in diesem Bereich auszubilden. Im Rahmen der Neuordnung sollten die Fragen der Aus- und Weiterbildung beantwortet werden. Anm. Herrn Wenzel während der Veranstaltung: Der Begriff „Kompetenzerhalt“ ist seit der Debatte um Gorleben verbrannt, weil mit diesem Argument der Weiterbetrieb verteidigt wurde.	BD2673	weitgehender Konsens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296576">http://dbtg.tv/cv/id/5296576"; http://dbtg.tv/cvid/5296576	Video	Hr Fischer; Hr Brunsmeier	B 8.2
Bürgerdialog	Fokusgruppe 5 „Bau, Betrieb und Kontrolle neu organisieren“	20.06.2015	Berlin	Evaluierung des Standortauswahlgesetzes	Behördenstruktur	Internationale Auswirkungen	Die Kommission sollte prüfen, ob die internationalen Freihandelsabkommen (TTIP, CETA) Auswirkungen auf die Organisationsstruktur haben könnten. So sollte z.B. geprüft werden, ob US-amerikanische Dienstleister sich in die Aufgabe einbringen könnten, oder ob solche Befürchtungen keine Grundlage haben.	BD2712	weitgehender Konsens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296576">http://dbtg.tv/cv/id/5296576"; http://dbtg.tv/cvid/5296576	Video	Hr Fischer; Hr Brunsmeier	B 8.7.1

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Bürgerdialog	Fokusgruppe 5 „Bau, Betrieb und Kontrolle neu organisieren“	20.06.2015	Berlin	Evaluierung des Standortauswahlgesetzes	Behördenstruktur	Kontrollfunktion	Es war keine Einigung zu erzielen, wo die Kontrollfunktion anzusiedeln sei. Aspekte der Diskussion waren u.a.: - Die Betreibergesellschaft soll nicht beim gleichen Ministerium liegen wie die Genehmigungsbehörde, damit die Kontrollfunktion wirksam wahrgenommen werden kann. - Die Betreibergesellschaft soll nicht beim Finanzministerium liegen, da der Bund hier als größter staatlicher Abfallbesitzer in einen Interessenkonflikt geraten würde.	BD2868	Dissens		<a ;"="" href="http://dbtg.tv/cv/id/5296576">http://dbtg.tv/cv/id/5296576"; http://dbtg.tv/cvid/5296576	Video	Hr Fischer, Hr Brunsmeier	B 7.4.1 B 8.2

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 1: "Wie können Kompensationen für den Standort fair gestaltet werden?"	12.10.2015	Berlin	Kompensation	Gewichtungsfaktor der sozioökonomischen Potenzialanalyse bei der Standortsuche		Standortbezogene sicherheitstechnische Anforderung sind maßgeblich und vorrangig. Bei gleichrangiger Bewertung von zwei Standorten sollten erst nachfolgend die sozioökonomischen Belange zur Standortbewertung herangezogen werden. Die Potenzialbewertung für die Regionalentwicklung sollte im Nachgang zur Auswahl potenzieller Standorte auf Basis einer Stärken-Schwäche-Analyse erfolgen. Eine konkrete Mitsprache sollte den Standortregionen bei der Standortentscheidung der Tagesanlage zur oberirdischen Erkundung eingeräumt werden.	RE1279	Einzelvotum				Hr Thomaske	B 6.5
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 1: "Wie können Kompensationen für den Standort fair gestaltet werden?"	12.10.2015	Berlin	Kompensation	Beteiligungsbereitschaft durch Regionalentwicklung		Die Durchführung von Verfahren zu regionalen Entwicklungsprogrammen ist dringend zu empfehlen, weil so der Endlagerstättenausbau mit einer chancenorientierten Regionalentwicklung zusammengeführt werde. Zeitpunkt hierfür ist die Phase I, Schritt 3, der Suchprozesses. Im regionalen Dialog sollten mögliche Maßnahmen der Endlagerstättenentwicklung mit bestehenden Regionalbedarfen, wie Straßenverkehrsinfrastruktur, verschränkt werden. Dabei sollte geprüft werden, welche Chancen in dem Kompetenzaufbau (u.a. in technischer Hinsicht) vor Ort bestehen (Chancenermittlung). Diese sind in einer SWOT-Analyse mit der bisherigen Regionalplanung abzugleichen und neu zu bewerten. Daran schließt sich die Bestimmung geeigneter Maßnahmen für eine erfolgreiche Entwicklung der Region an.	RE1311	Einzelvotum				Hr Thomaske	B 7.2.2, 7.4.4
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 1: "Wie können Kompensationen für den Standort fair gestaltet werden?"	12.10.2015	Berlin	Kompensation	Nachhaltigkeit der Infrastrukturmaßnahmen		Auf Basis von Erfahrungsberichten aus Standorten von Atomkraftwerken, wurde deutlich, dass Kompensationszahlungen auch zu einem Infrastrukturausbau führen, der nicht den langfristigen Trends der wirtschaftlichen- und demografischen Entwicklung entspricht. Überdimensionierte Infrastrukturen, hohe Unterhaltungskosten und geringe Auslastung belasten die Standortkommunen nach Beendigung eventueller Kompensationszahlungen stark. Daher dient eine kommunale Entwicklungsstrategie der Herstellung eines konsistenten Zielsystems zur Umsetzung eines kommunalen Entwicklungskonzepts. Eine Kommune braucht deswegen zur Verwirklichung ihrer langfristigen Ziele eine Gesamtstrategie. Für ein erfolgreiches Nachhaltigkeitsmanagement ist die Überprüfung der Entwicklung anhand definierter Kriterien und Messgrößen daher unerlässlich. Die Gesamtstrategie ist vor diesem Hintergrund potenzialorientiert im Dialog zu entwickeln. Dies muss vor Ort erörtert werden. Es sollte keine Vorabdefinition von Maßnahmen erfolgen. Zu berücksichtigen gilt dabei, dass Planungsraum von Regionalplanung und Standortregion nicht deckungsgleich sind und daher die unterschiedlichen Planungsträger und Träger öffentlicher Belange einzubinden sind.	RE1433	Einzelvotum				Hr Thomaske	B 7.2.2, 7.4.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 2: "Wie sollten Vertreter von Regionen von Beginn der Standortsuche beteiligt werden?"	12.10.2015	Berlin	Beteiligung	Rat der Regionen	Zeitpunkt	Im Laufe der Diskussion kristallisierte sich der Vorschlag heraus, den Rat der Regionen von Beginn der Standortsuche an einzurichten. Hier wurde uneinheitlich argumentiert, ob dies national machbar sei, oder erst mit der ersten Eingrenzung auf erwartete 20 bis 30 Regionen. Der Rat der Regionen muss umfassend informiert und an dem Suchprozess beteiligt werden.	RE1513	Einzelvotum				Hr Gaßner	B 7.4.2, 7.4.4
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 2: "Wie sollten Vertreter von Regionen von Beginn der Standortsuche beteiligt werden?"	12.10.2015	Berlin	Beteiligung	Rat der Regionen	Personelle Zusammensetzung	Die personelle Zusammensetzung des Rates sollte sich mit den Fortschritten der Standortsuche verändern. So kann der Rat anfangs die gesamte Bundesrepublik bzw. die 20 bis 30 erwarteten Regionen repräsentieren, mit zunehmender Eingrenzung auf Standorte sind deren Vertreter verstärkt mit einzubeziehen. Eine übergreifende und kontinuierliche Information sei schon jetzt erforderlich.	RE1610	Einzelvotum				Hr Gaßner	B 7.4.4
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 2: "Wie sollten Vertreter von Regionen von Beginn der Standortsuche beteiligt werden?"	12.10.2015	Berlin	Beteiligung	Rat der Regionen	Akteure	Welche konkreten Akteure zu welchem Zeitpunkt im Rat der Regionen vertreten sind, welche Aufgaben und Mitwirkungsrechte der Rat innehat und welche Organisationsform der Rat erhält, sind weitere zu klärende Fragestellungen.	RE1763	Einzelvotum				Hr Gaßner	B 7.4.4
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 2: "Wie sollten Vertreter von Regionen von Beginn der Standortsuche beteiligt werden?"	12.10.2015	Berlin	Beteiligung	Informationen als Voraussetzung für Beteiligung	Informationsangebot	Wie in vielen anderen Arbeitsgruppen oder auch beim Bürgerdialog Standortsuche am 20. Juni 2015 wurde deutlich, dass die Informationsmöglichkeiten über den Standortsuchprozess optimal gestaltet werden müssen, wenn gesellschaftliches Verständnis und Akzeptanz gefördert werden sollen. Die Informationen müssen leicht zugänglich, transparent, verständlich und nachvollziehbar sein und kontinuierlich gepflegt werden. Das Informationsangebot sei dabei nicht ausreichend, es müsse auch in der Gesellschaft aktiv bekannt gemacht werden. Beispielsweise über Fernsehen, Print und digitale Medien. Gerade bei dem sensiblen Thema Standortsuche für hochradioaktive Abfallstoffe sei das Informationsangebot auf höchstem Niveau zu konzipieren.	RE1838	Einzelvotum				Hr Gaßner	B 7.3.4, 7.3.5
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 2: "Wie sollten Vertreter von Regionen von Beginn der Standortsuche beteiligt werden?"	12.10.2015	Berlin	Beteiligung	Veranstaltungen für die breite Öffentlichkeit	Informationsmärkte	Neben dem oben beschriebenen Informationsangebot wurde das Format der Informationsmärkte vorgeschlagen. Dieses Format bietet die Möglichkeit, dass sich viele Bürger gleichzeitig informieren, in den Dialog treten und Anregungen einbringen. Dabei diskutieren sie in kleinen Gruppen an entsprechenden Informationsständen. Diese Stände werden von kompetenten MitarbeiterInnen neutral betreut. Diese eintägigen Informationsmärkte sollten von Beginn der Standortsuche installiert werden. Offen blieb die Anzahl der Veranstaltungen bei der bundesweiten Suche nach auszuschließenden Regionen.	RE1919	Einzelvotum				Hr Gaßner	B 7.3.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 3: "Ist ein Vetorecht/Rückschluss sinnvoll, für wen und zu welchen Schritten der Standortsuche"	12.10.2015	Berlin	Veto	Veto		Es wurde recht früh deutlich, dass alle Beteiligten es ablehnten, Kommunen oder Regionen (eine Definition blieb offen) ein vollumfängliches Recht einzuräumen, eine Standortentscheidung für die Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe durch ein „Veto“ zu blockieren. Ergebnis: Die Teilnehmenden waren sich darin einig, dass die Entscheidung für einen Standort immer zuvorderst auf der Prämisse „Sicherheit“ beruhen müsse. Ein Veto dürfe nicht zu einer Blockade einer Standortfestlegung führen.	RE11074	Einzelvotum				Fr Kotting-Uhl	B 6.2 B 7.2, 7.4.3
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 3: "Ist ein Vetorecht/Rückschluss sinnvoll, für wen und zu welchen Schritten der Standortsuche"	12.10.2015	Berlin	Veto	Nationaler/politischer Konsens zur Standortsuche und zum Standortauswahlverfahren (Phase1)		Einige Teilnehmende argumentierten, dass das Standortauswahlverfahren und damit gleichermaßen der Weg zur Standortbestimmung eines zentralen Lagers hoch radioaktiver Abfallstoffe eine parlamentarische oder politische Entscheidung sein müsse. Voraussetzung dazu sei vor allem eine politische Einigung zu den Modi und den Kriterien des Auswahlverfahrens. Dies könne auch eine Mehrheitsentscheidung sein. Andere argumentierten hingegen, dass es einen gesamtgesellschaftlichen Konsens zum Auswahlverfahren und den darin formulierten Kriterien geben müsse. Nicht abschließend diskutiert wurde, wie ein solcher gesamtgesellschaftlicher Konsens herzustellen bzw. abzufragen sei. Ergebnis: Zwar waren sich die Teilnehmenden darin einig, dass es eine Art nationalen Konsens zu dem Standortauswahlverfahren und den Kriterien geben müsse, noch bevor die Suche überhaupt aufgenommen wird, allerdings gab es unterschiedliche Meinungen dazu, wer diesen Konsens beschließt und in welcher Form darüber entschieden werden kann.	RE11193	Einzelvotum				Fr Kotting-Uhl	B 1.3 B 2.4.1 B 7.2.1
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 3: "Ist ein Vetorecht/Rückschluss sinnvoll, für wen und zu welchen Schritten der Standortsuche"	12.10.2015	Berlin	Veto	Revision/Rücksprung (Phase III und IV)		Die Teilnehmenden diskutierten über die Möglichkeit, den Kommunen/Regionen ein Recht auf „Revisionen“ oder „Rücksprünge“ einzuräumen. Gemeint ist damit, dass die Kommunen/Regionen bestimmte Verfahrensschritte beim Standortauswahlverfahren wiederholen bzw. überprüfen lassen dürfen. Bis zum Ergebnis der Überprüfung wird das weitere Verfahren gestoppt. Die Teilnehmenden waren sich weitgehend einig darin, dass es ein solches Instrument geben solle, da es ebenfalls der Akzeptanz und Transparenz diene. Teilergebnis: Die Teilnehmenden stimmten darin überein, dass der Inanspruchnahme des Revisions-/Rücksprungsrechts immer eine sachliche Begründung zu Grunde liegen müsse. Eine genaue Definition, was die Voraussetzung für eine „sachliche Begründung“ sei, wurde noch nicht abschließend diskutiert.	RE11295	Einzelvotum				Fr Kotting-Uhl	B 7.4.3
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 3: "Ist ein Vetorecht/Rückschluss sinnvoll, für wen und zu welchen Schritten der Standortsuche"	12.10.2015	Berlin	Veto	Revision/Rücksprung (Phase III und IV)	Akteure	Ferner setzten sich die Teilnehmenden mit der Frage auseinander, wer die Revision/den Rücksprung initiieren dürfe. Mit Blick auf die Akteure kam zum Beispiel die Idee einer Bürgerversammlung auf.	RE11332	Einzelvotum				Fr Kotting-Uhl	B 7.4.3

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 3: "Ist ein Vetorecht/Rückschluss sinnvoll, für wen und zu welchen Schritten der Standortsuche	12.10.2015	Berlin	Veto	Revision/Rücksprung (Phase III und IV)	Räumliche Division	In Bezug auf die Frage nach der räumlichen Dimension, wurde der Vorschlag formuliert, Stimmen zu gewichten. Das heißt, dass im Falle einer Abstimmung die Stimmen umso mehr Gewicht haben, desto näher die/der Abstimmende an dem potenziellen Lagerungsstandort ist. Bezugsgrößen könnten sowohl politische Einheiten als auch geographische Entfernungen sein.	RE11477	Einzelvotum				Fr Kotting-Uhl	B 7.4
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 3: "Ist ein Vetorecht/Rückschluss sinnvoll, für wen und zu welchen Schritten der Standortsuche	12.10.2015	Berlin	Veto		Finanzierung	Als Herausforderung des Revisions-/Rücksprungsrechts nannten die Finanzierung, um ein solches Rücksprungsrecht in Anspruch nehmen zu können. Das bezieht sich vor allem auf die vor- und nachgelagerten organisatorischen und inhaltlichen Aufgaben. Deutlich wurde dabei die Forderung, dass der Bund die finanziellen Voraussetzungen hierfür bereitstellen müsse.	RE11588	Einzelvotum				Fr Kotting-Uhl	B 7.4.3
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 3: "Ist ein Vetorecht/Rückschluss sinnvoll, für wen und zu welchen Schritten der Standortsuche	12.10.2015	Berlin	Veto		Verzögerungen	Der Umgang mit Verzögerungen, die durch eine Revision/einen Rücksprung entstünden wurde ebenfalls als Herausforderung genannt. Insbesondere die VertreterInnen der Zwischenlagerkommunen machten deutlich, dass eine Verzögerung, die zeitlich über die Genehmigungsdauer der Zwischenlager hinausreiche, zu Lasten eben dieser Kommunen ginge. Dieses Dilemma konnte in dieser Arbeitsgruppe nicht abschließend diskutiert werden und wurde in den Themaspicher aufgenommen.	RE11616	Einzelvotum				Fr Kotting-Uhl	B 5.6 B 7.4.3
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 4: "Welche Voraussetzungen sind notwendig für den langjährigen Beteiligungsprozess?"	12.10.2015	Berlin	Voraussetzungen	Vorschläge durch die aktuelle Beteiligung, gute Voraussetzungen für die Beteiligung an der Standortsuche zu schaffen	Homepage	Die aktuelle Homepage ist sehr unübersichtlich. Viele Teilnehmende haben angemerkt, sich von dem Layout „erschlagen“ zu fühlen. Eine einfache Navigation durch die aktuelle Menüstruktur sei kaum möglich, so der Tenor der Teilnehmenden. Auch das schnelle Suchen und Finden konkreter Dokumente oder Drucksachen sei nicht möglich.	RE11755	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.3.4
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 4: "Welche Voraussetzungen sind notwendig für den langjährigen Beteiligungsprozess?"	12.10.2015	Berlin	Voraussetzungen	Vorschläge durch die aktuelle Beteiligung, gute Voraussetzungen für die Beteiligung an der Standortsuche zu schaffen	Arbeitszeit der Kommission	Ferner forderten die TeilnehmerInnen die Arbeit der Kommission zu verlängern. Der 31.12.2016 wurde hier als Datum genannt. Durch die verlängerte Arbeitszeit der Kommission soll es mehr Möglichkeiten geben, die Öffentlichkeit zu beteiligen. Die TeilnehmerInnen haben mehrheitlich geäußert sich intensiver einbringen zu wollen. Dafür benötige man mehr Zeit und regelmäßigeres Treffen.	RE11856	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 1.3 B 7.4.2, 7.7
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 4: "Welche Voraussetzungen sind notwendig für den langjährigen Beteiligungsprozess?"	12.10.2015	Berlin	Voraussetzungen	Vorschläge durch die aktuelle Beteiligung, gute Voraussetzungen für die Beteiligung an der Standortsuche zu schaffen	Versand der Einladung	Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die anstehenden Workshops wurde gefordert, dass Einladungen frühzeitig verschickt werden. Um inhaltlich fundierte Vorschläge erarbeiten zu können, bedarf es mehr Zeit und kleinere Gruppen, um besser arbeiten zu können.	RE11946	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.2
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 4: "Welche Voraussetzungen sind notwendig für den langjährigen Beteiligungsprozess?"	12.10.2015	Berlin	Voraussetzungen	Vorschläge durch die aktuelle Beteiligung, gute Voraussetzungen für die Beteiligung an der Standortsuche zu schaffen	Kleine Arbeitsgruppen	Um inhaltlich fundierte Vorschläge erarbeiten zu können, bedarf es mehr Zeit und kleinere Gruppen, um besser arbeiten zu können.	RE12097	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.2

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 4: "Welche Voraussetzungen sind notwendig für den langjährigen Beteiligungsprozess?"	12.10.2015	Berlin	Voraussetzungen	Klare Regeln für das Verfahren der Standortsuche	Information über Standortsuche	Unter dem Schlagwort „Verfahrensregeln“ haben die Teilnehmenden einige Vorschläge und Anforderungen für den späteren Suchprozess formuliert. Dazu zählt die Notwendigkeit die Bedeutung der Standortsuche präsenter zu kommunizieren. Die Debatte um die Suche nach einem Standort fände in Deutschland vor allem in den verschiedenen Fachöffentlichkeiten statt. Die breite Gesellschaft diskutiert dieses Thema bisher kaum. Um dies zu ändern, solle bspw. kontinuierlich über die Standortsuche informiert werden. Dafür bedarf es einer größeren Medienpräsenz. Wie diese konkret erreicht werden kann, ist eine Frage, die in den kommenden Workshops diskutiert werden soll.	RE12181	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.2
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 4: "Welche Voraussetzungen sind notwendig für den langjährigen Beteiligungsprozess?"	12.10.2015	Berlin	Voraussetzungen	Klare Regeln für das Verfahren der Standortsuche	Verantwortung ü. Information	Dazu zählt auch die Frage, wer diese Informationen aufbereitet und kommuniziert sowie die Forderungen danach, für diese Arbeit auch das nötige Budget zur Verfügung zu stellen.	RE12283	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.3.4, 7.3.5
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 4: "Welche Voraussetzungen sind notwendig für den langjährigen Beteiligungsprozess?"	12.10.2015	Berlin	Voraussetzungen	Klare Regeln für das Verfahren der Standortsuche	Budget	Das Produzieren, Bereitstellen und Verteilen von Informationen und Personal- und Kosten ist aufwendig. Dafür, so wurde gefordert, müsse bei der Standortsuche ein entsprechendes Budget eingeplant werden.	RE12357	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.3.4, 7.3.5
Regionen-Workshop 1	Arbeitsgruppe 4: "Welche Voraussetzungen sind notwendig für den langjährigen Beteiligungsprozess?"	12.10.2015	Berlin	Voraussetzungen	Zeitlich gestaffelte Regionalkonferenzen		Während des Standortsuchverfahrens sollen in regelmäßigen zeitlichen Abständen in den verschiedenen Regionen – hier gilt es noch zu konkretisieren, ab welcher Phase – ein Gesprächsforum etabliert werden. Ein Teilnehmerkreis aus den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen soll durch dieses institutionalisierte Gesprächsforum die Standortsuche begleiten.	RE12471	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.4.2

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 2	AG1 "Welche Einflussmöglichkeiten haben die Bürgerinnen und Bürger in den Phasen der Standortauswahl"	20.11.2015	Berlin	Rat der Regionen	Zusammensetzung	Definition "Bürger"	In Bezug auf die Zusammensetzung stellte sich eingangs die Frage, wie der Begriff „Bürger“ im Kontext von Beteiligung zu definieren ist. Als Ergebnis hielten die Teilnehmenden fest, dass alle in der Region lebenden Personen – unabhängig von Alter, Nationalität und Staatsangehörigkeit – beteiligt werden sollen.	RE2278	weitgehender Konsens				Hr Ott	B 7.4, 7.4.2, 7.4.3, 7.4.4
Regionen-Workshop 2	AG1 "Welche Einflussmöglichkeiten haben die Bürgerinnen und Bürger in den Phasen der Standortauswahl"	20.11.2015	Berlin	Rat der Regionen	Zusammensetzung		Einig waren sich die Teilnehmenden darin, dass die Regionalkonferenzen aus 1. Politik und Verwaltung 2. NGO, Institutionen und Verbänden 3. Bürgerschaft bestehen sollte.	RE2391	weitgehender Konsens				Hr Ott	B 7.4.3
Regionen-Workshop 2	AG1 "Welche Einflussmöglichkeiten haben die Bürgerinnen und Bürger in den Phasen der Standortauswahl"	20.11.2015	Berlin	Rat der Regionen	Arbeitsfähigkeit		Dabei wurde das Paradoxon zwischen Einbeziehung aller und Arbeitsfähigkeit der Regional-konferenzen problematisiert.	RE2472	weitgehender Konsens				Hr Ott	B 7.4.3
Regionen-Workshop 2	AG1 "Welche Einflussmöglichkeiten haben die Bürgerinnen und Bürger in den Phasen der Standortauswahl"	20.11.2015	Berlin	Rat der Regionen	Proportionale Verteilung		Dabei kann die proportionale Verteilung jeweils 30 % sein, so dass 10 % ggf. zusätzlich der Bürgerschaft zuzurechnen wäre. Die 10 % können variabel von der Gruppe gemeinsam eingesetzt werden.	RE2536	weitgehender Konsens				Hr Ott	B 7.4.3
Regionen-Workshop 2	AG1 "Welche Einflussmöglichkeiten haben die Bürgerinnen und Bürger in den Phasen der Standortauswahl"	20.11.2015	Berlin	Rat der Regionen	Organisation		Hinsichtlich organisatorischer Punkte hielt die Arbeitsgruppe als Ergebnis fest, dass die Regionalkonferenzen gleich nach der Auswahl von etwa 20 bis 30 Regionen beginnen müssen und nicht erst nach der Selektion von 5 – 6 Standorten. In der Arbeitsgruppe wurde betont, dass Information und Beteiligung so früh wie möglich einsetzen müssen, weil Mängel und Kritik zu vorangegangenen Schritten der Standortauswahl im späteren Verfahren nicht mehr geheilt werden können.	RE2688	weitgehender Konsens				Hr Ott	B 7.4.2, 7.4.3
Regionen-Workshop 2	AG1 "Welche Einflussmöglichkeiten haben die Bürgerinnen und Bürger in den Phasen der Standortauswahl"	20.11.2015	Berlin	Rat der Regionen	Geschäftsstelle		Konsens gab es auch dazu, dass die Organisation der Regionalkonferenzen von einer zentralen Geschäftsstelle übernommen werden soll.	RE2738	weitgehender Konsens				Hr Ott	B 7.4.3
Regionen-Workshop 2	AG1 "Welche Einflussmöglichkeiten haben die Bürgerinnen und Bürger in den Phasen der Standortauswahl"	20.11.2015	Berlin	Rat der Regionen	Geschäftsstelle	Geschäftsordnung	Außerdem muss es eine transparente und für alle einheitliche Geschäftsordnung zur Arbeitsweise aller Regionalkonferenzen geben.	RE2859	weitgehender Konsens				Hr Ott	B 7.3.5, 7.4.3
Regionen-Workshop 2	AG1 "Welche Einflussmöglichkeiten haben die Bürgerinnen und Bürger in den Phasen der Standortauswahl"	20.11.2015	Berlin	Rat der Regionen	Finanzierung		Ferner muss eine ausreichende Finanzierung gewährleistet sein, die nicht von den Regionen getragen werden kann.	RE2952	weitgehender Konsens				Hr Ott	B 7.4.3

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 2	AG1 "Welche Einflussmöglichkeiten haben die Bürgerinnen und Bürger in den Phasen der Standortauswahl"	20.11.2015	Berlin	Rat der Regionen	Entscheidungsspielräume		In der Diskussion gab es unterschiedliche Meinungsäußerungen dazu, welche Rechte die Teilnehmenden von Regionalkonferenzen haben sollten. Einige befürworteten den Hörerstatus, andere wiederum das Rede- und Antwortrecht. Einen Dissens gab es auch in der Frage, ob die Regionalkonferenzen öffentlich zugänglich stattfinden oder nicht.	RE21085	Dissens				Hr Ott	B 7.4.3
Regionen-Workshop 2	AG1 "Welche Einflussmöglichkeiten haben die Bürgerinnen und Bürger in den Phasen der Standortauswahl"	20.11.2015	Berlin	Rat der Regionen	Frühzeitige Informationen in die Regionen und das "schwarze Loch"	Plattform	Gerade hinsichtlich des Vertrauensaufbaus war sich die Arbeitsgruppe einig, dass frühzeitig kontinuierliche und nachvollziehbare Informationen erforderlich und äußerst wichtig sind. Von Beginn an müssen sämtliche Informationen leicht zugänglich bereitgestellt und stetig aktualisiert werden. Eine übergreifende Plattform dient nach Etablierung der Regionalkonferenzen als Informationsquelle und gibt Einsicht in die Arbeit der jeweiligen Regionalkonferenz. Diese noch genauer zu definierende Plattform dient dann als öffentliches Medium für Interessierte, aber auch als Austauschmöglichkeit zwischen den einzelnen Regionalkonferenzen.	RE21126	weitgehender Konsens				Hr Ott	B 7.3.4, 7.3.5, 7.4.3
Regionen-Workshop 2	AG1 "Welche Einflussmöglichkeiten haben die Bürgerinnen und Bürger in den Phasen der Standortauswahl"	20.11.2015	Berlin	Rat der Regionen	Frühzeitige Informationen in die Regionen	Informationslücken	Da der Arbeitszeitraum der Regionalkonferenzen mindestens 4 Jahre beträgt und das Ende der Arbeit noch nicht absehbar ist, leistet die Plattform auch einen Beitrag dazu, Informationen zu konservieren. Grundsätzlich müssen Informationslücken vermieden werden, damit keine „schwarzen Löcher“ entstehen. Wie auch schon im ersten Workshop und in anderen Arbeitsgruppen deutlich wurde, sind Zugang und Gestaltung von Informationsmöglichkeiten die Basis für Vertrauen und Akzeptanz in der Bevölkerung. Das Problem, dass die Standortsuche mit dem Ausschluss der nicht geeigneten Regionen verbunden mit der Eingrenzung auf geschätzte 20 bis 30 Regionen beginnt, und für diese Phase bislang noch kein Beteiligungsformat für die Bürgerschaft formuliert ist, wurde benannt. Die Kommission selbst sieht diese Lücke, so Herr Ott und wird sich damit beschäftigen.	RE21273	weitgehender Konsens				Hr Ott	B 7.4.2

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 2	AG2 "Rat der Regionen: Funktion, Organisation und Einflussmöglichkeiten"	20.11.2015	Berlin	Rat der Regionen	Zeitpunkt		Die Teilnehmenden kamen darin überein, dass der Rat der Regionen früh, aber nicht zu früh einberufen werden sollte. Als optimal stuften die regionalen VertreterInnen in der Arbeitsgruppe den Zeitraum nach Phase 1 – Schritt II, also nach der Festlegung auf 20 bis 30 Teilgebiete, ein. Zu diesem Zeitpunkt entspricht der Rat der Regionen also einem Rat der Teilgebiete. Doch auch über diese Phase hinaus besteht der Rat fort und stellt so Kontinuität im Beteiligungsprozess her. Bevor die 20 bis 30 Teilgebiete bestimmt sind, so die Überzeugung der Teilnehmenden, ist die Einrichtung des Rates der Regionen noch nicht empfehlenswert. Die „weiße Landkarte“ umfasst 295 Landkreise sowie 107 kreisfreie Städte, und auch nach der Negativkartierung in Phase 1 – Schritt I würde etwa 70 Prozent der Fläche der Bundesrepublik als potenzieller Standortraum bestehen bleiben. Angesichts der Vielzahl der zu diesem Zeitpunkt noch in der Diskussion befindlichen Regionen erschien es den Teilnehmenden nicht praktikabel, in dieser Phase bereits einen Rat der Regionen zu bilden. Sie bezweifelten auch, dass die einzelnen Regionen überhaupt Interesse an einer solchen Beteiligung haben würden, solange eine sich konkretisierende Betroffenheit noch nicht vorliegt.	RE21319	weitgehender Konsens				Hr Gaßner, Hr Fuder	B 7.4.2, 7.3.4
Regionen-Workshop 2	AG2 "Rat der Regionen: Funktion, Organisation und Einflussmöglichkeiten"	20.11.2015	Berlin	Rat der Regionen	Zusammensetzung	Einbeziehung der Kreistage	Die Teilnehmenden schlossen sich dem Vorschlag des Papiers grundsätzlich an. Die Einbeziehung der Kreistage sei sinnvoll, da die Landkreise Institutionen mit unterschiedlichen Interessen und Expertisen unter ihrem Dach bündeln und durch diese Struktur in der Abwägung zwischen verschiedenartigen Schutzgütern erprobt sind. Unter anderem verfügen die Kreise auch über wertvolle Kenntnisse in den Bereichen Standortverträge und Regionalentwicklung.	RE21430	weitgehender Konsens				Hr Gaßner, Hr Fuder	B 7.2.2, 7.4.4
Regionen-Workshop 2	AG2 "Rat der Regionen: Funktion, Organisation und Einflussmöglichkeiten"	20.11.2015	Berlin	Rat der Regionen	Zusammensetzung	Entsendung/Bestimmung der Mitglieder	Es soll den Kreistagen aber freigestellt sein, wen sie als Mitglied des Rates bestimmen. Hier war es wichtig, nicht von einer Entsendung durch die Kreistage zu sprechen, denn diese Formulierung würde suggerieren, dass die Kreistage ausschließlich Vertreter ihrer eigenen Institution delegieren. Dies lehnten die Teilnehmenden mehrheitlich ab. Erstens sahen sie hierin die Gefahr, der Rat der Regionen werde dann nahezu ausschließlich aus Abgeordneten der Kreistags-Mehrheitsfraktionen bestehen. Zweitens befürchteten sie, die Kreistagsabgeordneten würden im Rat der Regionen nicht unabhängig, sondern auf Weisung ihrer Fraktion handeln. Es kam der Vorschlag auf, das StandAG solle die Unabhängigkeit der Mitglieder im Rat der Regionen sichern und gesetzlich festlegen, dass diese frei von Weisungen agieren.	RE21549	weitgehender Konsens				Hr Gaßner, Hr Fuder	B 7.4.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 2	AG2 "Rat der Regionen: Funktion, Organisation und Einflussmöglichkeiten"	20.11.2015	Berlin	Rat der Regionen	Zusammensetzung	Heterogenität	Die Teilnehmenden der Arbeitsgruppe legten großen Wert darauf, dass eine gewisse Heterogenität im Rat gewährleistet und auch Raum für regionale Besonderheiten gegeben ist. Grundsätzlich sollen sich die Mitglieder aus drei unterschiedlichen Akteursgruppen rekrutieren: Hauptamtliche Vertreter von Politik und Verwaltung, ehrenamtliche, gewählte Politiker sowie sachverständige BürgerInnen. Nicht abschließend geklärt wurde, worin genau man den Sachverstand für die Bewertung von Standortauswahlprozessen bemisst.	RE21677	Einzelvotum				Hr Gaßner, Hr Fuder	B 7.4.4
Regionen-Workshop 2	AG2 "Rat der Regionen: Funktion, Organisation und Einflussmöglichkeiten"	20.11.2015	Berlin	Rat der Regionen	Zusammensetzung	Numerische Verteilung	Ein Teilnehmer regte auch eine konkrete numerische Verteilung an (50 Prozent der Ratsmitglieder aus der Verwaltung, 50 Prozent Ehrenamtler), aber hier wurde keine Einigung erzielt.	RE21761	Einzelvotum				Hr Gaßner, Hr Fuder	B 7.4.4
Regionen-Workshop 2	AG2 "Rat der Regionen: Funktion, Organisation und Einflussmöglichkeiten"	20.11.2015	Berlin	Rat der Regionen	Zusammensetzung	Mitglieder Entsendung/Bestimmung durch die Regionalkonferenzen	Sobald die Regionalkonferenzen bestehen, sollen nicht mehr die Kreistage die Mitglieder des Rates der Regionen bestimmen, sondern die Regionalkonferenzen VertreterInnen entsenden. Hierin bestand ein Konsens. Es wurde darauf verwiesen, dass die Struktur des Rates der Regionen aus diesem Grund im Laufe des Standortsuchprozesses einer gewissen Dynamik unterworfen ist.	RE21823	weitgehender Konsens				Hr Gaßner, Hr Fuder	B 7.4.3
Regionen-Workshop 2	AG2 "Rat der Regionen: Funktion, Organisation und Einflussmöglichkeiten"	20.11.2015	Berlin	Rat der Regionen	Aufgaben	Rechte des Rates	Die TeilnehmerInnen unterstrichen, dass der Rat der Regionen kein Instrument einer Scheinbeteiligung sein dürfe. Da seine Bedeutung einem „Bundesverband der betroffenen Regionen“ nahekomme, müsse er wirksame Rechte innehaben, etwa ein Anhörungsrecht im Bundestag oder das Recht, den Vorhabenträger aufzufordern, Rechenschaft abzulegen.	RE21939	weitgehender Konsens				Hr Gaßner, Hr Fuder	B 7.4.4
Regionen-Workshop 2	AG2 "Rat der Regionen: Funktion, Organisation und Einflussmöglichkeiten"	20.11.2015	Berlin	Regionalkonferenzen	Abgrenzung Rat der Regionen/Regionalkonferenzen	Kombination/Parallelität von Rat und Konferenzen	Der Rat der Regionen wird zu einem früheren Zeitpunkt als die Regionalkonferenzen eingesetzt, doch er soll auch während der Arbeit der Regionalkonferenzen fortbestehen. Zwischen dem anfänglich eingesetzten Rat, dem „Rat der Teilgebiete“, und dem Rat in den späteren Phasen der Standortsuche besteht keine personelle Identität, da die Mitglieder zu Beginn durch die Kreistage und später durch die Regionalkonferenzen bestimmt werden sollen und sich darüber hinaus die potenziell betroffenen Regionen im Verlauf der Standortsuche ändern, aber eine institutionelle Identität. Einzelne Mitglieder – nämlich die Vertreter der Teilgebiete, innerhalb derer in einer späteren Phase zu erkundende Standorte auserkoren werden – können dem Rat überdies durchaus über den gesamten Zeitraum angehören und so eine Schnittstelle zu den einzelnen Regionalkonferenzen bilden. Beides kann dazu beitragen, den Wissenstransfer und die Kontinuität des Beteiligungsprozesses zu sichern.	RE22038	weitgehender Konsens				Hr Gaßner, Hr Fuder	B 7.4.2, 7.4.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt	
Regionen-Workshop 2	AG2 "Rat der Regionen: Funktion, Organisation und Einflussmöglichkeiten"	20.11.2015	Berlin	Regionalkonferenzen	Abgrenzung Rat der Regionen/Regionalkonferenzen	Abgrenzung	Gleichwohl war es den Teilnehmenden wichtig, beide Gremien nachvollziehbar voneinander abzugrenzen. Die Unterscheidung wurde wie folgt skizziert: Der Rat der Regionen soll nach dem Diskussionsstand der Arbeitsgruppe eingesetzt werden, sobald nach Phase 1 – Schritt II der Standortsuche 20 bis 30 Teilgebiete identifiziert wurden. Der Rat bildet nicht bloß regionale Betroffenheiten ab, sondern orientiert sich als nationales Begleitgremium auch am Allgemeinwohl. Der Rat soll allgemeine Fragestellungen zu regionalen Belangen in Form eines repräsentativen Gremiums behandeln. Er ist beratend tätig und befähigt die Regionalkonferenzen, bestimmte Informationen in ihre Regionen weiterzutragen. Die Regionalkonferenzen sollen erst dann einsetzen, sobald die sechs Standorte für die übertägige Erkundung feststehen, also nach Phase 1 – Schritt III. Die Regionalkonferenzen bilden starke Vertretungen der jeweiligen Region mit eigenen Geschäftsstellen bzw. Informationsplattformen. Dadurch können sie Informationen für die regionalen Öffentlichkeiten flexibel und niedrigschwellig bereitstellen. Während der Rat der Regionen stets auch regional übergeordnete Güter und die gesamtgesellschaftliche Solidarität im Blick hat, werden die auf Ebene der Regionalkonferenzen geführten Diskussionen voraussichtlich einseitiger und kompromisloser sein, da hier die konkrete Betroffenheit je einer Region im Vordergrund steht. Die Regionalkonferenzen entsenden jeweils drei Delegierte in den Rat der Regionen. Die Delegierten treffen im Rat der Regionen auf die Vertreter anderer Regionalkonferenzen. Der Austausch zwischen den verschiedenen Regionalvertretern ist gewünscht.	RE22192	weitgehender Konsens					Hr Gaßner, Hr Fuder	B 7.4.2, 7.4.3, 7.4.4
Regionen-Workshop 2	AG2 "Rat der Regionen: Funktion, Organisation und Einflussmöglichkeiten"	20.11.2015	Berlin	Regionalkonferenzen	Zeitpunkt		Die Regionalkonferenzen sollen nach Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einsetzen, sobald die sechs Standorte für die übertägige Erkundung feststehen, d.h. nach Abschluss von Phase 1 – Schritt III.	RE22231	weitgehender Konsens				Hr Gaßner, Hr Fuder	B 7.4.3	
Regionen-Workshop 2	AG2 "Rat der Regionen: Funktion, Organisation und Einflussmöglichkeiten"	20.11.2015	Berlin	Regionalkonferenzen	Zusammensetzung	Unterschiedliche Interessengruppen	Die Teilnehmenden waren sich darin einig, dass die Regionalkonferenzen ein breitgefächertes Abbild der jeweiligen regionalen Bevölkerung darstellen und daher gesellschaftliche Interessengruppen verschiedenster Bereiche einbeziehen sollten. Um diese vielfältige Zusammensetzung der Konferenzen zu erreichen, sollten die Kreistage weiterhin eine wichtige Rolle in der Auswahl der Teilnehmer spielen. Daneben sollten aber auch die Gemeinden und andere regionale Stakeholder eingebunden werden. Die Regionalkonferenzen dürften kein bloßer Index der jeweiligen kommunalpolitischen Kräfteverhältnisse sein, sondern sich an der Schnittstelle von politischer Repräsentanz und gesellschaftlichem Bottom-up-Ansatz bewegen.	RE22350	weitgehender Konsens				Hr Gaßner, Hr Fuder	B 7.4.3	

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 2	AG2 "Rat der Regionen: Funktion, Organisation und Einflussmöglichkeiten"	20.11.2015	Berlin	Regionalkonferenzen	Aufgaben	Geschäftsstelle und Informationsplattform	Die Regionalkonferenzen sollen über eigene Geschäftsstellen respektive Informationsplattformen verfügen. So sichern sie die Kommunikation mit der regionalen Bevölkerung „auf Augenhöhe“, d.h. sie stellen die notwendigen Informationen niedrigschwellig bereit. Darüber hinaus haben die Regionalkonferenzen die Aufgabe, Entwicklungspotenziale der Standorte zu fördern. Hier geht es etwa um die Schaffung von Rahmenbedingungen für gute Arbeits- und Lebensbedingungen in der Standortregion durch nachhaltigen Infrastrukturausbau.	RE22489	weitgehender Konsens				Hr Gaßner, Hr Fuder	B 7.2.2, 7.3.4, 7.4.3
Regionen-Workshop 2	AG 3: „Konsequenzen der Standortauswahl zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe für die derzeitigen Zwischenlagerstandorte“	20.11.2015	Berlin	Konsequenzen für die Zwischenlagerstandorte	Zukünftige Organisation/zukünftiger Betrieb der Zwischenlager	Betreibergesellschaft	Es sollte ein zentrale Betreibergesellschaft für die Zwischenlager gegründet werden.	RE22574	Einzelvotum				Hr Thomauske	B 7.3.3 B 8.2
Regionen-Workshop 2	AG 3: „Konsequenzen der Standortauswahl zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe für die derzeitigen Zwischenlagerstandorte“	20.11.2015	Berlin	Konsequenzen für die Zwischenlagerstandorte	Zukünftige Organisation/zukünftiger Betrieb der Zwischenlager	Aufsichtsbehörde	Es sollte auf Bundesebene eine zentrale Aufsichtsbehörde für die Zwischenlager eingerichtet werden.	RE22610	Einzelvotum				Hr Thomauske	
Regionen-Workshop 2	AG 3: „Konsequenzen der Standortauswahl zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe für die derzeitigen Zwischenlagerstandorte“	20.11.2015	Berlin	Konsequenzen für die Zwischenlagerstandorte	Zukünftige Organisation/zukünftiger Betrieb der Zwischenlager	Anzahl Zwischenlager	Die Arbeitsgruppe spricht der Kommission die Empfehlung aus, das Zwischenlager-Konzept auf Basis der voraussichtlich längeren Endlagersuche neu zu überdenken. Ein Ziel könnte es dabei sein, die Zahl der Zwischenlager zu reduzieren.	RE22776	weitgehender Konsens				Hr Thomauske	B 5.6, 5.7 B 8.2
Regionen-Workshop 2	AG 3: „Konsequenzen der Standortauswahl zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe für die derzeitigen Zwischenlagerstandorte“	20.11.2015	Berlin	Konsequenzen für die Zwischenlagerstandorte	Zukünftige Organisation/zukünftiger Betrieb der Zwischenlager	Ausschluss der ZL-Standorte	Einzelne waren der Meinung, es sei für eine ausgewogene Lastenverteilung günstig, für die zentrale Zwischenlagerung Standorte vorzusehen, die gerade nicht als Endlagerstandorte infrage kämen. Dieser Vorschlag lehnte sich an die Vorgehensweise in Schweden an.	RE22856	Einzelvotum				Hr Thomauske	B 5.7
Regionen-Workshop 2	AG 3: „Konsequenzen der Standortauswahl zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe für die derzeitigen Zwischenlagerstandorte“	20.11.2015	Berlin	Konsequenzen für die Zwischenlagerstandorte	Zukünftige Organisation/zukünftiger Betrieb der Zwischenlager	Sicherheitsanforderungen	Es wurde ohne Gegenrede empfohlen, die Sicherheitsanforderungen an die Zwischenlager neu zu diskutieren, was in Anlehnung an den Prozess der Endlagersuche geschehen könne.	RE22960	weitgehender Konsens				Hr Thomauske	B 5.7

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 2	AG 3: „Konsequenzen der Standortauswahl zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe für die derzeitigen Zwischenlagerstandorte“	20.11.2015	Berlin	Konsequenzen für die Bürgerinformation/-beteiligung an den Zwischenlagerstandorten	Konsequenzen für die Bürgerinformation/-beteiligung an den Zwischenlagerstandorten	Studiendesign	Die Teilnehmenden der Arbeitsgruppe empfehlen, wiederholt die Botschaft zu vermitteln, dass mit dem Prozess ein „Studiendesign“ feststehe, mit dem ein Standort für ein Endlager gefunden werden könne. Somit könne vermittelt werden, dass der Prozess fair und transparent verlaufe. Die Sicherstellung soll durch die Endlager-Behörde erfolgen.	RE23032	weitgehender Konsens				Hr Thomauske	B 6.4 B 7.3.5
Regionen-Workshop 2	AG 3: „Konsequenzen der Standortauswahl zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe für die derzeitigen Zwischenlagerstandorte“	20.11.2015	Berlin	Konsequenzen für die Bürgerinformation/-beteiligung an den Zwischenlagerstandorten	Konsequenzen für die Bürgerinformation/-beteiligung an den Zwischenlagerstandorten	Information der Bürger	Auch sei es wichtig, in Arbeitsphasen, in denen keine offensichtlichen bzw. öffentlichkeitswirksamen Fortschritte erzielt werden (sog. „stillen Arbeitsphasen“), die Öffentlichkeit weiter zu informieren. Auch in diesem Fall sehen die Teilnehmenden es als Aufgabe der Endlagerbehörde, diese Kommunikation bzw. Information sicherzustellen.	RE23181	weitgehender Konsens				Hr Thomauske	B 7.3.4, 7.3.5
Regionen-Workshop 2	AG 3: „Konsequenzen der Standortauswahl zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe für die derzeitigen Zwischenlagerstandorte“	20.11.2015	Berlin	Konsequenzen für die Bürgerinformation/-beteiligung an den Zwischenlagerstandorten	Konsequenzen für die Bürgerinformation/-beteiligung an den Zwischenlagerstandorten	Bürgerbüros	Daneben sollten auch an den Zwischenlagerstandorten Bürgerbüros eingerichtet werden wie sie auch für die Endlagerstandorte vorgesehen, um zu informieren, (§ 9 Abs. 3 StandAG).	RE23294	weitgehender Konsens				Hr Thomauske	B 5.7
Regionen-Workshop 2	AG 3: „Konsequenzen der Standortauswahl zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe für die derzeitigen Zwischenlagerstandorte“	20.11.2015	Berlin	Einbringen der Zwischenlager- und Atomkraftwerkstandortgemeinden in die Endlagersuche	Ziel der Zwischenlagerstandorte: Verzögerungen vermeiden		Unter dem Ziel, Verzögerungen bei der Endlagersuche möglichst zu vermeiden, wurden verschiedene Ergebnisse erarbeitet. Zunächst sollte konkretisiert werden, was „Betroffenheit“ bei der Endlagersuche bedeutet, um so die Möglichkeiten der Verlangsamung zu reduzieren. Dabei könne Betroffenheit z.B. geografisch genauer spezifiziert werden.	RE23370	weitgehender Konsens				Hr Thomauske	B 7.2.1, 7.4
Regionen-Workshop 2	AG 3: „Konsequenzen der Standortauswahl zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe für die derzeitigen Zwischenlagerstandorte“	20.11.2015	Berlin	Einbringen der Zwischenlager- und Atomkraftwerkstandortgemeinden in die Endlagersuche	Ziel der Zwischenlagerstandorte: Verzögerungen vermeiden	Definition des rechtlichen Rahmens	Auch sollte bei der Endlagersuche eine klare Definition des rechtlichen Rahmens bei der unabhängigen Begleitung hergestellt werden, also bestehende Regeln konsequent zur Anwendung gebracht werden. Bspw. sei demnach die Forderung nach einer strengeren Auslegung von bereits festgelegten Grenzwerten nicht zulässig.	RE23420	weitgehender Konsens				Hr Thomauske	
Regionen-Workshop 2	AG 3: „Konsequenzen der Standortauswahl zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe für die derzeitigen Zwischenlagerstandorte“	20.11.2015	Berlin	Einbringen der Zwischenlager- und Atomkraftwerkstandortgemeinden in die Endlagersuche	Ziel der Zwischenlagerstandorte: Verzögerungen vermeiden	Wissenschaftliche Unterstützung	Um eine Ausgewogenheit zu gewährleisten, ist ein Ergebnis der Arbeitsgruppe, den Zwischenlagerstandorten auch eine wissenschaftliche Unterstützung zur Verfügung zu stellen.	RE23521	weitgehender Konsens				Hr Thomauske	B 5.7

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 2	AG 3: „Konsequenzen der Standortauswahl zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe für die derzeitigen Zwischenlagerstandorte“	20.11.2015	Berlin	Einbringen der Zwischenlager- und Atomkraftwerkstandortgemeinden in die Endlagersuche	Ziel der Zwischenlagerstandorte: Verzögerungen vermeiden	Sitz im Begleitgremium und Rat der Regionen	Daneben sollten die Zwischenlagergemeinden sowie die Standortgemeinden von Atomkraftwerken einen Sitz als vollwertiges Mitglied im Gesellschaftlichen Begleitgremium sowie im Rat der Regionen bekommen.	RE23658	weitgehender Konsens				Hr Thomauske	B 5.7 B 7.4.1, 7.4.4
Regionen-Workshop 2	AG 3: „Konsequenzen der Standortauswahl zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe für die derzeitigen Zwischenlagerstandorte“	20.11.2015	Berlin	Einbringen der Zwischenlager- und Atomkraftwerkstandortgemeinden in die Endlagersuche	Ziel der Zwischenlagerstandorte: Verzögerungen vermeiden	Beschleunigung	Als Arbeitsauftrag an die Kommission formulierte die Arbeitsgruppe, das Konzept für die Endlagersuche noch einmal auf Beschleunigungsmöglichkeiten hin zu untersuchen. Wichtig war es einigen Teilnehmenden zu betonen, dass dies das Ziel der Bürgerbeteiligung nicht gefährden dürfe. Hier gibt es möglicherweise einen Zielkonflikt. Letztlich diene jedoch eine schnelle Endlagersuche der Sicherheit der Bevölkerung.	RE23715	weitgehender Konsens				Hr Thomauske	B 5.6
Regionen-Workshop 2	AG 3: „Konsequenzen der Standortauswahl zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe für die derzeitigen Zwischenlagerstandorte“	20.11.2015	Berlin	Einbringen der Zwischenlager- und Atomkraftwerkstandortgemeinden in die Endlagersuche	Kompensation	Regionalwirtschaftliche Förderung auch für ZL-Standorte	Unter dem im ersten Workshop kritisch diskutierten Begriff Kompensation (in der Abschlussrunde wurde angemerkt, dass es sich hier auch um regionalwirtschaftliche Förderung geht) hat die Arbeitsgruppe der Kommission den Auftrag formuliert, einen wie auch immer gearteten Ausgleichmodus nicht nur für einen Endlagerstandort zu diskutieren, sondern auch für die Zwischenlagerstandorte. Die Kompensation wurde bei dieser Sitzung nicht weiter diskutiert, da sie bereits Gegenstand des ersten Workshops war. Die Empfehlungen des ersten Workshops wurden bekräftigt.	RE23814	weitgehender Konsens				Hr Thomauske	B 7.2.2
Regionen-Workshop 2	AG4 "Gesellschaftliches Begleitgremium"	20.11.2015	Berlin	Begleitgremium	Zusammensetzung des Begleitgremiums	Fachexperten	Es wird für unbedingt erforderlich gehalten, das Begleitgremium mit mehr als den bisher im Arbeitspapier vorgeschlagenen vier Fachexperten zu besetzen. Zu den zusätzlich erforderlichen Fachdisziplinen gehören Chemie, Geo-Physik, Biologie, Soziologie, Klimaforschung, Zukunftsentwicklung und später auch Betriebssicherheit.	RE23965	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.4.1
Regionen-Workshop 2	AG4 "Gesellschaftliches Begleitgremium"	20.11.2015	Berlin	Begleitgremium	Zusammensetzung des Begleitgremiums	Unabhängigkeit der Experten	Die Fachexperten sollen eine möglichst hohe Unabhängigkeit besitzen und Interessenskonflikte sollen durch Offenlegung ihres Werdegangs ausgeschlossen werden	RE24090	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.4.1
Regionen-Workshop 2	AG4 "Gesellschaftliches Begleitgremium"	20.11.2015	Berlin	Begleitgremium	Zusammensetzung des Begleitgremiums	Ziele der Besetzung	Hinsichtlich der weiteren Zusammensetzung des Begleitgremiums besteht aus Sicht der Arbeitsgruppe Klärungsbedarf, der Vorschlag im Arbeitspapier ist nicht nachvollziehbar. Es sollen zuerst die Ziele, die mit der Besetzung des Gremiums erreicht werden sollen, definiert werden, bevor eine dazu passende Zusammensetzung von Personen bzw. Vertretern entworfen wird.	RE24169	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.4.1
Regionen-Workshop 2	AG4 "Gesellschaftliches Begleitgremium"	20.11.2015	Berlin	Begleitgremium	Organisation und Legitimation des Begleitgremiums	Rahmenbedingungen	Die Arbeitsgruppe sieht dringenden Bedarf, zuerst die Rahmenbedingungen für das Begleitgremium zu definieren bevor dieses seine Arbeit aufnimmt.	RE24294	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.4.1

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 2	AG4 "Gesellschaftliches Begleitgremium"	20.11.2015	Berlin	Begleitgremium	Organisation und Legitimation des Begleitgremiums	Zielkriterienkatalog und Leitbild	Die Ziele und Anforderungen an das Gremium müssen vorher verbindlich festgelegt sein. Konkret haben die TeilnehmerInnen einen Zielkriterienkatalog zu Aufgaben, Funktionen und zur personellen Zusammensetzung sowie ein Leitbild und eine sehr hohe Verbindlichkeit und Wirksamkeit der Entscheidungen genannt. In diesem Rahmen werden verschiedene Hinweise zu Selbstverständnis und der Arbeitsweise des Gremiums gegeben	RE24330	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.4.1
Regionen-Workshop 2	AG4 "Gesellschaftliches Begleitgremium"	20.11.2015	Berlin	Begleitgremium	Organisation und Legitimation des Begleitgremiums	Umgang mit Presse festlegen	Der Umgang mit der Presse soll ebenfalls vorab festgelegt werden.	RE24420	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.3.4, 7.4.1, 7.4.3
Regionen-Workshop 2	AG4 "Gesellschaftliches Begleitgremium"	20.11.2015	Berlin	Begleitgremium	Organisation und Legitimation des Begleitgremiums	Unabhängigkeit des Gremiums	Es wird sehr großer Wert darauf gelegt, das das Gremium unabhängig ist, sowohl hinsichtlich der Finanzierung - hierzu wird ein ständiger Fonds vorgeschlagen - als auch hinsichtlich seiner Rechte auf institutionelle Prüfung und Nachforderungen.	RE24519	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.4.1
Regionen-Workshop 2	AG4 "Gesellschaftliches Begleitgremium"	20.11.2015	Berlin	Begleitgremium	Erfahrungsaustausch	Einfluss vergleichbarer Ergebnisse	Die Kommission wird gebeten, Kenntnisse und Erfahrungen aus vergleichbaren Prozessen in Deutschland und Europa in die Ausgestaltung des zu konstituierenden Begleitgremiums einzubeziehen.	RE24642	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 4.3, B 7.4.1
Regionen-Workshop 2	AG4 "Gesellschaftliches Begleitgremium"	20.11.2015	Berlin	Begleitgremium	Erfahrungsaustausch	Internationale Vernetzung	Das Gremium soll die Möglichkeit haben auch international mit ähnlichen Gremien oder Institutionen zusammenzuarbeiten, um bspw. einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch zu initiieren.	RE24715	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.4.1

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 3	Wie kann in der Bevölkerung Vertrauen gegenüber den Kriterien und ihrer Anwendung aufgebaut werden?	15.01.2016	Kassel	Vertrauen in Anwendung der Kriterien	Leicht verständliches Fachwissen	Unterstützung bei Aufbereitung der Informationen	Ein wichtiges Ergebnis ist, dass die VertreterInnen der Regionen dringend Unterstützung benötigen, um ihrer Aufgabe der BürgerInneninformation gerecht werden zu können. Besonders bei Kommunikations- und Dialogformaten benötigen die VertreterInnen Unterstützung von der für Kommunikation zuständigen Institution. Die Regionen-VertreterInnen selbst müssen einfachen Zugang zu Informationen haben, bevor sie diese adressatengerecht weitergeben können.	RE3261	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.3.4, 7.3.5
Regionen-Workshop 3	Wie kann in der Bevölkerung Vertrauen gegenüber den Kriterien und ihrer Anwendung aufgebaut werden?	15.01.2016	Kassel	Vertrauen in Anwendung der Kriterien	Leicht verständliches Fachwissen	Formate	Einheitlich befürwortet wurde ein Informationsformat, das auf Kinder und Jugendliche zugeschnitten ist und ähnlich den Fernsehsendungen wie z.B. „Die Sendung mit der Maus“ oder „Wissen macht Ah!“ gestaltet werden könnte. Weitere Formate könnten eine eigene Internetplattform mit FAQ, Lern-Apps und Videos sein.	RE3386	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.3.4
Regionen-Workshop 3	Wie kann in der Bevölkerung Vertrauen gegenüber den Kriterien und ihrer Anwendung aufgebaut werden?	15.01.2016	Kassel	Vertrauen in Anwendung der Kriterien	Leicht verständliches Fachwissen	Partner f. Formate	Konkrete Vorschläge für mögliche Partnerschaften zur Umsetzung waren das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie die Deutsche geologische Gesellschaft (Fachsektion Geodidaktik und Öffentlichkeitsarbeit). Ebenso möglich sind Kooperationen mit Schulen, sodass jüngere Zielgruppen direkt angesprochen werden können.	RE3429	weitgehender Konsens				Hr Fischer	
Regionen-Workshop 3	Wie kann in der Bevölkerung Vertrauen gegenüber den Kriterien und ihrer Anwendung aufgebaut werden?	15.01.2016	Kassel	Vertrauen in Anwendung der Kriterien	Leicht verständliches Fachwissen	Identifikation der Quellen	Im Konsens beschlossen wurde auch, dass die Quellen der Informationen immer einfach auffindbar (mit Namen und Institution) sowie klar identifizierbar sein müssen.	RE3579	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.3.4, 7.3.5
Regionen-Workshop 3	Wie kann in der Bevölkerung Vertrauen gegenüber den Kriterien und ihrer Anwendung aufgebaut werden?	15.01.2016	Kassel	Vertrauen in Anwendung der Kriterien	Leicht verständliches Fachwissen	Klare Kennzeichnung von Meinungen	Ebenso sollten unterschiedliche Meinungen innerhalb der zur Verfügung stehenden Informationen deutlich werden. Ein gemeinsames Fazit der Arbeitsgruppe war es außerdem, dass Kommunikationsexperten die Aufbereitung und Verteilung der Informationen übernehmen sollten.	RE3632	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.3.2, 7.3.4, 7.3.5
Regionen-Workshop 3	Wie kann in der Bevölkerung Vertrauen gegenüber den Kriterien und ihrer Anwendung aufgebaut werden?	15.01.2016	Kassel	Vertrauen in Anwendung der Kriterien	Infozentren an Zwischenlagerstandorten		Konkret vorgeschlagen wurde, die bestehenden Infozentren an Zwischenlagerstandorten zu nutzen, um einen Austausch zwischen deren Betreibern und Nichtregierungsorganisationen und kritischen Akteuren zu führen. In diesen regional angesiedelten Dialogprozessen kann sowohl die Vergangenheit aufgearbeitet als auch die zukünftige Standortauswahl gemeinsam begleitet werden.	RE3718	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 3.7

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 3	Wie kann in der Bevölkerung Vertrauen gegenüber den Kriterien und ihrer Anwendung aufgebaut werden?	15.01.2016	Kassel	Vertrauen in Anwendung der Kriterien	Verständnis schaffen für Risiken mit offener und ehrlicher Kommunikation	Vergangenheitsaufarbeitung	Um Vertrauen zu schaffen, ist es notwendig, die Historie der Kernenergie aufzuarbeiten und offen und ehrlich mit vergangenen Schwierigkeiten und Problemen umzugehen. Ein offener und ehrlicher Umgang mit den Inhalten und Personen ist auch für das Gelingen des zukünftigen Standortauswahlverfahrens eine wesentliche Voraussetzung. Den Teilnehmenden war es wichtig, dass die jeweiligen Akteure bereit seien, Zugeständnisse zu machen und Fehler eingestehen.	RE3836	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 3.7
Regionen-Workshop 3	Wie kann in der Bevölkerung Vertrauen gegenüber den Kriterien und ihrer Anwendung aufgebaut werden?	15.01.2016	Kassel	Vertrauen in Anwendung der Kriterien	Verständnis schaffen für Risiken mit offener und ehrlicher Kommunikation	Ehrlicher Umgang mit Risiken	Ebenso forderten sie einen ehrlichen und offenen Umgang mit den Risiken des geplanten Endlagers. Eine hundertprozentige Sicherheit kann es nicht geben und die verbleibenden Risiken sollten als solche auch formuliert werden.	RE3938	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 3.7 B 5.4
Regionen-Workshop 3	Wie kann in der Bevölkerung Vertrauen gegenüber den Kriterien und ihrer Anwendung aufgebaut werden?	15.01.2016	Kassel	Vertrauen in Anwendung der Kriterien	Ernsthafte, verbindliche BürgerInnenbeteiligung	Gesetzliche Verankerung von Beteiligung	Wie bereits im zweiten Workshop gefordert wurde, sollte das aktuelle StandAG novelliert werden, sodass die Beteiligung einen gesetzlich verpflichtenden Rahmen erhält. Außerdem sind sofortige Informationen nötig. Auch wenn es eigentlich schon zu spät ist, muss jetzt dringend transparent informiert werden.	RE31015	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.8
Regionen-Workshop 3	Wie kann in der Bevölkerung Vertrauen gegenüber den Kriterien und ihrer Anwendung aufgebaut werden?	15.01.2016	Kassel	Vertrauen in Anwendung der Kriterien	Unumkehrbarer, sicherer Atomausstieg		Eine Forderung, die auch bereits im zweiten Workshop gestellt wurde, ist ein unumkehrbarer Atomausstieg in Verbindung mit einer zukünftigen – ausschließlich aus Erneuerbaren Energien gewonnenen – Energieversorgung. Dies stelle die Grundvoraussetzung für die Vertrauensbildung dar. Der Atomausstieg müsse mit genannter Prämisse der Erneuerbaren Energien gesetzlich verankert werden. Hier gab es in der Arbeitsgruppe divergierende Meinungen. Ein Mitglied der Arbeitsgruppe sprach sich explizit gegen den Atomausstieg aus.	RE31173	weitgehender Konsens				Hr Fischer	A 10 Grundsätze B 2.1.4 B 3.7
Regionen-Workshop 3	Wie kann in der Bevölkerung Vertrauen gegenüber den Kriterien und ihrer Anwendung aufgebaut werden?	15.01.2016	Kassel	Vertrauen in Anwendung der Kriterien	Institutionelle Trennung von Aufsicht, Genehmigung und Bau		Als Grundvoraussetzung für Vertrauen und Akzeptanz in der Öffentlichkeit müssen die Institutionen der Aufsicht, Genehmigung und Bau etc. von unterschiedlichen, unabhängigen Behörden/Institutionen sowie Baufirmen und Betreibern ausgeführt werden. Die Unabhängigkeit aller beteiligten Behörden bzw. Institutionen und Firmen muss gewährleistet sein.	RE31234	weitgehender Konsens				Hr Fischer	B 7.4.1 B 8.2

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Unterscheidung zwischen Information und Beteiligung		Die Differenzierung zwischen einer bloßen Information über den Ablauf der Standortsuche auf der einen und einer tatsächlichen Beteiligung an diesem Verfahren auf der anderen Seite war den Teilnehmenden wichtig. Der Tenor lautete: Eine transparente Information ist für den Prozess grundlegend, es müssen gleichwohl darüber hinausgehende Möglichkeiten der Mitgestaltung für die regionalen Vertreterinnen und Vertreter geschaffen werden.	RE31364	weitgehender Konsens				Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	B 7.2.1, 7.3.4, 7.3.5
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Frühzeitige Information über die Standortsuche		Der künftige Vorhabenträger ist auch Wissensträger in allen Fragen der Standortsuche. Daher hat er die Möglichkeit und die Pflicht, jene Informationen frühzeitig und transparent zu verbreiten, so die Überzeugung der Teilnehmenden.	RE31414	weitgehender Konsens				Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	B 7.3.3, 7.3.4
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Frühzeitige Information über die Standortsuche	Vorbilder	Als Vorbild für die neutrale und anschauliche Vermittlung von Informationen nannte ein Teilnehmer die Agentur für Erneuerbare Energien.	RE31534	weitgehender Konsens				Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Frühzeitige Information über die Standortsuche	Vorbilder	Eine Teilnehmerin verwies darauf, dass das Umweltinformationsgesetz (UIG) bereits einen Leitfaden für die Kommunikation von Umweltinformationen darstelle. Das Gesetz könne gegebenenfalls um Maßgaben zur Information über die Standortsuche ergänzt werden.	RE31668	Einzelvotum				Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	B 7.3.5
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Frühzeitige Information über die Standortsuche	Elemente des Informationsprozesses	Ebenfalls einig waren sich die regionalen VertreterInnen darin, dass der Informationsprozess mehrere miteinander verbundene Elemente umfasse. Den Anfang dieser Informationskette bilde der Vorhabenträger, da er an der Quelle des relevanten Wissens sitze. In nachgelagerter Funktion hätten aber etwa auch Kreistage oder Kommunen die Pflicht, Informationen als Multiplikatoren für ihren jeweiligen Bereich weiterzuverbreiten.	RE31742	weitgehender Konsens				Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	B 7.3.2, 7.3.4, 7.3.5
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Frühzeitige Information über die Standortsuche	Rolle von Mdb's	Ebenso sollten Bundestagsabgeordnete Bürgerinnen und Bürger ihres Wahlkreises über den Fortgang der Standortsuche in Kenntnis setzen.	RE31896	weitgehender Konsens				Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Frühzeitige Beteiligung an der Standortsuche	Regionale Beteiligung	Die Teilnehmenden erkannten die Notwendigkeit einer frühzeitigen Einbindung der regionalen Öffentlichkeit, die über die gesetzlichen Bestimmungen der Öffentlichkeitsbeteiligung hinausgeht, an. Es sollte keine Lücke im Beteiligungsprozess entstehen, so die Grundaussage.	RE31915	weitgehender Konsens				Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	B 7.4.2, 7.5.1
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Frühzeitige Beteiligung an der Standortsuche	Regionale Betroffenheit	Zu Beginn der Phase 1 im Standortauswahlverfahren geht man zwar noch von einer „weißen Landkarte“ aus, doch unmittelbar darauf konkretisieren sich bereits erste regionale Betroffenheiten. Die Standortsuche müsse mithin von Beginn an ausreichend legitimiert sein, andernfalls hätten spätere Festlegungen und Standortentscheidungen nach Überzeugung der Teilnehmer kaum Chancen auf Akzeptanz.	RE32075	weitgehender Konsens				Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	B 7.4.2, 7.5.1
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Frühzeitige Beteiligung an der Standortsuche		Ein Teilnehmer ergänzte, gemäß der sogenannten Aarhus-Konvention genieße jeder EU-Bürger sogar das gesetzlich verankerte Recht auf eine Beteiligung an Umweltvorhaben.	RE32119	Einzelvotum				Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt	
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Akteure der Beteiligung	Neutrale Institution	Uneinigkeit herrschte in der Frage, welcher Akteur die regionale Partizipation umsetzen sollte. Einige Teilnehmende regten an, der Vorhabenträger selbst sollte die Beteiligung verwirklichen. Erstens verfüge er über die notwendigen Informationen. Zweitens müsse so nicht erst eine weitere Institution geschaffen werden, was der Entbürokratisierung und Beschleunigung des Verfahrens zugutekomme. Die Mehrheit der Teilnehmenden hielt jedoch dagegen, dass der Vorhabenträger zwar eine wichtige Rolle als „Wissensträger“ spiele, sich aber nicht für die Umsetzung der Beteiligung eigne. Dafür mangle es ihm an Neutralität und Unabhängigkeit.	RE32257	Dissens					Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	B 7.4.1, B 8.2
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Akteure der Beteiligung	Vorhabenträger	Die Frage, wer anstelle des Vorhabenträgers diese Beteiligung umsetzen sollte, wurde nicht abschließend beantwortet. Ein Teilnehmer schlug das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE) vor, auch ein Fortbestehen der Kommission wurde angeregt. Das ebenfalls in die Diskussion eingebrachte gesellschaftliche Begleitgremium eignet sich nach Einschätzung der Kommission, das erläuterte die Kommissionbotschafterin Frau Kotting-Uhl, nicht für die Umsetzung der Beteiligungsformate, da dieses eher Wächter über das Verfahren als operativer Akteur sein sollte. Die meisten Teilnehmenden sprachen sich für die Einrichtung einer neuen Institution aus. Diese sollte eine frühzeitige Beteiligung und einen kritischen Dialog verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zur Standortsuche ermöglichen. Frau Kotting-Uhl sicherte zu, die Frage, wie genau diese Institution beschaffen sein könne, mit in die Kommission zu tragen.	RE32333	Dissens					Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	B 7.3.1, 7.4.1 B 8.2
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Fortsetzung der Workshop-Reihe		Einhellig wurde ferner der Wunsch geäußert, die Workshop-Reihe mit VertreterInnen der Regionen – wenn möglich – in der jetzigen Form fortzusetzen, da sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den bisherigen Sitzungen bereits Fachwissen angeeignet und bestimmte Diskussionsroutinen erprobt hätten.	RE32418	weitgehender Konsens					Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	B 7.4.2

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Formate		Eine Herausforderung sei es, zu lange Anfahrtswege zu vermeiden – der einbezogene Radius solle nicht mehr als 20 bis 30 Kilometer betragen. Auch wurde auf die Gefahr hingewiesen, dass es durch eine sich ändernde regionale Ausdehnung des für einen Standort infrage kommenden Teilgebietes im Verlauf des Suchverfahrens zu einem Bruch in der Beteiligung kommen könne.	RE32548	weitgehender Konsens				Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	B 7.4.3, 7.4.4
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Prozesswissen nicht verlieren		Es müsse vermieden werden, dass Fach- und Prozesswissen dabei verloren gehe und Engagierte zurückgelassen werden. Ebenfalls sei es wichtig, keine Massenveranstaltungen einzusetzen, sondern direkte Beteiligung zu ermöglichen. Inwieweit dies jedoch mit sehr ausgedehnten Teilgebieten einhergehen kann, wurde vereinzelt hinterfragt. Eventuell müsse es bei großer räumlicher Ausdehnung zunächst vermehrt Informationsangebote geben und die Formate dann weiter angepasst werden.	RE32650	weitgehender Konsens				Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	B 7.4
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Zentrale Institutionen der Beteiligung		Ebenso wurden Vorschläge gesammelt, was zentrale Institutionen bzw. Akteure im Rahmen der Beteiligung der Regionen sind. Ein Teilnehmer nannte die Landkreise als geeignete Struktur zur Abgrenzung der einzubeziehenden Gebiete, auch wenn es dann viele Landkreise sein können, in denen derartige Formate angeboten werden müssten. Organisieren sollte die Beteiligung die Institution, die bereits während der ersten Schritte von Phase 1 des Suchprozesses die Information und Beteiligung sichergestellt hat.	RE32792	weitgehender Konsens				Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	B 7.2.3, 7.3.4, 7.4, 7.5.1

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Formate der Beteiligung		Im Rahmen des Workshops wurden Formate der Beteiligung genannt. Mögliche Formate seien Infomärkte und Workshopverfahren, wie bspw. die Workshop-Reihe mit VertreterInnen der Regionen. Bei der unterschiedlichen Größe der Teilgebiete könnte man durch einen Radius die Teilgebiete aufteilen.	RE32829	weitgehender Konsens				Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	B 7.4.2, 7.5.1
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Formate der Beteiligung	Neutrale Moderation	Ungeeignet wären Massenveranstaltungen in Hallen. Es könne gut von Bürgerbeteiligungsverfahren gelernt werden, so brauche es z.B. eine neutrale Moderation auch hier wurde auf die Workshop-Reihe verwiesen. Auch sollten Teilgebietskonferenzen eingesetzt werden, sobald es Teilgebiete gibt.	RE32920	weitgehender Konsens				Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	B 7.4.2
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Online Formate		Umstritten waren die Möglichkeiten von digitalen Beteiligungsformaten, etwa Online-Konsultationen. Es könne jedoch eine Idee sein, bspw. Informationsveranstaltungen per Video zu übertragen oder über Facebook und Twitter zu informieren.	RE33019	Dissens				Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 3	Wer sorgt für die Umsetzung guter Information und frühzeitiger Beteiligung bereits von Beginn der Phase 1 des Suchprozesses an?/ AG IV: Wie kann eine regionale Beteiligung in der ersten Phase bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete organisiert werden?	15.01.2016	Kassel	Frühzeitige Information und Beteiligung bei unterschiedlicher Größe der Teilgebiete	Formate	Fortsetzung der Workshop-Reihe	Mehrheitlich wurde auch die Fortsetzung der Workshop-Reihe zur Konzeptionierung der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Standortsuche gewünscht, da sich das Format bewährt und Wissen gesammelt habe.	RE33193	weitgehender Konsens				Fr Kotting-Uhl, Hr Fuder	B 7.4.2
Regionen-Workshop 3	Welche Erwartungen werden an die planungswissenschaftlichen Kriterien aus regionaler Sicht gestellt?	15.01.2016	Kassel	Planungswissenschaftliche Kriterien	Abwägung auf Bundesebene		Es wurde diskutiert, wie eine Abwägung zwischen verschiedenen, potenziell möglichen Endlagerstandorten vorgenommen werden könnte. Als Konsens wurde festgehalten, dass die Nutzung eines raumordnerischen Instrumentariums und einer raumordnerischen Arbeitsweise für die Abwägung bewährt und daher sinnvoll ist. Verantwortlich für diesen Prozess muss zwingend die Bundesebene sein. Nur so kann vermieden werden, dass regionale Interessen die Ergebnisse beeinflussen. Wichtig war den Teilnehmern, dass es sich, wie bereits oben festgehalten, nur um die Methodik der Abwägung und die Inhalte der Raumordnung handelt. Diese sollen dementsprechend auf die Bundesebene hochgezogen werden (Beispiel: Bundesfachplanung). Offen blieb, wie in diesem Kontext Rechtssicherheit geschaffen werden kann.	RE33210	weitgehender Konsens				Hr Thomauske	B 6.5
Regionen-Workshop 3	Welche Erwartungen werden an die planungswissenschaftlichen Kriterien aus regionaler Sicht gestellt?	15.01.2016	Kassel	Planungswissenschaftliche Kriterien	Ergänzung und Differenzierung der Planungskriterien		Die Teilnehmer der betrachteten die Ergänzung und Differenzierung der Planungskriterien als zentrales Erfordernis. Es war Konsens, dass eine Ergänzung und Differenzierung der Planungskriterien insbesondere im Hinblick auf die zeitliche Dimension des Verfahrens und die Verfahrensschritte notwendig ist. Dabei sind die folgenden Aspekte in die Überlegung mit einzubeziehen:	RE33368	weitgehender Konsens				Hr Thomauske	B 6.5
Regionen-Workshop 3	Welche Erwartungen werden an die planungswissenschaftlichen Kriterien aus regionaler Sicht gestellt?	15.01.2016	Kassel	Planungswissenschaftliche Kriterien	Ergänzung und Differenzierung der Planungskriterien	Zeitpunkt	Zu welchem Zeitpunkt des Prozesses werden welche planerischen Kriterien angewendet und welche Detailtiefe ist jeweils erforderlich (Stichwort: absichten)?	RE33479	weitgehender Konsens				Hr Thomauske	B 6.5

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Regionen-Workshop 3	Welche Erwartungen werden an die planungswissenschaftlichen Kriterien aus regionaler Sicht gestellt?	15.01.2016	Kassel	Planungswissenschaftliche Kriterien	Ergänzung und Differenzierung der Planungskriterien	Phasen	Für welche Phase sind einzelne planerische Kriterien von Bedeutung: Bau, Betrieb und/ oder Endlagerzeitraum?	RE33550	weitgehender Konsens				Hr. Thomauske	B 6.5
Regionen-Workshop 3	Welche Erwartungen werden an die planungswissenschaftlichen Kriterien aus regionaler Sicht gestellt?	15.01.2016	Kassel	Planungswissenschaftliche Kriterien	Ergänzung und Differenzierung der Planungskriterien	Feste Kriterien	Welche planerischen Kriterien müssen gesetzt sein, um die Daseinsvorsorge und um die Sicherheit zu gewährleisten? Sind das auch Mindestanforderungen, also Kriterien mit Ausschlusscharakter, oder nicht?	RE33668	weitgehender Konsens				Hr. Thomauske	B 6.5

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 1	Plenum	10./11.10.2015	Dortmund	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Qualitätskriterien	Neben konkreten Beteiligungsmöglichkeiten bedarf es auch Qualitätskriterien, die die Kommission mit der Beteiligung erreichen möchte (bsp. frühzeitige Beteiligung, Zielgruppen der Beteiligung; Transparenz über Verfahren und Inhalte; Laienverständliche Informationen; etc.)	JE1229	weitgehender Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.2, 7.3.4, 7.3.5, 7.5.1
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 1	Plenum	10./11.10.2016	Dortmund	Öffentlichkeitsbeteiligung	Akteursgruppen		Umbenennung der Akteursgruppe Kritische Öffentlichkeit in Engagierte kritische Öffentlichkeit, da neben der Einstellung auch das Engagement hervorsticht	JE1384	weitgehender Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 1	Plenum und AG Kriterien	10./11.10.2017	Dortmund	Öffentlichkeitsbeteiligung			Zukunftsvorbehalt: auch künftige Generationen sollen noch ihre Interessen einbringen können; daher müssen Änderungen am Prozess möglich sein. Beispiel: Rückholbarkeit	JE1432	weitgehender Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 5.4, 5.5 B 6.3
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 1	Plenum	10./11.10.2018	Dortmund	Öffentlichkeitsbeteiligung	Akteursgruppen	engagierte Kritische Öffentlichkeit	Aussöhnung mit der Vergangenheit und eine Anerkennungskultur für die kritische Begleitung des atomaren Zeitalters sollten Bestandteil des Beteiligungsprozesses sein	JE1561	weitgehender Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 3.7
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 1	AG Kommunikation	10./11.10.2019	Dortmund	Öffentlichkeitsarbeit	Kommunikationsstrategie		Erarbeitung einer Kommunikationsstrategie: wer kommuniziert was an wen zu welchem Zeitpunkt mit klaren Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten	JE1629	weitgehender Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.3.2, 7.3.4, 7.3.5
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 1	AG Kommunikation	10./11.10.2020	Dortmund	Öffentlichkeitsarbeit	Anforderungen an Information		Informationen müssen aktiv verbreitet werden und einfach Zugänge zu Wissen ermöglicht werden. Dazu gehört es, Inhalte verständlich aufzubereiten und auf einer gut gemachten Website, als zentralem Ansprachemedium, zur Verfügung zu stellen. Die Kommunikation soll auch zielgruppengerecht gestaltet werden und nicht nur die „organisierte Öffentlichkeit“ erreichen, sondern auch eine breite Öffentlichkeit. Die gewählten Formate sollten auch kreativ und ggfs. provokativ sein – z.B. „Deutschland sucht den Superstandort“.	JE1755	weitgehender Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.3.4, 7.3.5
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 1	AG Kommunikation	10./11.10.2021	Dortmund	Öffentlichkeitsbeteiligung	Jugendliche / Junge Erwachsene		Kinder / Jugendliche und junge Erwachsene müssen auch künftig beteiligt werden. Um die Beteiligung abzusichern sollte ein Jugendgremium geschaffen und mit Ressourcen ausgestattet werden. Über das Prinzip eines sich kontinuierlich wieder verjüngenden Gremiums sollte nicht nur bei diesem Gremium nachgedacht werden.	JE1833	weitgehender Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 1	AG Kommunikation	10./11.10.2022	Dortmund	Öffentlichkeitsarbeit	Soziale Medien		Die Nutzung sozialer Medien ist unumgänglich - insbesondere wenn junge Menschen erreicht werden sollen.	JE1910	weitgehender Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.3.4
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 1	AG Kriterien	10./11.10.2023	Dortmund	Standortkriterien	Öffentlichkeitsbeteiligung		Das Dilemma der Kriteriendiskussion muss geklärt werden: Einerseits das "window of opportunity" nutzen und schnell politische Entscheidungen herbeizuführen und andererseits die Kriterien intensiv mit der breiten Öffentlichkeit diskutieren, um einen breiten Konsens dazu in Bevölkerung herzustellen (Legitimation / Glaubwürdigkeit).	JE11087	weitgehender Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 6.3, 6.4
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 1	AG Kriterien	10./11.10.2023	Dortmund	Standortkriterien	Öffentlichkeitsbeteiligung		Die Konsultation über die Kriterien muss noch im Rahmen der Kommissionsarbeit aber auch für die Zeit der Diskussion in den parlamentarischen Gremien eingeplant und bereits jetzt vorbereitet werden. Wichtig dabei die Reduktion der Komplexität, Vermittlung von Hintergrundwissen, Einbindung aller Akteursgruppen. Idee: Planspiel	JE11193	weitgehender Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 6.3, 6.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Tisch 1: „Ziele und Einflussfaktoren“	28./29.11.2015	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Qualitätskriterien	Der Bericht sollte neben messbaren Erfolgs- und Verfahrenskriterien auch Grundsätze einer guten Beteiligung und eine detaillierte Benennung der Akteure / Zielgruppen, deren Interessen und deren konkrete Einflussmöglichkeiten im Rahmen der Beteiligung enthalten.	JE2243	weitgehender Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.2, 7.3, 7.4
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Tisch 1: „Ziele und Einflussfaktoren“	28./29.11.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Akteure	Aussöhnung	Für einen Neuanfang des Verfahrens für die kritisch engagierten Akteure sind Aktivitäten zur Aussöhnung notwendig, um dem Misstrauen zu begegnen.	JE2377	weitgehender Konsens				Hr Ott, Hr Sommer	B 3.7
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Tisch 2: "Gremien"	28./29.11.2017	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Gremien	Nationales Begleitgremium	Nationales Begleitgremium: Aufgaben, Zusammensetzung und Kompetenzen sollten genauer beschrieben werden. (siehe Fragen aus der Doku) - Was heißt in diesem Zusammenhang Gemeinwohl? Wer begleitet, wer kontrolliert dieses Gremium?	JE2450	weitgehender Konsens				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4.1
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Tisch 2: "Gremien"	28./29.11.2018	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Gremien	Zusammensetzung	BürgerInnen in den Gremien: Wie soll die Beteiligung erfolgen? Separate Gremien? Gemeinsame Gremien mit allen Akteuren (Wenn ja: wie können BürgerInnen unterstützt werden?) oder sukzessive Zusammenführung erst getrennt arbeitender Gremien?	JE2594	Einzelvotum				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.2.3, 7.4
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Tisch 2: "Gremien"	28./29.11.2019	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Gremien	Zusammenarbeit	Schnittstellen- und Wissensmanagement: Wer ist für diese zentrale Aufgabe verantwortlich?	JE2667	Einzelvotum				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.3.4, 7.2.3
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Tisch 2: "Gremien"	28./29.11.2019	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Gremien	Zusammenarbeit	Aufgabenbeschreibung BFE: welche Aufgaben soll das BFE künftig haben? Wie sieht die Zusammenarbeit mit den Akteuren aus? Welche Aufgaben leistet es selbst, welche werden nach außen vergeben?	JE2796	Einzelvotum				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.3.3
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Tisch 2: "Gremien"	28./29.11.2019	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Gremien	Finanzierung	In dem Bericht sollte auch die Finanzierung der Gremienarbeit und die Rolle der Geldgeber (Bund, EVU, ...) und deren Einflussmöglichkeiten genannt werden.	JE2886	weitgehender Konsens				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Tisch 3: "Öffentlichkeitsbeteiligung"	28./29.11.2022	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Gremien	Zusammensetzung	Rat der Regionen: scheiden auch die ausscheidenden Regionen aus dem Rat der Regionen aus oder verbleiben diese im Rat?	JE2963	Einzelvotum				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4.4
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Tisch 3: "Öffentlichkeitsbeteiligung"	28./29.11.2023	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Referendum		Befragung der regionalen Bevölkerung: wie sieht diese genau aus? Wer führt diese durch? Wer formuliert die Frage? Alternative zu Ja/Nein-Frage! Quoren? Alternative: Nationales Referendum zu Beginn über Prozess und Kriterien	JE21033	Einzelvotum				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.2 B 7.4.3
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Plenum	28./29.11.2024	Kassel	Verfahren	künftige Veränderbarkeit		Generationengerechtigkeit: Das Verfahren soll auch in Zukunft durch künftige Generationen angepasst werden können an veränderte Werte und Situationen.	JE21196	weitgehender Konsens				Hr Ott, Hr Sommer	B 6.3, 6.4
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Plenum	28./29.11.2025	Kassel	Verfahren	künftige Veränderbarkeit		Generationengerechtigkeit: Das Verfahren soll auch in Zukunft durch künftige Generationen angepasst werden können an veränderte Werte und Situationen. Hierzu bedarf es hoher Hürden.	JE21233	weitgehender Konsens				Hr Ott, Hr Sommer	B 6.3, 6.4
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Plenum	28./29.11.2026	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Gremien	Zusammenarbeit	Schnittstellenmanagement: Es bedarf einer Koordination der verschiedenen Informations- und formellen und informellen Beteiligungsprozesse.	JE21391	weitgehender Konsens				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.3.1, 7.3.3
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Plenum	28./29.11.2027	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Gremien	Zusammenarbeit	Schnittstellenmanagement: Es bedarf einer Koordination der verschiedenen Informations- und formellen und informellen Beteiligungsprozesse außerhalb des BfE.	JE21421	weitgehender Konsens				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.3.1, 7.4.1 B 8.2
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Plenum	28./29.11.2028	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Gremien	Geschäftsstelle	Die Gremien (Nat. Begleitgremium, Rat der Regionen, Regionale Servicestellen) sollten mit Geschäftsstellen ausgestattet sein.	JE21517	Dissens				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Plenum	28./29.11.2029	Kassel	Vorhabenträger			Wir befürworten einen Vorhabenträger in öffentlicher Hand, der einer gesellschaftlichen Kontrolle unterliegt.	JE21636	weitgehender Konsens				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.3.3, 7.3.1
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Plenum	28./29.11.2030	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Gremien	Zusammenarbeit	Gutachtenbeauftragung: sollte in Gremien auch durch Minderheiten möglich sein.	JE21769	weitgehender Konsens				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Plenum	28./29.11.2024	Kassel	Kriterien	Dialog Kriterien		Diskussion der Kriterien: Vor Abgabe des Berichts und auch in der Vorphase müssen die Kriterien intensiv mit allen Akteursgruppen diskutiert werden.	JE21882	weitgehender Konsens				Hr Ott, Hr Sommer	B 6.3, 6.4 B 7.2.3, 7.5.1
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Plenum	28./29.11.2024	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Information der Regionen		Konsequenzen Endlager: Wichtig ist, frühzeitig den Regionen deutlich zu machen wie sieht das Endlager aus und welche Konsequenzen hat ein Endlager im Regelbetrieb?	JE21932	weitgehender Konsens				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.2.2, 7.4.4
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Plenum	28./29.11.2024	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung		Frühzeitige Partizipation: Konsequenz versuchen viele Personen auch schon zu Beginn des Prozesses zu informieren und einzubinden. (Anti-Beteiligungsparadoxon)	JE22020	weitgehender Konsens				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.5.1, 7.4.2
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Plenum	28./29.11.2024	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Referendum		Nationales Referendum I: Wir empfehlen ein Nationales Referendum zu Beginn des Verfahrens über die Kriterien und den Prozess – inkl. vorhergehender intensiver Beteiligung.	JE22183	Dissens				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.2
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Plenum	28./29.11.2024	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Referendum		Nationales Referendum II: Wir empfehlen ein Nationales Referendum am Ende zur endgültigen Auswahl des Standortes.	JE22252	Dissens				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.2
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	Plenum	28./29.11.2024	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Phase 0: Schwarzes Loch		In der Vorphase (schwarzes Loch) bedarf es einer neutralen Instanz, die die Infos aus bisherigem Prozess weitergibt, die Bevölkerung informiert und auch zu Fragestellungen beteiligen kann.	JE22389	weitgehender Konsens				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4.2, 7.5.1
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	AG "Lernender Prozess"	28./29.11.2024	Kassel	Verfahren	künftige Veränderbarkeit		Generationengerechtigkeit: Für die Veränderbarkeit des Verfahrens in Zukunft bedarf es klarer Regeln. Regelungen können nur durch bessere ersetzt werden. Dazu bedarf es eines orientierenden Grundrahmens.	JE22442	weitgehender Konsens				Hr Ott, Hr Sommer	B 6.3, 6.4 B 7.4.1
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	AG "Endlager als Chance"	28./29.11.2024	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Information der Regionen		Die Chancen und Vorteile (strukturell, wirtschaftlich, finanziell, ideell) sollten dargelegt werden.	JE22542	weitgehender Konsens				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.2.2
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 2	AG "Schwarzes Loch"	28./29.11.2024	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Phase 0: Schwarzes Loch		Zweistufigen Beschluss durch den Deutschen Bundestag: Stufe 1: Der Prozess einschließlich der Gremien wird beschlossen. Die Kriterien werden unter dem Vorbehalt der künftigen Diskussionen beschlossen. Es folgt eine intensive und breite Diskussion der Kriterien. Stufe 2: Es gibt einen endgültigen Beschluss zu den Kriterien auf Grundlage der Diskussionen. Somit kann es zu dem gewünschten Beschluss in 2017 kommen und dennoch wird eine intensive Diskussion der Kriterien ermöglicht.	JE22667	weitgehender Konsens				Hr Ott, Hr Sommer	B 7.5.1

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppens Diskussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung		Eine Anerkennungskultur und wertschätzende Würdigung des politischen Engagements und ehrliche Aufarbeitung der Fehler der Vergangenheit.	JE3291	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 3.7
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppens Diskussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung		Ein Verständnis dafür, dass der Garant für ein Verfahren mit maximalem gesellschaftlichen und stabilem Konsens in der partizipativen Bewältigung von Konflikten liegt.	JE3376	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 2.4
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppens Diskussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung		Beteiligung, gesellschaftliche Akzeptanz und naturwissenschaftlich-technische Expertise sind gleichwertige Elemente im Standortauswahlprozess.	JE3418	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 3.5, 3.6 B 5.6
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppens Diskussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Frühzeitige und kontinuierliche Beteiligung	Frühzeitige und kontinuierliche Beteiligung sicherstellen	JE3559	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.5.1
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppens Diskussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Frühzeitige und kontinuierliche Beteiligung	Der Prozess der (Nicht)Beteiligung beginnt mit Abgabe des Berichtes der Kommission. Zu diesem Zeitpunkt muss aus unserer Sicht die Beteiligung in Form von Information (Kommunikationsplattform und Informationskampagne) und in der Konsultation über die Kriterien erfolgen	JE3628	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 6.4, 6.5 B 7.3.4, 7.5.1
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppens Diskussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Frühzeitige und kontinuierliche Beteiligung	öffentliche Konsultation der Kriterien vor Verabschiedung des neuen StandAG oder alternativ im Rahmen des von uns vorgeschlagenen zweiteiligen Beschlusses	JE3721	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 6.3 B 6.4 B 7.5.1
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppens Diskussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Frühzeitige und kontinuierliche Beteiligung	sofortige Einsetzung des (vorläufigen) Nationalen Begleitzremiums nach Abgabe des Kommissionsberichtes	JE3852	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4.1, 7.5.1
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppens Diskussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Frühzeitige und kontinuierliche Beteiligung	einer aktiven Informationskampagne, die neben den passiv bereitgestellten Informationen der Kommunikationsplattform die Bürgerinnen und Bürger von Beginn an, kontinuierlich und aktiv über Verfahren, bisherige Ergebnisse und Mitwirkungsmöglichkeiten informiert	JE3923	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.3.4, 7.3.5
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppens Diskussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	agiles, zukunftsorientiertes, lernendes System als Grundlage der Beteiligung	Ein agiles, zukunftsorientiertes, lernendes System als Grundlage der Beteiligung ermöglichen und fördern	JE31082	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 6.4 B 7.4, 7.7
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppens Diskussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	agiles, zukunftsorientiertes, lernendes System als Grundlage der Beteiligung	Prüfung der Kriterien auf Aktualität und Gültigkeit in Regionalkonferenzen jeweils zu Beginn der Phasen	JE31145	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 6.3 B 7.4.1, 7.4.3, 7.5

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	agiles, zukunftsorientiertes, lernendes System als Grundlage der Beteiligung	Reflexionsmomente innerhalb der Phasen und der Reflexionsebenen	JE31233	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 2.4 B 6.3.6.1 B 7.5
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	agiles, zukunftsorientiertes, lernendes System als Grundlage der Beteiligung	Anpassung(smöglichkeit) des Prozesses an sich verändernde Rahmenbedingungen (Beteiligung und Kriterien, wenn bessere und sichere technische Innovationen)	JE31343	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 6.3, 6.4 B 7.4.1
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	ressourcengerechte Ausstattung aller Instanzen	Eine ressourcengerechte Ausstattung aller Instanzen im Beteiligungssystem gewährleisten, um das Dürfen (die Rahmenbedingungen und (gesetzlichen) Grundlagen, die im Beteiligungssystem der Kommission verankert sein müssen), Wollen (die Beteiligungsbereitschaft der Teilnehmenden, die entweder schon vorhanden oder geweckt werden muss) und Können (die Teilnehmenden müssen über die personellen Fertig- und Fähigkeiten verfügen oder sich diese aneignen (können) und diese auch über Beteiligungsformate einbringen können) zu gewährleisten	JE31417	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.3.4, 7.4
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	ressourcengerechte Ausstattung aller Instanzen	Die Ermöglichung von Empowerment, Fortbildung, Qualifizierungen für Bürgerinnen, Bürger und Institutionen.	JE31582	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.3.4, 7.3.5, 7.4.3, 7.4.1
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	ressourcengerechte Ausstattung aller Instanzen	Die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Beteiligungsgremien von Politik und Verwaltung (insbesondere keine personelle Überschneidungen und garantierte Bereitstellung der finanziellen Ressourcen)	JE31634	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.3.1, 7.3.3, 7.4
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	ressourcengerechte Ausstattung aller Instanzen	Die Gremien mit ihren personell und sachlich angemessen ausgestatteten Geschäftsstellen.	JE31732	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Nationales Begleitgremium in zentraler Stellung einrichten	JE31886	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4.1
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Bürgeransatz statt Expertenansatz	JE31945	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4.1
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Die Mitglieder wählen sich zwei SprecherInnen - je eine Person für Technik und Beteiligung - mit hoher Reputation und paritätisch (m/w) besetzt.	JE32055	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4.1

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsausschnitt
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Die Jugend / Jugendverbände sollen im NBG repräsentiert sein.	JE32165	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4.1, 7.4.3
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Das NBG übergibt die erarbeiteten Empfehlungen an den Bundestag und Bundesrat. Somit erhält das NBG eine zentrale Stelle im Beteiligungssystem.	JE32298	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4.1
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Zusammensetzung Nationales Begleitgremium	Das NBG soll folgende Kriterien erfüllen: es besteht [überwiegend] aus Bürgerinnen und Bürger und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen, Bürgerinnen und Bürger werden nach einem Zufallsverfahren ausgewählt, die Gesellschaftlichen Gruppen vom Bundestag und Bundesrat benannt, die dann wiederum Personen in das Gremium entsenden, kein Mitglied im NBG ist Mandatsträger im Bundestag, dem Bundesrat oder einem deutschen Landesparlament, das Gremium wird extern moderiert, Arbeitsfähigkeit: es sollte daher neben den SprecherInnen nicht mehr als 20 Mitglieder enthalten.	JE32317	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4.1
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Beteiligungsbeauftragter	Einrichtung einer Beteiligungsbeauftragten mit Prüfauftrag und eigener Geschäftsstelle. Der/Die Beteiligungsbeauftragte fungiert als eine Ombudsstelle, die mit vergleichbaren Befugnissen/Kompetenzen wie die des/der Bundesdatenschutzbeauftragten ausgestattet ist. Eine wichtige Aufgabe dieser Person/Stelle ist das Konfliktmanagement. Während das nationale Begleitgremium als Hüter des Gemeinwohls fungiert, kommt der/dem Beteiligungsbeauftragten die Aufgabe zu, konkrete Anliegen der Öffentlichkeit aufzunehmen und allparteilich zu behandeln, im günstigen Fall mit den Akteuren gemeinsam getragene Lösungen herbeizuführen. Dazu muss diese Stelle personell und finanziell hinreichend ausgestattet sein. Das NBG behält seine übergeordnete Wächterfunktion und entscheidet im Zweifel (wenn der Konflikt zu groß wird).	JE32440	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4.1 B 8.23
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Beteiligungssystem	Ein ganzheitlicher, abgestimmter Blick auf das Gesamt(beteiligungs)system, das Zusammenwirken der Gremien und eine klare Rollen- und Aufgabendefinitionen sind unabdingbar. Der Begriff Beteiligungssystem umfasst neben dem Beteiligungsprozess unter anderen auch die Gremien und Organisationen, das Zusammenwirken und die gegenseitigen Abhängigkeiten sowie die Kultur der Zusammenarbeit.	JE32594	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Beteiligungssystem	Zentrale Elemente des Beteiligungssystem sind das Nationale Begleitgremium als zentrales, steuerndes und national übergreifendes Kontroll- und Beteiligungsorgan, das BfE als umsetzendes Organ sowohl der Beteiligung als auch für die Organisation des technisch-wissenschaftlichen Prozesses, die regionalen Beteiligungsformate als regionale Kontroll- und Beteiligungsorgane, die/den Beteiligungsbeauftragten als Konfliktschlichtungs- und Ombudsstelle, einen wissenschaftlichen Beirat als Beratergremium, das alternativ beim NBG als auch beim BfE angesiedelt werden kann und nicht zuletzt die Legislative mit Bundestag und Bundesrat.	JE32688	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4.1 B 7.4.3
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Beteiligungssystem	Grafik Beteiligungssystem (siehe unten)	JE32788	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Regionale Beteiligung	Es bestehen in den Regionalgremien drei Möglichkeiten für die Beteiligung der Bevölkerung: 1.) Zu Beginn jeder Phase und damit vor Anwendung der Kriterien (insbesondere der Abwägungskriterien) sollte es einen Dialog über die weitere Gültigkeit der beschlossenen Kriterien und ggf. eine Anpassung der Kriterien geben. 2.) Im Verlauf jeder Phase sollten die Bürgerinnen und Bürger ein Kriterienmonitoring bei der Anwendung der Kriterien durchführen können. 3.) Zum Abschluss jeder Phase sollte nach der Anwendung der Kriterien mit den regionalen Bevölkerungen erörtert werden, was die Auswahl für die ausgewählten Regionen heißt und ein Dialog über Ausgleichsmaßnahmen geführt werden. Damit käme den Regionalgremien die Rollen der Konsultation zu Kriterien, einer regionalen Wächterfunktion und der Qualitätssicherung zu.	JE32832	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.5
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Wissenschaftliches Begleitgremium	Noch offen ist die Frage, wo ein notwendiges wissenschaftliches Begleitgremium, ein wissenschaftlicher Beirat angesiedelt sein soll. Hier sehen wir sowohl gute Gründe für eine Ansiedlung beim Nationalen Begleitgremium als auch beim BfE	JE32972	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4.1
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Lernendes System	Ein lernendes System ist gekennzeichnet durch a) regelmäßige Reflexionsschleifen mit dem Ziel, sich immer auch der zugrundeliegenden gemeinsamen Werte zu versichern und den Prozess bei Bedarf an sich wandelnden Rahmenbedingungen und technische Entwicklungen anzupassen, b) Flexibilität im Spagat zwischen Veränderungsmöglichkeiten (Flexibilität/Anpassung) und Fixierung des Prozesses zur Gewährleistung der grundlegenden Rahmenbedingungen; c) dem Nationalen Begleitgremium als Initiator der Reflexion und d) einem externen Reflexionsgremium (Beobachter 2. Ordnung, internationale Bewertung).	JE33010	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.4, 7.5

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker WS 3	Online-Berichtsabstimmung nach Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen	12./13.03.2016	Kassel	Öffentlichkeitsbeteiligung	Anforderungen an Beteiligung	Informationsoffensive als ein Signal für Neustart	Eine umfangreiche und medial wirksame Informationsoffensive als Signal für einen Neustart sollte nach Veröffentlichung des Berichts der Kommission erfolgen. Die Informationsoffensive ist wichtig für die belastbare Bereitschaft zur Mitwirkung der Zivilgesellschaft, insbesondere der engagierten kritischen Öffentlichkeit und der Menschen in potentiellen Standortregionen. Ein zentraler Bestandteil sollte dabei sein, die engagierte kritische Öffentlichkeit (wieder) einzubinden und eine Aussöhnung mit dem vorherigen Verfahren zu schaffen.	JE33128	Konsens			Doku	Hr Ott, Hr Sommer	B 7.3.4, 7.7

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Allgemeine Kriterien versus wirtsgesteinspezifische Kriterien	Es macht Sinn Kriterien spezifisch aufzuschreiben		Eine Aufgliederung der Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen nach Wirtsgesteinstypen macht tatsächlich Sinn, insb. weil sie eine transparente und nachvollziehbare Aufarbeitung ermöglicht. Wohl wissend, dass dabei Dopplungen auftreten, (z.B. Ausschlusskriterien) die für das Verfahren aber nicht schädlich sind. Erkennend, dass wirtsspezifische Bezüge, insb. bei den Mindestanforderungen eine Rolle spielen werden.	FOE212	Rückmeldung vom 30.01.: kein Konsens mit dem Vorschlag, es ist eine einheitliche Beurteilung, denn es macht aus politischen Gründen Sinn darüber zu diskutieren.	Eine Aufgliederung der Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen nach Wirtsgesteinstypen macht tatsächlich Sinn, insb. weil sie eine transparente und nachvollziehbare Aufarbeitung ermöglicht. Wohl wissend, dass dabei Dopplungen auftreten, (z.B. Ausschlusskriterien) die für das Verfahren aber nicht schädlich sind. Erkennend, dass wirtsspezifische Bezüge, insb. bei den Mindestanforderungen eine Rolle spielen werden.	K-drs.157		Hr Sailer	B 6.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Vom Parameter zum Kriterium	Parameter sind schlechter als Kriterien, da - Werte nicht transparent abgeleitet wurden - Sie teilweise voneinander abhängig sind Prozesse kumulativ oder gegenläufig operieren können		Diskussion erfolgte aus Zeitgründen nur zu Ausschlusskriterien, gilt sinngemäß jedoch auch für Mindestanforderungen und Abwägungskriterien.	FOE354		Diskussion erfolgte aus Zeitgründen nur zu Ausschlusskriterien, gilt sinngemäß jedoch auch für Mindestanforderungen und Abwägungskriterien.			Hr Sailer	B 6.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Vom Parameter zum Kriterium	Großräumige vertikale Bewegungen		Vorschlag zu 3.1: Großräumige vertikale Bewegungen: „Integrität des Gebirgsbereichs (sicherheitsrelevant) darf durch geologische Vorgänge wie Hebungen, Senkungen, Erosion, Subrosion etc. nicht beeinträchtigt werden.	FOE419		Vorschlag zu 3.1: Großräumige vertikale Bewegungen: „Integrität des Gebirgsbereichs (sicherheitsrelevant) darf durch geologische Vorgänge wie Hebungen, Senkungen, Erosion, Subrosion etc. nicht beeinträchtigt werden.	K-Drs. 157: 3.1; S.11		Hr Sailer	B 6.5.4
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Vom Parameter zum Kriterium	Einfluss Bergbau		Vorschlag 3.3: Einfluss Bergbau. Letzten Satz in 1. Absatz streichen, da „unverritz“ spätestens bei untertägiger Erkundung schlicht unhaltbar wird. Außerdem „Bohrungen“ durch Bohrungen und bergbauliche Tätigkeit“ ersetzen. Zu diskutieren: Schutzzonen um bestehende Verritzungen, um Standortregionen nur partiell zu verkleinern	FOE579		Vorschlag 3.3: Einfluss Bergbau. Letzten Satz in 1. Absatz streichen, da „unverritz“ spätestens bei untertägiger Erkundung schlicht unhaltbar wird. Außerdem „Bohrungen“ durch Bohrungen und bergbauliche Tätigkeit“ ersetzen. Zu diskutieren: Schutzzonen um bestehende Verritzungen, um Standortregionen nur partiell zu verkleinern	K-Drs. 157: 3.3; S.11		Hr Sailer	B 6.5.4
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Vom Parameter zum Kriterium	Seismische Aktivität		Vorschlag 3.4: Seismische Aktivität. Erdbebenzone 1 nur für obertägig (und ggfs. Auffahrungs- und Betriebsphase) notwendig. Untertägige Analgen separat betrachten à daher eher AbwägungskriteriumRückmeldungen aus dem Plenum, von Zebalag protokolliert:Differenzierung zwischen obertägig und untertägig -> reicht die aktuelle Formulierung nicht aus? DIN ist in diesem Fall nicht anwendbar (hier herrscht Unstimmigkeit)	FOE610		Vorschlag 3.4: Seismische Aktivität. Erdbebenzone 1 nur für obertägig (und ggfs. Auffahrungs- und Betriebsphase) notwendig. Untertägige Analgen separat betrachten à daher eher AbwägungskriteriumRückmeldungen aus dem Plenum, von Zebalag protokolliert:Differenzierung zwischen obertägig und untertägig -> reicht die aktuelle Formulierung nicht aus? DIN ist in diesem Fall nicht anwendbar (hier herrscht Unstimmigkeit)	K-Drs. 157: 3.4; S.11		Hr Sailer	B 6.5.4
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Vom Parameter zum Kriterium	Vulkanische Aktivität		Vorschlag 3.5: Vulkanische Aktivität. Sicherheitszone um bekannte Aktivitäten festlegen; Extrapolation in Zukunft nicht möglich. Zum Problem „Standortregion“ wurde noch kein Lösungsvorschlag erarbeitet	FOE781		Vorschlag 3.5: Vulkanische Aktivität. Sicherheitszone um bekannte Aktivitäten festlegen; Extrapolation in Zukunft nicht möglich. Zum Problem „Standortregion“ wurde noch kein Lösungsvorschlag erarbeitet	K-Drs. 157: 3.5; S.12		Hr Sailer	B 6.5.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsausschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Vom Parameter zum Kriterium	Grundwasseralter		Vorschlag 3.6: Grundwasseralter. „ewG nimmt nach Stand von Wissenschaft und Technik nicht nachweisbar am hydrologischen Kreislauf teil.“ Momentane Begriffe wie „jung“ oder „(fast) kein“ sind nicht definiert und damit unbrauchbar. Zudem gestatten immer verfeinerte Analysemethoden den Nachweis immer kleinerer Mengen fast jedes Isotops. Besser: gar keine Methode/Isotop explizit vorgeben!	FOE897		Vorschlag 3.6: Grundwasseralter. „ewG nimmt nach Stand von Wissenschaft und Technik nicht nachweisbar am hydrologischen Kreislauf teil.“ Momentane Begriffe wie „jung“ oder „(fast) kein“ sind nicht definiert und damit unbrauchbar. Zudem gestatten immer verfeinerte Analysemethoden den Nachweis immer kleinerer Mengen fast jedes Isotops. Besser: gar keine Methode/Isotop explizit vorgeben!	K-Drs. 157: 3.6; S.12		Hr Sailer	B 6.5.4
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Deckgebirge als Mindestanforderung?	Deckgebirge als Mindestanforderung oder ewG als entscheidender Maßstab? Was gewährleistet Sicherheit? Was passiert mit Deckgebirge in zukünftigen Eiszeiten? Was ist unter Sicherheitsaspekten besser: Endlager in ewG, das alle Kriterien erfüllen muss oder ewG plus schützendes Deckgebirge?		Deckgebirge als Mindestanforderung oder ewG als entscheidender Maßstab? Was gewährleistet Sicherheit? Was passiert mit Deckgebirge in zukünftigen Eiszeiten? Was ist unter Sicherheitsaspekten besser: Endlager in ewG, das alle Kriterien erfüllen muss oder ewG plus schützendes Deckgebirge?	FOE964	Kein Konsens in der Gruppe; sollte in AG3 diskutiert werden.	Deckgebirge als Mindestanforderung oder ewG als entscheidender Maßstab? Was gewährleistet Sicherheit? Was passiert mit Deckgebirge in zukünftigen Eiszeiten? Was ist unter Sicherheitsaspekten besser: Endlager in ewG, das alle Kriterien erfüllen muss oder ewG plus schützendes Deckgebirge?	K-Drs. 157: 5.3.6.; S.52		Hr Sailer	B 6.5.6
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Deckgebirge als Mindestanforderung?	Priorisierung ewG oder gleichsetzen mit Deckgebirge?		Wie dicht müsste ein Deckgebirge sein? Nachweismöglichkeiten noch offen	FOE1012	Kein Konsens in der Gruppe; sollte in AG3 diskutiert werden.	Wie dicht müsste ein Deckgebirge sein? Nachweismöglichkeiten noch offen			Hr Sailer	B 6.5.6
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Deckgebirge als Mindestanforderung?	Könnten maximale Mindestanforderungen dazu führen, dass kein Endlager gefunden wird?		ewG als Abwägungskriterium?	FOE1163	Kein Konsens in der Gruppe; sollte in AG3 diskutiert werden.	ewG als Abwägungskriterium?			Hr Sailer	B 6.5.6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Verzicht auf Kriterium der maximalen Tiefe?	Mindestanforderung 4.4: Maximale Tiefe des Einlagerungsbereichs sei nicht erforderlich; Ziel: weiße Landkarte lateral und vertikal beschränken / auch die vertikale Einschränkung sollte möglichst früh relevant sein / Es gibt thermische Grenzen		Auslegungstemperatur und geothermische Tiefenstufe definieren die maximale Tiefenlage; hierbei sind wirtsgesteinsspezifische Eigenschaften / (Temperaturverträglichkeit) zu berücksichtigen / Erfahrung des Bergbaus bei der Klimatisierung? / Illitisierung des Tonsteins (auch gebirgsdruck-abhängig) Ausschluss der Thermomigration in Salz / Auflockerungszone der Streckenauffahrung wächst mit zunehmender Teufe (insbesondere Ton; ewG-Mächtigkeit?). Rückmeldung auf Plenum: Vor allem qualitativ maximale Teufe definieren; Größenordnung? Ziel: Versuch, Kriterien zu finden, mit denen man eine maximale Teufe begründen könnte. Welcher Stand der Technik wird vorausgesetzt? Welche Kriterien sind sinnvoll? / Kriterium kann nicht gestrichen werden! Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert: Rückmeldung 30.01.: es gibt keine guten Argumente eine Max-Tiefe festzulegen, ergibt sich in der Praxis	FOE1236		Auslegungstemperatur und geothermische Tiefenstufe definieren die maximale Tiefenlage; hierbei sind wirtsgesteinsspezifische Eigenschaften / (Temperaturverträglichkeit) zu berücksichtigen / Erfahrung des Bergbaus bei der Klimatisierung? / Illitisierung des Tonsteins (auch gebirgsdruck-abhängig) Ausschluss der Thermomigration in Salz / Auflockerungszone der Streckenauffahrung wächst mit zunehmender Teufe (insbesondere Ton; ewG-Mächtigkeit?). Rückmeldung auf Plenum: Vor allem qualitativ maximale Teufe definieren; Größenordnung? Ziel: Versuch, Kriterien zu finden, mit denen man eine maximale Teufe begründen könnte. Welcher Stand der Technik wird vorausgesetzt? Welche Kriterien sind sinnvoll? / Kriterium kann nicht gestrichen werden! Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert: Rückmeldung 30.01.: es gibt keine guten Argumente eine Max-Tiefe festzulegen, ergibt sich in der Praxis	K-Drs. 157: 4.4; S.16		Hr Sailer	B 6.5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Definition aktive Störungszonen			Neben Hebungen auch Senkungen und horizontale Bewegungen berücksichtigen / Begriff der allgemeinen Störung: „Zeitraum Rupel... bis heute“ durch „im gegenwärtigen tektonischen Spannungsfeld“ ersetzen	FOE1396		Neben Hebungen auch Senkungen und horizontale Bewegungen berücksichtigen / Begriff der allgemeinen Störung: „Zeitraum Rupel... bis heute“ durch „im gegenwärtigen tektonischen Spannungsfeld“ ersetzen	K-Drs. 157: 3.2; S.11		Hr Sailer	B 6.5.4
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Definition aktive Störungszonen	DIN 1998-1 nicht auf untertägige und kerntechnische Anlagen anwendbar -> Zerstörung liegt in der Schwingung (Oberfläche)		Ersetzen durch KTA 2201.1 / Trennung untertägige/obertägige Anlagen	FOE1412		Ersetzen durch KTA 2201.1 / Trennung untertägige/obertägige Anlagen			Hr Sailer	B 6.5.4
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Definition aktive Störungszonen	Anthropogen induzierte Erdbeben		Anthropogen induzierte Erdbeben <-> Deformationsraten! Blattverschiebungen	FOE1551		Anthropogen induzierte Erdbeben <-> Deformationsraten! Blattverschiebungen			Hr Sailer	B 6.5.4
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Definition aktive Störungszonen	Was ist eine aktive Störungszone? Wo sind sie? Es gibt keine geol. Karte mit aktiven Störungen		Definition aktiv ändern -> Spannungsfeld Mögliche Definition: hat sich in glazialen Stadien bewegt + Neotektonik Kann sich im rezenten Spannungsfeld (+ Eiszeit) bewegen	FOE1648		Definition aktiv ändern -> Spannungsfeld Mögliche Definition: hat sich in glazialen Stadien bewegt + Neotektonik Kann sich im rezenten Spannungsfeld (+ Eiszeit) bewegen			Hr Sailer	B 6.5.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Definition aktive Störungszonen			Untertägige Anlagen: Tektonik nur relevant bei Einspannung im Gebirge, Verformbarkeit Behälter à Störungszone durch EL vermeiden Maximale Beschleunigung definieren Ausschlusskriterien: aktive Störungszone, Störungszone 34 Million sehr willkürlich -> unterschiedliche Abwägungskriterien, unterschiedliche tektonische Ereignisse (konkret: Pyrenäenbildung, Extension, Alpenbildung) keine konkreten Raten an dieser Stelle sinnvoll	FOE1765		Untertägige Anlagen: Tektonik nur relevant bei Einspannung im Gebirge, Verformbarkeit Behälter à Störungszone durch EL vermeiden Maximale Beschleunigung definieren Ausschlusskriterien: aktive Störungszone, Störungszone 34 Million sehr willkürlich -> unterschiedliche Abwägungskriterien, unterschiedliche tektonische Ereignisse (konkret: Pyrenäenbildung, Extension, Alpenbildung) keine konkreten Raten an dieser Stelle sinnvoll			Hr Sailer	B 6.5.4
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Subrosion, bzw. Einbruchsee als siebtes Ausschlusskriterium			Kein Konsens in der Frage, junge Subrosionssees (Einbruchseen) über einem Salzstock als 7. Ausschlusskriterium zu nennen. Bitte an die Kommission, das Argument noch mal ernsthaft und wissenschaftlich zu prüfen in Abwägungskriterien muss es zwingend beachtet werden; Prognosen der Subrosion müssen beachtet werden. Einbruchseen zwar leicht zu erkennen, es gibt aber auch Subrosionen, die nicht so leicht zu erkennen sind. Rückmeldungen aus dem Plenum, von ZebraLog protokolliert: Subrosion kommt in Abwägungskriterien vor, wird aber auch in Sicherheitsanalyse wieder betrachtet werden	FOE1843		Kein Konsens in der Frage, junge Subrosionssees (Einbruchseen) über einem Salzstock als 7. Ausschlusskriterium zu nennen. Bitte an die Kommission, das Argument noch mal ernsthaft und wissenschaftlich zu prüfen in Abwägungskriterien muss es zwingend beachtet werden; Prognosen der Subrosion müssen beachtet werden. Einbruchseen zwar leicht zu erkennen, es gibt aber auch Subrosionen, die nicht so leicht zu erkennen sind. Rückmeldungen aus dem Plenum, von ZebraLog protokolliert: Subrosion kommt in Abwägungskriterien vor, wird aber auch in Sicherheitsanalyse wieder betrachtet werden			Hr Sailer	B 6.5.4
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Kriterium seismische Aktivität. Wie soll es unterlegt werden? (Erdbebenkatalog) Sollen Gebiete mit Hebungen und Senkungen grundsätzlich ausgeschlossen werden?	Bringt uns die Einschränkung einen Sicherheitsgewinn?		Weder Hebungen noch Senkungen haben eine große Bedeutung	FOE1958		Weder Hebungen noch Senkungen haben eine große Bedeutung	K-Drs. 157: 3.4; S.11		Hr Sailer	B 6.5.4
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Kriterium seismische Aktivität. Wie soll es unterlegt werden? (Erdbebenkatalog) Sollen Gebiete mit Hebungen und Senkungen grundsätzlich ausgeschlossen werden?	Können dadurch potenziell sehr gute Lager ausgeschlossen werden? --> ja		Es ist als Kriterium wichtiger, die Nettoabtragungsrate zu betrachten Es muss zu jedem Konzept eine Nettoabtragungsrate definiert werden Die Integrität des ewG darf dadurch nicht beeinträchtigt werden.	FOE2040		Es ist als Kriterium wichtiger, die Nettoabtragungsrate zu betrachten Es muss zu jedem Konzept eine Nettoabtragungsrate definiert werden Die Integrität des ewG darf dadurch nicht beeinträchtigt werden.			Hr Sailer	B 6.5.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsausschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Grundwasseralter: Ist das C-14-Kriterium valide?	Klärung: Was ist Kriterium, was ist Parameter		Im ewG dürfen keine geochemischen oder Isotopen hydrogeologischen Hinweise auf holozäne Grundwasser vorliegen (Erläuterung: Angaben von Parametern nicht zielführend, sehr Standortspezifisch; Methoden können sehr verschieden sein.) Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert: Wenn im ewG Wasser vorhanden ist, ist das immer schlecht, Alter kann höchstens Hinweis geben; Alter ist Parameter, das man betrachten sollte, aber kein Ausschlusskriterium Ist die Anforderung "absolut trocken" eine Mindestanforderung?	FOE2183		Im ewG dürfen keine geochemischen oder Isotopen hydrogeologischen Hinweise auf holozäne Grundwasser vorliegen (Erläuterung: Angaben von Parametern nicht zielführend, sehr Standortspezifisch; Methoden können sehr verschieden sein.) Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert: Wenn im ewG Wasser vorhanden ist, ist das immer schlecht, Alter kann höchstens Hinweis geben; Alter ist Parameter, das man betrachten sollte, aber kein Ausschlusskriterium Ist die Anforderung "absolut trocken" eine Mindestanforderung?	K-Drs. 157: 3.6; S.12		Hr Sailer	B 6.5.4
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Grundwasseralter: Ist das C-14-Kriterium valide?	Kriterium umformulieren: Zeitraum war nicht definiert		„Holozäne“ statt „nicht jung“ Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert: Formulierung sehr weise, nur wenn ich etwas weiß kann ich es berücksichtigen	FOE2277		„Holozäne“ statt „nicht jung“ Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert: Formulierung sehr weise, nur wenn ich etwas weiß kann ich es berücksichtigen			Hr Sailer	B 6.5.4
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Grundwasseralter: Ist das C-14-Kriterium valide?	Methoden waren vorgegeben um Alter nachzuweisen		Methodik rausstreichen	FOE2396		Methodik rausstreichen			Hr Sailer	B 6.5.4
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Müssen die Ausschlusskriterien angepasst werden, wenn man davon ausgeht, dass es ein kombiniertes Endlager für hoch-, mittel- und schwachradioaktive Abfälle (NAPO) geben wird?	Grundlage war Text der NAPRO und die Entscheidung der Kommission, sich zurzeit nur auf wärmeentwickelnde Abfälle zu beziehen. --> gemeinsames Lager HAW + Asse + Uran Trails???		Prüfung der Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen (bes. Mächtigkeit ewG und Flächenbedarf) für ein gemeinsames Endlager noch mal in Angriff nehmen Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert: Es herrschte Unklarheit über die Definition „kombiniertes Endlager“: Frage aus dem Publikum ob es bei der Betrachtung um ein Bergwerk oder eine Region ging Bei der Gruppendiskussion wurde die Möglichkeit eines Bergwerkes diskutiert.	FOE2487		Prüfung der Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen (bes. Mächtigkeit ewG und Flächenbedarf) für ein gemeinsames Endlager noch mal in Angriff nehmen Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert: Es herrschte Unklarheit über die Definition „kombiniertes Endlager“: Frage aus dem Publikum ob es bei der Betrachtung um ein Bergwerk oder eine Region ging Bei der Gruppendiskussion wurde die Möglichkeit eines Bergwerkes diskutiert.	K-Drs. 157: Bes. 4.2; S.13		Hr Sailer	B 6.5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Müssen die Ausschlusskriterien angepasst werden, wenn man davon ausgeht, dass es ein kombiniertes Endlager für hoch-, mittel- und schwachradioaktive Abfälle (NAPO) geben wird?			Unterschiede im Bereich der Abwägungskriterien hier prüfen (z.B. Gasbildung)	FOE2517		Unterschiede im Bereich der Abwägungskriterien hier prüfen (z.B. Gasbildung)			Hr Sailer	B 6.5.5

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Müssen die Ausschlusskriterien angepasst werden, wenn man davon ausgeht, dass es ein kombiniertes Endlager für hoch-, mittel- und schwachradioaktive Abfälle (NAPO) geben wird?			Prüfen ob Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen für getrennte Lager grundsätzlich anders sind? Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert:Hängt von Wirtsgestein ab	FOE2666		Prüfen ob Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen für getrennte Lager grundsätzlich anders sind? Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert:Hängt von Wirtsgestein ab			Hr Sailer	B 6.5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK1: Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	29./30.01.2016	Berlin	Salzstöcke als Ausschlusskriterium?	In den 80er Jahren waren Rohstofflager generell als Endlagerstandorte ausgeschlossen Mit einer zukünftigen Rohstoffnutzung könnte ein Endlager gefährdet werden, da es keine sichere Dokumentation des Endlagers über den Lagerzeitraum gibt In näherer Zukunft wird Salz vermutlich ein wichtiger Rohstoff bleiben. Es stellt sich die Frage ob eine Ressource am Ende der Dokumentationsmöglichkeit noch ökonomisch relevant sein wird.		Müssen kein Ausschlusskriterium sein, die Gefahr von Human Intrusion müsste aber zumindest in Abwägung stärker berücksichtigt werden Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert:Bezieht sich die Diskussion nur auf Salzstöcke? > wurde nicht diskutiert Zweifel ob Salz in Zukunft wirklich ein so knapper Rohstoff sein wird, daher kein gutes Argument um es als Endlager auszuschließen Anbohren ist nie auszuschließen; Ausführen welche Schädigungen	FOE2791		Müssen kein Ausschlusskriterium sein, die Gefahr von Human Intrusion müsste aber zumindest in Abwägung stärker berücksichtigt werden Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert:Bezieht sich die Diskussion nur auf Salzstöcke? > wurde nicht diskutiert Zweifel ob Salz in Zukunft wirklich ein so knapper Rohstoff sein wird, daher kein gutes Argument um es als Endlager auszuschließen Anbohren ist nie auszuschließen; Ausführen welche Schädigungen			Hr Sailer	B 6.5.5

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Aggregation der Abwägungskriterien	Aggregation der Abwägungskriterien: Welches Verfahren wird dem VT empfohlen? • AKEnd zu geologischen Abwägungskriterien S.105 • Diskussionspapier K-Drs. / AG3-84 S.4: nicht Aufgabe der AG3?!		Beauftragen von Experten, ein Verfahren zur Abwägung von multikriteriellen Entscheidungen entwickeln zu lassen. Keine Verlagerung der Entscheidung über das Verfahren.	FOE2889		Beauftragen von Experten, ein Verfahren zur Abwägung von multikriteriellen Entscheidungen entwickeln zu lassen. Keine Verlagerung der Entscheidung über das Verfahren.	K-Drs. / AG3-84 S.4		Hr Appel	B 6.5.9
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Aggregation der Abwägungskriterien	Aggregationsmetodik Ausschlusskriterien + Mindestanforderungen (Kf 10-10) à übergeordnet (quantitativ) Einengung durch Abwägungskriterien à z.T. übergeordnet (räumliche Charakterisierbarkeit; Prognostizierbarkeit), z.T. gesteins- / sicherheitskonzeptionspezifisch • Sicherheitsfunktionen (Isolations-Rückhaltevermögen) • Konkretisierung in den verschiedenen Gewichtsgruppen (Abwägung der Relevanz) • Übergeordneter Maßstab für Vergleich		Abwägungskriterien trennen: • Für alle Gesteine gültig • Auf Sicherheitsfunktion bezogen (z.T. Isolationsvermögen) • Abwägungskriterien zunächst überwiegend qualitativ • Sicherheitskonzepte müssen für die verschiedenen Gesteinstypen frühzeitig verfügbar sein Vergleich verschiedener Gesteinstypen durch generische Sicherheitsanalyse	FOE2974		Abwägungskriterien trennen: • Für alle Gesteine gültig • Auf Sicherheitsfunktion bezogen (z.T. Isolationsvermögen) • Abwägungskriterien zunächst überwiegend qualitativ • Sicherheitskonzepte müssen für die verschiedenen Gesteinstypen frühzeitig verfügbar sein Vergleich verschiedener Gesteinstypen durch generische Sicherheitsanalyse	K-Drs. / AG3-84 S.4		Hr Appel	B 6.5.9

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Aggregation der Abwägungskriterien	Aggregationsregeln sind wichtig, können aus zeitlichen Gründen von der Kommission nicht mehr erarbeitet werden		1. Quantitative Beschreibung der Anforderungen und Kriterien durch AG3 2. Quantitative Umsetzungen der Kriterien (Indikatoren) herausnehmen 3. Konsultationsprozess zu den Anforderungen / Kriterien 4. Festlegung des Prozedere zur Festlegung der Indikatoren und Aggregationsregeln in einem Konzept (vgl. Sachplan CH) durch AG3 5. Öffentlicher Konsultationsprozess zu diesem Konzept	FOE3055		1. Quantitative Beschreibung der Anforderungen und Kriterien durch AG3 2. Quantitative Umsetzungen der Kriterien (Indikatoren) herausnehmen 3. Konsultationsprozess zu den Anforderungen / Kriterien 4. Festlegung des Prozedere zur Festlegung der Indikatoren und Aggregationsregeln in einem Konzept (vgl. Sachplan CH) durch AG3 5. Öffentlicher Konsultationsprozess zu diesem Konzept			Hr Appel	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Bezug der Abwägungskriterien zu Ausschlusskriterien / Abwägungskriterien allgemein	Bezug der Abwägungskriterien zu den Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen, Beispiel: wenn 4.1 in Verbindung mit 3.1 und 3.2 erfüllt, dann ist 5.1.1 (Va und Kf) gegeben und eine Gesteinsunabhängige Betrachtung gegeben.		Diffusionsgeschwindigkeit (Tab 5-2 etc.) entscheidend ist Tortuosität, nicht Porosität, Tortuosität aber nicht hinreichende (gemeint ist hier die Datenlage) bestimmt à Bezug auf Dd könnte besser entfallen è Ziel Ihrer Kriterien läuft auf eine Begrenzung der Transportreichweite auf max. 1km in 1 Mio. a zu errechnen (damit lassen sich Va, Retardierungsfaktor, Sorption, Diffusion in einer Anforderung zusammenfassen)	FOE3132		Diffusionsgeschwindigkeit (Tab 5-2 etc.) entscheidend ist Tortuosität, nicht Porosität, Tortuosität aber nicht hinreichende (gemeint ist hier die Datenlage) bestimmt à Bezug auf Dd könnte besser entfallen è Ziel Ihrer Kriterien läuft auf eine Begrenzung der Transportreichweite auf max. 1km in 1 Mio. a zu errechnen (damit lassen sich Va, Retardierungsfaktor, Sorption, Diffusion in einer Anforderung zusammenfassen)	K-Drs. 157: 4.1 / 3.1 / 3.2 / 5.1.1 Tab. 5.2		Hr Appel	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Bezug der Abwägungskriterien zu Ausschlusskriterien / Abwägungskriterien allgemein	Was sind „vertiefende geowissenschaftliche Abwägungen?“		Das „vertiefende geowissenschaftliche Abwägungen“ sollte klar formuliert werden, oder weg. Weg, da es bereits behandelt wird.	FOE3233		Das „vertiefende geowissenschaftliche Abwägungen“ sollte klar formuliert werden, oder weg. Weg, da es bereits behandelt wird.			Hr Appel	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Bezug der Abwägungskriterien zu Ausschlusskriterien / Abwägungskriterien allgemein	Andere Reihung der Abwägungskriterien Gruppe 1: 3-2-1-4-6 Gruppe 2: 8-7-10-9 Gruppe 3: 5-11 (= von technische Machbarkeit) à braucht man standortbezogene Daten Anforderung 12: è in Punkt 4.6 berücksichtigt Deshalb als Anforderung streichen		3 Gewichtungsgruppen Gruppe 1 bleibt Gruppe 2 entfällt Gruppe 3 wird 2 Neu: 3 Bergbautechnische Kriterien Maximale Tiefe à je tiefer desto besser (Gegenüberstellung Tonstein – Salz)	FOE3346		3 Gewichtungsgruppen Gruppe 1 bleibt Gruppe 2 entfällt Gruppe 3 wird 2 Neu: 3 Bergbautechnische Kriterien Maximale Tiefe à je tiefer desto besser (Gegenüberstellung Tonstein – Salz)			Hr Appel	

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Bezug der Abwägungskriterien zu Ausschlusskriterien / Abwägungskriterien allgemein	Gewichtungsgruppen sind Teil des Verfahrensweges		Gewichtungsgruppen für die geowissenschaftlichen Planungskriterien nachlagern	FOE3460		Gewichtungsgruppen für die geowissenschaftlichen Planungskriterien nachlagern			Hr Appel	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Bezug der Abwägungskriterien zu Ausschlusskriterien / Abwägungskriterien allgemein	Kriterien für die vertiefende geotechnische Abwägung? à Das Thema ist Teil der Sicherheitsbetrachtung		Abwägung führt nicht zum Ausschluss	FOE3537		Abwägung führt nicht zum Ausschluss			Hr Appel	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Bezug der Abwägungskriterien zu Ausschlusskriterien / Abwägungskriterien allgemein	Zusammenführung von Abwägungskriterien und Sicherheitsuntersuchungen (Methodik) Umgang mit wissenschaftlich nicht belastbaren „nenn“ Kriterien gegenüber AKEnd mit dem einzigen Ziel, den Standort Gorleben auszuschließen. Ist dies langfristig wissenschaftlich haltbar? Tiefenlage		Tiefenlage: sollte wieder aufgenommen um Verfahren zu vereinfachen Notwendigkeit: Aggregierung mit Gewichtungsgruppen muss konkretisiert werden (Wie ist das Zusammenwirken mit Sicherheitsbetrachtungen!) Kriterien: Rückhaltung Radionuklide im enL fehlt in K-drs 157 Endlagerkonzept muss frühzeitig in Pause 1 festgelegt werden, um Sicherheitsbetrachtungen durchführen zu können.	FOE3678		Tiefenlage: sollte wieder aufgenommen um Verfahren zu vereinfachen Notwendigkeit: Aggregierung mit Gewichtungsgruppen muss konkretisiert werden (Wie ist das Zusammenwirken mit Sicherheitsbetrachtungen!) Kriterien: Rückhaltung Radionuklide im enL fehlt in K-drs 157 Endlagerkonzept muss frühzeitig in Pause 1 festgelegt werden, um Sicherheitsbetrachtungen durchführen zu können.			Hr Appel	B 8.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Wirtsgesteinspezifische Kriterien	Es muss sichergestellt sein, dass der Kriterienkatalog in Hinblick auf die unterschiedlichen Wirtsgesteine ausgewogen ist. Beispiel: Das flankierende Kriterium „Deckgebirge“ für Salz. Denkbar sind auch andere flankierende Kriterien, die Schwächen / Nachteile anderer Wirtsgesteine auffangen.		Systematische Prüfung des Katalogs anhand der Stärken und Schwächen der Wirtsgesteine. Werden durch die Kriterien alle Stärken der Wirtsgesteine adressiert. Bisher entscheidet alles eher „salzlastig“.	FOE3744		Systematische Prüfung des Katalogs anhand der Stärken und Schwächen der Wirtsgesteine. Werden durch die Kriterien alle Stärken der Wirtsgesteine adressiert. Bisher entscheidet alles eher „salzlastig“.			Hr Appel	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Wirtsgesteinspezifische Kriterien	1. Tiefenlage 2. Gesteinsspezifische Kriterien		Zu 1. Beschränkung der Tiefenlage innerhalb der Standortsuche, nicht aber als Kriterium Zu 2. Tendenz geht zu gesteinsunabhängigen Kriterien, jedenfalls für Gewichtungsklasse 1. Aber Sorptionskoeffizient z.B. muss gesteinspez. (Kristallin sollte keine Klüfte enthalten).	FOE3899		Zu 1. Beschränkung der Tiefenlage innerhalb der Standortsuche, nicht aber als Kriterium Zu 2. Tendenz geht zu gesteinsunabhängigen Kriterien, jedenfalls für Gewichtungsklasse 1. Aber Sorptionskoeffizient z.B. muss gesteinspez. (Kristallin sollte keine Klüfte enthalten).			Hr Appel	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Wirtsgesteinspezifische Kriterien			Wirtsgesteinspezifische Kriterien zum Vergleich unterschiedlicher Ton, Salz, Granitformationen untereinander (Konsens) Vergleich der bestmöglichen Standorte in Ton, Salz und Granit auf Grund von quantitativen und qualitativen Kriterien (Konsens) è 3 flache Salzlager è 3 Salzstöcke è 3 Ton è 3 Kristallin Übertägige Untersuchung von 4 x 3 möglichen Orten (Dissens in der Tischgruppe) 4x2 (Anmerkung für das Protokoll: Konsens der Tischgruppe lag zwischen 4x3 und 4x2)	FOE3911		Wirtsgesteinspezifische Kriterien zum Vergleich unterschiedlicher Ton, Salz, Granitformationen untereinander (Konsens) Vergleich der bestmöglichen Standorte in Ton, Salz und Granit auf Grund von quantitativen und qualitativen Kriterien (Konsens) è 3 flache Salzlager è 3 Salzstöcke è 3 Ton è 3 Kristallin Übertägige Untersuchung von 4 x 3 möglichen Orten (Dissens in der Tischgruppe) 4x2 (Anmerkung für das Protokoll: Konsens der Tischgruppe lag zwischen 4x3 und 4x2)			Hr Appel	

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Gute Temperaturverträglichkeit	Änderung der Anforderung 8 bzw. des Indikators Keine pauschale Festlegung von gesteinspezifischen Grenztemperaturen, sondern den Indikator „geringe Temperatur im Einlagerungshorizont“ wählen, der Wirtsgesteinsübergreifend ist.		Änderungen wie oben vornehmen und entsprechend erläutern	FOE4047		Änderungen wie oben vornehmen und entsprechend erläutern	K-Drs. 157: 5.3.2.		Hr Appel	B 6.5.6
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Gute Temperaturverträglichkeit			Schutz vor Subrosion Zweifelhaft, ob eine Anforderung an das Deckgebirge zur Begrenzung von Subrosion sinnvoll ist, Zweifelhaft, welche Rolle der Deckgebirgsaufbau für die Subrosion überhaupt ist.	FOE4191		Schutz vor Subrosion Zweifelhaft, ob eine Anforderung an das Deckgebirge zur Begrenzung von Subrosion sinnvoll ist, Zweifelhaft, welche Rolle der Deckgebirgsaufbau für die Subrosion überhaupt ist.	K-Drs. 157: 5.3.6		Hr Appel	B 6.5.6
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Gute Temperaturverträglichkeit			Der aktuelle Deckgebirgsaufbau kann für begrenzte Zeit einem Sicherheitsvorteil bringen und muss daher als Abwägungskriterium berücksichtigt werden. Die Sicherheit des Endlagers darf aber nicht vom Deckgebirgsaufbau abhängen, daher kann es keine Mindestanforderung bzw. Ausschlusskriterium darstellen Schutz vor Radionuklidanstieg	FOE4273		Der aktuelle Deckgebirgsaufbau kann für begrenzte Zeit einem Sicherheitsvorteil bringen und muss daher als Abwägungskriterium berücksichtigt werden. Die Sicherheit des Endlagers darf aber nicht vom Deckgebirgsaufbau abhängen, daher kann es keine Mindestanforderung bzw. Ausschlusskriterium darstellen Schutz vor Radionuklidanstieg	38781		Hr Appel	B 6.5.6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Nachbetriebsphase / Langzeitsicherung eines Endlagers – Betrachtungszeitraum Mio. Jahre	Thema: Langzeitsicherheit eines Endlagers – Betrachtungszeitraum 1 Million Jahre Anmerkung: Mit zunehmender Lagerdauer nimmt das radiologische Gefährdungspotenzial von hoch radioaktiven Abfällen stetig (signifikant) ab. • Nach ca. 1000 Jahren (???) Nuklide weitgehend abgeklungen • Nach 10 000 Jahren nur noch langlebige Nuklide • Nach 100 000 Jahren Gefährdung bestimmt durch chemotoxisches Potenzial		Anpassung der Ausschluss / Abwägungskriterien auf das zum jetzigen Zeitpunkt tatsächliche Gefährdungspotenzial und den daran abzuleitenden Schutzzielen bzw. Anforderungen an Barriersysteme Beginn der Einlagerung à hohe Anforderung Lagerdauer à sinkende Anforderung Vorteil: schwierige Prognose für Zeiträume > 10 000 Jahre werden durch sinkende Anforderungen an Barriersystem erleichtert vs. K-Drs. 157, Pkt. 4.6 gezeichnetes Diagramm: X-Achse: Jahre (1000, 10 000, 100 000, 1Million Jahre) Y-Achse: Gefährdungspotenzial (chemotoxisch , radiologisch) (Abnehmendes Gefährdungspotenzial über einen langen Zeitraum)	FOE4367		Anpassung der Ausschluss / Abwägungskriterien auf das zum jetzigen Zeitpunkt tatsächliche Gefährdungspotenzial und den daran abzuleitenden Schutzzielen bzw. Anforderungen an Barriersysteme Beginn der Einlagerung à hohe Anforderung Lagerdauer à sinkende Anforderung Vorteil: schwierige Prognose für Zeiträume > 10 000 Jahre werden durch sinkende Anforderungen an Barriersystem erleichtert vs. K-Drs. 157, Pkt. 4.6 gezeichnetes Diagramm: X-Achse: Jahre (1000, 10 000, 100 000, 1Million Jahre) Y-Achse: Gefährdungspotenzial (chemotoxisch , radiologisch) (Abnehmendes Gefährdungspotenzial über einen langen Zeitraum)	42525		Hr Appel	B 6.5.6
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Nachbetriebsphase / Langzeitsicherung eines Endlagers – Betrachtungszeitraum Mio. Jahre	Nachbetriebsphase – Wiederherstellung der Barriereintegrität • Günstige / ungünstige Voraussetzungen • Günstige / ungünstige Einwirk-Prozesse Bedarf an geotechnischen-Materialien und deren (Langzeit-)Eigenschaften		Günstige / ungünstige Abwäge-Kriterien für die Nachbetriebsphase und die Anforderungen an die Prozesse in der betriebsbedingten Auflockerungszone (ALZ) zum Erreichen von sealing / healing.	FOE4434		Günstige / ungünstige Abwäge-Kriterien für die Nachbetriebsphase und die Anforderungen an die Prozesse in der betriebsbedingten Auflockerungszone (ALZ) zum Erreichen von sealing / healing.			Hr Appel	B 6.5.6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Nachbetriebsphase / Langzeitsicherung eines Endlagers – Betrachtungszeitraum Mio. Jahre			Wenn ein Plus an Teufe ein Plus an Sicherheit bringt, dann müsste die Teufenlage des Endlagers (im Rahmen der bautechnischen Machbarkeit) maximiert werden.	FOE4595		Wenn ein Plus an Teufe ein Plus an Sicherheit bringt, dann müsste die Teufenlage des Endlagers (im Rahmen der bautechnischen Machbarkeit) maximiert werden.			Hr Appel	B 6.5.6
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Wirtsgesteinspezifische Kriterien			Umfänglicher Inhalt, siehe Rohdaten in Spalte N	FOE4687		Teil1: • Kritik: Wenn die Kriterien in ihrer jetzigen Form angewandt werden, wäre kristallin von vorneherein ausgeschlossen. Gleichzeitig wird jedoch behauptet man wolle alle Gesteinsarten mit einbeziehen. Ist das gewollt? Gesteinsspezifische Kriterien entwickeln? Was genau wird mit wirtsgesteinsspezifischen Kriterien verbunden? • Brauchen die einzelnen Wirtsgesteine ein Deckgebirge? Gibt es Kriterien die wir für alle Gesteinsarten anwenden können und gibt es Kriterien, die wir spezifisch entwickeln müssen, um den einzelnen Gesteinsarten gerecht zu werden? Ton, Salz und Kristallin ist bereits eine Vorauswahl. • Wichtiger Punkt der Vermittelbarkeit an die BürgerInnen. • Sollte eine Gesamtkonzeption früher entwickelt werden? Ein Modell eines Endlagerkonzeptes wie man dieses in einem geologischen System realisieren kann. Das Wirtsgestein ist ein wichtiger Bestandteil, aber nicht der einzige, bei der Frage einer Endlagerkonzeption. • Bewertung von Abwägungskriterien kann nur erfolgen, wenn man bereits ein Endlagerkonzept kennt. Kann man dieses Konzept in einer bestimmten Wirtsgesteinskonfiguration entwickeln oder nicht? • Wenn Kriterien für alle Wirtsgesteine gelten sollen, jedoch mit Zahlen versehen werden, ist dies schwierig. Da die einzelnen Wirtsgestein unterschiedliche Anforderungen haben. Brauchen wir eine andere Ebene? Nicht Kriterien sondern Anforderungen. • Es braucht ein übergeordnetes Sicherheitskonzept. Bedeutet in erster Linie Einschluss in ein einschlusswirksames Deckgebirge.			Hr Appel	B 6.5.6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Wirtsgesteinspezifische Kriterien			Umfänglicher Inhalt, siehe Rohdaten in Spalte N	FOE4687		<p>Teil 2: • Große Unsicherheit wegen fehlender Hierarchisierung der Kriterien. Es sind Kriterien die nicht gegeneinander abgestuft werden. Wenn das erfolgt, muss noch keine Festlegung auf ein Wirtsgestein passieren. • Welche Rolle spielt das ewG? Für Grenztemperaturen braucht es heute keine Festlegung. • Grundgedanke des ewG: Grundansatz Ton und Salz als Wirtsgestein ist die eigentliche Barriere. Funktioniert bei Kristallin nicht. Zusätzlich technische Barriere. • Herausforderung: Ist Wirtsgesteinseinschluss als Barriere vertrauensvoller als technische Barriere? Diversitäre Barrieren bei Salz; brauchen wir diese auch für das Tongestein? • Widerspruch: Grundlegend unter dem Siedepunkt von Wasser bleiben. In diesem Fall nicht wirtsgesteinsspezifisch sondern allgemeine Anforderungen. • Schutzziele formulieren: Bsp.: Verhindern dass Radioaktivität freigesetzt wird. • Kriterien müssen dementsprechend formuliert werden. • Eine wesentliche Funktion ist ein langsamer Radionuklidtransport des Wirtsgesteins. Mit welchen Kriterien kann dieser bemessen werden? Verschiedene Vorschläge: Grundwasserströmung (es gibt kaum Methoden um die Strömungen zu messen, es braucht Indikatoren. Möglicher Indikator ist C14 Gehalt.) • Zum jetzigen Zeitpunkt sei es nicht sinnvoll Quantitative Kriterien festzulegen. • Schutzziele sind für alle Wirtsgesteine in gleicher Weise gültig. Sicherheitskonzepte nicht. In keinem Fall kann Wirtsgestein alleine die Rückhaltung gewährleisten. Sinnvoller Ansatz wäre gesteinspezifische Sicherheitskonzepte festzulegen.</p>			Hr Appel	B 6.5.6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Qualitativ versus quantitativ			Umfänglicher Inhalt, siehe Rohdaten in Spalte N	FOE4718		Teil 1: • Die erste Aufgabe ist es ungeeignete Regionen auszuschließen und relativ bessere herauszufiltern. Ausschlusskriterien müssen formuliert werden. Für Objektivität braucht es formulierte Kriterien, müssen heute quantitativ formuliert werden. • Positiv Kartierung? Welche sind denn die eher besseren? Diese muss auch über objektive Kriterien erfolgen? • Grundsätzlich geeignete Regionen. Um dort eine Sicherheitsbetrachtung machen zu können, braucht es bereits ein Endlagerkonzept. Immer noch ohne Erkundung und Untersuchung. • Für Ausschlusskriterien und Minimalanforderungen braucht es harte Kriterien. • Bei Abwägungskriterien braucht es eher qualitative Kriterien, die nicht quantifiziert werden müssen. • Brauchen wir die Abwägungskriterien wirtsgesteinsspezifisch oder nicht? Gewichtungsguppen sind Ansatz einer Struktur der Hierarchisierung. Hier Überarbeitungsbedarf? • Was sind die qualitativen Anforderungen? Muss insgesamt erfolgen. Es braucht sehr präzise qualitative Kriterien. Der Kriterienentwurf in seiner jetzigen Version ist sehr gut, muss aber weiterentwickelt werden. à Konkretisieren • Geschwindigkeit eines Radionuklidtransports kann heute bereits qualitativ beschrieben werden. Zum Teil ist es sinnvoll, dies bereits heute zu quantifizieren. • Je mehr quantifizierbare Kriterien festgelegt werden, desto mehr entsteht das Problem einer fehlenden Datenlage. Wie geht man mit Gebieten um für die es keine Daten gibt? • Ist es sinnvoll Abwägungskriterien zum derzeitigen Standpunkt zu quantifizieren. Macht man sich unglaublich, wenn man später einen anderen Wert festlegt (Stand von Wissenschaft u. Technik)			Hr Appel	B 6.5.6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Qualitativ versus quantitativ			Umfänglicher Inhalt, siehe Rohdaten in Spalte N	FOE4718		Teil 2: • Eine Antwort: Früher Glaubwürdigkeits-problem, da Kriterien an Standort angepasst wurden. • Macht man Kriterien schwammiger wegen fehlender Datenlage gibt es ebenfalls ein Glaubwürdigkeitsproblem. • Erhöhen quantitative Kriterien die Akzeptanz? Für Bevölkerung oft unverständlich. Daher bleibt die Einhaltung der Schutzziele das Wichtigste. Darin wird das Endlager gemessen im Anschluss. • Vorschlag: Kom. macht Vorschlag wer die Standort-spezifischen Kriterien festzulegen hat (nicht der Betreiber des zukünftigen Endlagers) • Das Glaubwürdigkeitsproblem wird man nicht aus der Welt schaffen können. • Grundlage für Abwägung ist Aufgliederung in drei Gewichtsgruppen. Die drei zu erkundenden Standorte müssen bestmöglich bei den Kriterien der Gewichtsgruppe 1 abschneiden. Erst dann kommt Gewichtsgruppe 2 zu tragen? • Kritik: Kriterienentwurf als Abstract des AKEnd. Graphische Aufbereitung der Gewichtsgruppen. Auch bessere Verständlichkeit warum an manchen Stellen Quantitative Zahlen sinnvoll und warum an anderen nicht. • Kritik: Kriterienentwurf ist ein gekürzte Aufbereitung des AKEnd Berichtes. • Quantitative Angaben sollen, sofern sie vorliegen, in den Bericht einfließen. Es gibt zahlreiche GeologInnen in Deutschland die mit den Zahlen etwas anfangen können. • Verständnisproblem bei den Gewichtsproblemen. Wurden auch in den Vorträgen nicht hinreichend erklärt. • Gewichtsgruppen haben hierarchische Reihenfolge! • Es muss festgelegt werden, wer zu welchem Zeitpunkt die quantitativen Kriterien überprüft oder festschreibt. Darf nicht in die Hände der Betreiber gegeben werden.			Hr Appel	B 6.5.6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Deckgebirge			Umfänglicher Inhalt, siehe Rohdaten in Spalte N	FOE4873		<ul style="list-style-type: none"> • Es gibt Befürworter für ein schützendes Deckgebirge über einem Salzstock und andere, die sagen, es ist nicht wichtig (nächste Eiszeit macht es irrelevant) • In der ersten Phase (erste tausend Jahre) Temperaturausdehnung und -rückbildung • Mindestens 15 000 Jahre das schützende Deckgebirge zu einem Kriterium machen • Für Salz ist schützende Deckgebirge 15 000 Jahre notwendig • Wärmeeinwirkung der Abfälle auf den Salzstock. Es gibt bereits viele Untersuchungen in der Vergangenheit. Es gäbe keine Beeinträchtigung auf den Salzstock wegen des Temperatureinfluss, wenn der Salzstock groß genug sei. Daher kein Grund entsprechende Anforderungen zu definieren • Frage der Subrosion. Die meisten norddeutschen Salzstöcke unterliegen einer oberflächlichen Subrosion. Ist in fast allen Fällen zum Erliegen gekommen und daher die Salzstockhebung abgehoben • Es gibt den Versuch verschiedene Anforderungen an ein schützendes Deckgebirge zu formulieren • Widerspruch: Subrosion ist nicht zum Erliegen gekommen. Exogene Prozesse. Frage ist nicht ob es Subrosion gibt, sondern welche Faktoren diese beeinflussen • Es gibt keine absoluten Faktoren sondern immer relative. Diese sind immer mit Unsicherheiten behaftet. Schützendes Deckgebirge leistet immer einen Beitrag zur Sicherheit • Verschiedene Meinungen zu schützende Deckgebirge haben bereits einen spezifischen Salzstock vor Augen • Anforderungen müssen so formuliert werden, die Sicherheitsnachweise führen können. Wie stellt man sich diversitäre Barrieren bei anderen Wirtsgesteinen als Salz vor? Ist Tiefe immer besser als Oberflächennah? 			Hr Appel	B 6.5.6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK2: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien und deren Bewertung	29./30.01.2016	Berlin	Deckgebirge			Umfänglicher Inhalt, siehe Rohdaten in Spalte N	FOE4873		Teil 2: • Es braucht Sicherheitsmargen. Alles was an Sicherheit möglich ist, sollte getan werden. Kritik an Atomanlagenbetreibern. • Es soll das radiologische Schutzziel nicht nur gerade so erreicht werden, sondern bestmöglich. Man soll nicht nur die Mindestsicherheitsanforderungen erfüllen, sondern bestmöglich! • Man sollte ein geeignetes schützendes Deckgebirge für alle Wirtsgesteine haben. • Es ist schwer für Tonstein und kristallin Kriterien zu entwickeln, mit denen tatsächlich ein Zugewinn an Sicherheit verbunden ist, der nicht allein über Tiefenlage bestimmt ist. • Anmerkung: Tiefenlage fehlt in der Abwägung • Materialität der Behälter HAW Abfälle sind nicht ausreichend. • Anforderung 12 ist sehr Vergangenheitslastig. • Schützende Deckgebirge schwierig für Kristallin, da viele kristalline Bereiche kein schützendes Deckgebirge haben. Wenn es überhaupt einen Standort gibt, der die ganzen Mindestanforderungen erfüllt, braucht kein schützendes Deckgebirge mehr. • Bei Kristallin kann man darauf verzichten. • Sicherheitskriterien aus dem Bundesgesetzblatt von 1983 sind noch gültig. Durch Wärmeausdehnung erfolgt Beeinträchtigung des Wirtsgesteins. Bilden sich Brüche? Führt zu Rissen und Wegsamkeiten? • Für einen Zeitraum von 15 000 sollte das berücksichtigt werden. • Man muss sich unbedingt von Diskussion um vergangene potenzielle Standorten lösen. • Schützendes Deckgebirge ist in anderen Ländern ein Abwägungskriterium. (Bsp.: Schweiz) • Gorleben daher wichtig, da der am besten untersuchte Standort. • Anregung an die Kommission: Ob Anforderung 12 nicht bereits Ziffer 4.6 vorhanden? • Maximale Tiefenlage in der Schweiz nicht quantifiziert.			Hr Appel	B 6.5.6
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Etappe 4 in 4.6.3: Ausgestaltung von Monitoring (Beobachtung vor Verschluss)?	Etappe 4: Definition einer Offenhaltungsphase. Es wurde noch keine Dauer der Offenhaltungsphase definiert. (Nicht nur an Oberfläche, Nahfeldmonitoring etc.)		Sicherung des Systemerhalts oder Fehlerkorrektur Kommission soll Ziele von Monitoring für Etappe 4 und 5 darlegen Konsens war: Ziele von Monitoring muss sichergestellt werden Rückmeldungen aus dem Plenum, von ZebraLog protokolliert:- Monitoringzeitraum?: Während AKEnd wurden schon Temperaturmonitoring erforscht Temperaturgutachten läuft auch für Kommission Wenn das Ziel ist die Auswirkungen der max. Temperatur zu beobachten, dann reichen 50 Jahre nicht aus. - Hier geht es natürlich nicht nur um Temperatur, sondern auch um Gasdruck, Radioaktivität, Wasser etc. - Messtechnik in der Zukunft noch nicht eindeutig vorhersehbar (Muss man sich heute schon damit beschäftigen?) Konkretisierung der Monitoring-Ziele und -Zeiträume sind für Auswahlverfahren entbehrlich (Einzelmeinung)	FOE4924		Sicherung des Systemerhalts oder Fehlerkorrektur Kommission soll Ziele von Monitoring für Etappe 4 und 5 darlegen Konsens war: Ziele von Monitoring muss sichergestellt werden Rückmeldungen aus dem Plenum, von ZebraLog protokolliert:- Monitoringzeitraum?: Während AKEnd wurden schon Temperaturmonitoring erforscht Temperaturgutachten läuft auch für Kommission Wenn das Ziel ist die Auswirkungen der max. Temperatur zu beobachten, dann reichen 50 Jahre nicht aus. - Hier geht es natürlich nicht nur um Temperatur, sondern auch um Gasdruck, Radioaktivität, Wasser etc. - Messtechnik in der Zukunft noch nicht eindeutig vorhersehbar (Muss man sich heute schon damit beschäftigen?) Konkretisierung der Monitoring-Ziele und -Zeiträume sind für Auswahlverfahren entbehrlich (Einzelmeinung)	K-Drs.: AG3-69A 4.6.3, S. 4		Hr Grunwald	B 5.4, 5.5

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsausschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Etappe 4 in 4.6.3: Ausgestaltung von Monitoring (Beobachtung vor Verschluss)?	Etappe 5: Monitoring außerhalb des ewG z.B. Umweltmonitoring		Etappe 5: Monitoring außerhalb des ewG z.B. Umweltmonitoring	FOE5049		Etappe 5: Monitoring außerhalb des ewG z.B. Umweltmonitoring			Hr Grunwald	B 5.4, 5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Etappe 4 in 4.6.3: Ausgestaltung von Monitoring (Beobachtung vor Verschluss)?	Konsens: Die Begriffe Fehler und Fehlerkorrektur sollten im Bericht definiert werden.		Entsorgungsrat sollte unabhängig von Entscheidungsgremium sein Ausstattung für Rat durch Stiftung festlegen Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert:- Plenum ist unsicher über Zukunft von bisherigen Gremien - Entsorgungsrat als Entscheidungsmonopol für Fehlerkorrektur sollte nicht als realistisch empfunden - Fehlerkorrektur sollte nicht in Behördenstruktur eingebettet sein. Stiftung? - ! Es gibt noch großen Debattenbedarf über Fehlerkorrektur! - AG 2 muss die Rolle des Entsorgungsrat in Gesetzesentwurf berücksichtigen - Entsorgungsrat soll 100% Distanz zu Betreiberunternehmen haben	FOE5145		Entsorgungsrat sollte unabhängig von Entscheidungsgremium sein Ausstattung für Rat durch Stiftung festlegen Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert:- Plenum ist unsicher über Zukunft von bisherigen Gremien - Entsorgungsrat als Entscheidungsmonopol für Fehlerkorrektur sollte nicht als realistisch empfunden - Fehlerkorrektur sollte nicht in Behördenstruktur eingebettet sein. Stiftung? - ! Es gibt noch großen Debattenbedarf über Fehlerkorrektur! - AG 2 muss die Rolle des Entsorgungsrat in Gesetzesentwurf berücksichtigen - Entsorgungsrat soll 100% Distanz zu Betreiberunternehmen haben	K-Drs.: AG3-69A		Hr Grunwald	B 5.4, 5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Etappe 4 in 4.6.3: Ausgestaltung von Monitoring (Beobachtung vor Verschluss)?	Wer legt fest, wann ein Fehler ein Fehler ist? Wie und vom werden Fehler festgestellt?		Entsorgungsrat sollte sich mit Sorgen der Bevölkerung befassen und dies sollte ersichtlich sein.	FOE5215		Entsorgungsrat sollte sich mit Sorgen der Bevölkerung befassen und dies sollte ersichtlich sein.			Hr Grunwald	B 5.4, 5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Etappe 4 in 4.6.3: Ausgestaltung von Monitoring (Beobachtung vor Verschluss)?	Vorschlag Entsorgungsrat (provisorisches Kapitel 4.6.4) wird (insgesamt) positiv aufgenommen		Vorschlag Entsorgungsrat (provisorisches Kapitel 4.6.4) wird (insgesamt) positiv aufgenommen	FOE5345		Vorschlag Entsorgungsrat (provisorisches Kapitel 4.6.4) wird (insgesamt) positiv aufgenommen	4.6.4. / 5.6		Hr Grunwald	B 5.4, 5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Etappe 4 in 4.6.3: Ausgestaltung von Monitoring (Beobachtung vor Verschluss)?	Wer besetzt diesen Entsorgungsrat?		Die Besetzungskompetenz sollte klar beschrieben werden.	FOE5413		Die Besetzungskompetenz sollte klar beschrieben werden.	4.6.4, 5.6 Entsorgungsrat		Hr Grunwald	B 5.4, 5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Etappe 4 in 4.6.3: Ausgestaltung von Monitoring (Beobachtung vor Verschluss)?	Wie wird die finanzielle Ausstattung des Entsorgungsrats sein?		Die (erfolgte Befassung des Entsorgungsrates muss ersichtlich sein (aber ehr nicht durch komplett öffentliche Sitzungen, Stichwort: „geschützter Raum“)	FOE5527		Die (erfolgte Befassung des Entsorgungsrates muss ersichtlich sein (aber ehr nicht durch komplett öffentliche Sitzungen, Stichwort: „geschützter Raum“)			Hr Grunwald	B 5.4, 5.5

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Etappe 4 in 4.6.3: Ausgestaltung von Monitoring (Beobachtung vor Verschluss)?			Bei neuen Prozessschritten (z.B. noch 4 Standorte übrig) ist Besetzung anzupassen: U.a. Berücksichtigung der Regionalität sowie fachliche Bezugsanpassung	FOE5661		Bei neuen Prozessschritten (z.B. noch 4 Standorte übrig) ist Besetzung anzupassen: U.a. Berücksichtigung der Regionalität sowie fachliche Bezugsanpassung			Hr Grunwald	B 5.4, 5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Etappe 4 in 4.6.3: Ausgestaltung von Monitoring (Beobachtung vor Verschluss)?			Die finanzielle Ausstattung sollte idealerweise durch Stiftung erfolgen.	FOE5772		Die finanzielle Ausstattung sollte idealerweise durch Stiftung erfolgen.			Hr Grunwald	B 5.4, 5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	3.1.3 Zielkonflikt bei Lagerung zwischen Rückholbarkeit, Langzeit-Monitoring und Betriebssicherheit	- Nach Abschluss der Einlagerung sollte das Bergwerk nicht mehr zugänglich sein (siehe Abänderung Etappe 4 S. 1) - Wenn teilweise zugänglich gibt es Konflikt zwischen Bergung und Rückholung. Nur Schacht sollt noch zugänglich sein		- Formulierungsvorschlag für 4.6.3 Etappe 4 S.1: „In der Etappe nach Abschluss der Einlagerung ist das Bergwerk weiterhin teilweise funktionsfähig und nur der Zugangsschacht ist zugänglich.“	FOE5862		- Formulierungsvorschlag für 4.6.3 Etappe 4 S.1: „In der Etappe nach Abschluss der Einlagerung ist das Bergwerk weiterhin teilweise funktionsfähig und nur der Zugangsschacht ist zugänglich.“	K-Drs.: AG3-69A 4.6.3, S.5		Hr Grunwald	B 5.4, 5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	3.1.3 Zielkonflikt bei Lagerung zwischen Rückholbarkeit, Langzeit-Monitoring und Betriebssicherheit			- Ziel des Monitoring ist Sicherzustellen, dass das ewG sich so wie vorgesehen verhält (Gesamtmonitoring) - Ziele und Zeiträume von Monitoring definieren unter Berücksichtigung der Machbarkeit und Sicherheit - Monitoring muss vor, während und nach Betrieb stattfinden	FOE5922		- Ziel des Monitoring ist Sicherzustellen, dass das ewG sich so wie vorgesehen verhält (Gesamtmonitoring) - Ziele und Zeiträume von Monitoring definieren unter Berücksichtigung der Machbarkeit und Sicherheit - Monitoring muss vor, während und nach Betrieb stattfinden			Hr Grunwald	B 5.4, 5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	3.1.3 Zielkonflikt bei Lagerung zwischen Rückholbarkeit, Langzeit-Monitoring und Betriebssicherheit	Tiefgaragenkonzept?		Abwägung unter Sicherheitsaspekte ab Rückholung sinnvoll	FOE6074		Abwägung unter Sicherheitsaspekte ab Rückholung sinnvoll			Hr Grunwald	B 5.4, 5.5

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	3.1.3 Zielkonflikt bei Lagerung zwischen Rückholbarkeit, Langzeit-Monitoring und Betriebssicherheit	Definitionskonflikt zwischen Bergung und Rückholung		Gesamtmonitoring der ewG nicht an einzelnen Punkten. Es muss definiert werden was gemessen werden soll Monitoring hat Grenzen wo Langzeitsicherheit beginnt	FOE6111		Gesamtmonitoring der ewG nicht an einzelnen Punkten. Es muss definiert werden was gemessen werden soll Monitoring hat Grenzen wo Langzeitsicherheit beginnt			Hr Grunwald	B 5.4, 5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Ist die Reversibilität hilfreich für Akzeptanz der Standortsuche?	Einfluss ist sehr hoch! - Endlager und Akzeptanz haben Einfluss aufeinander - Reversibilität darf nicht zu Endlosschleifen führen		Reversibilität muss im Suchprozess und in dem Umsetzung/Bau glaubhaft und (technisch) möglich sein, um Akzeptanz zu fördern. Kein Scheinvorhaben (Beschwichtigung!) Rückmeldungen aus dem Plenum, von ZebraLog protokolliert:- Verfahren muss glaubhaft SEIN und nicht nur so wirken	FOE6221		Reversibilität muss im Suchprozess und in dem Umsetzung/Bau glaubhaft und (technisch) möglich sein, um Akzeptanz zu fördern. Kein Scheinvorhaben (Beschwichtigung!) Rückmeldungen aus dem Plenum, von ZebraLog protokolliert:- Verfahren muss glaubhaft SEIN und nicht nur so wirken	K-Drs.: AG3-69A 4.6, S.1		Hr Grunwald	B 5.4, 5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Ist die Reversibilität hilfreich für Akzeptanz der Standortsuche?	Wie viel Einfluss hat Reversibilität auf Bevölkerungszunahme?		Prozessreversibilität darf nicht zu Endlosschleife führen! Monitoring und Rückholbarkeit/Bergbarkeit wichtig für Vertrauen. Endlagerkonzept <-> Akzeptanz des Auswahlverfahrens Ermöglichung internationaler Lösungen aber Gefahr von Regimewechsel! Standortsuchverfahren muss Sicherheit und Akzeptanz fördern.	FOE6347		Prozessreversibilität darf nicht zu Endlosschleife führen! Monitoring und Rückholbarkeit/Bergbarkeit wichtig für Vertrauen. Endlagerkonzept <-> Akzeptanz des Auswahlverfahrens Ermöglichung internationaler Lösungen aber Gefahr von Regimewechsel! Standortsuchverfahren muss Sicherheit und Akzeptanz fördern.			Hr Grunwald	B 5.4, 5.5

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsausschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Wie verändert das Kriterium Rückholbarkeit das Standortsuchverfahren? (z.B. Auswirkungen des Kriteriums Rückholbarkeit auf Auswahl des Wirtsgesteins) / Technische Konsequenzen der Reversibilität	Rückholbarkeit auf technische, geologische und weitere Endlagergestaltung und Endlagerauswahl Anderer Beitrag in dieser Gruppe zu dem Thema Wissenschaft und Technik: (Alter) Stand von heute: im Bereich der Endlagerung stehen wir am Anfang der Entwicklung es fehlen noch viele Forschungsuntersuchungen. ->Dient der rechtl. Absicherung des Betreibers, um nicht mehr als üblich leisten zu müssen.		Aktuelle Stand der Wissenschaft und Technik muss angewandt werden è Genaue Kriterien für „Stand der Wissenschaft und Technik“ Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert: Muss diese Bezeichnung (W&T) konkretisiert werden? Kann Stand von W&T auch Rückschritt bedeuten?	FOE6478		Aktuelle Stand der Wissenschaft und Technik muss angewandt werden è Genaue Kriterien für „Stand der Wissenschaft und Technik“ Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert: Muss diese Bezeichnung (W&T) konkretisiert werden? Kann Stand von W&T auch Rückschritt bedeuten?	K-Drs.: AG3-69A 4.6, S.1		Hr Grunwald	B 5.4, 5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Wie verändert das Kriterium Rückholbarkeit das Standortsuchverfahren? (z.B. Auswirkungen des Kriteriums Rückholbarkeit auf Auswahl des Wirtsgesteins) / Technische Konsequenzen der Reversibilität			Möglichkeit auf Rückholbarkeit ist abhängig vom ausgewählten Standort auszulegen Qualitative Ziele sind vorzugeben aber revidierbar für zukünftige Generationen Beispielkonzepte sind als solche, also als Beispiele, zu sehen Übertägige Strukturen für Rückholbarkeit sind nicht im Betrieb vorzusehen, sie müssen aber möglich sein und sind konzeptuell zu planen (Zwischenlager, Infrastruktur...) (Bergungszugang...) Hauptanspruch im Endlagerkonzept im Rahmen der Rückholbarkeit wird an Behälter gestellt „Sortierung“ der Behälter und Wissensmanagement: Im Eintrittsfall der Bergung muss Wissen über bergendes Material vorhanden sein	FOE6522		Möglichkeit auf Rückholbarkeit ist abhängig vom ausgewählten Standort auszulegen Qualitative Ziele sind vorzugeben aber revidierbar für zukünftige Generationen Beispielkonzepte sind als solche, also als Beispiele, zu sehen Übertägige Strukturen für Rückholbarkeit sind nicht im Betrieb vorzusehen, sie müssen aber möglich sein und sind konzeptuell zu planen (Zwischenlager, Infrastruktur...) (Bergungszugang...) Hauptanspruch im Endlagerkonzept im Rahmen der Rückholbarkeit wird an Behälter gestellt „Sortierung“ der Behälter und Wissensmanagement: Im Eintrittsfall der Bergung muss Wissen über bergendes Material vorhanden sein			Hr Grunwald	B 5.4, 5.5

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Reversibilität in zukünftigen Standortauswahlverfahren (Reversibilität der Suchkriterien, Wer startet neuen Denkprozess?)	Überprüfungsverfahren nur unter Primat der Sicherheit		Überprüfungsverfahren nur unter Primat der Sicherheit	FOE6643		Überprüfungsverfahren nur unter Primat der Sicherheit			Hr Grunwald	B 5.4, 5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Reversibilität in zukünftigen Standortauswahlverfahren (Reversibilität der Suchkriterien, Wer startet neuen Denkprozess?)	Es muss über Aufgabenzuweisung diskutiert werden		Änderungen brauchen hohe Hürden. Vorschläge müssen von mehreren Gremien. unterstützt werden. Jedes beteiligte Gremium sollte ein Vorschlagsrecht für Kriterienänderung bekommen. Das BfE bekommt zusätzlich den (gesetzlichen) Auftrag, den Stand von W&T in Hinblick auf die Kriterien kontinuierlich zu verfolgen. Es prüft Änderungsvorschläge fachlich und macht einen Entscheidungsvorschlag für den Bundestag (über das BMUB). Entscheider für Kriterienänderungen ist der Bundestag. Das BfE als Verfahrensführer macht dafür die Vorschläge.	FOE6797		Änderungen brauchen hohe Hürden. Vorschläge müssen von mehreren Gremien. unterstützt werden. Jedes beteiligte Gremium sollte ein Vorschlagsrecht für Kriterienänderung bekommen. Das BfE bekommt zusätzlich den (gesetzlichen) Auftrag, den Stand von W&T in Hinblick auf die Kriterien kontinuierlich zu verfolgen. Es prüft Änderungsvorschläge fachlich und macht einen Entscheidungsvorschlag für den Bundestag (über das BMUB). Entscheider für Kriterienänderungen ist der Bundestag. Das BfE als Verfahrensführer macht dafür die Vorschläge.			Hr Grunwald	B 5.4, 5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Reversibilität in zukünftigen Standortauswahlverfahren (Reversibilität der Suchkriterien, Wer startet neuen Denkprozess?)	Möglichkeit der Überprüfung der Auswahlkriterien, falls es neue Erkenntnisse aus der Weiterentwicklung des Standes von Wissenschaft und Technik geben sollte.		Entscheider: Bundestag? Entscheider müssen benannt werden	FOE6836		Entscheider: Bundestag? Entscheider müssen benannt werden			Hr Grunwald	B 5.4, 5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Reversibilität in zukünftigen Standortauswahlverfahren (Reversibilität der Suchkriterien, Wer startet neuen Denkprozess?)			Eingabe der Änderungsvorschläge sollte aus vielen Bereichen kommen (auch Bürger) Festlegung durch mehrere Gremien, Transparenz (Rat der Regionen, Entsorgungsrat)	FOE6950		Eingabe der Änderungsvorschläge sollte aus vielen Bereichen kommen (auch Bürger) Festlegung durch mehrere Gremien, Transparenz (Rat der Regionen, Entsorgungsrat)			Hr Grunwald	B 5.4, 5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Was ist das Ziel von Reversibilität? Technische Reversibilität und Verfahrens-Reversibilität			Was ist das Ziel von Reversibilität? Technische Reversibilität und Verfahrens-Reversibilität	FOE7080		Was ist das Ziel von Reversibilität? Technische Reversibilität und Verfahrens-Reversibilität	K-Drs.: AG3-69A 4.6, S.1		Hr Grunwald	B 5.4, 5.5

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsausschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Was ist das Ziel von Reversibilität? Technische Reversibilität und Verfahrens-Reversibilität	Klare Darstellung von Zielen, die mit „Reversibilität, Fehlerkorrektur, etc.“ erreicht werden sollen		Unterscheidung in 2 Phasen. 1. Phase: Standortauswahl 2. Phase: Umsetzung: Planung, Bau, Betrieb etc. Mit der Rangfolge: 1. Fehlerkorrektur / Notfallkorrektur 2. Offenhaltung von Optionen (für nachhaltige Generationen) 3. Vertrauen und Akzeptanz Siehe hierzu: Tabelle im Anhang	FOE7187		Unterscheidung in 2 Phasen. 1. Phase: Standortauswahl 2. Phase: Umsetzung: Planung, Bau, Betrieb etc. Mit der Rangfolge: 1. Fehlerkorrektur / Notfallkorrektur 2. Offenhaltung von Optionen (für nachhaltige Generationen) 3. Vertrauen und Akzeptanz Siehe hierzu: Tabelle im Anhang	Reversibilität		Hr Grunwald	B 5.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Was ist das Ziel von Reversibilität? Technische Reversibilität und Verfahrens-Reversibilität			Regelmäßige Überprüfung der Annahmen (Information) Rücksprünge müssen sachlich / objektiv begründet sein -> sicheres Endlager in angemessener Zeit Oberstes Ziel: Sicheres Endlager	FOE7242		Regelmäßige Überprüfung der Annahmen (Information) Rücksprünge müssen sachlich / objektiv begründet sein -> sicheres Endlager in angemessener Zeit Oberstes Ziel: Sicheres Endlager			Hr Grunwald	B 5.5 B 6.3 B 7.4.1
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Was ist das Ziel von Reversibilität? Technische Reversibilität und Verfahrens-Reversibilität	Sollte ein Schiedsverfahren möglich sein?		Sollte ein Schiedsverfahren möglich sein?	FOE7328		Sollte ein Schiedsverfahren möglich sein?			Hr Grunwald	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Was ist das Ziel von Reversibilität? Technische Reversibilität und Verfahrens-Reversibilität	Fehlerkultur sollte vorhanden sein. Definition von Managementsysteme		Fehlerkultur sollte vorhanden sein. Definition von Managementsysteme	FOE7488		Fehlerkultur sollte vorhanden sein. Definition von Managementsysteme			Hr Grunwald	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Wie wird das Wissen konserviert? (Dokumentation)	Was ist das notwendige Wissen, wie kann ich dies verdichten? Wissen ist nicht gleich Dokumentation. Man braucht Rohdaten -> Interpretation muss von Nachfolgenden mit aufbereitetem Wissen möglich sein. Dokumente halten nicht ewig.		Solange man von Rückholbarkeit redet, benötigt man Wissensmanagement. Forschung dient zum Wissenserhalt!	FOE7599		Solange man von Rückholbarkeit redet, benötigt man Wissensmanagement. Forschung dient zum Wissenserhalt!			Hr Grunwald	

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Wie wird das Wissen konserviert? (Dokumentation)	Interessenkonflikt zwischen Wissenstransfer und Kosten (z.B. bei Firmen, die sich abwickeln!) Wissen ist nötig für gute Entscheidungen		Wissensmanagement einrichten. Mit Spezialisten für Langzeitdokumentation zusammensetzen	FOE7698		Wissensmanagement einrichten. Mit Spezialisten für Langzeitdokumentation zusammensetzen			Hr Grunwald	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Wie wird das Wissen konserviert? (Dokumentation)			Geld für Forschung zu Wissensmanagement Nutzung von verschiedenen Techniken	FOE7715		Geld für Forschung zu Wissensmanagement Nutzung von verschiedenen Techniken			Hr Grunwald	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Wie wird das Wissen konserviert? (Dokumentation)			Langzeitdokumentation sollte jetzt beginnen Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert:Archivare sollten jetzt schon eingebunden werden.	FOE7812		Langzeitdokumentation sollte jetzt beginnen Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert:Archivare sollten jetzt schon eingebunden werden.			Hr Grunwald	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK3: Reversibilität und Kriterien für Fehlerkorrekturen	29./30.01.2016	Berlin	Wie wird das Wissen konserviert? (Dokumentation)	Wer soll Eigentümer des Archivs sein? Wer hat Zugang zur Dokumentation?		Gesetzliche Regeln für Aktenvernichtung, Pflichtenheft -> Entsorgungsrat, soll regelmäßig überprüft werden durch Begleitzgremium/Entsorgungsrat Lasten- und Rohstoffkataster entwickeln Aufsicht nicht nur Fokus auf Anlage sondern auch Doku Nationalarchiv oder Spezialarchiv Endlager Synergie mit anderen Abfall/Reststoff z.B. hochtoxische Aufgabenerweiterung	FOE7984		Gesetzliche Regeln für Aktenvernichtung, Pflichtenheft -> Entsorgungsrat, soll regelmäßig überprüft werden durch Begleitzgremium/Entsorgungsrat Lasten- und Rohstoffkataster entwickeln Aufsicht nicht nur Fokus auf Anlage sondern auch Doku Nationalarchiv oder Spezialarchiv Endlager Synergie mit anderen Abfall/Reststoff z.B. hochtoxische Aufgabenerweiterung			Hr Grunwald	

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK4: Inhalt von Sicherheitsuntersuchungen in den einzelnen Phasen der Standortuche	29./30.01.2016	Berlin	Wie wird das Wissen konserviert? (Dokumentation)	Vollständige Fragestellung: Was ist der Inhalt der Sicherheitsbetrachtungen in Phase 1? Führen Sie tatsächlich zu einem Mehrwert? Helfen Sie generell bei der Eingrenzung bei der Standortauswahl, wenn ja, wie? Wie erfolgt eine Bewertung der Ergebnisse der Sicherheitsuntersuchungen im Zusammenspiel mit den geologischen Abwägungskriterien		Umfänglicher Inhalt, siehe Rohdaten in Spalte N	FOE8093		Teil 1: • Nicht Kein-Wissen, sondern unterschiedlich intensives Wissen • Was wird konkret gemacht in dieser Phase? Ausschluss von nicht in Frage kommenden Großräumen auf Grund von zu diesem Zeitpunkt in allen geologischen Landesämtern, im BGR und anderen Stellen vorhandenen geowissenschaftliche Daten + Ausschlusskriterien + Mindestanforderungen (s. AG2-81, S. 4, Punkt 3.1); versch. konkrete Abschätzungen sind notwendig • Induzierte Erdbeben werden noch nicht verhandelt; Beispiel für noch zusammenzutragende Informationen in Phase 1 • Durchführung von Sicherheitsbetrachtungen im Sinne einer Vorbemessung in Anlehnung an Erfahrungen in verschiedenen Wirtsgesteinen im Ausland und Durchführung von Differenzbetrachtungen (vgl. AG2-81, S.9) • Stichwort: Sicherheitsfunktionsindikator; funktionaler Ansatz für Punkte 1 und 2 (Punkt 3.3 aus AG2-81, S. 8f), daraus Ableitung hinsichtlich Abwägungskriterien und deren Gewichtung • Phase 1, Schritt 1: Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen (Sicherheitsbewertungen hier noch nicht relevant); Sicherheitsbewertung in Schritt 3 der Phase 1 relevant; Immer weitere Eingrenzung innerhalb der Phasen als Ziel • Darstellung des Vorgehens wie mit Hilfe einer Sicherheitsbetrachtung eine Eingrenzung vorgenommen werden soll (Phase 1, Schritt 3)			Hr Kudla, Hr Fischer	

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK4: Inhalt von Sicherheitsuntersuchungen in den einzelnen Phasen der Standortuche	29./30.01.2016	Berlin	Wie wird das Wissen konserviert? (Dokumentation)	Vollständige Fragestellung: Was ist der Inhalt der Sicherheitsbetrachtungen in Phase 1? Führen Sie tatsächlich zu einem Mehrwert? Helfen Sie generell bei der Eingrenzung bei der Standortauswahl, wenn ja, wie? Wie erfolgt eine Bewertung der Ergebnisse der Sicherheitsuntersuchungen im Zusammenspiel mit den geologischen Abwägungskriterien		Umfänglicher Inhalt, siehe Rohdaten in Spalte N	FOE8093		Teil 2: • Inhalt der Sicherheitsbetrachtungen: Punkte 1-3, Berücksichtigung der (auch betrieblichen) Machbarkeit; Punkt4 (qualitativ in Form von Abschätzung von Freisetzungspotential, Menge und Wahrscheinlichkeit); insbesondere nicht Punkt 5 (Berücksichtigung der radiologischen Sicherheitskriterien des BMU); Ziel ist keine weitere Einengung, sondern prüfen, ob Gründe zum Ausschluss gefunden werden konnten oder nicht; • Sicherheitsbetrachtungen in Phase 1 als reines Bestätigungskriterien zu schwach; Für Vergleiche von z.B. verschiedener Wirtsgesteine lassen evtl. aus den Sicherheitsbetrachtungen bereits Vor- oder Nachteile ableiten • Abwägung von Regionen gleichen Wirtsgesteins untereinander (Schritt 1), Einengung unter definierten Voraussetzungen (von der Kommission festzulegen); dadurch Reduktion der Sicherheitsanalysen (Schritt 2) — Umgang mit Typ Bb? Erhöhter Diskussionsbedarf • Vergleich (besser o. schlechter) oder Ausschlussprinzip? Vergleich wird in der Diskussion hervorgehoben • Früher Ausschluss von wenig erkundeten Gebieten? Zurückstellung? Im Prozess behalten bis „Nacherkundung“ möglich ist? -> Vermutlich ist praktischer Kompromiss notwendig; ~ Erhöhter Diskussionsbedarf zu diesem Punkt; • Ungewissheiten kenntlich machen: Was ist Interpretation auf Grund der Datenlage? Ungewissheit auf Grund der Datenlage oder auf Grund (des Mangels) der Robustheit des Systems.			Hr Kudla, Hr Fischer	

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK4: Inhalt von Sicherheitsuntersuchungen in den einzelnen Phasen der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Ist die Methodik des Vorgehens bei der Sicherheitsuntersuchung so okay?	Vollständige Fragestellung: Ist die Methodik des Vorgehens bei Sicherheitsuntersuchungen aus Papier AG2-81, Abschnitt 3 (Methodischer Ansatz für vorläufige Sicherheitsbetrachtungen / Sicherheitsuntersuchungen) so okay?		Umfänglicher Inhalt, siehe Rohdaten in Spalte N	FOE8112		<p>A Umgang mit Ungewissheiten weiterhin ungeklärt Aufforderung an Kommission: Aussage treffen bezüglich</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Was brauche ich für Daten in den Phasen? Was habe ich für Daten? (Kein automatischer Ausschluss von Gebieten bei unzureichender Datenlage (Wirtsgestein spezifisch); Definition über Datenmenge notwendig; Identifikation von Gebieten mit unzureichender Datenlage) 2. Wie ist die Situation über dieses Gebiet, kann ich dazu eine Aussage treffen? (Zusammenarbeit der Ämter, im Gesetz festhalten? Finanzielle Unterstützung?) 3. Wie gehe ich mit Daten- und Informationsunterschiede (Ungewissheit und Quantität) um? Vorschlag: Klasseneinteilung hinsichtlich des Nicht-Wissens; Vorschlag: Durchspielen im Probegebiet; Vorschlag: Fortlaufende Ableitung des Erkundungs- und F&U-Bedarfs (Punkte Kapitel 3.3, also iterativ pro Phase) Vorschlag: Möglicherweise Erkundung 1* in Phase 1. (Unzureichende Datenlage nicht als Begründung zum Ausschluss einer Region ausreichend) oder (Unzureichende Datenlage weder zum Ausschluss noch zum Einschluss einer Region ausreichend) <p>Weitere Anmerkungen: - Plural bei der Formulierung von Konzept(en) – Lesbarkeit spricht dagegen - Ungewissheiten deutlich kenntlich machen (Interpretationsspielraum) (vgl. Punkt 6, Kap. 3.3) - Methodisches Vorgehen pro Phase „unterfüttern“; - Lernkurve beachten - Derzeit nicht zu beantwortende Punkt als offen/zu diskutieren behalten</p>			Hr Kudla, Hr Fischer	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK4: Inhalt von Sicherheitsuntersuchungen in den einzelnen Phasen der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Ist die Methodik des Vorgehens bei der Sicherheitsuntersuchung so okay?	Vollständige Fragestellung: Ist die Methodik des Vorgehens bei Sicherheitsuntersuchungen aus Papier AG2-81, Abschnitt 3 (Methodischer Ansatz für vorläufige Sicherheitsbetrachtungen / Sicherheitsuntersuchungen) so okay?		Umfänglicher Inhalt, siehe Rohdaten in Spalte N	FOE8112		<p>B Punkt 4/5 des Abschnitts 3.3 - Phasenspezifische Erläuterungen/Modifikationen notwendig Generelles Fazit im Arbeitskreis: è Grundsätzliche Zustimmung zur beschriebenen Methodik unter Aufnahme der Anregungen/Ergänzungen des Arbeitskreises è Sicherheitsbetrachtungen in Phase 1, Schritt 3 sind notwendig/hilfreich (als zusätzliches Element der Entscheidungsfindung)</p>			Hr Kudla, Hr Fischer	

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK4: Inhalt von Sicherheitsuntersuchungen in den einzelnen Phasen der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Im Nachgang eingereichte Rückmeldung:	Genauere Definition der Sicherheitsbetrachtungen / Sicherheitsanalysen für die verschiedenen Phasen der Endlagersuche		Die Anwendbarkeit der Methodik in der Phase 1 wird bezweifelt, wiewohl sie in den späteren Phasen sinnvoll und angemessen sind.	FOE8265		Die Anwendbarkeit der Methodik in der Phase 1 wird bezweifelt, wiewohl sie in den späteren Phasen sinnvoll und angemessen sind.			Hr Kudla, Hr Fischer	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK5: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Weitere Ausschlusskriterien (z. B. Natura 2000, Überschwemmungsgebiete, Siedlungsgebiete)	Siedlungsgebiete (Wohn- und Mischgebiete) als Ausschlusskriterium		Siedlungsgebiete (Fälle) müssen visualisiert werden für ober- und untertägige Anlagen Größe der Siedlung definieren Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert: Kann man sich jetzt schon zu Ausschlusskriterien entscheiden. Siedlungsgebiete (obertägig) würde z. B. eine Rampe darunter noch gehen? à Nein, Siedlungsgebiete sind auch dann auszuschließen. (Obertägig würde man es Sicherheitstechnisch nicht hinbekommen) Was ist bei untertägig? à Würde auch Probleme bereiten? Daher völliges Ausschlusskriterium Fragen, ab wann macht man (welche Größe) macht man es zu einem Ausschlusskriterium? Müsste definiert werden, ab welcher Größe. Bindet man sich zu früh? Wenn man es zu früh als Ausschlusskriterium setzt? Akzeptanzfrage spielt bei dem Thema ebenfalls eine Rolle (Top down Prozess)	FOE8379		Siedlungsgebiete (Fälle) müssen visualisiert werden für ober- und untertägige Anlagen Größe der Siedlung definieren Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert: Kann man sich jetzt schon zu Ausschlusskriterien entscheiden. Siedlungsgebiete (obertägig) würde z. B. eine Rampe darunter noch gehen? à Nein, Siedlungsgebiete sind auch dann auszuschließen. (Obertägig würde man es Sicherheitstechnisch nicht hinbekommen) Was ist bei untertägig? à Würde auch Probleme bereiten? Daher völliges Ausschlusskriterium Fragen, ab wann macht man (welche Größe) macht man es zu einem Ausschlusskriterium? Müsste definiert werden, ab welcher Größe. Bindet man sich zu früh? Wenn man es zu früh als Ausschlusskriterium setzt? Akzeptanzfrage spielt bei dem Thema ebenfalls eine Rolle (Top down Prozess)			Hr Kleemann	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK5: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Weitere Ausschlusskriterien (z. B. Natura 2000, Überschwemmungsgebiete, Siedlungsgebiete)	Natura 2000 Gebiete als Ausschlusskriterium		Tendenz Abwägung, ist auf individuelle Betrachtung angelegt, muss für ober- und untertägig diskutiert werden Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert: Diskussion um Ausschlusskriterium à Uneinigkeit à Vl. eher ein Abwägungskriterium, Bei Abwägungskriterien muss EU Gesetz im Einzelfall angewandt und womöglich Befreiungen ausgesprochen werden à in Bezug auf die obertägigen Anlagen	FOE8433		Tendenz Abwägung, ist auf individuelle Betrachtung angelegt, muss für ober- und untertägig diskutiert werden Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert: Diskussion um Ausschlusskriterium à Uneinigkeit à Vl. eher ein Abwägungskriterium, Bei Abwägungskriterien muss EU Gesetz im Einzelfall angewandt und womöglich Befreiungen ausgesprochen werden à in Bezug auf die obertägigen Anlagen			Hr Kleemann	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK5: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Weitere Ausschlusskriterien (z. B. Natura 2000, Überschwemmungsgebiete, Siedlungsgebiete)	Überschwemmungsgebiete		Erhebliche Sicherheitsbedenken, nicht planungswissenschaftlich relevant, Ausschluss lässt keinen Rücksprung zu. Schutzzweck rechtfertigt keinen Ausschluss Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert: Sollte kein Ausschlusskriterium sein	FOE8570		Erhebliche Sicherheitsbedenken, nicht planungswissenschaftlich relevant, Ausschluss lässt keinen Rücksprung zu. Schutzzweck rechtfertigt keinen Ausschluss Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert: Sollte kein Ausschlusskriterium sein			Hr Kleemann	B 6.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AK5: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Weitere Ausschlusskriterien (z. B. Natura 2000, Überschwemmungsgebiete, Siedlungsgebiete)	Raumplanerische Ausschlusskriterien		Ggf. Aufteilung nur für Eingangslager, Endlager ggf. möglich, wenn von außerhalb erreichbar	FOE8627		Ggf. Aufteilung nur für Eingangslager, Endlager ggf. möglich, wenn von außerhalb erreichbar			Hr Kleemann	

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AKS: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Weitere Ausschlusskriterien (z.B. Natura 2000, Überschwemmungsgebiete, Siedlungsgebiete)	Planungswissenschaftliche Ausschlusskriterien ja oder nein? Insbesondere Siedlungsgebiete im Hinblick auf die obertägigen Anlagen, aber auch auf das Lager selbst? Natura 2000 Gebiete als Ausschlussgebiete? Überschwemmungsgebiete als Ausschlusskriterien?		Siedlungsraum eher ja, sowohl untertägig als auch obertägig betrachtet Natura 2000 Gebiete eher Abwägungskriterien in Bezug auf das Lager selbst (unterirdisch). Im Hinblick auf die obertägigen Anlagen bestand die gleiche Tendenzä Daher Abwägungskriterien Prüfen, ob Überschwemmungsgebiete als Ausschluss- o. Abwägungskriterien in Betracht kommen	FOE8764		Siedlungsraum eher ja, sowohl untertägig als auch obertägig betrachtet Natura 2000 Gebiete eher Abwägungskriterien in Bezug auf das Lager selbst (unterirdisch). Im Hinblick auf die obertägigen Anlagen bestand die gleiche Tendenzä Daher Abwägungskriterien Prüfen, ob Überschwemmungsgebiete als Ausschluss- o. Abwägungskriterien in Betracht kommen			Hr Kleemann	B 6.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AKS: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Weitere Ausschlusskriterien (z.B. Natura 2000, Überschwemmungsgebiete, Siedlungsgebiete)	Der Ansatz, die Siedlungsgebiete als Ausschlusskriterium zu definieren, beruht zu stark auf einem top-down-hierarchischen Verständnis des Standortsuchverfahrens und zieht darauf ab, am Ende vor Ort möglichst wenige Betroffene zu haben um Widerstand gering zu halten. Aber ist das der richtige Ansatz? Sollte der Suchprozess, um die Chance auf eine am Ende erfolgreiche Standortauswahl zu erhöhen, nicht viel mehr aus einer breiten Betroffenheit (Egalitätsprinzip) und Generierung von Bereitschaft beruhen? Und wenn man zusätzlich		Wunsch an die Kommission: Nicht versuchen, den Weg des geringsten Widerstandes zu finden und dafür nicht das Verfahren an sich überdenken. So wird Widerstand nur heraufbeschworen und nicht an einem gesamtgesellschaftlichen Lösungsweg gearbeitet.	FOE8862		Wunsch an die Kommission: Nicht versuchen, den Weg des geringsten Widerstandes zu finden und dafür nicht das Verfahren an sich überdenken. So wird Widerstand nur heraufbeschworen und nicht an einem gesamtgesellschaftlichen Lösungsweg gearbeitet.			Hr Kleemann	

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsausschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AKS: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Weitere Ausschlusskriterien (z.B. Natura 2000, Überschwemmungsgebiete, Siedlungsgebiete)	Wie wägt man geologische gegen planungswissenschaftliche Kriterien ab? Welche planungswissenschaftlichen Kriterien sind akzeptierbar?		à Ablauf bei der Anwendung transparent machen	FOE8997		à Ablauf bei der Anwendung transparent machen			Hr Kleemann	B 6.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AKS: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Weitere Ausschlusskriterien (z.B. Natura 2000, Überschwemmungsgebiete, Siedlungsgebiete)			Fazit: Siedlungsflächen sind für obertägige Anlagen tabu (im Papier) à Bestätigung durch Gruppe, was ist aber mit untertägigen Anlagen? Uneinigkeit, aber insgesamt Tendenz, dies auch als Ausschlusskriterium, Natura 2000 Gebiete als Ausschlusskriterium für womöglich obertägige Anlagen nicht für untertägige Anlagen, aber eigentlich eher Einzelfallentscheidung, deshalb eigentlich kein Ausschluss sondern eher Abwägungskriterium, Überschwemmungsgebiete kein planungswissenschaftliches Ausschlusskriterium, aber sicherheitsrelevant natürlich	FOE9073		Fazit: Siedlungsflächen sind für obertägige Anlagen tabu (im Papier) à Bestätigung durch Gruppe, was ist aber mit untertägigen Anlagen? Uneinigkeit, aber insgesamt Tendenz, dies auch als Ausschlusskriterium, Natura 2000 Gebiete als Ausschlusskriterium für womöglich obertägige Anlagen nicht für untertägige Anlagen, aber eigentlich eher Einzelfallentscheidung, deshalb eigentlich kein Ausschluss sondern eher Abwägungskriterium, Überschwemmungsgebiete kein planungswissenschaftliches Ausschlusskriterium, aber sicherheitsrelevant natürlich			Hr Kleemann	B 6.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AKS: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Kriterien-Logik (Hierarchie und Gewichtung der Kriterien, zeitliche Perspektive, Veränderbarkeit, Dynamik) Welche weiteren Abwägungskriterien?	Akzeptanz der Verfahrens		Im Verfahren muss man darstellen, dass ein Standort, dem nicht weiter nachgegangen wird erst einmal zurückgestellt wird Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebraalog protokolliert: Standorte werden zunächst nur „zurückgestellt“ So wenig Ausschluss wie möglich für spätere Akzeptanz, falls Rückschritte erforderlich	FOE9115		Im Verfahren muss man darstellen, dass ein Standort, dem nicht weiter nachgegangen wird erst einmal zurückgestellt wird Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebraalog protokolliert: Standorte werden zunächst nur „zurückgestellt“ So wenig Ausschluss wie möglich für spätere Akzeptanz, falls Rückschritte erforderlich			Hr Kleemann	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AKS: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Kriterien-Logik (Hierarchie und Gewichtung der Kriterien, zeitliche Perspektive, Veränderbarkeit, Dynamik) Welche weiteren Abwägungskriterien?	Sicherheitstechnische Betrachtungen		Betriebssicherheit bei Einlagerung muss stärker berücksichtigt werden Kriterien zur Betriebssicherheit höher gewichten	FOE9213		Betriebssicherheit bei Einlagerung muss stärker berücksichtigt werden Kriterien zur Betriebssicherheit höher gewichten			Hr Kleemann	

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsausschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AKS: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Kriterien-Logik (Hierarchie und Gewichtung der Kriterien, zeitliche Perspektive, Veränderbarkeit, Dynamik) Welche weiteren Abwägungskriterien?	Wie viele Ausschlüsse formuliert man gleich am Anfang?		Gerade wichtig bei dem Thema Rückholbarkeit	FOE9326		Gerade wichtig bei dem Thema Rückholbarkeit			Hr Kleemann	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AKS: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Kriterien-Logik (Hierarchie und Gewichtung der Kriterien, zeitliche Perspektive, Veränderbarkeit, Dynamik) Welche weiteren Abwägungskriterien?	Zeithorizont		Planungskriterien sind Momentaufnahmen. Wie geht man mit Veränderungen in der Zukunft um? Wie macht man es im Auswahlverfahren deutlicher, dass man bei Planungswissenschaftlichen Themen schärfer rangehen muss?	FOE9442		Planungskriterien sind Momentaufnahmen. Wie geht man mit Veränderungen in der Zukunft um? Wie macht man es im Auswahlverfahren deutlicher, dass man bei Planungswissenschaftlichen Themen schärfer rangehen muss?			Hr Kleemann	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AKS: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Kriterien-Logik (Hierarchie und Gewichtung der Kriterien, zeitliche Perspektive, Veränderbarkeit, Dynamik) Welche weiteren Abwägungskriterien?	Gewichtungsgruppe ist wichtig		Hierarchisierung (geowissenschaftliche und planungswissenschaftliche Kriterien) muss deutlicher gemacht werden Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert: In wie weit sind geowissenschaftliche Kriterien und planungswissenschaftliche Kriterien doch gleichrangig? à Es sollen trotzdem nicht zu viele Ausschlusskriterien geben à Gewichtungsgruppierung (1,2,3) ist wichtig vor allem in Bezug auch zu den geowissenschaftlichen Kriterien Wie setzt sich die geologische Nutzung evtl. gegen Planungskriterien durch? Wie kann man das im Verfahren besser abbilden?	FOE9590		Hierarchisierung (geowissenschaftliche und planungswissenschaftliche Kriterien) muss deutlicher gemacht werden Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebralog protokolliert: In wie weit sind geowissenschaftliche Kriterien und planungswissenschaftliche Kriterien doch gleichrangig? à Es sollen trotzdem nicht zu viele Ausschlusskriterien geben à Gewichtungsgruppierung (1,2,3) ist wichtig vor allem in Bezug auch zu den geowissenschaftlichen Kriterien Wie setzt sich die geologische Nutzung evtl. gegen Planungskriterien durch? Wie kann man das im Verfahren besser abbilden?			Hr Kleemann	B 6.3, 6.5

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AKS: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Kriterien-Logik (Hierarchie und Gewichtung der Kriterien, zeitliche Perspektive, Veränderbarkeit, Dynamik) Welche weiteren Abwägungskriterien?	Können Planungskriterien mit der Zeit verändert werden? Bis 2023 soll der Prozess abgeschlossen sein. Nicht viel Zeit für Veränderung. Veränderbare Nutzung vs. Nicht veränderbare Nutzungen Welche Veränderungen bestehender Nutzungen sind akzeptabel? In wie weit berücksichtigt ein Kriterium die Veränderbarkeit einer heutigen Nutzung? Veränderbare Nutzungen soll wo (an welcher Stelle) aufgenommen werden?		Veränderbarkeit der Kriterien müssten abgewogen werden Entscheidung für einen Standort ist Status-Quo Nicht die Kriterien an sich zur Standortsuche müssen verändert werden, sondern nach der Entscheidung muss in der „Not“ im Falle von neuen Erkenntnissen	FOE9640		Veränderbarkeit der Kriterien müssten abgewogen werden Entscheidung für einen Standort ist Status-Quo Nicht die Kriterien an sich zur Standortsuche müssen verändert werden, sondern nach der Entscheidung muss in der „Not“ im Falle von neuen Erkenntnissen			Hr Kleemann	B 6.3

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AKS: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Verfahrensrecht (Zusammenspiel Raumordnung und Standortauswahlgesetz)	Angenehm ist beim Seminar das Primat der Fachleute und NICHT der Politik. Es wird riesige Anlagen oberirdisch (viel Platz, Zuweginfrastruktur) geben. Dennoch: keine Raumordnung, sondern Fachbestimmung durch dt. Bundestag. Am besten 1. Standortpotentiale geologisch etabliert aus der Fülle 2. Planungskriterien zur Feinststeuerung aktivieren (-> wo konkret		Die Länder haben keinerlei Zuständigkeit. Es gibt keine Landesraumordnung; wurde verdrängt durch den Bund Rückmeldungen aus dem Plenum, von ZebraLog protokolliert: Begriff Raumordnung passt nicht, da es Bundesangelegenheit ist (das wird in der Gruppe bestritten), Diskussion dazu: Rolle der Länder ist mit zu betrachten à Konsequenzen der Länder müssen mitbetrachtet werden Geologie wird beliebige Anzahl an Standorten präsentieren, wie kann es dann verengt werden? à Dort kommen die planerischen Kriterien ins Spiel, à Eingrenzung findet dann statt	FOE9766		Die Länder haben keinerlei Zuständigkeit. Es gibt keine Landesraumordnung; wurde verdrängt durch den Bund Rückmeldungen aus dem Plenum, von ZebraLog protokolliert: Begriff Raumordnung passt nicht, da es Bundesangelegenheit ist (das wird in der Gruppe bestritten), Diskussion dazu: Rolle der Länder ist mit zu betrachten à Konsequenzen der Länder müssen mitbetrachtet werden Geologie wird beliebige Anzahl an Standorten präsentieren, wie kann es dann verengt werden? à Dort kommen die planerischen Kriterien ins Spiel, à Eingrenzung findet dann statt			Hr Kleemann	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AKS: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Verfahrensrecht (Zusammenspiel Raumordnung und Standortauswahlgesetz)	Geologie hat zu wenig Einengungsmöglichkeit		das sollen die planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien bringen Rückmeldungen aus dem Plenum, von ZebraLog protokolliert: Geologie wird beliebige Anzahl an Standorten präsentieren, wie kann es dann verengt werden? à Dort kommen die planerischen Kriterien ins Spiel, à Eingrenzung findet dann statt	FOE9846		das sollen die planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien bringen Rückmeldungen aus dem Plenum, von ZebraLog protokolliert: Geologie wird beliebige Anzahl an Standorten präsentieren, wie kann es dann verengt werden? à Dort kommen die planerischen Kriterien ins Spiel, à Eingrenzung findet dann statt			Hr Kleemann	

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsausschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AKS: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Verfahrensrecht (Zusammenspiel Raumordnung und Standortauswahlgesetz)	Kann man zusätzliche Kriterien an der Oberfläche finden, um die nähere Untersuchung zu beginnen? Es ist offen, wie lange die verschiedenen Trägermedien parallel weiterverfolgt werden. „Ist“-Ebene ist entscheidend (zeitlich) Kann man vergleichbar Kompensationsv erordnung eine objektive Bewertungsskala erarbeiten Der methodische Ansatz sollte ähnlich sein, wie bei der Geologie		Es wird ein Planungsbüro beauftragt, das eine objektive Bewertungsskala für relevante Oberflächenkriterien erarbeitet Kommission soll Bewertungsmatrix erarbeiten Negativkatalog bilden --> Kriterien, die keine (!) Rolle spielen Objektive Matrix für Oberflächenkriterien erarbeiten, die NACH der Etablierung von potentiell geologisch geeigneten Standorten erfolgt. Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebalog protokolliert. Zeitebene: Das „Ist und hier“, jetzt muss die Entscheidung getroffen werden und dafür müssen die Kriterien zur Verfügung stehen, Wer kann einen objektiven Kriterienkatalog erarbeiten? (Transparenzgedanke ist wichtig) Bewertungsmatrix Auch Kriterien entwickeln, die rausgenommen werden können und die nicht in die Betrachtung mit einbezogen werden? Ziel: Prozess verschlanken, wenige wichtige Kriterien rauskristallisieren, Verschlinkung des Prozesses durch Aussparung von Kriterien (Aspekte, die von untergeordneter Relevanz sind (z.B. Tourismus) Vermutung: es muss rechtlich nachgesteuert werden, Primat nicht des Rechtes, sondern der objektiven Kriterien Wie kommt man auf planerische Kriterien? Es gibt schon Beispiele, Hinweise auf planerische Kriterien Bsp. Endlager Konrad	FOE9919		Es wird ein Planungsbüro beauftragt, das eine objektive Bewertungsskala für relevante Oberflächenkriterien erarbeitet Kommission soll Bewertungsmatrix erarbeiten Negativkatalog bilden --> Kriterien, die keine (!) Rolle spielen Objektive Matrix für Oberflächenkriterien erarbeiten, die NACH der Etablierung von potentiell geologisch geeigneten Standorten erfolgt. Rückmeldungen aus dem Plenum, von Zebalog protokolliert. Zeitebene: Das „Ist und hier“, jetzt muss die Entscheidung getroffen werden und dafür müssen die Kriterien zur Verfügung stehen, Wer kann einen objektiven Kriterienkatalog erarbeiten? (Transparenzgedanke ist wichtig) Bewertungsmatrix Auch Kriterien entwickeln, die rausgenommen werden können und die nicht in die Betrachtung mit einbezogen werden? Ziel: Prozess verschlanken, wenige wichtige Kriterien rauskristallisieren, Verschlinkung des Prozesses durch Aussparung von Kriterien (Aspekte, die von untergeordneter Relevanz sind (z.B. Tourismus) Vermutung: es muss rechtlich nachgesteuert werden, Primat nicht des Rechtes, sondern der objektiven Kriterien Wie kommt man auf planerische Kriterien? Es gibt schon Beispiele, Hinweise auf planerische Kriterien Bsp. Endlager Konrad			Hr Kleemann	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AKS: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin	Verfahrensrecht (Zusammenspiel Raumordnung und Standortauswahlgesetz)	Wirkung von Kriterien auf die Öffentlichkeit. Betriebssicherheit bei Einlagerung, kann man 1 Mio. Jahre zu den kurzfristigen Kriterien wie „jetzt ist das eine Fabrik“ abwägen, wie bildet man das ab (offen geblieben).		Nicht zu viele Ausschlusskriterien formulieren Kriterien-> Veränderbarkeit der Natur	FOE10074		Nicht zu viele Ausschlusskriterien formulieren Kriterien-> Veränderbarkeit der Natur			Hr Kleemann	

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt	
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AKS: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin				Fazit:- Planungswissenschaftliche Abwägungskriterien sollen eine Einengungsmöglichkeit darstellen, um die Vielzahl an geologisch geeinigten Flächen zu reduzieren, die Matrix grenzt das weiter ein - Intensität der AG3 bisherigen Beschäftigung der AG3 mit den planwissenschaftlichen Kriterien bisher noch zu wenig - Bund entscheidet über Standort, Länder haben hier keine Hoheit, auch wenn es auf i - PAK dürfen nicht mit Raumordnung verwechselt werden, Standortauswahl ist Bundessache und Raumordnung die der Länder - Negativkatalog Kriterien die nicht bewertet werden - Zeitebene: PAK worauf sollen die bezogen werden? Heute oder für 1 Mio. Jahre? Entscheidung: es muss mit dem Status Quo gearbeitet werden, Kulturgüter Zebu auch nur Momentaufnahmen - Appell: nicht zu viele Ausschlusskriterien zu definieren - Viele Rechtsfragen, Recht dient der Standortentscheidung, zur Not muss es die Politik richten (zur Not Gesetze entsprechend anpassen)	FOE10191		Fazit:- Planungswissenschaftliche Abwägungskriterien sollen eine Einengungsmöglichkeit darstellen, um die Vielzahl an geologisch geeinigten Flächen zu reduzieren, die Matrix grenzt das weiter ein - Intensität der AG3 bisherigen Beschäftigung der AG3 mit den planwissenschaftlichen Kriterien bisher noch zu wenig - Bund entscheidet über Standort, Länder haben hier keine Hoheit, auch wenn es auf i - PAK dürfen nicht mit Raumordnung verwechselt werden, Standortauswahl ist Bundessache und Raumordnung die der Länder - Negativkatalog Kriterien die nicht bewertet werden - Zeitebene: PAK worauf sollen die bezogen werden? Heute oder für 1 Mio. Jahre? Entscheidung: es muss mit dem Status Quo gearbeitet werden, Kulturgüter Zebu auch nur Momentaufnahmen - Appell: nicht zu viele Ausschlusskriterien zu definieren - Viele Rechtsfragen, Recht dient der Standortentscheidung, zur Not muss es die Politik richten (zur Not Gesetze entsprechend anpassen)				Hr Kleemann	B 6.5
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AKS: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2016	Berlin				Fazit:Bisher noch keine zusätzlichen Kriterien, Diskussion um Ausschlusskriterien teils einheitlich, kein neuen rechtlichen Rahmen, Prozess muss transparenter gestaltet werden, Thema Zurückstellung muss noch deutlicher kommuniziert werden, Geowissenschaft steht vor Planungswissenschaft,	FOE10213		Fazit:Bisher noch keine zusätzlichen Kriterien, Diskussion um Ausschlusskriterien teils einheitlich, kein neuen rechtlichen Rahmen, Prozess muss transparenter gestaltet werden, Thema Zurückstellung muss noch deutlicher kommuniziert werden, Geowissenschaft steht vor Planungswissenschaft,				Hr Kleemann	B 6.5

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AKS: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2017	Berlin	Planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien			Umfänglicher Inhalt, siehe Rohdaten in Spalte N	FOE10333		<p>Teil 1: Auf der Grundlage der „Planungswissenschaftlichen Abwägungs-kriterien“ des AK-End wurde Folgendes diskutiert: Die Geologie hat bei ihren Vorschlägen als generell geeignete Standorte zu wenige Einengungsmöglichkeiten. Am Ende des Suchprozesses werden riesig große Flächen in Deutschland etabliert werden. Die Planungswissenschaftlichen Abwägungs-kriterien sollen nun dabei helfen, aus der Fülle der Fläche geeignete kleinere Flächen zu etablieren, an denen dann weiter und näher untersucht werden kann. In diesem Suchprozess haben die Länder keine Zuständigkeiten. Es gibt keine Landes-raumordnung; diese wurde im StandAG durch den Bund verdrängt. Kann man zusätzliche Kriterien an der Oberfläche finden, um die nähere Untersuchung einzu-grenzen? Die Standortauswahlkommission soll dazu eine entsprechende Bewertungsmatrix erarbeiten.</p> <p>Zu den Kriterien im Einzelnen war keine Einigkeit zu erzielen; besonders umstritten war die Bedeutung von Europäischen Schutzgebieten bei der Beurteilung: entziehen diese sich vollständig dem nationalen Standortsucher oder sind die überragenden Bedürfnisse des Gemeinwohls derartig hoch, dass auch vom europäischen Recht Ausnahmen zugelassen werden dürfen. Wie ist es mit dem sozioökonomischen Kriterium der Siedlungsdichte? Sollen vorab (wie dicht?) besiedelte Gebiete ausscheiden? Was ist mit Faktoren wie Betriebssicherheit und die Gefahr von Unfällen beim Transport und der Verbringung ins Endlagerbergwerk?</p>			Hr Kleemann	B 6.5

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Fachtagung (mit Online-Konsultation)	AKS: Planerische Abwägungskriterien bei der Standortsuche	29./30.01.2017	Berlin	Planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien			Umfänglicher Inhalt, siehe Rohdaten in Spalte N	FOE10333		<p>Teil 2: Zeitlich: Die Bewertung Planungswissenschaftlicher Abwägungskriterien bezieht sich auf die aktuelle Zeit. Was in 10.000 Jahren ist, ist eine Frage der Geologie, nicht der Planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien! Wie man das genau abbildet (Planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien zum Zeitfaktor in 1 Mio Jahren) blieb offen.</p> <p>Vorschlag: Vergleichbar etwa der geplanten Bundeskompensationsverordnung zur Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft ein bundeseinheitliches Bewertungsschema für alle relevanten Güter. Zur Vereinfachung einen Katalog aufstellen, welche Kriterien von vorneherein beim weiteren Verfahren keine Rolle spielen (weil sie in der Bedeutung nicht schwerwiegend genug sind; Appell, nicht zu viele solche Kriterien bilden).</p> <p>Wie ist die Wirkung von Planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien auf die Öffentlichkeit?</p> <p>Fazit: Es bedarf einer objektiven Matrix für Oberflächenkriterien der Ist-Zeit; die konkrete Standortbewertung erfolgt, nachdem aufgrund geologischer Kriterien potentiell geeignete Flächen ausgewiesen worden sind, die dann näher untersucht werden müssen. Der methodische Ansatz bei den Planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien sollte ähnlich sein wie bei den geologischen.</p>			Hr Kleemann	B 6.5

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsa bschnitt
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Allgemeine Kritik	Neustart/Gorleben		Insbesondere die Tatsache, dass Gorleben weiterhin als eine mögliche Option der Endlagerung im Verfahren gehalten wird, erregt harsche Kritik und ist einer der Hauptgründe für die Verweigerung mit der Kommission zu kooperieren und das StandAG anzuerkennen	DOK297			http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=15460 , https://www.greenpeace.de/themen/energie/wende-atomkraft/atommuell/atommuell-kommission-unglaubwuerdig ,			B 1.2 B 3.7 B 8.4
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Allgemeine Kritik	Neustart		Es gab keinen wirklichen Neustart, da keine Aufarbeitung der Vergangenheit stattgefunden hat und die Bedingungen für den "Neustart" einseitig gesetzt und nicht gemeinsam erarbeitet wurden, gefordert wird daher ein "Neustart des Neustarts"	DOK358			http://umweltfairaendern.de/2015/06/berichte-von-etwas-ueber-atommuell-und-oeffentlichkeit/ , http://umweltfairaendern.de/2015/09/atommuell-lagerung-umweltministerium-und-teile-der-kommission-gespalten-verstoss-gegen-grundsaeetze-guter-wissenschaftlicher-arbeit-kein-solide-politikberatung/			B 1.3 B 3.7
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Allgemeine Kritik	Rechtsschutzdefizite des StandAG		Aus Sicht kritischer Gruppen mangelt es an einer glaubhaften Überprüfung und Überarbeitung des StandAG durch die Kommission, verwiesen wird u.a. auf die Rechtsschutzdefizite, die auch von zwei Rechtsgutachten (K-MAT 37a und K-MAT 37b) werden	DOK425			http://wendland-net.de/post/und-noch-einmal-endlagerkommission-vorgaben-von-ausgestrahlt-49946 , Strahlentelex Nr. 694-695 / 12.2015, S. 10)			B 1.2 B 1.3 B 8
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Allgemeine Kritik	Vorwegnahme von Entscheidungen		Befürchtungen hinsichtlich der Vorwegnahme von Entscheidungen noch während der Laufzeit der Kommission; Behörden und Energiekonzerne schaffen bereits Fakten	DOK527			https://www.ausgestrahlt.de/blog/2015/06/23/das-unrecht-geht-weiter-eindruecke-von-der-tagung-/			
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Allgemeine Kritik	Zusammensetzung der Kommission		Scharfe Kritik an den stimmberechtigten Sitzen der zwei Wirtschaftsvertreter	DOK616			https://www.greenpeace.de/themen/energie/wende-atomkraft/atommuell/atommuell-kommission-unglaubwuerdig			B 1.3
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Allgemeine Kritik	Entsorgungskosten		Befürchtung, dass sich die Stromkonzerne aus der finanziellen Verantwortung stehlen	DOK729			http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=15496			B 2.2 B 3.4, B 3.7
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Allgemeine Kritik	Entsorgungskosten		Schadensersatzklagen werden kritisiert sowie das Rechtsgutachten der Kanzlei Freshfields	DOK874			http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=15422			B 1.4.1

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Allgemeine Kritik	Vergangenheitsbewältigung		Die mangelnde Auseinandersetzung mit den Fehlern der Vergangenheit und die mangelnde Übernahme von Verantwortung verhindern den (Wieder-)aufbau von Vertrauen und eine konstruktive Zusammenarbeit	DOK935			http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=15176 , http://umweltfairaendern.de/2015/06/atommuell-und-die-sache-mit-der-oeffentlichkeitskommission-und-ein-konzept/ , https://www.ausgestrahl.de/blog/2015/06/23/das-unrecht-geht-weiter-eindruecke-von-der-tagung-/			B 1.3 B 2.4 B 3.7
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Allgemeine Kritik	gesellschaftliche Willensbildung		Statt „formal-demokratischer Prozesse“ und „simulierter gesellschaftlicher Verständigung“ müsse eine mehrjährige Willensbildung und aufgeklärte Diskussion aller gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen der Partizipation vorausgehen	DOK1068			http://umweltfairaendern.de/2015/07/atomstaat-und-eine-kommission-atommuell-die-demokratie-und-politik/ , https://www.ausgestrahl.de/blog/2015/06/23/das-unrecht-geht-weiter-eindruecke-von-der-tagung-/ , http://umweltfairaendern.de/2014/04/debatte-endlagersuche-wie-sieht-eine-demokratische-atommuellpolitik-aus/			B 5.6 B 7.2, 7.3.4, 7.3.5, 7.5.1
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Allgemeine Kritik	gesellschaftliche Willensbildung		Vermeidung von "Pseudo-Dialog", "Manipulation" und "Akezeptanzbeschaffung"	DOK1136			http://umweltfairaendern.de/wp-content/uploads/2015/07/19062015-wer-nicht-aufr%C3%A4umt.pdf			B 7, 7.2.1, 7.3.2, 7.4
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Inhaltliche Debatten	Kriterien für die Endlagersuche		Es ist aus Sicht kritischer Gruppierungen nicht nachvollziehbar warum sich die Kommission auf tiefengeologische Lagerstätten konzentriert	DOK1274			http://umweltfairaendern.de/2015/12/da-braut-sich-was-gorleben-kriterien-und-die-atommuell-kommission/			B 5.2, 5.4, 5.5
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Inhaltliche Debatten	Kriterien für die Endlagersuche		Es herrscht Skepsis, ob neueste wissenschaftliche Erkenntnisse in Bezug auf Salzgestein noch ausreichend Berücksichtigung finden	DOK1371			http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=15454			B 5.2 B 6.5
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Inhaltliche Debatten	Kriterien für die Endlagersuche		Es besteht die Sorge, dass Kriterien auf Gorleben zugeschnitten werden (Stichwort "Deckgebirge")	DOK1477			http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=15024 , http://umweltfairaendern.de/2015/12/da-braut-sich-was-gorleben-kriterien-und-die-atommuell-kommission/			B 6.2, 6.5, 6.5.3 B 8.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Inhaltliche Debatten	NaPro		Kritik an der Änderung des Arbeitsauftrages der Kommission und der Idee eines Mischlagers	DOK1522			http://ag-schacht-konrad.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1620&Itemid=92 , http://ag-schacht-konrad.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1619&Itemid=92 , http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=14763 , http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=15076 , http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=15052 , http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=15076 , http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=14842			B 1.3 B 6.6
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Inhaltliche Debatten	NaPro		Das neue Szenario erhöht aus Sicht einiger kritischer Gruppierungen die Anforderungen an die Beteiligungsformate bei der Endlagersuche	DOK1636			http://umweltfairaendern.de/2015/10/mehr-atommuell-im-programm-der-kommission/			B 6.6 B 7.6
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Kritik am Beteiligungskonzert und -prozess	Bürgerdialog		Der Bürgerdialog wurde u.a. als Alibiveranstaltung mit simulierter bzw. Pseudobeteiligung kritisiert, die allein der Generierung von Zustimmung diene, nicht aber einer tatsächlichen Beteiligung der Bürger/innen an der Entscheidungsfindung	DOK1753			http://bi-luechow-dannenberg.de/?p=14474 , http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=14480 , vom 20.06.2015; D. Th.: „Atom Müll ohne Ende. Ein Tagungsbericht“, in: Strahlentelex 29 (684/685), http://www.strahlentelex.de/Stx_15_684-685_S01-06.pdf			B 7.7 sowie Beteiligungsbericht
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Kritik am Beteiligungskonzert und -prozess	Bürgerdialog		Befürchtungen der Kritiker/innen als Akzeptanzbeschaffer missbraucht zu werden	DOK1871			www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=14474			B 7.7 sowie Beteiligungsbericht
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Kritik am Beteiligungskonzert und -prozess	Workshop-Reihe mit Regionalvertreter/innen		Befürchtung, dass Teilnahme Interesse daran signalisiert ein Standort für ein Endlager zu werden	DOK1958			http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=15007 , http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=15024			B 7.7 sowie Beteiligungsbericht
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Kritik am Beteiligungskonzert und -prozess	Workshop-Reihe mit Regionalvertreter/innen		Kritik an der Debatte um mögliche Kompensationen für Standortregionen ("Geld als Schmiermittel für Akzeptanz")	DOK2062			http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=14971			B 7.2.2, 7.7 sowie Beteiligungsbericht

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsausschnitt
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Kritik am Beteiligungskonezpt und -prozess	Workshop-Reihe mit Regionalvertreter/innen		Kritik an der Organisation ("Einladungsdesaster")	DOK2145			http://umweltfairaendern.de/2015/09/fehlstart-atommuell-kommission-und-die-regionale-oeffentlichkeit-anmeldefrist-abgelaufen/			B 7.7 sowie Beteiligungsbericht
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Kritik am Beteiligungskonezpt und -prozess	Workshop-Reihe mit jungen Erwachsenen und Beteiligungspraktiker/innen		zu starke Orientierung auf Methodik zu Lasen der Inhalte ("engagierter Diskurs ohne Realitätsbezug", "Geschichtslosigkeit")	DOK2226			http://umweltfairaendern.de/2015/12/junge-leute-und-atommuell-endlagerkommission-uebt-beteiligen-engagierter-beteiligungsdiskurs-ohne-realtaetsbezug/			B 7.7 sowie Beteiligungsbericht
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Kritik am Beteiligungskonezpt und -prozess	Workshop-Reihe mit jungen Erwachsenen und Beteiligungspraktiker/innen		mangelende Teilnahme von Jugendlichen aus betroffenen Regionen	DOK2370			ebd.			B 7.7 sowie Beteiligungsbericht
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Kritik am Beteiligungskonezpt und -prozess	Dokumentarfilm		Kritik am im Konzept vorgeschlagenen Format des Dokumentarfilms ("Wir sind keine Filmstars, sondern leisten weiter Widerstand")	DOK2435			http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=14966			B 7.7 sowie Beteiligungsbericht
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Kritik an der Arbeitsweise der Kommission	Transparenz		Die Arbeitsweise der Kommission wird mehrfach als intransparent kritisiert (u.a. wegen der Nichtveröffentlichung von Beratungsunterlagen, dem Treffen informeller Zirkel, dem Einrichten von ad-hoc Gruppen etc.)	DOK2597			http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=14966 , Strahlentelex: „Die Endlagerkommission erstickt Beteiligungsgelüste“, Nr. 678-679 / 04.2015, S. 5f., http://endlagerdialog.de/2015/08/endlagerkommission-die-halbzeitbilanz-herrn-mueller-steht-widerspruch-realtaet/ , http://endlagerdialog.de/2015/12/endlagerkommission-wie-arbeit-noch-erfolg-fuehren/			B 1.3 B 7.3.5 B 7.7 sowie Beteiligungsbericht
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				Kritik an der Arbeitsweise der Kommission	Zeitfaktor		enormer Zeitdruck unter dem die Kommission steht	DOK2629			http://umweltfairaendern.de/2015/09/fehlstart-atommuell-kommission-und-die-regionale-oeffentlichkeit-anmeldefrist-abgelaufen/			B 1.3 B 7.7 sowie Beteiligungsbericht

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
Dokumentenanalyse (Auswertung von Stellungnahmen kritischer Gruppierungen)				konkrete Forderungen			Einrichtung einer Wahrheitskommission, Einrichtung eines Kontrollgremiums/Ombudsmanns, Fonds zur Finanzierung der Endlagerung, gemeinschaftliche Gestaltung der Prozesse, Vertreter/in der Interessen zukünftiger Generationen	DOK2746			http://umweltfairaendern.de/wp-content/uploads/2015/07/19062015-wer-nicht-aufr%C3%A4umt.pdf , http://agschacht-konrad.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1029&Itemid=271 , http://bi-luechow-dannenberg.de/?p=15882 , http://wendland-net.de/post/und-noch-einmal-endlagerkommission-vorgaben-von-ausgestrahlt-49946 ,			B 7.4.1 B 8.2

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Kriterien der Endlagerung	Sicherheit		Sicherheit für heutige und zukünftige Generationen hat oberste Priorität	BG253	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	B 3.1, 3.4, 3.5 B 4.1 B 6.2, 6.5 B 8.7.2
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Kriterien der Endlagerung	Zeitraum der Entsorgung		Der anvisierte Zeitraum von einer Million Jahre übersteigt die menschliche Vorstellungskraft. Es sollten Anstrengungen unternommen werden, diesen zu verkürzen. Zudem muss die Problematik des langen Zeitraums bei der gesamten Entscheidungsfindung berücksichtigt werden	BG340	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	B 2.4 B 5.6 B 6.4
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Kriterien der Endlagerung	Kosten		Transparenz der Kosten ist unerlässlich. Sicherheit bleibt dabei der entscheidende Faktor	BG496	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	B 3.5 B 5.4.2.2 B 6.2
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Kriterien der Endlagerung	Transparenz		Alle Alternativen der Entsorgung aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung etc. müssen jederzeit zugänglich sein. Vorschlag eines interdisziplinären Informationszentrums ist sinnvoll	BG585	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	B 7.3.5
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Kriterien der Endlagerung	Objektivität und Glaubwürdigkeit		Die Meinungsvielfalt und –freiheit zu den alternativen Optionen der Entsorgung muss bewahrt und anerkannt bleiben.	BG657	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	B 5.4 B 6.4
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Kriterien der Endlagerung	Offenheit der Forschung		Es ist erforderlich, kontinuierlich nach alternativen Optionen der Entsorgung zu forschen. Dabei darf es keine Denkverbote geben, es muss ergebnis- und themenoffen vorgegangen werden. Auch die deutsche Forschung sollte sich aus diesem Grund stärker für eine internationale Forschungszusammenarbeit einsetzen. Gleichzeitig muss an der konkreten Umsetzung bisher zur Verfügung stehender Lagerungsoptionen gearbeitet werden	BG726	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Rückholbarkeit	Soll Rückholbarkeit gewährleistet sein?		Rückholbarkeit minimiert das Misstrauen der Bevölkerung. Die Überwachung der Anlage kann einen Kontrollmechanismus darstellen und gesellschaftliche Akzeptanz fördern.	BG873	Dissens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	B 5.4.3.4, 5.5, 5.4
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Rückholbarkeit	Soll Rückholbarkeit gewährleistet sein?		Rückholbarkeit erhält die nötige Offenheit, um auf veränderten wissenschaftlichen Kenntnisstand zu reagieren	BG935	Dissens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	B 5.4.3.4, 5.4, 5.5
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Rückholbarkeit	Soll Rückholbarkeit gewährleistet sein?		Rückholbarkeit bedingt einen erheblichen erweiterten Aufwand beim Bau des Endlagers, um gefahrloses Betreten auf Jahrhunderte hinweg gewährleisten zu können. Dadurch entstehen erhebliche Kostensteigerungen.	BG1048	Dissens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	B 5.4.3.4, 5.5
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Rückholbarkeit	Soll Rückholbarkeit gewährleistet sein?		Offenhaltung der Anlage gefährdet unter Umständen die Sicherheit durch politische Instabilität, terroristische Aktivitäten, Verlust von technischem Know-how etc.	BG1194	Dissens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	B 5.5
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Verfahren der Endlagersuche	Ziel der Standortsuche		Das Verfahren der Standortsuche muss auf einem gesamtgesellschaftlichen Konsens basieren. Die wesentlichen Qualitätsmerkmale sind: Nachvollziehbarkeit, Information, Konsultation und Mitwirkung, begründete Entscheidungen, Klarheit	BG1210	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	B 6.3 B 7.2.1, 7.2.3, 7.3.4, 7.3.5, 7.4
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Verfahren der Endlagersuche	Neustart		Alle Entscheidungen und Fakten der Vergangenheit werden geprüft. Die Endlagersuche muss einen Neustart darstellen	BG1373	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	B 3.7
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Verfahren der Endlagersuche	Umgang mit der Vergangenheit		Fehler der Vergangenheit müssen aufgearbeitet und kritische Stimmen ernst genommen werden	BG1410	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	B 2.1 B 2.4 B 3.7

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe	Konsultation zum Verfahrensvorschlag		Beteiligung an der Arbeit der Kommission muss umfangreich sein und Ergebnisse müssen im Bericht der Kommission Niederschlag finden	BG1551	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	B 7.7
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe	Volksentscheid zum Verfahren		Der abgestimmte Verfahrensvorschlag muss Inhalt eines Volksentscheids sein. Dieser sollte die Möglichkeit enthalten, den Vorschlag abzulehnen. Das Verfahren der Suche und die im Verfahren handelnden Institutionen müssen durch einen Volksentscheid legitimiert werden. Dies ist eine Möglichkeit, dem bestehenden Misstrauen entgegenzuwirken, öffentliche Aufmerksamkeit für das Verfahren zu gewinnen und schließlich die Akzeptanz des Suchverfahrens zu sichern.	BG1642	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	B 7.2, 7.4.3
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Gremien	Gremium Endlager		Ein zentrales Organ, das den Prozess der Endlagersuche vom Beginn bis zu dessen Ende begleitet soll zu Beginn des Verfahrens gegründet werden	BG1754	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	B 7.4.1
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Gremien	Gremium Endlager	Besetzung	Das Gremium soll eine möglichst breite gesellschaftliche Basis der Bevölkerung repräsentieren. Dabei sind Partikularinteressen und Überrepräsentationen zu vermeiden. Dies bedeutet auch, dass die Besetzung mit Zufallsbürgern vorgesehen werden muss.	BG1864	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	B 7.4.1
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Gremien	Gremium Endlager	Beschlussfassung	Das Gremium Endlager trifft Entscheidungen mit 2/3-Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder	BG1919	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	B 7.4.1
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Gremien	Gremium Endlager	Aufgaben, Rechte	Das Gremium Endlager hat das Recht und die Pflicht, Rücksprünge im Verfahren durchzuführen, wenn Konsultationsprozesse des Gremiums zeigen, dass der eingeschlagene Weg gesellschaftlich nicht mehr vermittelbar ist oder vorher aufgestellte Kriterien der Standortauswahl nicht mehr erfüllt werden können	BG2015	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf		-	B 6.3 B 7.4.1

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsabschnitt	
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg	Gremien	Gremium Endlager	Aufgaben, Rechte	Das Gremium Endlager hat folgende Aufgaben: Finale Erarbeitung und Festlegung der Kriterien zur Standortsuche, Sammlung / Verwaltung und Verteilung allen in diesem Zusammenhang vorhandenen Wissens und aller Erkenntnisse auf nationaler und internationaler Ebene, Einrichtung von Expertengruppen etc. je nach Bedarf, Umsetzung von Kommunikation zur Endlagersuche und intensiver Bürgerbeteiligung, Formulierung einer abschließenden Entscheidungsvorlage für Bundestag und Bundesrat.	BG2187	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf			-	B 7.4.1
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg			Organisation	Berufung wird unabhängig von Wahlperioden einberufen und eine Mitgliedschaft kann bis zu 12 Jahre bestehen	BG2248	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf			-	B 7.4.1
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg			Organisation	Das Gremium erhält ein eigenes Budget über den Bundeshaushalt und ist in der Mittelverwendung unabhängig.	BG2375	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf			-	B 7.4.1
ENTRIA Bürgergutachten, K-MAT 20	Bericht "Wohin mit unserem Atommüll?"	Mrz 15	Lutherstadt Wittenberg			Organisation	Die Geschäftsordnung und die Struktur kann sich an der jetzigen Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe orientieren	BG2471	weitgehender Konsens		http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf			-	B 7.4.1

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Endlagerung nicht nur eine technische Herausforderung	Das Ringen um die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfallstoffe erfordert ein Konzept, dass in Politik und Gesellschaft eine breite Zustimmung findet. Das kann nur erreicht werden, wenn diese Herausforderung nicht allein technisch-naturwissenschaftlich beantwortet wird.“	Contra:	Kon275		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... - die öffentliche Meinung nicht unbedingt eine zuverlässige oder neutrale Instanz ist. - sie eine technikkritische Überzeugung transportiert.			Hr. Müller	Berichtsteil A
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Endlagerung nicht nur eine technische Herausforderung	Das Ringen um die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfallstoffe erfordert ein Konzept, dass in Politik und Gesellschaft eine breite Zustimmung findet. Das kann nur erreicht werden, wenn diese Herausforderung nicht allein technisch-naturwissenschaftlich beantwortet wird.“	Contra:	Kon348		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... Wir meinen, dass die Begründung für die Empfehlung überarbeitet werden muss, weil sie nicht erklärt, warum die Endlagerung nicht nur eine technische Herausforderung ist. War es Aufgabe der Kommission, grundlegende Schlussfolgerungen zum Umgang mit komplexer Technik zu ziehen?			Hr. Müller	Berichtsteil A
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Endlagerung nicht nur eine technische Herausforderung	Das Ringen um die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfallstoffe erfordert ein Konzept, dass in Politik und Gesellschaft eine breite Zustimmung findet. Das kann nur erreicht werden, wenn diese Herausforderung nicht allein technisch-naturwissenschaftlich beantwortet wird.“	Contra:Die genannten Begründungen stützen nicht die Kernbotschaft. Die Kernbotschaft galt auch schon vor Fukushima.	Kon454		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... wir wie folgt formulieren wollen: Endlagerung ist mehr als eine technische Herausforderung.			Hr. Müller	Berichtsteil A
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Endlagerung nicht nur eine technische Herausforderung	Das Ringen um die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfallstoffe erfordert ein Konzept, dass in Politik und Gesellschaft eine breite Zustimmung findet. Das kann nur erreicht werden, wenn diese Herausforderung nicht allein technisch-naturwissenschaftlich beantwortet wird.“	Pro:	Kon517		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... - die Gesellschaft mitgenommen werden muss. - wir nicht nur eine hervorragende Technologie brauchen, sondern den gesunden Menschenverstand als gesellschaftlichen Korrektiv. - z.B. die VW Manipulationen keine gesellschaftliche Akzeptanz gehabt hätten			Hr. Müller	Berichtsteil A

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Endlagerung nicht nur eine technische Herausforderung	Das Ringen um die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfallstoffe erfordert ein Konzept, dass in Politik und Gesellschaft eine breite Zustimmung findet. Das kann nur erreicht werden, wenn diese Herausforderung nicht allein technisch- naturwissenschaftlich beantwortet wird.“	Pro:- Notwendigkeit einer einfach strukturierte Informationsplattform für den gesamten Prozess des StandAG - Erhalt einer ausreichenden Gutachteranzahl - Gesellschaftliche Aufwertung des Endlager- Themas	Kon624		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... auch folgende Aspekte eine hohe Relevanz haben, ohne die eine "bestmögliche Sicherheit" des Endlagers nicht erreicht werden kann: - Gesellschaftliche Beteiligung, die zur Akzeptanz / Vertrauen führt (bspw. nachvollziehbare, einfache Sprache,) - Transparenz in allen Bereichen, auch die nicht unmittelbar mit der Endlagersuche zu tun haben. Nur so kann ein Teil der Grundlage für Vertrauen entstehen. - Managementsysteme (Qualitätssicherung, (Abfall-)Dokumentation) - Politische Änderung der Staatsform (europaweite Aufgabenkoordination oder Zusammenlegung?) - Gesellschaftliche Änderung (Berücksichtigung von Ängsten, Änderung der Gewaltbereitschaft) - Erhalt des Know-Hows und Wissenstransfer (zukünftige Personalia)			Hr. Müller	Berichtsteil A
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Endlagerung nicht nur eine technische Herausforderung	Das Ringen um die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfallstoffe erfordert ein Konzept, dass in Politik und Gesellschaft eine breite Zustimmung findet. Das kann nur erreicht werden, wenn diese Herausforderung nicht allein technisch- naturwissenschaftlich beantwortet wird.“	Pro:Wir wünschen uns eine Überarbeitung in Richtung einer praktikablen Öffentlichkeitsbeteiligung	Kon796		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... es auch eine gesellschaftliche Herausforderung ist, allerdings können wir der Begründung nicht folgen, weil sie zu einseitig und positiv auf die Bundeskanzlerin fokussiert ist. Ohne den andauerenden Protest auf der Straße, schon vor Fukushima, hätte es diese Entscheidung der Regierung nicht gegeben. Aber die angedachte Öffentlichkeitsbeteiligung ist so komplex, dass die Gefahr eines Scheiterns besteht. Beispielsweise 6 Regionalkonferenzen mit jeweils 2 Gremien und einem Nachprüfungsrecht bedeuten enormes Verzögerungspotential. Die mehrfache Beteiligung des Bundestages für einzelne Schrittfolgen bedeutet eine zeitlich aufwändige Befassung des Bundestages, die ebenfalls die Gefahr beinhaltet, dass das Verfahren in die Fallstricke der politischen Konkurrenz gerät (z.B. Wahlkämpfe)			Hr. Müller	Berichtsteil A

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Endlagerung nicht nur eine technische Herausforderung	Das Ringen um die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfallstoffe erfordert ein Konzept, dass in Politik und Gesellschaft eine breite Zustimmung findet. Das kann nur erreicht werden, wenn diese Herausforderung nicht allein technisch- naturwissenschaftlich beantwortet wird.“	Pro:Die Frage, wie man Akzeptanz für einen Abwägungsprozess erhält ist nicht rein technisch lösbar.	Kon876		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... Wir stimmen alle dieser These zu, weil das Problem mehrdimensional ist (rational, emotional). Die Wissenformen Rationalität und Emotionalität gehören beide zur Problemlösung dazu. Wichtig sind Akzeptanz und Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung sowie die Vermittlung von Abwägungsprozessen. Sicherheitsdefinitionen /- empfinden häufig unterschiedlich. Problem muss transdisziplinär gelöst werden. Zukünftige Generationen haben den ethischen Anspruch darauf, dass wir die Entsorgung der radioaktiven Abfallstoffe lösen.			Hr. Müller	Berichtsteil A
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Endlagerung nicht nur eine technische Herausforderung	Das Ringen um die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfallstoffe erfordert ein Konzept, dass in Politik und Gesellschaft eine breite Zustimmung findet. Das kann nur erreicht werden, wenn diese Herausforderung nicht allein technisch- naturwissenschaftlich beantwortet wird.“	Pro:wir sehen an diesem Punkt keinen zentralen Diskussionsbedarf (trivial).	Kon912		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil gesellschaftliche Konflikte immer möglich und wahrscheinlich sind und damit nicht ignoriert werden können.			Hr. Müller	Berichtsteil A
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Endlagerung nicht nur eine technische Herausforderung	Das Ringen um die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfallstoffe erfordert ein Konzept, dass in Politik und Gesellschaft eine breite Zustimmung findet. Das kann nur erreicht werden, wenn diese Herausforderung nicht allein technisch- naturwissenschaftlich beantwortet wird.“	Pro:Wie gelingt es, zu vermitteln, dass Technik gleichwohl fundamentale Voraussetzung für die Endlagerung ist.	Kon1058		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... es mehr ist, als nur eine technische Herausforderung. Dies liegt in der besonderen Herausforderung, wegen der potentiellen persönlichen Betroffenheiten. desweiteren sind zu beachten: lange Wirksamkeit der radioaktiven Stoffe langwierige Standortsuche lange Projektdauer für Errichtung und Einlagerung langfristige Sicherheit des Endlagers im Betrieb inkl. Überwachung langandauernde generationenübergreifende Partizipation gesellschaftlicher Konflikt			Hr. Müller	Berichtsteil A

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Endlagerung nicht nur eine technische Herausforderung	Das Ringen um die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfallstoffe erfordert ein Konzept, dass in Politik und Gesellschaft eine breite Zustimmung findet. Das kann nur erreicht werden, wenn diese Herausforderung nicht allein technisch-naturwissenschaftlich beantwortet wird.“	Contra:Eingrenzung und Festlegung der Abwägungskriterien müssen weiter diskutiert werden. Frage an die KOM: Wieso geht man von einer grundsätzlichen Ablehnung der potentiellen Standortregionen aus?	Kon1128		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... überfachliche Argumente können zur Lasten der Sicherheit gehen.			Hr. Müller	Berichtsteil A
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Endlagerung nicht nur eine technische Herausforderung	Das Ringen um die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfallstoffe erfordert ein Konzept, dass in Politik und Gesellschaft eine breite Zustimmung findet. Das kann nur erreicht werden, wenn diese Herausforderung nicht allein technisch-naturwissenschaftlich beantwortet wird.“	Contra:Wir sehen nicht, dass es einen übergreifenden parteipolitischen Konsens für eine schnelle Umsetzung eines geeigneten Endlagers gibt.	Kon1270		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... - weil die technische Herausforderung am Beispiel Fukushima eine parteipolitische und emotionale Entscheidung der Bundesregierung war (Begründung Aussage Merkel). - gerade nicht die techn. Herausforderung auf Verlässlichkeit von Risikoannahmen und Wahrscheinlichkeitsanalysen beschränkt ist.			Hr. Müller	Berichtsteil A
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Endlagerung nicht nur eine technische Herausforderung	Das Ringen um die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfallstoffe erfordert ein Konzept, dass in Politik und Gesellschaft eine breite Zustimmung findet. Das kann nur erreicht werden, wenn diese Herausforderung nicht allein technisch-naturwissenschaftlich beantwortet wird.“	Pro: Ist es Konsens, dass am Ende der Prozesse ein Endlager gebraucht und errichtet wird?	Kon1384		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... es auch ein gesellschaftlicher Prozess ist. es auch für unsere Generation eine moralische Pflicht und Verantwortung gegenüber Nachfolgenden ist. es auch eine geologische und geotechnische Herausforderung ist. es eine Aufgabe für die "Gemeinschaft" ist. Gemeinschaft sind hier alle politischen Gruppen, Industrie und Gesellschaft.			Hr. Müller	Berichtsteil A
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Endlagerung nicht nur eine technische Herausforderung	Das Ringen um die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfallstoffe erfordert ein Konzept, dass in Politik und Gesellschaft eine breite Zustimmung findet. Das kann nur erreicht werden, wenn diese Herausforderung nicht allein technisch-naturwissenschaftlich beantwortet wird.“	Pro:Das StandAG muss so verfasst werden, dass die Politik keine Chance bekommt sich aus der Lösung des Problems "herauszulügen"	Kon1435		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... - eine Konsenslösung (Akzeptanz) mit der Bevölkerung unumgänglich ist. - es weiterhin parteipolitisch und ideologisch geprägte Interessengruppen geben wird. - es immer auch betroffene Bürger gibt. - es immer wirtschaftliche Interessen mit beteiligt sind. - technische Herausforderungen immer lösbar sind aber immer durch das Primat der Politik behindert wird.			Hr. Müller	Berichtsteil A

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Endlagerung nicht nur eine technische Herausforderung	Das Ringen um die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfallstoffe erfordert ein Konzept, dass in Politik und Gesellschaft eine breite Zustimmung findet. Das kann nur erreicht werden, wenn diese Herausforderung nicht allein technisch-naturwissenschaftlich beantwortet wird.“	Pro:	Kon1539		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... Technik und Naturwissenschaften nur Handlungsoptionen (inklusive Unsicherheiten, Fehler und Risiken) aufzeigen können, eine Bewertung dieser Handlungsoptionen jedoch eine gesellschaftliche Aufgabe ist. Die Empfehlung ergänzen: "....beantwortet wird, sondern auch von einem gesamtgesellschaftlichen soziokulturellen Prozess begleitet wird."			Hr. Müller	Berichtsteil A
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Der Umgang mit Konflikten entscheidet über Erfolg oder Misserfolg der Standortsuche	Wir empfehlen, ein unabhängiges Konfliktmanagement zu etablieren, das einen transparenten und fairen Umgang mit Konflikten sicherstellt und so zu einem letztlich gesellschaftlich breit akzeptierbaren Ergebnis des Suchverfahrens beiträgt.	Pro:Wie soll unabhängiges !!!! Konfliktmanagement umgesetzt werden?	Kon1679		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... - ungelöste Konflikte immer wieder auftauchen und die Suche eines Lagers für atomaren Müll behindern werden. - wir wünschen uns eine Kultur, die offen ist für Konflikte, da diese wertvolle Beiträge liefern können - das bedeutet: die Konfliktparteien begegnen sich auf Augenhöhe - Konflikte müssen sauber definiert sein, d.h. kleinschrittige Lösungen herbeiführen: jeder gelöste Konflikt verbessert den Prozess - jeder Konflikt mudd ernst genommen werden (es gibte keine Unterschiede)			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4, 2.4.1, 2.4.2, 2.4.3
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Der Umgang mit Konflikten entscheidet über Erfolg oder Misserfolg der Standortsuche	Wir empfehlen, ein unabhängiges Konfliktmanagement zu etablieren, das einen transparenten und fairen Umgang mit Konflikten sicherstellt und so zu einem letztlich gesellschaftlich breit akzeptierbaren Ergebnis des Suchverfahrens beiträgt.	Contra:Prinzipiell wird eine fehlende Aufarbeitung vergangener Konflikte bemängelt. Dies sollte aber bereits als eine Basis für das zukünftige Konfliktmanagement berücksichtigt werden.	Kon1750		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ...			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4, 2.4.1, 2.4.2, 2.4.3
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Der Umgang mit Konflikten entscheidet über Erfolg oder Misserfolg der Standortsuche	Wir empfehlen, ein unabhängiges Konfliktmanagement zu etablieren, das einen transparenten und fairen Umgang mit Konflikten sicherstellt und so zu einem letztlich gesellschaftlich breit akzeptierbaren Ergebnis des Suchverfahrens beiträgt.	Pro:Die Unabhängigkeit der Schlüsselpersonen im Konfliktmanagement ist zentral.	Kon1860		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... weiterhin von schwer lösbaren Interressenkonflikten auszugehen ist. Es ist klar, dass in jedem Fall eine Lösung für die atomaren Abfälle gefunden werden muss.			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4, 2.4.1, 2.4.2, 2.4.3

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Der Umgang mit Konflikten entscheidet über Erfolg oder Misserfolg der Standortsuche	Wir empfehlen, ein unabhängiges Konfliktmanagement zu etablieren, das einen transparenten und fairen Umgang mit Konflikten sicherstellt und so zu einem letztlich gesellschaftlich breit akzeptierbaren Ergebnis des Suchverfahrens beiträgt.	Pro:Fortsetzung der Arbeit der Kommission ohne Unterbrechung und mit besonderem Fokus auf die Aufarbeitung des Konfliktes mit Teilen der Anti-AKW Bewegung.	Kon1922		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... - Grundsätzlich stimmen wir der Kernaussage zu. - eine einheitliche Bewertung der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse wird als Quelle für Einigung nicht zur Verfügung stehen. - Teile der Anti-AKW Bewegung werden als Dialogpartnerin wohl auf längere Sicht nicht einbeziebar sein, weil die Erfahrungen mit dem Rechtsstaat und der Demokratie ein grundsätzliches Misstrauen erzeugt haben. - eine (glaubhaft & ehrlich) gesellschaftliche, kulturelle und politische Aufarbeitung der Vergangenheit muss stattfinden. Am besten als paralleler Prozess, nicht als Teil des Endlagersuchprozess. Ein solcher Prozess ist nicht top down steuerbar, er findet in der Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft statt. Die Politik ist hier nicht alleiniger Akteur, sondern einer unter vielen. Politik hat allerdings einen eigenen Auftrag für das eigene Handeln und die eigene Aufarbeitung, die sich aus dem Auftrag ableiten zukunftsfähige nachhaltige Entwicklung und gemeinwohlorientiert umsetzen. - Wie schaffen wir einen solchen Prozess? Brauchen wir Mittler, neutrale Instanzen und vermittelnde Akteure? Eine Schnittstellenkommunikation zwischen gesellschaftlichen Teilsystemen wie Unternehmen und Verbänden, Politik und Medien, Wissenschaft und Praxis/ Jung und Alt wäre mitzudenken.			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4, 2.4.1, 2.4.2, 2.4.3
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Der Umgang mit Konflikten entscheidet über Erfolg oder Misserfolg der Standortsuche	Wir empfehlen, ein unabhängiges Konfliktmanagement zu etablieren, das einen transparenten und fairen Umgang mit Konflikten sicherstellt und so zu einem letztlich gesellschaftlich breit akzeptierbaren Ergebnis des Suchverfahrens beiträgt.	Pro:Im Kapitel 2.4 fehlt der Nachweis der Verbindlichkeit dieser Kriterien für den gesamten Suchprozess. Was heißt "Unabhängigkeit" beim Konfliktmanagement?	Kon2095		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... sie die gesellschaftliche Akzeptanz des Suchverfahrens fördert und ausreichend allgemein gehalten ist. ABER: Es fehlt eine Konkretisierung. Das im Bericht zitierte "partizipative Suchverfahren" wird nicht hinreichend ausgeführt. Das möglicherweise gemeinte Kap. 7 ist ohne Inhalt. Es wäre an unserem Tisch der Wunsch gewesen, die Konfliktlinien (Konfliktpunkte und Rollenverteilung) in der Kommission transparent dargestellt zu bekommen, um tatsächlich über den Abschlussbericht statt nur über Grundsätze diskutieren zu können.			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4, 2.4.1, 2.4.2, 2.4.3

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Der Umgang mit Konflikten entscheidet über Erfolg oder Misserfolg der Standortsuche	Wir empfehlen, ein unabhängiges Konfliktmanagement zu etablieren, das einen transparenten und fairen Umgang mit Konflikten sicherstellt und so zu einem letztlich gesellschaftlich breit akzeptierbaren Ergebnis des Suchverfahrens beiträgt.	Pro:Die Kommission sollte sich bewusst machen, dass Konflikte auch Ressourcen betreffen können, auf die alle Akteure zugreifen (bspw. Zeit).	Kon2162		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... 1. ...in der Begründung wesentliche Elemente für ein erfolgreiches Konfliktmanagement enthalten sind. 2. ...es Negativbeispiele von Großprojekten gibt, die gezeigt haben, dass es ohne frühzeitiges und konstruktives Konfliktmanagement zu vermeidbaren Verzögerungen, Mehrkosten, minderer Qualität kam.			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4, 2.4.1, 2.4.2, 2.4.3 B 5.6
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Der Umgang mit Konflikten entscheidet über Erfolg oder Misserfolg der Standortsuche	Wir empfehlen, ein unabhängiges Konfliktmanagement zu etablieren, das einen transparenten und fairen Umgang mit Konflikten sicherstellt und so zu einem letztlich gesellschaftlich breit akzeptierbaren Ergebnis des Suchverfahrens beiträgt.	Pro:Wenn die alten Konflikte nicht aufgearbeitet werden, verbaut dies die zukünftige erfolgreiche Konfliktkultur.	Kon2266		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... die Vergangenheit gezeigt hat, dass schwelende Konflikte zu verhärteten Fronten führen. Konfliktparteien sollen von Anfang an bemüht und bereit sein unter Vermittlung auf der Grundlage der Tatsachen höchstmögliche Transparenz schaffen.			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4, 2.4.1, 2.4.2, 2.4.3
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Der Umgang mit Konflikten entscheidet über Erfolg oder Misserfolg der Standortsuche	Wir empfehlen, ein unabhängiges Konfliktmanagement zu etablieren, das einen transparenten und fairen Umgang mit Konflikten sicherstellt und so zu einem letztlich gesellschaftlich breit akzeptierbaren Ergebnis des Suchverfahrens beiträgt.	Contra:Nicht jeder Region und jedem Teilnehmer am Prozess ist klar, dass eine Lösung gefunden werden muss.	Kon2356		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... nicht alle Probleme sind durch Konfliktmanagement zu lösen. Es besteht teilweise ein unüberwindbares Mißtrauen.			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4, 2.4.1, 2.4.2, 2.4.3
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Der Umgang mit Konflikten entscheidet über Erfolg oder Misserfolg der Standortsuche	Wir empfehlen, ein unabhängiges Konfliktmanagement zu etablieren, das einen transparenten und fairen Umgang mit Konflikten sicherstellt und so zu einem letztlich gesellschaftlich breit akzeptierbaren Ergebnis des Suchverfahrens beiträgt.	Contra: Es geht nicht nur um Konflikte zwischen Akteuren, sondern andere Arten (Zeitmangel, Legislaturperioden, überlappendes Prozessdesign, parteilpolitische Interessenlagen) sollten eingeschlossen werden.	Kon2450		Die in 2.4.11 genannten Konfliktstufen sollten in Konfliktbausteine umbenannt werden, damit die Konflikte nicht nach hierarchischer Stufung sondern je nach Konflikt der passende Baustein gewählt werden kann.			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4, 2.4.1, 2.4.2, 2.4.3

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Der Umgang mit Konflikten entscheidet über Erfolg oder Misserfolg der Standortsuche	Wir empfehlen, ein unabhängiges Konfliktmanagement zu etablieren, das einen transparenten und fairen Umgang mit Konflikten sicherstellt und so zu einem letztlich gesellschaftlich breit akzeptierbaren Ergebnis des Suchverfahrens beiträgt.	Pro:siehe oben	Kon2542		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... Dieser Text ist für den u. s. Kasten bestimmt! 1. Vom Partizipationsprozess sollten hinsichtlich eines Vertrauensaufbaus sowohl Behörden als auch neu geschaffene Gremien der ÖB profitieren. 2. Ein Konflikt hat einen Vorlauf: das Misstrauen. Wie kann von Beginn an bestehendes bzw. aufkommendes Misstrauen abgebaut/verhindert werden. Sind es die gleichen Instrumente / Vorgehensweisen wie die Konflikte gelöst werden können? 3. Sehr wichtig: AKV (Aufgaben, Kompetenzen, Verantwortung) - für alle Gremien festlegen (Aufgabe an die Kommission) 4. Umgang mit verweigerter und verweigernder Beteiligung (nicht am Prozess teilnehmende sowie am Prozess teilnehmende Bürger, welche die Entscheidungen nicht mittragen) 5. qualitative und quantitative Reichweite der Beteiligung ganz zu Beginn festlegen			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4, 2.4.1, 2.4.2, 2.4.3
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Folgen und Nebenwirkungen industrieller Produktion rücken ins Zentrum	Das „Wissenschafts-Technologie-Industrialismus-Paradigma“ wurde zum Fortschrittsparadigma schlechthin. Offen ist, welche langfristigen Wirkungen das hat und ob die damit geschaffenen Möglichkeiten genutzt werden, die Natur zu schützen.	Pro:Folgen der globalisierten Produktions- und Konsumgesellschaft	Kon2646		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... wir uns in einer noch nie dagewesenen globalisierten Produktions- und Konsumgesellschaft befinden, deren Folgen in ihrer Komplexität kaum zu beantworten sind (Stichworte: Technikfolgenabschätzung, Verbindung von sozialen und ökologischen Zielen mit wirtschaftlich-technischen Innovationen).			Hr. Müller	B 3.1, 3.1.2, 10
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Folgen und Nebenwirkungen industrieller Produktion rücken ins Zentrum	Das „Wissenschafts-Technologie-Industrialismus-Paradigma“ wurde zum Fortschrittsparadigma schlechthin. Offen ist, welche langfristigen Wirkungen das hat und ob die damit geschaffenen Möglichkeiten genutzt werden, die Natur zu schützen.	Contra:Ist die Wachstumskritik ernst gemeint?	Kon2719		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... wir bezweifeln, dass diese theoretische Ausführungen tatsächlich Eingang in ein Handeln finden. Ganz konkret bei der Endlagerung von Atommüll aber auch bei der Bewertung von anderen Technologien und Produktionsweisen, wie z.B. Fracking, Gentechnik, toxischen Produktionsabfällen etc.			Hr. Müller	B 3.1, 3.1.2, 10

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Die Akzeptanz von Konflikten ist Voraussetzung für deren Deeskalation	Wir empfehlen, bei der Konfliktbearbeitung nicht die selten erzielbare völlige Auflösung von Konflikten anzustreben, sondern deren schrittweise Deeskalation. Erfolg ist im Verfahrensinne dann nicht eine Konfliktbeendung (möglicherweise mit Siegern und Verlierern), sondern eine Rückführung auf eine niedrigere und damit partizipativere Eskalations- bzw. Bearbeitungsstufe.	Pro: Sollte der Partizipationsbeauftragte im Sinne einer lernenden Institution nicht langfristiger Begleiter des Prozesses werden? (regelmäßige Neubesetzung vermeiden)	Kon2885		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... a) sie nicht die Auflösung von Konflikten zum Inhalt hat sondern die Bearbeitung der bestehenden Differenzen. b) es um die aktive Diskussion geht statt dem Austausch von Standpunkten. c) diese den Kern einer guten Mediation beschreibt, die in Wirtschaftsunternehmen längst erfolgreicher Standard ist. d) Deeskalationsmethoden noch relativ neu, aber für dieses Thema mehr als angebracht sind. e) der Partizipationsauftrag durch eine neutrale Mediation scheinbar differierende Ziele zusammenführen kann. f) Es ist keine zusätzliche Institution sondern eine zusätzliche Qualifikation Anmerkung: Die Abkürzung KMI befindet sich noch im Text, obwohl mittlerweile hinfällt (Partizipationsbeauftragter) Darüber hinaus wäre ein Abkürzungsverzeichnis wünschenswert			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4.8
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Die Akzeptanz von Konflikten ist Voraussetzung für deren Deeskalation	Wir empfehlen, bei der Konfliktbearbeitung nicht die selten erzielbare völlige Auflösung von Konflikten anzustreben, sondern deren schrittweise Deeskalation. Erfolg ist im Verfahrensinne dann nicht eine Konfliktbeendung (möglicherweise mit Siegern und Verlierern), sondern eine Rückführung auf eine niedrigere und damit partizipativere Eskalations- bzw. Bearbeitungsstufe.	Pro: Als Problem bleibt das Erkennen und die Bewertung der Konflikte. Die Umsetzung der Konfliktbearbeitung wird als schwierig und sehr zeitintensiv angesehen. Umgang mit nicht auflösbaren Konflikte.	Kon2957		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... sich viele Konflikte deeskalieren bzw. sogar auflösen lassen, wenn sie frühzeitig als Konflikte benannt, akzeptiert und diskutiert werden. Als Problem bleibt das Erkennen und die Bewertung der Konflikte.			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4.8

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Die Akzeptanz von Konflikten ist Voraussetzung für deren Deeskalation	Wir empfehlen, bei der Konfliktbearbeitung nicht die selten erzielbare völlige Auflösung von Konflikten anzustreben, sondern deren schrittweise Deeskalation. Erfolg ist im Verfahrensinne dann nicht eine Konfliktbeendigung (möglicherweise mit Siegern und Verlierern), sondern eine Rückführung auf eine niedrigere und damit partizipativere Eskalations- bzw. Bearbeitungsstufe.	Contra: Weckt die Möglichkeit der Mediation im Endlagerverfahren nicht falsche Erwartungen an die bestehenden Entscheidungs- und Zuständigkeitsstrukturen?	Kon3042		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... a) jede weitere Instanz, auch wenn sie nur Mediationsaufgaben hat, den Prozess schwerfälliger und langsamer macht und eine Unübersichtlichkeit der Zuständigkeiten fördert. b) die bestehende Institutionen selbst lösungs- und zielorientiert arbeiten sollten. c) es um eine generelle Weiterentwicklung der bestehenden (möglichst wenigen) Institutionen gehen sollte.			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4.8
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Erfolgsfaktoren für ein gelingendes Konfliktmanagement	Wir empfehlen eine regelmäßige und frühzeitige Klärung von Mitgestaltungs- und Einflussmöglichkeiten, um Konflikte zu minimieren und ein gelingendes Konfliktmanagement zu etablieren.	Pro: wer definiert die klärenden Mitgestaltungs- und Einflussmöglichkeiten	Kon3152		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... grundsätzliche Zustimmung; unter kontra sind weitere ergänzungsvorschläge gelistet			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4.5 - 2.4.12
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Erfolgsfaktoren für ein gelingendes Konfliktmanagement	Wir empfehlen eine regelmäßige und frühzeitige Klärung von Mitgestaltungs- und Einflussmöglichkeiten, um Konflikte zu minimieren und ein gelingendes Konfliktmanagement zu etablieren.	Contra:	Kon3211		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... da die Kernbotschaft generell zu allgemein gehalten ist, dies kann Probleme bei der Umsetzung geben. ... es nicht klar ist, an wen sich diese Empfehlung wendet. ... weitere Erfolgsfaktoren aufgenommen werden sollten, die den Gewinn für Stakeholders darstellt.			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4.5 - 2.4.12

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Erfolgsfaktoren für ein gelingendes Konfliktmanage- ment	Wir empfehlen eine regelmäßige und frühzeitige Klärung von Mitgestaltungs- und Einflussmöglichkeiten, um Konflikte zu minimieren und ein gelingendes Konfliktmanagement zu etablieren.	Contra:Arbeitszeitverlängerung der Kommission wegen der notwendigen zu verlängernden Öffentlichkeitsbeteiligung.	Kon3364		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... Bezogen auf den bisherigen und den heutigen Prozess kommen wir zu folgenden Schlussfolgerungen: Die Kommission sollte die Öffentlichkeit offensiver und qualifiziert einbinden. Bisher wurde das Potential an Beteiligung nicht ausgeschöpft. Wir meinen, dass größere Anstrengungen unternommen werden müssen, die Öffentlichkeit auch in die derzeitige Arbeit der Kommission aktiv einzubinden, um potentielle Konflikte in der Zukunft zu vermeiden. Deshalb sind wir der Meinung, dass die ursprünglich vorgesehenen 6 Wochen für die öffentliche Bewertung des Berichts erhalten bleiben müssen. Auch der Prozess der Überarbeitung des Berichts (Annahme oder Ablehnung einzelner Beiträge) muss transparent gestaltet werden.			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4.5 - 2.4.12
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Erfolgsfaktoren für ein gelingendes Konfliktmanage- ment	Wir empfehlen eine regelmäßige und frühzeitige Klärung von Mitgestaltungs- und Einflussmöglichkeiten, um Konflikte zu minimieren und ein gelingendes Konfliktmanagement zu etablieren.	Pro:	Kon3454		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ein zielführendes Konfliktmanagement unverzichtbar ist.			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4.5 - 2.4.12
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Erfolgsfaktoren für ein gelingendes Konfliktmanage- ment	Wir empfehlen eine regelmäßige und frühzeitige Klärung von Mitgestaltungs- und Einflussmöglichkeiten, um Konflikte zu minimieren und ein gelingendes Konfliktmanagement zu etablieren.	Pro:Die genaue Rolle des Partizipationsbeauftragten, der Ombudsstelle, muss als Teil des Nationalen Begleitgremiums für ein mögliches neutrales Konfliktmanagement im Berichtsteil B beschrieben werden.	Kon3536		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... je früher eine Klärung von Migestaltungs- und Einflussmöglichkeiten bekannt wird, desto besser können Konflikte benannt und bearbeitet werden.			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4.5 - 2.4.12
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Erfolgsfaktoren für ein gelingendes Konfliktmanage- ment	Wir empfehlen eine regelmäßige und frühzeitige Klärung von Mitgestaltungs- und Einflussmöglichkeiten, um Konflikte zu minimieren und ein gelingendes Konfliktmanagement zu etablieren.	Contra:Wie praxistauglich sind die Ausführungen zum Konfliktmanagement (Stufenmodell, Verfahrensrelevanz, Lösbarkeit der Konflikte)?	Kon3674		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... wir empfehlen, das Wort "minimieren" durch "lösungsorientiert zu bearbeiten" zu ersetzen, damit der Charakter der Konfliktbearbeitung sichtbarer wird. Konfliktstufenmodell uneindeutig: Wer definiert dies? Für alle Konflikte gleich oder jeweils neu? Trennung von Konfliktstufenmodellen, Formaten und Grundsätzen guter Beteiligung (z.B. Wertschätzung Diskurskultur). Das aufgeführte Konfliktstufenmodell sollte nur als beispielhaft dargestellt werden (wie es auch im Bericht steht, nicht aber in der vorliegenden Kurzfassung). Abschnitt 2.4.7 im Bericht: nicht praxisorientiert --> Beteiligte sollen Konflikte vorab einordnen.			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4.5 - 2.4.12

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Erfolgsfaktoren für ein gelingendes Konfliktmanagement	Wir empfehlen eine regelmäßige und frühzeitige Klärung von Mitgestaltungs- und Einflussmöglichkeiten, um Konflikte zu minimieren und ein gelingendes Konfliktmanagement zu etablieren.	Contra:	Kon3792		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... da die Kernbotschaft generell zu allgemein gehalten ist, dies kann Probleme bei der Umsetzung geben. ... es nicht klar ist, an wen sich diese Empfehlung wendet. ... weitere Erfolgsfaktoren aufgenommen werden sollten, die den Gewinn für Stakeholders darstellt.			Hr. Sommer, Hr. Jäger	B 2.4.5 - 2.4.12
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Kernenergie berührt unser Verständnis von technischen Fortschritt	Die Auseinandersetzungen um die Kernenergie berühren zentrale Annahmen der europäischen Fortschrittsidee, insbesondere das Verständnis vom technischen Fortschritt. Es gibt keine selbstläufige Fortschrittswelt. Heute müssen wir auch fragen, was wir über die Folgen technischer Prozesse wissen und was wir nicht wissen, um sie besser als bisher frühzeitig bewerten zu können.	Pro:Es sollte zusätzlich die Botschaft übermittelt werden, dass Entscheidungen jederzeit durch technischen Fortschritt oder neue Erkenntnisse korrigierbar sein müssen.	Kon3863		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... Die Kernenergie ist ein Test für die ethisch-philosophische Reife einer Gesellschaft mit den erweiterten Möglichkeiten, die ihnen der technische Fortschritt bietet, rational umzugehen. Man muss auch die Freiheit haben, wie es die globalisierte/technisierte Welt gebietet, Entscheidungen zeitnah treffen und ggf. korrigieren zu können, z.B. Abfälle aus dem Endlager zurückzuholen, die verwertbar sind bzw. schadlos gemacht werden können.			Hr. Müller	B 3.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Kernenergie berührt unser Verständnis von technischen Fortschritt	Die Auseinandersetzungen um die Kernenergie berühren zentrale Annahmen der europäischen Fortschrittsidee, insbesondere das Verständnis vom technischen Fortschritt. Es gibt keine selbstläufige Fortschrittswelt. Heute müssen wir auch fragen, was wir über die Folgen technischer Prozesse wissen und was wir nicht wissen, um sie besser als bisher frühzeitig bewerten zu können.	Pro:	Kon3911		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... hallo			Hr. Müller	B 3.1

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Kernenergie berührt unser Verständnis von technischen Fortschritt	Die Auseinandersetzungen um die Kernenergie berühren zentrale Annahmen der europäischen Fortschrittsidee, insbesondere das Verständnis vom technischen Fortschritt. Es gibt keine selbstläufige Fortschrittswelt. Heute müssen wir auch fragen, was wir über die Folgen technischer Prozesse wissen und was wir nicht wissen, um sie besser als bisher frühzeitig bewerten zu können.	Contra: Welchen Beitrag kann der Entscheidungsprozess für ein Atommüllendlager in Deutschland für den europa- und weltweiten Ausstieg aus der Atomenergie leisten?	Kon4022		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil der Stand der Diskussion über "Berühren" unseres Fortschrittsverständnisses doch weit hinausgeht: es geht um konkrete Risiken für viele Menschen jetzt und in unübersehbaren Zukünften, um Fahrlässigkeiten, um Interessen, um eine über wenige Jahrzehnte genutzte Technologie, deren Folgen Menschheit und irdisches Leben nicht mehr loswerden. Zukunftsethik ist darauf zu überprüfen, ob unsere heutigen Vorstellungen wirklich Bestand haben können.			Hr. Müller	B 3.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Kernenergie berührt unser Verständnis von technischen Fortschritt	Die Auseinandersetzungen um die Kernenergie berühren zentrale Annahmen der europäischen Fortschrittsidee, insbesondere das Verständnis vom technischen Fortschritt. Es gibt keine selbstläufige Fortschrittswelt. Heute müssen wir auch fragen, was wir über die Folgen technischer Prozesse wissen und was wir nicht wissen, um sie besser als bisher frühzeitig bewerten zu können.	Contra: Umsetzung und Umsetzbarkeit einer Zukunftsethik z. B. für Zeitfenster von Entscheidungen.	Kon4178		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... es nicht ein "europäisches", sondern ein "westliches" Verständnis ist. es nicht nur Kernenergie sondern auch Gentechnik, Neurowissenschaften, Geothermie, ... betrifft. der Satz "es gibt keine selbstläufige Fortschrittswelt" überflüssig ist. es um das Verständnis von technischem Fortschritt UND der gesellschaftlichen Entwicklung geht.			Hr. Müller	B 3.1

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Kernenergie berührt unser Verständnis von technischen Fortschritt	Die Auseinandersetzungen um die Kernenergie berühren zentrale Annahmen der europäischen Fortschrittsidee, insbesondere das Verständnis vom technischen Fortschritt. Es gibt keine selbstläufige Fortschrittswelt. Heute müssen wir auch fragen, was wir über die Folgen technischer Prozesse wissen und was wir nicht wissen, um sie besser als bisher frühzeitig bewerten zu können.	Pro: Pro: Eine Forderung nach regelmäßiger neubewertung.	Kon4281		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... nicht zuletzt durch die Erfahrungen aus der Nutzung der Atomkernspaltung der technische Fortschritt seine Unschuld verloren hat. Deringend ist ein Verständnis von Technik, das gestaltet und von vorneherein darum bemüht ist, auf Dauer mehr Wirtschafts- und Lebensqualität zu verwirklichen. Um ein neues Grundvertrauen für Technik aufzubauen, muss der technische Determinismus beendet werden. Technik ist ein sozialer Prozess.			Hr. Müller	B 3.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Kernenergie berührt unser Verständnis von technischen Fortschritt	Die Auseinandersetzungen um die Kernenergie berühren zentrale Annahmen der europäischen Fortschrittsidee, insbesondere das Verständnis vom technischen Fortschritt. Es gibt keine selbstläufige Fortschrittswelt. Heute müssen wir auch fragen, was wir über die Folgen technischer Prozesse wissen und was wir nicht wissen, um sie besser als bisher frühzeitig bewerten zu können.	Pro: Eine Forderung nach regelmäßiger neubewertung.	Kon4313		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weiles wichtig ist auch schon heute etwas über die Folgen für nachfolgende Generationen zu wissen. ...weil in der Empfehlung das "wissen" und das "nicht wissen" ausdrücklich erwähnt werden. ...eine frühzeitige Bewertung der Folgen uns wichtig ist.			Hr. Müller	B 3.1

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Kernenergie berührt unser Verständnis von technischen Fortschritt	Die Auseinandersetzungen um die Kernenergie berühren zentrale Annahmen der europäischen Fortschrittsidee, insbesondere das Verständnis vom technischen Fortschritt. Es gibt keine selbstläufige Fortschrittswelt. Heute müssen wir auch fragen, was wir über die Folgen technischer Prozesse wissen und was wir nicht wissen, um sie besser als bisher frühzeitig bewerten zu können.	Contra:Die Formulierung der "Kernbotschaft" sollte sich mehr auf das Thema der Endlagerung beziehen (Die Endlagerung berührt unser Verständnis von Langzeitauswirkungen technischer Prozesse).	Kon4499		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... Teilaspekt: Die "europäische Fortschrittsidee" (was wohl meint, dass die Technik alleine als Fortschritt gilt) ist so ohnehin seit langem überholt, insofern ist diese Formulierung schlecht gewählt. Es ist in unserer Gesellschaft seit langem etabliert, dass Umweltaspekte bei technischen Innovationen und Projekten unter Öffentlichkeitsbeteiligung berücksichtigt werden. Kommentar zur Begründung (Entscheidungen innerhalb eines kurzen Zeitraums): Während früher Entscheidungen wesentlich früher ohne Öffentlichkeitsbeteiligung von oben herab gefallen wurden, ist heute insbesondere durch die Umweltgesetzgebung (UVP) usw. eine wesentlich fundiertere Entscheidung auf breiterer Basis mit Öffentlichkeitsbeteiligung die Regel. Die Formulierung der "Kernbotschaft" sollte sich mehr auf das Thema der Endlagerung beziehen (Die Endlagerung berührt unser Verständnis von Langzeitauswirkungen technischer Prozesse).			Hr. Müller	B 3.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Kernenergie berührt unser Verständnis von technischen Fortschritt	Die Auseinandersetzungen um die Kernenergie berühren zentrale Annahmen der europäischen Fortschrittsidee, insbesondere das Verständnis vom technischen Fortschritt. Es gibt keine selbstläufige Fortschrittswelt. Heute müssen wir auch fragen, was wir über die Folgen technischer Prozesse wissen und was wir nicht wissen, um sie besser als bisher frühzeitig bewerten zu können.	Contra:Die These erscheint im Kontext der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall nicht hilfreich.	Kon4526		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... Die Endlagerproblematik geht nicht notwendigerweise mit der Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie einher. Eine verbundene Diskussion dieser Themenkreise ist nicht immer hilfreich. Menschen sind auch in anderen Bereichen ionisierender Strahlung ausgesetzt, wobei die Ursache in menschlichem Verhalten (Flugverkehr, medizinische Diagnostik) liegt. Hier werden die größten Kollektivdosen mitgeteilt. Trotzdem ist die Risikowahrnehmung hier deutlich geringer ausgeprägt, als bei der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle. Wenn im Zusammenhang mit der These nur an die Abfallproblematik gedacht ist, so liegt das Problem darin, dass aller hochradioaktive Abfall in einem Endlager in tiefen geologischen Schichten endgelagert werden soll. Dieses Endlager stellt dann eine Gefahrenquelle dar; die Gefahr kann, muss sich aber nicht realisieren. Demgegenüber wird sich die Gefahr, die beispielsweise von unkritischer Anwendung ionisierender Strahlung in der medizinischen Diagnostik ausgeht, in Form zusätzlicher Krebsfälle sicher realisieren. Der Unterschied in der Wahrnehmung liegt lediglich darin, dass das Endlager eine punktuelle Gefahrenquelle ist, wohingegen medizinische Röntgengeräte in großer Zahl über einen langen Zeitraum eine unmittelbar nicht wahrnehmbare schädliche Auswirkung haben.			Hr. Müller	B 3.1

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Kernenergie berührt unser Verständnis von technischen Fortschritt	Die Auseinandersetzungen um die Kernenergie berühren zentrale Annahmen der europäischen Fortschrittsidee, insbesondere das Verständnis vom technischen Fortschritt. Es gibt keine selbstläufige Fortschrittswelt. Heute müssen wir auch fragen, was wir über die Folgen technischer Prozesse wissen und was wir nicht wissen, um sie besser als bisher frühzeitig bewerten zu können.	Pro: Hier gibt es aus unserer Sicht keinen Diskussionsbedarf.	Kon4622		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... In der Geschichte der Menschheit gab es bisher keine Technologie, deren Auswirkungen sich über einen zeitlichen Horizont erstreckten, wie dies bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie der Fall ist.			Hr. Müller	B 3.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Kernenergie berührt unser Verständnis von technischen Fortschritt	Die Auseinandersetzungen um die Kernenergie berühren zentrale Annahmen der europäischen Fortschrittsidee, insbesondere das Verständnis vom technischen Fortschritt. Es gibt keine selbstläufige Fortschrittswelt. Heute müssen wir auch fragen, was wir über die Folgen technischer Prozesse wissen und was wir nicht wissen, um sie besser als bisher frühzeitig bewerten zu können.	Contra: Fachleute können die Folgen am besten abschätzen, sind nicht unmoralischer als andere und sollten die Folgen bewerten. Abschließende Folgenabschätzung von Technik ist epistemologisch nicht möglich.	Kon4754		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... Es gibt eine "selbstläufige", technische Evolution analog der biologischen Evolution. Innovation ist ein spontaner nicht vorhersehbarer Prozess, der der Mutation analog ist, diese Innovationen werden durch den Praxistest am Markt selektiert. Die Kernbotschaft impliziert, dass technische Entwicklung mindestens kritisch gesehen wird. Es ist abwegig, so impliziert im Text, dass niemand früher die Konsequenzen technischen Fortschritts hinterfragt hat. Experten haben das tiefste Verständnis in ihrem Fachgebiet, sie können deshalb auch am besten die Folgen abschätzen. Ihnen dabei unmoralisches Verhalten zu unterstellen, was die Empfehlung suggeriert, ist vermessend. Die Erfahrung zeigt, dass Politik und Ethik seit der Renaissance gewohnt sind mit den technischen Prozessen umzugehen. Man macht, beobachtet die Ergebnisse, ändert die Vorgehensweise. Der Freiheitsraum zukünftiger Generationen wird gesichert, indem man ihnen ein breites Spektrum an technischen Möglichkeiten übergibt, ihre jeweiligen Probleme besser lösen zu können.			Hr. Müller	B 3.1

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Kernenergie berührt unser Verständnis von technischen Fortschritt	Die Auseinandersetzungen um die Kernenergie berühren zentrale Annahmen der europäischen Fortschrittsidee, insbesondere das Verständnis vom technischen Fortschritt. Es gibt keine selbstläufige Fortschrittswelt. Heute müssen wir auch fragen, was wir über die Folgen technischer Prozesse wissen und was wir nicht wissen, um sie besser als bisher frühzeitig bewerten zu können.	Contra:	Kon4823		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ...			Hr. Müller	B 3.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Kernenergie berührt unser Verständnis von technischen Fortschritt	Die Auseinandersetzungen um die Kernenergie berühren zentrale Annahmen der europäischen Fortschrittsidee, insbesondere das Verständnis vom technischen Fortschritt. Es gibt keine selbstläufige Fortschrittswelt. Heute müssen wir auch fragen, was wir über die Folgen technischer Prozesse wissen und was wir nicht wissen, um sie besser als bisher frühzeitig bewerten zu können.	Pro:	Kon4943		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... Die Technikfolgenabschätzung ist unerlässlich und muss in einem ständigen Prozess an den Stand der Wissenschaft angepasst werden.			Hr. Müller	B 3.1

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Kernenergie berührt unser Verständnis von technischen Fortschritt	Die Auseinandersetzungen um die Kernenergie berühren zentrale Annahmen der europäischen Fortschrittsidee, insbesondere das Verständnis vom technischen Fortschritt. Es gibt keine selbstläufige Fortschrittswelt. Heute müssen wir auch fragen, was wir über die Folgen technischer Prozesse wissen und was wir nicht wissen, um sie besser als bisher frühzeitig bewerten zu können.	Pro:	Kon5040		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... wir uns in einem Prozess eingehender Reflexion über Technikfolgen und technischer Entwicklung befinden. Wir erwarten Risikobewertungen auf dem Stand von Wissenschaft und Technik in einem transparenten Prozess. Wirtschaftliche Interessen sind in Rechnung zu stellen, dürfen aber Entscheidungen allenfalls nachrangig beeinflussen. Weil es die eigentliche zugrundeliegende Problematik verallgemeinert. Weil sich das Riskobewußtsein in der Gesellschaft gewandelt hat, auch im Hinblick auf die Nachhaltigkeit.			Hr. Müller	B 3.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Leitbild Nachhaltigkeit	Die Kommission orientiert sich am Leitbild der Nachhaltigkeit. Zentrales Ziel ist die Festlegung von Rahmenbedingungen für eine Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, in der „die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.	Pro:	Kon5164		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ...			Hr. Müller	B 3.3

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Leitbild Nachhaltigkeit	Die Kommission orientiert sich am Leitbild der Nachhaltigkeit. Zentrales Ziel ist die Festlegung von Rahmenbedingungen für eine Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, in der „die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.	Pro:Steht das Prinzip Nachhaltigkeit im Widerspruch dazu, dass der Prozess möglichst schnell und effizient ablaufen soll?	Kon5265		Teil 1: Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... nur ein nachhaltiger Prozess Grundlage für ein erfolgreiches Verfahren sein kann. Wir sind für die heute getroffenen Entscheidungen verantwortlich und müssen bei den Entscheidungen immer an die Folgen für die Zukunft denken. Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass wir nicht wissen, über welche Möglichkeiten man in der Zukunft verfügt. Deshalb gilt es im Endlagersuchprozess ein Gleichgewicht zu finden, welches sowohl die Verantwortung der gegenwärtigen Gesellschaft betont, aber anerkennt, dass die Menschen in der Zukunft genug Gestaltungsspielraum besitzen müssen. Der Endlagersuchprozess wird einen langen Zeithorizont in Anspruch nehmen und alle jetzt getroffenen Entscheidungen sind auf heutigem Erkenntnisstand getroffen. Es ist nicht auszuschließen, dass in Zukunft andere Entscheidungsmaßstäbe gültig sind. Die Problematik besteht darin, dass mit Einstieg in die Atomkraft eine nicht-nachhaltige Entscheidung in der Vergangenheit getroffen wurde.			Hr. Müller	B 3.3
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Leitbild Nachhaltigkeit	Die Kommission orientiert sich am Leitbild der Nachhaltigkeit. Zentrales Ziel ist die Festlegung von Rahmenbedingungen für eine Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, in der „die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.	Pro:Steht das Prinzip Nachhaltigkeit im Widerspruch dazu, dass der Prozess möglichst schnell und effizient ablaufen soll?	Kon5375		Teil 2: Diese Entscheidung muss die gegenwärtige - und auch die zukünftige - Gesellschaft "ausbaden". Die Schwierigkeit liegt darin diese vergangene nicht-nachhaltige Entscheidung in einen bisher nicht existenten nachhaltigen Prozess einzubetten. Dazu ist - gerade mit den bisherigen Konflikten in der Atomkraft im Hinterkopf - ein Neustart nötig. Jeder Verfahrensschritt muss dahingehend überprüft werden, ob er mit dem Konzept Nachhaltigkeit vereinbar ist.			Hr. Müller	B 3.3

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Leitbild Nachhaltigkeit	Die Kommission orientiert sich am Leitbild der Nachhaltigkeit. Zentrales Ziel ist die Festlegung von Rahmenbedingungen für eine Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, in der „die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.	Pro:Steht das Prinzip Nachhaltigkeit im Widerspruch dazu, dass der Prozess möglichst schnell und effizient ablaufen soll?	Kon5265		Teil 1: Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... nur ein nachhaltiger Prozess Grundlage für ein erfolgreiches Verfahren sein kann. Wir sind für die heute getroffenen Entscheidungen verantwortlich und müssen bei den Entscheidungen immer an die Folgen für die Zukunft denken. Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass wir nicht wissen, über welche Möglichkeiten man in der Zukunft verfügt. Deshalb gilt es im Endlagersuchprozess ein Gleichgewicht zu finden, welches sowohl die Verantwortung der gegenwärtigen Gesellschaft betont, aber anerkennt, dass die Menschen in der Zukunft genug Gestaltungsspielraum besitzen müssen. Der Endlagersuchprozess wird einen langen Zeithorizont in Anspruch nehmen und alle jetzt getroffenen Entscheidungen sind auf heutigem Erkenntnisstand getroffen. Es ist nicht auszuschließen, dass in Zukunft andere Entscheidungsmaßstäbe gültig sind. Die Problematik besteht darin, dass mit Einstieg in die Atomkraft eine nicht-nachhaltige Entscheidung in der Vergangenheit getroffen wurde.			Hr. Müller	B 3.3
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Leitbild Nachhaltigkeit	Die Kommission orientiert sich am Leitbild der Nachhaltigkeit. Zentrales Ziel ist die Festlegung von Rahmenbedingungen für eine Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, in der „die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.	Pro:Steht das Prinzip Nachhaltigkeit im Widerspruch dazu, dass der Prozess möglichst schnell und effizient ablaufen soll?	Kon5265		Teil 2: Diese Entscheidung muss die gegenwärtige - und auch die zukünftige - Gesellschaft "ausbaden". Die Schwierigkeit liegt darin diese vergangene nicht-nachhaltige Entscheidung in einen bisher nicht existenten nachhaltigen Prozess einzubetten. Dazu ist - gerade mit den bisherigen Konflikten in der Atomkraft im Hinterkopf - ein Neustart nötig. Jeder Verfahrensschritt muss dahingehend überprüft werden, ob er mit dem Konzept Nachhaltigkeit vereinbar ist.			Hr. Müller	B 3.3

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Leitbild Nachhaltigkeit	Die Kommission orientiert sich am Leitbild der Nachhaltigkeit. Zentrales Ziel ist die Festlegung von Rahmenbedingungen für eine Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, in der „die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.	Pro:#	Kon5456		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... #			Hr. Müller	B 3.3
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Leitbild Nachhaltigkeit	Die Kommission orientiert sich am Leitbild der Nachhaltigkeit. Zentrales Ziel ist die Festlegung von Rahmenbedingungen für eine Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, in der „die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.	Contra:Was bedeutet Nachhaltigkeit konkret für die Endlagersuche (strukturelle Verankerung)?	Kon5542		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... es klarer formuliert werden muss, wie ein nachhaltiger Prozess bei der Endlagersuche aussehen kann. Nachhaltigkeit darf nicht nur als leere Worthülse betrachtet werden, sondern muss auch umgesetzt und strukturell verankert werden. Dazu ist es notwendig eine ständige Evaluierung im Sinne der Nachhaltigkeit des Prozesses durchzuführen. Im Kapitel 3.3 wird im Prinzip nur eine oberflächliche Definition von Nachhaltigkeit geliefert und steht nicht im Zusammenhang mit dem Rest des Berichts. Welche Auswirkungen dieses Prinzip auf den Endlagersuchprozess hat, wird nicht geklärt. Es muss viel genauer erklärt werden, an welchen Stelle das Konzept der Nachhaltigkeit im Endlagersuchprozess greift und welche Teile davon betroffen sind.			Hr. Müller	B 3.3

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Leitbild Nachhaltigkeit	Die Kommission orientiert sich am Leitbild der Nachhaltigkeit. Zentrales Ziel ist die Festlegung von Rahmenbedingungen für eine Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, in der „die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.	Contra:Nachhaltigkeit beinhaltet auch die zügige Lösung der Endlagerfrage.	Kon5610		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... 1) Kernbotschaft hat keinen direkten Bezug zur Endlagerung. 2) Es werden keine Lösungsansätze formuliert. 3) Zur Empfehlung: dies ist keine Empfehlung, es ist bestenfalls eine Feststellung. Ziel sollte nicht "die Festlegung von Rahmenbedingungen für eine Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft" sein, sondern "die Sicherung der Rahmenbedingungen für den Schutz des Lebens und die Entwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft". 4) Der Schlusssatz der Begründung ("Gefahren der Kernenergie...") hat keinen Bezug zur Thematik und ist daher unnötig. Fehlende Elemente zum Thema Nachhaltigkeit: > Die Forderung, einen Sicherheitsnachweis für eine Million Jahre zu führen, ist ein wichtiges Element einer nachhaltigen Lösung. < > Im Sinne der intergenerationellen Gerechtigkeit muss das Auswahlverfahren sofort gestartet werden. < > Der Vorschlag eines Verfahrens mit einer Dauer von mehr als 50 Jahren ist zu lang, da die Rahmenbedingungen für die Entwicklung unserer Gesellschaft (z.B. Bedürfnisse für Beteiligungsverfahren) nicht prognostizierbar sind. <			Hr. Müller	B 3.3
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Übergreifende Kernbotschaften	Leitbild Nachhaltigkeit	Die Kommission orientiert sich am Leitbild der Nachhaltigkeit. Zentrales Ziel ist die Festlegung von Rahmenbedingungen für eine Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, in der „die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.	Contra:Langzeitlagerung radioaktiver Abfälle ist ein Strahlenschutzproblem. Es sollten die Grundsätze des Strahlenschutzes in den Vordergrund gestellt werden, die für die Langzeitlagerung wichtig sind.	Kon5733		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... sie vom eigentlichen Problem ablenkt. Es ist ein zurzeit politikophiler Begriff, der lediglich plakativen Charakter hat. Langzeitlagerung radioaktiver Abfälle ist ein Strahlenschutzproblem. Es sollten die Grundsätze des Strahlenschutzes in den Vordergrund gestellt werden, die für die Langzeitlagerung wichtig sind. Das sind die Grundsätze der Rechtfertigung und der Optimierung. Der Grundsatz der Dosisbegrenzung hat wenig Bedeutung, da die Dosisleistung für so lange Zeiträume nur sehr grob unter vielen Prämissen abgeschätzt werden kann, Stichwort Biosphärenmodellierung. Siehe auch Bearbeitung seit 2009 durch BMUB und SSK-Beratungsauftrag seit 2012. Bezeichnend ist, dass die ersten beiden Grundsätze überhaupt keine Rolle in der Kommissionsarbeit gespielt haben. Dagegen wird die weitgehend irrelevante Dosisbegrenzung durch die Hintertür der Sicherheitsanalysen zu einem Abwägungskriterium mit hohem Gewicht hochgezogen.			Hr. Müller	B 3.3

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Endlagerung in tiefem Bergwerk nach heutigem Stand die sicherste Lösung	Wir empfehlen, die hoch radioaktiven Abfälle aus deutschen Kernkraftwerken in einem tiefen Endlagerbergwerk, in einer langzeitsicheren geologischen Formation endzulagern. Dabei ist es für die Qualität des Prozesses essenziell, dass Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur, also die Revision von Entscheidungen, die Rückholung der Abfälle aus dem noch nicht verschlossenen Endlager oder die Bergung der Abfälle sogar noch in den Jahrhunderten nach dem Verschluss des Endlagers ermöglicht werden.	Contra:Aufnahme der Maxime "Aktive Entwicklung der Partitionierungs- und Transmutationstechnologie als Endlageralternative" in den Bericht. Begriff Bergwerk nicht passend, besser tiefengeolog. Struktur	Kon5839		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... Die Kommission nahm sich des Auftrags aus dem Endlagersuchgesetz zur Überprüfung von Alternativen zu einer Endlagerung über geologische Zeiträume nicht mit der gebührenden Sorgfalt an. Der derzeitige Stand von Wissenschaft und Technik zur Alternative Partitionierung und Transmutation fand keine Berücksichtigung. Die Analyse der zitierten Studien vom Öko-Insitut (!) und Brenk Systemtechnik zeigt, dass sich hauptsächlich basierend auf der ACATECH-Studie ausschließlich mit alter Technik befasst wurde. Insbesondere die Partitionierung mit nass-chemischen Verfahren wie PUREX und Derivaten ist veraltet. Zur Partitionierung ist die modernste Entwicklung Destillation von Salzschnmelzen mit Trenngenaugigkeiten von besser als 1:100.000 und anschließende Transmutation in Salzschnmelzereaktoren, so dass ein Endlager über geologische Zeiträume nicht mehr notwendig wird. Dies ist international die Entwicklungsrichtung. Die Behauptung im Berichtsentwurf "keine Argumente für eine Entwicklung einer Transmutationstechnologie ableiten lassen" ist abwegig. Vielmehr muss im Sinne der Verbreiterung der Möglichkeiten zur Problemlösung kommender Generationen die P&T-Technik entwickelt werden. Angesichts des Zeithorizonts des Müllproblems ist die Implementierung dessen geboten.			Hr. Thomauske	B 5.2, 5.3, 5.4, 5.5, 5.6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Endlagerung in tiefem Bergwerk nach heutigem Stand die sicherste Lösung	Wir empfehlen, die hoch radioaktiven Abfälle aus deutschen Kernkraftwerken in einem tiefen Endlagerbergwerk, in einer langzeitsicheren geologischen Formation endzulagern. Dabei ist es für die Qualität des Prozesses essenziell, dass Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur, also die Revision von Entscheidungen, die Rückholung der Abfälle aus dem noch nicht verschlossenen Endlager oder die Bergung der Abfälle sogar noch in den Jahrhunderten nach dem Verschluss des Endlagers ermöglicht werden.	Pro:Die Endlagerung in tiefen geologischen Schichten ist Konsens, lediglich bei der Frage der Rückholbarkeit/Bergbarkeit besteht Diskussionsbedarf.	Kon5997		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... a) nur tiefe (!) geologische Schichten langfristigen Abschluß von der Biosphäre gewährleisten b) nur auf diese Weise einem, möglicherweise auch unbewussten, Fehlgebrauch der im hochradioaktiven Abfall enthaltenen Stoffe sicher vorgebeugt werden kann			Hr. Thomauske	B 5.2, 5.3, 5.4, 5.5, 5.6
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Endlagerung in tiefem Bergwerk nach heutigem Stand die sicherste Lösung	Wir empfehlen, die hoch radioaktiven Abfälle aus deutschen Kernkraftwerken in einem tiefen Endlagerbergwerk, in einer langzeitsicheren geologischen Formation endzulagern. Dabei ist es für die Qualität des Prozesses essenziell, dass Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur, also die Revision von Entscheidungen, die Rückholung der Abfälle aus dem noch nicht verschlossenen Endlager oder die Bergung der Abfälle sogar noch in den Jahrhunderten nach dem Verschluss des Endlagers ermöglicht werden.	Contra:Die Möglichkeit, dass das Verfahren nicht zu einem Abschluss geführt werden kann, weil ein Bergungskonzept nicht demonstriert werden kann, muss von der Kommission diskutiert werden.	Kon6035		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... Teilmeinung: ...es für die Möglichkeit einer Bergung als Reaktion auf einen ausgerufenen Notfall kein technisches Referenzkonzept gibt. ...für die Auslösung einer Bergung kein geeigneter Indikator vorstellbar ist (untertägige Sensoren, die mehrere Jahrhunderte wartungsfrei funktionieren?) die Vorsehung einer Bergung (nicht Rückholung) suggeriert, dass es sich nicht um einen langzeitsicheren Standort handelt. ...Bergbarkeit muss Behälteranforderung bleiben.			Hr. Thomauske	B 5.2, 5.3, 5.4, 5.5, 5.6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Endlagerung in tiefem Bergwerk nach heutigem Stand die sicherste Lösung	Wir empfehlen, die hoch radioaktiven Abfälle aus deutschen Kernkraftwerken in einem tiefen Endlagerbergwerk, in einer langzeitsicheren geologischen Formation endzulagern. Dabei ist es für die Qualität des Prozesses essenziell, dass Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur, also die Revision von Entscheidungen, die Rückholung der Abfälle aus dem noch nicht verschlossenen Endlager oder die Bergung der Abfälle sogar noch in den Jahrhunderten nach dem Verschluss des Endlagers ermöglicht werden.	Pro:	Kon6110		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... - weil durch diese Art der Lagerung aufgrund des derzeitigen Kenntnisstandes die bestmögliche Sicherheit erreicht werden kann. -			Hr. Thomauske	B 5.2, 5.3, 5.4, 5.5, 5.6
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Endlagerung in tiefem Bergwerk nach heutigem Stand die sicherste Lösung	Wir empfehlen, die hoch radioaktiven Abfälle aus deutschen Kernkraftwerken in einem tiefen Endlagerbergwerk, in einer langzeitsicheren geologischen Formation endzulagern. Dabei ist es für die Qualität des Prozesses essenziell, dass Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur, also die Revision von Entscheidungen, die Rückholung der Abfälle aus dem noch nicht verschlossenen Endlager oder die Bergung der Abfälle sogar noch in den Jahrhunderten nach dem Verschluss des Endlagers ermöglicht werden.	Pro:Anzahl der Standorte für die Endlagerung hochradioaktive Abfälle: nur eins oder sind mehrere möglich (Redundanz)	Kon6282		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weiles sich um eine geologische Tiefenlagerung handelt.			Hr. Thomauske	B 5.2, 5.3, 5.4, 5.5, 5.6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Endlagerung in tiefem Bergwerk nach heutigem Stand die sicherste Lösung	Wir empfehlen, die hoch radioaktiven Abfälle aus deutschen Kernkraftwerken in einem tiefen Endlagerbergwerk, in einer langzeitsicheren geologischen Formation endzulagern. Dabei ist es für die Qualität des Prozesses essenziell, dass Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur, also die Revision von Entscheidungen, die Rückholung der Abfälle aus dem noch nicht verschlossenen Endlager oder die Bergung der Abfälle sogar noch in den Jahrhunderten nach dem Verschluss des Endlagers ermöglicht werden.	Pro:Wie wird sichergestellt, das jeweils nach dem Stand von Wissenschaft und Technik vorgegangen wird?	Kon6315		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... wir keine bessere Lösung kennen. es weltweit Konsens für diese Lösung gibt. ein Langzeitsicherheitsnachweis erbracht werden kann.			Hr. Thomauske	B 5.2, 5.3, 5.4, 5.5, 5.6
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Endlagerung in tiefem Bergwerk nach heutigem Stand die sicherste Lösung	Wir empfehlen, die hoch radioaktiven Abfälle aus deutschen Kernkraftwerken in einem tiefen Endlagerbergwerk, in einer langzeitsicheren geologischen Formation endzulagern. Dabei ist es für die Qualität des Prozesses essenziell, dass Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur, also die Revision von Entscheidungen, die Rückholung der Abfälle aus dem noch nicht verschlossenen Endlager oder die Bergung der Abfälle sogar noch in den Jahrhunderten nach dem Verschluss des Endlagers ermöglicht werden.	Pro:	Kon6464		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... alles richtig Nur geologische Formationen garantieren die geforderte Langzeitsicherheit.			Hr. Thomauske	B 5.2, 5.3, 5.4, 5.5, 5.6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Endlagerung in tiefem Bergwerk nach heutigem Stand die sicherste Lösung	Wir empfehlen, die hoch radioaktiven Abfälle aus deutschen Kernkraftwerken in einem tiefen Endlagerbergwerk, in einer langzeitsicheren geologischen Formation endzulagern. Dabei ist es für die Qualität des Prozesses essenziell, dass Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur, also die Revision von Entscheidungen, die Rückholung der Abfälle aus dem noch nicht verschlossenen Endlager oder die Bergung der Abfälle sogar noch in den Jahrhunderten nach dem Verschluss des Endlagers ermöglicht werden.	Pro:Über die Rückholbarkeit gibt es einen Diskussionsbedarf, bei dem die einen die schnelle Abschließung von der Biosphäre wünschen und die anderen auf zukünftige technische Lösungsmöglichkeiten setzen.	Kon6547		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... nach Abwägung aller möglichen Optionen, dies heute die sicherste Variante ist.			Hr. Thomauske	B 5.2, 5.3, 5.4, 5.5, 5.6
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Endlagerung in tiefem Bergwerk nach heutigem Stand die sicherste Lösung	Wir empfehlen, die hoch radioaktiven Abfälle aus deutschen Kernkraftwerken in einem tiefen Endlagerbergwerk, in einer langzeitsicheren geologischen Formation endzulagern. Dabei ist es für die Qualität des Prozesses essenziell, dass Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur, also die Revision von Entscheidungen, die Rückholung der Abfälle aus dem noch nicht verschlossenen Endlager oder die Bergung der Abfälle sogar noch in den Jahrhunderten nach dem Verschluss des Endlagers ermöglicht werden.	Contra:Es besteht noch Handlungsbedarf bei der Findung der "sichersten Lösung".	Kon6634		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... nicht alle Lösungsansätze nach dem heutigen Stand von W & T abschließend beurteilt worden sind. Lagerung in tiefen geolog. Formationen ist EINE sichere Lösung.			Hr. Thomauske	B 5.2, 5.3, 5.4, 5.5, 5.6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Endlagerung in tiefem Bergwerk nach heutigem Stand die sicherste Lösung	Wir empfehlen, die hoch radioaktiven Abfälle aus deutschen Kernkraftwerken in einem tiefen Endlagerbergwerk, in einer langzeitsicheren geologischen Formation endzulagern. Dabei ist es für die Qualität des Prozesses essenziell, dass Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur, also die Revision von Entscheidungen, die Rückholung der Abfälle aus dem noch nicht verschlossenen Endlager oder die Bergung der Abfälle sogar noch in den Jahrhunderten nach dem Verschluss des Endlagers ermöglicht werden.	Contra:	Kon6760		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... weil 500 Jahre Bergbarkeit angezweifelt werden. weil eine langzeitsichere Endlagerung in tiefen geologischen Formationen nicht nur über eine Bergwerkslösung möglich ist. weil der derzeitige Kommissionsentwurf zwar unterschiedliche Wirtsgesteine betrachtet, nicht jedoch grundlegend unterschiedliche Lagerungskonzepte (z.B. Bergwerk versus Bohrloch). - größtmögliche Isolation=Sicherheit versus Reversibilität			Hr. Thomauske	B 5.2, 5.3, 5.4, 5.5, 5.6
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Endlagerung in tiefem Bergwerk nach heutigem Stand die sicherste Lösung	Wir empfehlen, die hoch radioaktiven Abfälle aus deutschen Kernkraftwerken in einem tiefen Endlagerbergwerk, in einer langzeitsicheren geologischen Formation endzulagern. Dabei ist es für die Qualität des Prozesses essenziell, dass Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur, also die Revision von Entscheidungen, die Rückholung der Abfälle aus dem noch nicht verschlossenen Endlager oder die Bergung der Abfälle sogar noch in den Jahrhunderten nach dem Verschluss des Endlagers ermöglicht werden.	Contra:Die Rückholbarkeit/Bergbarkeit der eingelagerten Abfälle bedarf der Diskussion, wohl wissend, dass dies Entscheidungen zukünftiger Generationen vorgriffe.	Kon6857		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... Eine Lagerung in tiefen geologischen Schichten, welche so gestaltet ist, dass eine Rückholbarkeit nach dem Ende der Einlagerungsphase möglich bleibt, stellt gewissermaßen eine dauerhafte Zwischenlagerung dar und erfüllt nicht das Kriterium, den Abfall dauerhaft vor jedwedem Zugriff zu sichern.			Hr. Thomauske	B 5.2, 5.3, 5.4, 5.5, 5.6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Endlagerung in tiefem Bergwerk nach heutigem Stand die sicherste Lösung	Wir empfehlen, die hoch radioaktiven Abfälle aus deutschen Kernkraftwerken in einem tiefen Endlagerbergwerk, in einer langzeitsicheren geologischen Formation endzulagern. Dabei ist es für die Qualität des Prozesses essenziell, dass Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur, also die Revision von Entscheidungen, die Rückholung der Abfälle aus dem noch nicht verschlossenen Endlager oder die Bergung der Abfälle sogar noch in den Jahrhunderten nach dem Verschluss des Endlagers ermöglicht werden.	Pro:Sinnhaftigkeit der Rückholbarkeit	Kon6953		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... Der Tisch stimmt der prinzipiell Message zu, weil die Radionuklide aus der Biosphäre entfernt sind. Für alle Wirtsgesteine konnte wissenschaftlich-technisch gezeigt werden, das ein sicherer Einschluss möglich. Anschaulich Natürliche Analoga in verschiedenen Wirtsgesteinen. Die Rückholbarkeit ist eine sinnvolle Ergänzung damit während der Betriebsphase eine Optimierung entsprechend dem State of the Art (z.B. Nutzung der Kernbrennstoffe, Partitionierung, neue Sicherheitsstandards) möglich ist.			Hr. Thomauske	B 5.2, 5.3, 5.4, 5.5, 5.6
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Endlagerung in tiefem Bergwerk nach heutigem Stand die sicherste Lösung	Wir empfehlen, die hoch radioaktiven Abfälle aus deutschen Kernkraftwerken in einem tiefen Endlagerbergwerk, in einer langzeitsicheren geologischen Formation endzulagern. Dabei ist es für die Qualität des Prozesses essenziell, dass Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur, also die Revision von Entscheidungen, die Rückholung der Abfälle aus dem noch nicht verschlossenen Endlager oder die Bergung der Abfälle sogar noch in den Jahrhunderten nach dem Verschluss des Endlagers ermöglicht werden.	Pro:Endlagerung als aktuell beste Lösung aber Rückholung und spätere Nutzung nicht verhindern.	Kon7064		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... (nicht Tischkonsens) Endlagerung in tiefengeologischen Schichten (Bergwerk ungünstige Formulierung) ist meiner Meinung nach derzeit die sicherste Lösung mit radioaktiven Abfällen zu verfahren. Allerdings sollten Alternativen nicht von blockiert werden.			Hr. Thomauske	B 5.2, 5.3, 5.4, 5.5, 5.6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Endlagerung in tiefem Bergwerk nach heutigem Stand die sicherste Lösung	Wir empfehlen, die hoch radioaktiven Abfälle aus deutschen Kernkraftwerken in einem tiefen Endlagerbergwerk, in einer langzeitsicheren geologischen Formation endzulagern. Dabei ist es für die Qualität des Prozesses essenziell, dass Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur, also die Revision von Entscheidungen, die Rückholung der Abfälle aus dem noch nicht verschlossenen Endlager oder die Bergung der Abfälle sogar noch in den Jahrhunderten nach dem Verschluss des Endlagers ermöglicht werden.	Contra:- Entwicklung anderer Techniken und Konzepte für geologische Tiefenlagerung.	Kon7187		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weiles mehr als eine geologische Barriere geben sollte. ...sie sich auf ein Bergwerk beschränkt und somit andere Techniken ausschließt z. B. Lagerung in tiefen Bohrlöchern. ...die geforderten Möglichkeiten der Fehlerkorrektur, Rückholung bzw. Bergung nicht zwingend für die Qualität des Prozesses (der Endlagerung) als essenziell angesehen werden, sondern gesellschaftliche Anforderungen darstellen und als solche genannt werden sollten.			Hr. Thomauske	B 5.2, 5.3, 5.4, 5.5, 5.6
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	An der sicheren Zwischenlagerung führt in den kommenden Jahrzehnten kein Weg vorbei	Eine sichere Zwischenlagerung aller in Deutschland nach dem Ende der Kernenergienutzung vorhandenen hoch radioaktiven Abfälle wird noch für mehrere Jahrzehnte notwendig sein. Wir empfehlen, die Belastbarkeit des aktuellen Zwischenlagerungskonzeptes ständig regelmäßig zu überprüfen und die Zeit der Zwischenlagerung auf das unabdingbare Maß zu reduzieren.	Pro:Kommunen mit vorhanden Zwischenlager müssen bereits jetzt auf eine Verlängerung der Zwischenlager vorbereitet werden. Der Dialog mit Gemeinden und LA muss diesbezüglich bereits jetzt geführt werden.	Kon7273		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... - es momentan kein Endlager gibt und für Auswahl, Bau und Inbetriebsetzung viele Jahrzehnte bedarf. - der Bund in den letzten Jahrzehnten seine gesetzliche Verpflichtung zur Errichtung eines Endlagers nicht nachgekommen ist. - der momentan diskutierte Zeitstrahl für ein fertiges Endlager eine Zwischenlagerung über 2050 hinaus unumgänglich macht. - es momentan weder parteipolitisch noch gesellschaftlich einen Konsens für ein Endlager gibt.			Hr. Thomauske	B 5.7

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	An der sicheren Zwischenlagerung führt in den kommenden Jahrzehnten kein Weg vorbei	Eine sichere Zwischenlagerung aller in Deutschland nach dem Ende der Kernenergienutzung vorhandenen hoch radioaktiven Abfälle wird noch für mehrere Jahrzehnte notwendig sein. Wir empfehlen, die Belastbarkeit des aktuellen Zwischenlagerungskonzeptes ständig regelmäßig zu überprüfen und die Zeit der Zwischenlagerung auf das unabdingbare Maß zu reduzieren.	Pro:Die SZL-Gemeinden benötigen für die Akzeptanz einen verlässlichen Zeitplan.	Kon7382		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... - der Prozess des Standortauswahlverfahrens führt dazu, dass die Zwischenlager vermutlich deutlich länger als bisher geplant genutzt werden.			Hr. Thomauske	B 5.7
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	An der sicheren Zwischenlagerung führt in den kommenden Jahrzehnten kein Weg vorbei	Eine sichere Zwischenlagerung aller in Deutschland nach dem Ende der Kernenergienutzung vorhandenen hoch radioaktiven Abfälle wird noch für mehrere Jahrzehnte notwendig sein. Wir empfehlen, die Belastbarkeit des aktuellen Zwischenlagerungskonzeptes ständig regelmäßig zu überprüfen und die Zeit der Zwischenlagerung auf das unabdingbare Maß zu reduzieren.	Pro:"Zwischenlagerkommission" Es sollte für die Zwischenlager eine ähnliche Kommission wie die Endlagerkommission geben, die den Prozess frühzeitig steuert und besonders die Standortkommunen einbindet.	Kon7480		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... die Endlagerungsstandortsuche und deren Realisierung über den aktuellen Genehmigungszeitraum der Zwischenlager hinausreichen. Zwischenlager bekommen auf Grund der aktuellen Rahmenbedingungen > längere Lagerzeiten, > allgemeine Sicherheitslage, > Sicherheit der Castoren (Transport- versus Lagerbehälter?) über den Genehmigungszeitraums hinaus, > Qualität der genehmigten Gebäude, mindestens eine gleich hohe Bedeutung, wie die Endlagersuche.			Hr. Thomauske	B 5.7

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	An der sicheren Zwischenlagerung führt in den kommenden Jahrzehnten kein Weg vorbei	Eine sichere Zwischenlagerung aller in Deutschland nach dem Ende der Kernenergienutzung vorhandenen hoch radioaktiven Abfälle wird noch für mehrere Jahrzehnte notwendig sein. Wir empfehlen, die Belastbarkeit des aktuellen Zwischenlagerungskonzeptes ständig regelmäßig zu überprüfen und die Zeit der Zwischenlagerung auf das unabdingbare Maß zu reduzieren.	Contra:Die Diskussion über die Zwischenlager muss separat geführt werden und deshalb aus dem StandAG gelöst werden.	Kon7546		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... - weil Alternativen zu der Endlagerung von Kernbrennstoffen in Deutschland nicht zugelassen wurden. * Exportverbot * techn. Fortschritt (z.B. Transmutation); Damit wird per Gesetz eine Weiterentwicklung von W&T verhindert. * geeigneteres Endlager im Ausland - Ressourcenschutz/Nachhaltigkeit (d.h. Aufbereitung, Wiederverwendung und damit Abfallreduzierung) nicht gegeben ist.			Hr. Thomauske	B 5.7
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	An der sicheren Zwischenlagerung führt in den kommenden Jahrzehnten kein Weg vorbei	Eine sichere Zwischenlagerung aller in Deutschland nach dem Ende der Kernenergienutzung vorhandenen hoch radioaktiven Abfälle wird noch für mehrere Jahrzehnte notwendig sein. Wir empfehlen, die Belastbarkeit des aktuellen Zwischenlagerungskonzeptes ständig regelmäßig zu überprüfen und die Zeit der Zwischenlagerung auf das unabdingbare Maß zu reduzieren.	Pro:Was heißt "sichere" Zwischenlagerung? Wer definiert es wo?	Kon7624		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... der Einlagerungsbeginn in ein Endlager deutlich über die jetzigen Genehmigungen der Zwischenlager hinausgehen wird. Für die Zwischenlagerung muss man deswegen folgende Aspekte beachten: - Wissenserhalt des Personals vor Ort nach Rückbau der AKWs - Welchen Aufwand wollen wir betreiben für eine sichere Zwischenlagerung? Wie ist die Kosten/Nutzenrelation in Bezug auf maximale Sicherheit? - Die Empfehlung müsste angepasst oder geändert werden: a) Was heißt Sicherheit? --> Terrorschutz z.B. Schutz vor Flugzeugabsturz, Reparaturstation für Behälter b) Anstatt von "Belastbarkeit des Zwischenlagerkonzeptes" zu sprechen, sollte es "Prüfung von Alternativen" (Standort und Anzahl, Strahlenbelastung minimieren, Transporte) heißen			Hr. Thomauske	B 5.7

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	An der sicheren Zwischenlagerun g führt in den kommenden Jahrzehnten kein Weg vorbei	Eine sichere Zwischenlagerung aller in Deutschland nach dem Ende der Kernenergienutzung vorhandenen hoch radioaktiven Abfälle wird noch für mehrere Jahrzehnte notwendig sein. Wir empfehlen, die Belastbarkeit des aktuellen Zwischenlagerungskonzept ständig regelmäßig zu überprüfen und die Zeit der Zwischenlagerung auf das unabdingbare Maß zu reduzieren.	Pro:Siehe oben	Kon7765		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... Stimmen zu! 1. statt "ständige" Überprüfung der Zwischenlagerkonzepte besser "regelmäßige" 2.wo bleibt die Interessensvertretung der Zwischenlagergemeinden? Evtl. im Rat der Regionen? 3. Wenn das Primat der Sicherheit gewährleistet ist, sollte die Situation bezüglich der Zwischenlager ein bedeutender Gesichtspunkt sein.			Hr. Thomauske	B 5.7
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	An der sicheren Zwischenlagerun g führt in den kommenden Jahrzehnten kein Weg vorbei	Eine sichere Zwischenlagerung aller in Deutschland nach dem Ende der Kernenergienutzung vorhandenen hoch radioaktiven Abfälle wird noch für mehrere Jahrzehnte notwendig sein. Wir empfehlen, die Belastbarkeit des aktuellen Zwischenlagerungskonzept ständig regelmäßig zu überprüfen und die Zeit der Zwischenlagerung auf das unabdingbare Maß zu reduzieren.	Pro:Diskussion über den geplanten Betreiberwechsel bei den Zwischenlagern (Vorschläge der KFK), der bisher inhaltlich nicht begründet wurde	Kon7874		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... weil sie so allgemein gehalten ist. Ständige Anpassung an den Stand von Wissenschaft und Technik und dafür Kompetenzerhalt des Personals notwendig, These: Beibehaltung der Betreiberschaft der Zwischenlager bei den EVUs entsprechend der bewährten Rollenverteilung wie sie in der Entsorgungsnovelle des AtG 1976 festgelegt wurde Gegenthese: Abgabe der Verantwortung der EVUs an den Staat			Hr. Thomauske	B 5.7

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	An der sicheren Zwischenlagerung führt in den kommenden Jahrzehnten kein Weg vorbei	Eine sichere Zwischenlagerung aller in Deutschland nach dem Ende der Kernenergienutzung vorhandenen hoch radioaktiven Abfälle wird noch für mehrere Jahrzehnte notwendig sein. Wir empfehlen, die Belastbarkeit des aktuellen Zwischenlagerungskonzeptes ständig regelmäßig zu überprüfen und die Zeit der Zwischenlagerung auf das unabdingbare Maß zu reduzieren.	Contra:Es werden vergleichbare Maßstäbe für Zwischenlager und Endlager benötigt! Standortgemeinden sind in die Endlagersuche einzubinden und analog zu Endlagerstandorten finanziell zu kompensieren.	Kon7984		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... Punkt 5 der Begründung widerspricht einem sicheren Konzept für die Zwischenlager. Die Primat der Sicherheit bei der Endlager darf nicht zu Lasten der Sicherheit bei den Zwischenlagern gehen, und das in einem Zeitraum, in dem die Radioaktivität am höchsten ist.			Hr. Thomauske	B 5.7
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	An der sicheren Zwischenlagerung führt in den kommenden Jahrzehnten kein Weg vorbei	Eine sichere Zwischenlagerung aller in Deutschland nach dem Ende der Kernenergienutzung vorhandenen hoch radioaktiven Abfälle wird noch für mehrere Jahrzehnte notwendig sein. Wir empfehlen, die Belastbarkeit des aktuellen Zwischenlagerungskonzeptes ständig regelmäßig zu überprüfen und die Zeit der Zwischenlagerung auf das unabdingbare Maß zu reduzieren.	Pro:Die für die Zwischenlagerung erforderlichen Maßnahmen müssen jetzt diskutiert und umgesetzt werden. "Sicherheit" bedeutet nicht nur technische Sicherheit. Die Bevölkerung ist einzubeziehen.	Kon8074		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... es offensichtlich länger mit Bau und Suche und des Endlagers dauert. Die Diskussion um den AKW-Rückbau und die Zwischenlagerung sind miteinander verbunden. Die für die sichere Zwischenlagerung erforderlichen Maßnahmen zur längeren Zwischenlagerung sollten sofort und umfassend eingeleitet werden. "Sicherheit" bedeutet dabei nicht nur die technische Sicherheit, sondern beinhaltet auch Aspekte der Akzeptanz der Bevölkerung und ihre Wahrnehmung. Die Bevölkerung muss auch bei Diskussionen und Entscheidungen zur zu gewährleistenden Sicherheit einbezogen werden.			Hr. Thomauske	B 5.6, 5.7
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Durch Monitoring das Verfahren Schritt für Schritt optimieren	Wir empfehlen, den Prozess der Endlagerung von der Standortauswahl an durch ein intensives Prozessmonitoring zu begleiten, dessen Ergebnisse für eine ständige Optimierung der Vorgehensweise genutzt werden. Der Endlagerstandort selbst ist während aller Phasen seiner Entstehung durch umfassendes Monitoring zu überwachen.	Pro:Die Öffentlichkeit soll frühzeitig bei der Entwicklung des Monitorings und seiner Methodik beteiligt werden.	Kon8168		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... ein lernendes Verfahren mit Bürgerbeteiligung essenziell und unabdingbar ist!!! Die Möglichkeit eines lernenden Verfahrens darf nicht zu unnötigen Verzögerungen führen.			Hr. Fischer	B 5.6 B 6.3.6, 6.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Durch Monitoring das Verfahren Schritt für Schritt optimieren	Wir empfehlen, den Prozess der Endlagerung von der Standortauswahl an durch ein intensives Prozessmonitoring zu begleiten, dessen Ergebnisse für eine ständige Optimierung der Vorgehensweise genutzt werden. Der Endlagerstandort selbst ist während aller Phasen seiner Entstehung durch umfassendes Monitoring zu überwachen.	Contra:Die Unabhängigkeit des Monitorings ist essentiell und bisher nicht im Bericht enthalten.	Kon8237		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... Zusätzlich zum vom Betreiber durchgeführten Monitoring sollte es ein externes Monitoring geben. Das Monitoring sollte sein: Unabhängig (vom Betreiber, Auftraggeber und von den Geldern), transparent, transdisziplinär (Monitoring kann nie rein technisch sein), flexibel (fortwährend weiterentwickelt und auf den Stand der Wissenschaft gebracht). Außerdem enthält die Botschaft keine Aussage über ein Monitoring an den Zwischenlagerstandorten.			Hr. Fischer	B 6.3.6, 6.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Durch Monitoring das Verfahren Schritt für Schritt optimieren	Wir empfehlen, den Prozess der Endlagerung von der Standortauswahl an durch ein intensives Prozessmonitoring zu begleiten, dessen Ergebnisse für eine ständige Optimierung der Vorgehensweise genutzt werden. Der Endlagerstandort selbst ist während aller Phasen seiner Entstehung durch umfassendes Monitoring zu überwachen.	Pro:Für alle drei Phasen Errichtung / Betrieb / Nachbetrieb müssen die Verantwortlichkeiten sowie die Aufgaben und Zielsetzungen des Monitorings festgelegt werden.	Kon8340		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil Monitoring soll sowohl auf der Verfahrensebene als auch auf der technische Ebene eine professionelle Selbstverständlichkeit sein. Das technische Beobachten kann allein kein Verfahren verbessern, dazu muss es Akteure geben, die die Qualität des Verfahrens insgesamt sichern oder erhöhen. ... weil ein Kontrollverfahren außerhalb des Betreibers notwendig ist. Dafür braucht es wissenschaftliche Expertise, an die das nationale Begleittremium appellieren kann. Es ist sicherzustellen, dass in der Nachbetriebsphase die öffentliche Hand weiter ihre Verantwortung übernimmt und dafür rechtliche Strukturen vorhanden sind, die über das derzeitige Bergrecht hinausgehen.			Hr. Fischer	B 6.3.6, 6.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Durch Monitoring das Verfahren Schritt für Schritt optimieren	Wir empfehlen, den Prozess der Endlagerung von der Standortauswahl an durch ein intensives Prozessmonitoring zu begleiten, dessen Ergebnisse für eine ständige Optimierung der Vorgehensweise genutzt werden. Der Endlagerstandort selbst ist während aller Phasen seiner Entstehung durch umfassendes Monitoring zu überwachen.	Pro:Die Wichtigkeit des Monitorings wurde erkannt.	Kon8494		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... wir ein Monitoring grundsätzlich befürworten. Es muss aber deutlich herausgestellt werden, dass es sich um zwei unterschiedliche Monitoring-Systeme handelt: Ein auf Prozessoptimierung ausgerichtetes Monitoring und ein Standortmonitoring. Diese beiden unterschiedlichen Monitoring-Systeme müssen klar definiert werden.			Hr. Fischer	B 6.3.6, 6.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Durch Monitoring das Verfahren Schritt für Schritt optimieren	Wir empfehlen, den Prozess der Endlagerung von der Standortauswahl an durch ein intensives Prozessmonitoring zu begleiten, dessen Ergebnisse für eine ständige Optimierung der Vorgehensweise genutzt werden. Der Endlagerstandort selbst ist während aller Phasen seiner Entstehung durch umfassendes Monitoring zu überwachen.	Contra:mehr deutliche Unterscheidungen zwischen technischem und verfahrensorientiertem Monitoring	Kon8527		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... weil der Begriff Prozessmonitoring nicht gut geklärt ist. Es muss unterschieden werden zwischen Verfahrensmonitoring und technischem Monitoring. In der Empfehlung sollte auch das technische Monitoring in der Nachbetriebsphase aufgenommen, evtl. den Begriff Entstehung um die Nutzung ergänzen. Das technische Monitoring betrifft die Errichtungs-, Betriebs- und Nachbetriebsphase und ist mit technischen Messgrößen zu unterlegen. ... Überwachen ist noch nicht bewerten, Bewertung ist aber notwendig und hat nach Stand von Wissenschaft und Technik, der sich ständig weiterentwickelt, zu erfolgen.			Hr. Fischer	B 6.3.6, 6.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Wach bleiben und sich selbst hinterfragen: für eine Kultur der Selbstkritik	Wir empfehlen, dass sich alle an der Endlagerung beteiligten Organisationen dazu verpflichten, die eigenen Handlungsweisen und Entscheidungen immer wieder selbst zu hinterfragen und einem selbstkritischen Blick auf die eigne Organisation und ihre Entscheidungen Raum und Wertschätzung zu geben.	Pro:Selbstkritik ist ne feine Sache.	Kon8681		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... Selbstkritik ist nicht wertend an sich, sondern neutraler Bestandteil des Verfahrens und kann zum weiteren Fortschritt des Verfahrens beitragen. Selbstkritik als Bestandteil des Verfahrens bis zum Verschluss eines Endlagers zu umsetzbaren Maßnahmen führen können muss.			Hr. Fischer	B 6.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Wach bleiben und sich selbst hinterfragen: für eine Kultur der Selbstkritik	Wir empfehlen, dass sich alle an der Endlagerung beteiligten Organisationen dazu verpflichten, die eigenen Handlungsweisen und Entscheidungen immer wieder selbst zu hinterfragen und einem selbstkritischen Blick auf die eigne Organisation und ihre Entscheidungen Raum und Wertschätzung zu geben.	Contra:Wir brauchen Empfehlungen, wie externe/interne kritische Impulse von Mitarbeitern der Organisation motiviert bearbeitet werden können. Z.B. welche Coaching-Angebote, welche Kontrolle soll es geben?	Kon8787		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... Es gibt keine fortwährend intrinsisch selbstkritischen Organisationen. Es wäre stattdessen realistischer, kein "Prinzip der Selbstkritik" einzuführen, sondern stattdessen den Erfolg oder Misserfolg der Arbeit der Organisation regelmäßig (ggf. extern) zu evaluieren und daraus bei Bedarf Motivation für Veränderungen zu schöpfen.			Hr. Fischer	B 6.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Wach bleiben und sich selbst hinterfragen: für eine Kultur der Selbstkritik	Wir empfehlen, dass sich alle an der Endlagerung beteiligten Organisationen dazu verpflichten, die eigenen Handlungsweisen und Entscheidungen immer wieder selbst zu hinterfragen und einem selbstkritischen Blick auf die eigne Organisation und ihre Entscheidungen Raum und Wertschätzung zu geben.	Pro:- Ist das selbst hinterfragende System angewiesen auf sich selbst hinterfragende Personen? - Inwiefern wird dieses Prinzip der Selbstkritik im Lernprozess verankert?	Kon8878		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... wir teilen die Zielstellung, entspricht dem notwendigen Lernprozess			Hr. Fischer	B 6.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Wach bleiben und sich selbst hinterfragen: für eine Kultur der Selbstkritik	Wir empfehlen, dass sich alle an der Endlagerung beteiligten Organisationen dazu verpflichten, die eigenen Handlungsweisen und Entscheidungen immer wieder selbst zu hinterfragen und einem selbstkritischen Blick auf die eigne Organisation und ihre Entscheidungen Raum und Wertschätzung zu geben.	Contra:Umfassende / Übergreifende Selbstkritik ist in Praxis bisher selten gegeben; in der Empfehlung der Kommission möge konkreter Umsetzungsvorschlag gemacht werden	Kon8933		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... Theorie ist positiv aber praktische Umsetzung im Alltag nicht im Regelfall gegeben. Umsetzung schwierig, da konkrete Vorschläge fehlen. Eine unabhängige Institution, Plattform oder Forum zur Unterstützung des selbsthinterfragenden Systems um eine niedrigschwellige Kommunikation tzu ermöglichen. Die Kernbotschaft enthält nicht die Forderungen: Selbstkritik muss zielgerichtet sein und darf nicht grundsätzlich das Verfahren aufhalten. Die betroffene Organisation muss ein committment zu einer Kultur der Selbstkritik abgeben.			Hr. Fischer	B 6.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Wach bleiben und sich selbst hinterfragen: für eine Kultur der Selbstkritik	Wir empfehlen, dass sich alle an der Endlagerung beteiligten Organisationen dazu verpflichten, die eigenen Handlungsweisen und Entscheidungen immer wieder selbst zu hinterfragen und einem selbstkritischen Blick auf die eigne Organisation und ihre Entscheidungen Raum und Wertschätzung zu geben.	Contra:Es ist sicherzustellen, dass auch zunächst ablehnende Akteure nicht mit externen "Spielregeln" vom Diskussionsprozess ausgeschlossen werden.	Kon9095		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... der Begriff "Selbstkritik" historisch missbraucht ist; es kann allenfalls um "Selbstreflexion" gehen. ... einer Verpflichtung zur Selbstkritik/Selbstreflexion viele Akteure ausschließen würde.			Hr. Fischer	B 6.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Wach bleiben und sich selbst hinterfragen: für eine Kultur der Selbstkritik	Wir empfehlen, dass sich alle an der Endlagerung beteiligten Organisationen dazu verpflichten, die eigenen Handlungsweisen und Entscheidungen immer wieder selbst zu hinterfragen und einem selbstkritischen Blick auf die eigne Organisation und ihre Entscheidungen Raum und Wertschätzung zu geben.	Pro:	Kon9199		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... In hierarchischen Organisationen, die eine Rolle in der Standortauswahl spielen, braucht es eine Kultur, die Whistleblower und "Nestbeschmutzer" wert schätzt. Kritische Mitarbeiter brauchen die informelle Unterstützung durch Kollegen, sie brauchen interne Evaluationsmeetings, wo sie ihre Kritik äußern können. Abweichende Meinungen dürfen kein Kündigungsgrund sein, sondern sollen positive Beiträge zur Arbeit der Organisation sein.			Hr. Fischer	B 6.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Wach bleiben und sich selbst hinterfragen: für eine Kultur der Selbstkritik	Wir empfehlen, dass sich alle an der Endlagerung beteiligten Organisationen dazu verpflichten, die eigenen Handlungsweisen und Entscheidungen immer wieder selbst zu hinterfragen und einem selbstkritischen Blick auf die eigne Organisation und ihre Entscheidungen Raum und Wertschätzung zu geben.	Contra:Beabsichtigt die Kommission die allgemeinen Prinzipien durch konkretere Vorgaben für deren Realisierung zu ergänzen? Welches Interaktionsmodell und welche Lernprozesse liegen dem Prozess zugrunde?	Kon9298		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... - der Punkt Organisationen sollte durch Institutionen ergänzt werden.			Hr. Fischer	B 6.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Wach bleiben und sich selbst hinterfragen: für eine Kultur der Selbstkritik	Wir empfehlen, dass sich alle an der Endlagerung beteiligten Organisationen dazu verpflichten, die eigenen Handlungsweisen und Entscheidungen immer wieder selbst zu hinterfragen und einem selbstkritischen Blick auf die eigne Organisation und ihre Entscheidungen Raum und Wertschätzung zu geben.	Pro:Wie geht ein Prozessmonitoring, das Forderungen an die beteiligten Akteure stellen kann? Wer macht das? Prozessmonitoring braucht angemessene zeitlich-personelle Ressourcen im Verfahren.	Kon9377		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil Selbstreflexion für alle Akteure notwendig ist. Die beteiligten Organisationen sind in dieser gesellschaftlich strittigen Frage aufgefordert, transparent Rechenschaft über ihre Tätigkeit abzulegen. Die Diskussionskultur soll dazu beitragen, in allen Verfahrensschritten angefangen bei den Vorschlägen der Entscheidungsgrundlagen durch die Kommission Fehler zu erkennen, zu beheben und den Entscheidungsprozess zu verbessern.			Hr. Fischer	B 6.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Ein mehrstufiges, vergleichendes Auswahlverfahren führt zu einer gut begründeten und nachvollziehbaren Standortentscheidung	Wir empfehlen, den Standort für das gesuchte Endlager in einem mehrstufigen, vergleichenden und abwägenden Verfahren zu bestimmen, bei dem anhand von vorab definierten Verfahrensschritten und Entscheidungskriterien eine sukzessive Eingrenzung der Standortoptionen vorgenommen wird.	Pro:Wo sind die Kriterien zur Standortauswahl? Wo sollen die Kriterien im Detail festgelegt werden (Gesetz oder Verordnung)? Wie wird die wissenschaftliche Validität der Kriterien sichergestellt werden?	Kon9464		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... diese grundsätzlich beschriebene Vorgehensweise alternativlos ist. ABER: Wissenschaftliche und nicht politisch geleitete Kriterien für das Auswahlverfahren.			Hr. Appel	B 6
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Ein mehrstufiges, vergleichendes Auswahlverfahren führt zu einer gut begründeten und nachvollziehbaren Standortentscheidung	Wir empfehlen, den Standort für das gesuchte Endlager in einem mehrstufigen, vergleichenden und abwägenden Verfahren zu bestimmen, bei dem anhand von vorab definierten Verfahrensschritten und Entscheidungskriterien eine sukzessive Eingrenzung der Standortoptionen vorgenommen wird.	Contra:Beginn, Zeitrahmen und Verfahrensdauer des Auswahlverfahrens	Kon9543		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... - die Auswahlkriterien noch nicht abschließend bekannt sind. - es sollte die Möglichkeit bestehen, dass auch Stufen des Verfahrens übersprungen werden können, wenn sich herausstellt dass bereits ein bestmöglicher Standort gefunden ist (z.B. weil keine anderen möglichen Standorte zur Verfügung stehen, oder die Entscheidungslage klar ist) - mehrstufiges Verfahren muss in einem überschaubaren Zeitraum durchgeführt werden, da sich ansonsten die Rahmenbedingungen/Kriterien verändern könnten, Zwischenlagerproblematik			Hr. Appel	B 6
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Ein mehrstufiges, vergleichendes Auswahlverfahren führt zu einer gut begründeten und nachvollziehbaren Standortentscheidung	Wir empfehlen, den Standort für das gesuchte Endlager in einem mehrstufigen, vergleichenden und abwägenden Verfahren zu bestimmen, bei dem anhand von vorab definierten Verfahrensschritten und Entscheidungskriterien eine sukzessive Eingrenzung der Standortoptionen vorgenommen wird.	Contra:	Kon9636		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... es lediglich ein Bestandteil ist.			Hr. Appel	B 6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Ein mehrstufiges, vergleichendes Auswahlverfahren führt zu einer gut begründeten und nachvollziehbaren Standortentscheidung	Wir empfehlen, den Standort für das gesuchte Endlager in einem mehrstufigen, vergleichenden und abwägenden Verfahren zu bestimmen, bei dem anhand von vorab definierten Verfahrensschritten und Entscheidungskriterien eine sukzessive Eingrenzung der Standortoptionen vorgenommen wird.	Pro:Für einen Vergleich und öffentliche Transparenz müssen geologische Daten (auch Industriedaten) öffentlich verfügbar sein.	Kon9760		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... nur mit ausreichenden Daten für jede Standortregion eine vergleichende Entscheidung gefällt werden kann. Diese Daten können erst im Laufe eines mehrstufigen Verfahrens gesammelt werden. Dabei muss bedacht werden, dass die Datengüte neuer und alter Daten nicht immer gleichwertig ist.			Hr. Appel	B 6
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Ein mehrstufiges, vergleichendes Auswahlverfahren führt zu einer gut begründeten und nachvollziehbaren Standortentscheidung	Wir empfehlen, den Standort für das gesuchte Endlager in einem mehrstufigen, vergleichenden und abwägenden Verfahren zu bestimmen, bei dem anhand von vorab definierten Verfahrensschritten und Entscheidungskriterien eine sukzessive Eingrenzung der Standortoptionen vorgenommen wird.	Pro:	Kon9810		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... es eine Voraussetzung für eine gute Standortentscheidung ist. Leider wird das nicht aus dem Optimierungsgrundsatz des Strahlenschutzes entwickelt, sondern eher als politische Entscheidung dargestellt.			Hr. Appel	B 6
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Ein mehrstufiges, vergleichendes Auswahlverfahren führt zu einer gut begründeten und nachvollziehbaren Standortentscheidung	Wir empfehlen, den Standort für das gesuchte Endlager in einem mehrstufigen, vergleichenden und abwägenden Verfahren zu bestimmen, bei dem anhand von vorab definierten Verfahrensschritten und Entscheidungskriterien eine sukzessive Eingrenzung der Standortoptionen vorgenommen wird.	Pro:Sind die Kriterien flexibel genug für den wissenschaftlichen Fortschritt und robust genug mehrere Legislaturperioden zu überstehen?	Kon9968		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... die Vergangenheit zeigt was passiert, wenn kein mehrstufiges und vergleichendes Auswahlverfahren stattfindet. Dieses muss jedoch transparent und für alle Beteiligten nachvollziehbar stattfinden. Eine hohe Qualität und Neutralität des Verfahrens und der Kriterienwahl ist essentiell.			Hr. Appel	B 6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Ein mehrstufiges, vergleichendes Auswahlverfahren führt zu einer gut begründeten und nachvollziehbaren Standortentscheidung	Wir empfehlen, den Standort für das gesuchte Endlager in einem mehrstufigen, vergleichenden und abwägenden Verfahren zu bestimmen, bei dem anhand von vorab definierten Verfahrensschritten und Entscheidungskriterien eine sukzessive Eingrenzung der Standortoptionen vorgenommen wird.	Pro: Was sind Kriterien für den Rücksprung im Auswahlverfahren? Entwürfe der Kommission dazu sind nicht bekannt, Rücksprungskriterien müssen definiert werden	Kon10063		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... - allerdings muss der Zeitrahmen überschaubar sein um ein Ergebnis zu erzielen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir das Problem in unserer Generation lösen sollten und nicht auf kommende Generationen verschieben, außerdem Zwischenlagerproblematik			Hr. Appel	B 6
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Ein mehrstufiges, vergleichendes Auswahlverfahren führt zu einer gut begründeten und nachvollziehbaren Standortentscheidung	Wir empfehlen, den Standort für das gesuchte Endlager in einem mehrstufigen, vergleichenden und abwägenden Verfahren zu bestimmen, bei dem anhand von vorab definierten Verfahrensschritten und Entscheidungskriterien eine sukzessive Eingrenzung der Standortoptionen vorgenommen wird.	Contra: Wer entscheidet welche Wissenschaftler an der Kriterienentwicklung arbeiten?	Kon10162		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... das "wie" nicht ausreichend thematisiert wird. Essentiell ist ein sehr robuster, transparenter und gut begründeter Kriterienkatalog (Abwägungs-, Prüfungs- und Ausschlusskriterien) der es allen Beteiligten ermöglicht die Kriterien nachzuvollziehen. Dies ist die Grundlage für einen erfolgreichen Endlagersuchprozess. Zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens muss der Weg der dahin geführt hat klar und transparent dargestellt werden. Dafür ist eine unparteiliche Struktur notwendig, die möglichst schnell etabliert werden muss und den Prozess durchführt (BGE, BfE, NBG, BmUB).			Hr. Appel	B 6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Ein mehrstufiges, vergleichendes Auswahlverfahren führt zu einer gut begründeten und nachvollziehbaren Standortentscheidung	Wir empfehlen, den Standort für das gesuchte Endlager in einem mehrstufigen, vergleichenden und abwägenden Verfahren zu bestimmen, bei dem anhand von vorab definierten Verfahrensschritten und Entscheidungskriterien eine sukzessive Eingrenzung der Standortoptionen vorgenommen wird.	Pro:Wir erwarten von der Kommission, dass sie einen partizipativen Prozess initiiert, der die Herleitung und Anwendung der Kriterien nachvollziehbar macht.	Kon10281		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... Wir stimmen grundsätzlich mit der Kernbotschaft ein. - Im Rahmen der Auswahl der Regionen muss Beteiligung der Öffentlichkeit, Transparenz im Verfahren und Wissensmanagement und Wissensvermittlung von Anfang an gewährleistet werden. - Regionale Lernprozesse in allen beteiligten Regionen sind mit jeder Verfahrensstufe und schrittweisen Eingrenzung auf Regionen zu intensivieren, damit meinen wir insbesondere die Entwicklung von Verfahrensschritten, die in Zeiten der Absicherung von Daten oder wissenschaftlichen Erkenntnissen mit der Bevölkerung im Gespräch bleiben. - Vor der Konkretisierung der Betroffenheit zu Beginn der Phase 3, soll eine Reflektionsschleife zur Überprüfung der Kriterien auf den neuesten Stand von Wissenschaft und Technik eingefügt werden, um zu gewährleisten, dass die Bevölkerung in den Regionen die Chance bekommt, sich mit der eigenen Betroffenheit und damit einer veränderten Wahrnehmung auseinanderzusetzen. - Wir sehen dringenden Klärungsbedarf bei der Frage, wie es gelingen kann, auch die Regionen in der Verantwortung zu belassen, die nicht zu den betroffenen Regionen gehören.			Hr. Appel	B 6
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Wissenschaftliche & technische Kriterien	Ein mehrstufiges, vergleichendes Auswahlverfahren führt zu einer gut begründeten und nachvollziehbaren Standortentscheidung	Wir empfehlen, den Standort für das gesuchte Endlager in einem mehrstufigen, vergleichenden und abwägenden Verfahren zu bestimmen, bei dem anhand von vorab definierten Verfahrensschritten und Entscheidungskriterien eine sukzessive Eingrenzung der Standortoptionen vorgenommen wird.	Contra:Für das Auswahlverfahren sind gleichwertige geologische Daten (hinsichtlich der Datengüte, Aktualität und Aussagefähigkeit) notwendig. Wie wird das im Bericht festgelegt?	Kon10337		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ...			Hr. Appel	B 6

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Wir empfehlen, ein nationales Begleitgremium einzusetzen, das gemeinwohlorientiert für die vermittelnde Begleitung und die Überwachung des Standortauswahlverfahrens, insbesondere auch der Umsetzung der Partizipation verantwortlich ist.	Pro:Das Gremium braucht große Akzeptanz, daher muss die Auswahl der Mitglieder transparent sein und präzise definiert werden.	Kon10441		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... - wir Notwendigkeit unterstützen, aber wir wollen wissen wie die Mitglieder ausgewählt werden! - Was bedeutet der Begriff "Planungszellen" in diesem Kontext? - weil dem Gremium die notwendigen Rechte eingeräumt wurden. - Empfehlung: Das Gremium sollte an Bundestag/Bundesrat angegliedert werden!			Hr. Miersch, Hr. Schielke	B 7.4.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Wir empfehlen, ein nationales Begleitgremium einzusetzen, das gemeinwohlorientiert für die vermittelnde Begleitung und die Überwachung des Standortauswahlverfahrens, insbesondere auch der Umsetzung der Partizipation verantwortlich ist.	Pro:Wir sehen Diskussionsbedarf bei der Zusammensetzung des Gremiums: Wer füllt die Rolle der Zivilgesellschaft? Welche Rolle spielen Zufallsbürger und wie werden diese ermittelt?	Kon10533		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... ein gemeinwohlorientierter Prozess sichergestellt werden soll. Die Kommission sollte a priori die Größe des NBG und die Kriterien für die Auswahl der Personen festlegen - ebenso wer bzw. welche Institution die Personen vorschlägt. In dem Gremium sollten gesellschaftlich anerkannte Vertreter und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft mitwirken. Die Personen sollen über Erfahrung in gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen verfügen; ggf. soll ihnen ein wissenschaftlicher Unterbau zur Seite gestellt werden. Das NBG soll Garant von Transparenz und Partizipation sein.			Hr. Miersch, Hr. Schielke	B 7.4.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Wir empfehlen, ein nationales Begleitgremium einzusetzen, das gemeinwohlorientiert für die vermittelnde Begleitung und die Überwachung des Standortauswahlverfahrens, insbesondere auch der Umsetzung der Partizipation verantwortlich ist.	Pro:	Kon10644		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... Ich stimme nicht überein			Hr. Miersch, Hr. Schielke	B 7.4.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Wir empfehlen, ein nationales Begleitgremium einzusetzen, das gemeinwohlorientiert für die vermittelnde Begleitung und die Überwachung des Standortauswahlverfahrens, insbesondere auch der Umsetzung der Partizipation verantwortlich ist.	Contra:Jedes Mitglied des nat. Gremiums muss auf mindestens einen eigene/n Mitarbeiter/in zurückgreifen können. Eine ausreichende Finanzierung für Fachgutachten etc. muss gewährleistet werden.	Kon10770		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... Entscheidungsprozesse müssen transparent sein und abweichende Meinungen dokumentiert werden. Es muss ein Darstellung des Modus der personellen Nachbesetzung erfolgen.			Hr. Miersch, Hr. Schielke	B 7.4.1

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Wir empfehlen, ein nationales Begleitgremium einzusetzen, das gemeinwohlorientiert für die vermittelnde Begleitung und die Überwachung des Standortauswahlverfahrens, insbesondere auch der Umsetzung der Partizipation verantwortlich ist.	Pro:- lernende Person erfolgt in Person nicht in Institution (Kopetenzverlust durch rotierendes System) - Ombudsperson muss neutral sein und sollte nicht fluktuieren	Kon10818		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... - durch Mediation Effizienzsteigerung - das Begleitgremium stärkt System und den Prozess - klare Regeln für die Beteiligungen der einzelnen Mitglieder (Partikularinteressen)			Hr. Miersch, Hr. Schielke	B 7.4.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Wir empfehlen, ein nationales Begleitgremium einzusetzen, das gemeinwohlorientiert für die vermittelnde Begleitung und die Überwachung des Standortauswahlverfahrens, insbesondere auch der Umsetzung der Partizipation verantwortlich ist.	Pro:	Kon10983		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... dieses Gremium unerlässlich ist! Allerdings muss die Funktion tatsächlich kritisch wahrgenommen werden.			Hr. Miersch, Hr. Schielke	B 7.4.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Wir empfehlen, ein nationales Begleitgremium einzusetzen, das gemeinwohlorientiert für die vermittelnde Begleitung und die Überwachung des Standortauswahlverfahrens, insbesondere auch der Umsetzung der Partizipation verantwortlich ist.	Pro:	Kon11015		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... ich bin Hr ott			Hr. Miersch, Hr. Schielke	B 7.4.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Wir empfehlen, ein nationales Begleitgremium einzusetzen, das gemeinwohlorientiert für die vermittelnde Begleitung und die Überwachung des Standortauswahlverfahrens, insbesondere auch der Umsetzung der Partizipation verantwortlich ist.	Contra:	Kon11186		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... sehr schön			Hr. Miersch, Hr. Schielke	B 7.4.1

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Wir empfehlen, ein nationales Begleitgremium einzusetzen, das gemeinwohlorientiert für die vermittelnde Begleitung und die Überwachung des Standortauswahlverfahrens, insbesondere auch der Umsetzung der Partizipation verantwortlich ist.	Contra:	Kon11269		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... sehr kompliziert			Hr. Miersch, Hr. Schielke	B 7.4.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Wir empfehlen, ein nationales Begleitgremium einzusetzen, das gemeinwohlorientiert für die vermittelnde Begleitung und die Überwachung des Standortauswahlverfahrens, insbesondere auch der Umsetzung der Partizipation verantwortlich ist.	Contra:	Kon11366		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... - Zu viel Macht des Begleitgremiums			Hr. Miersch, Hr. Schielke	B 7.4.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Wir empfehlen, ein nationales Begleitgremium einzusetzen, das gemeinwohlorientiert für die vermittelnde Begleitung und die Überwachung des Standortauswahlverfahrens, insbesondere auch der Umsetzung der Partizipation verantwortlich ist.	Contra:	Kon11469		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... Ich bin generell gegen Endlagerung			Hr. Miersch, Hr. Schielke	B 7.4.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Wir empfehlen, ein nationales Begleitgremium einzusetzen, das gemeinwohlorientiert für die vermittelnde Begleitung und die Überwachung des Standortauswahlverfahrens, insbesondere auch der Umsetzung der Partizipation verantwortlich ist.	Contra:Die SZL-Gemeinden müssen im Gremium berücksichtigt werden.	Kon11523		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... - weil Vertreter von ASKETA bzw. der SZL-Gemeinden bisher nicht berücksichtigt wurden, das Zwischenlagerkonzept aber eine nationale Perspektive hat.			Hr. Miersch, Hr. Schielke	B 7.4.1

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Wir empfehlen, ein nationales Begleitgremium einzusetzen, das gemeinwohlorientiert für die vermittelnde Begleitung und die Überwachung des Standortauswahlverfahre ns, insbesondere auch der Umsetzung der Partizipation verantwortlich ist.	Pro:s.o.	Kon11650		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... 1. Das nationale Begleitgremium soll im Laufe seiner Tätigkeit neue Beteiligungsformate, z.B. Kino im Dialog, prüfen und ggf. anregen, diese zu verwenden (z.B. Impuls an Behörden geben). 2. "Wer beruhigt meine Oma"? - Vertrauen in ein faires Verfahren schaffen 3. Abgrenzung zwischen Aufgaben und Verantwortung - kann falsch verstanden werden. Verantwortung für faires Verfahren, aber Verantwortung für ÖB hat BfE			Hr. Miersch, Hr. Schielke	B 7.4.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Wir empfehlen, ein nationales Begleitgremium einzusetzen, das gemeinwohlorientiert für die vermittelnde Begleitung und die Überwachung des Standortauswahlverfahre ns, insbesondere auch der Umsetzung der Partizipation verantwortlich ist.	Pro:	Kon11777		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... das ist libanesisch			Hr. Miersch, Hr. Schielke	B 7.4.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nationales Begleitgremium	Wir empfehlen, ein nationales Begleitgremium einzusetzen, das gemeinwohlorientiert für die vermittelnde Begleitung und die Überwachung des Standortauswahlverfahre ns, insbesondere auch der Umsetzung der Partizipation verantwortlich ist.	Pro:Zusammensetzung des Gremiums (Auswahl des repräsentativen Bürgers ?), Implementierungszeitpunkt, Entscheidungsquorum, Kompetenzen, Rotationsprinzip ?	Kon11816		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... Wir stimmen zu, dass die Einrichtung eines nationalen Begleitgremiums für die Durchführung der Standortsuche im Konsens wichtig ist. Ziel Sprachrohr der Bevölkerung. Sinnvolle Festlegung der Kompetenzen (?).			Hr. Miersch, Hr. Schielke	B 7.4.1
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Öffentlichkeitsbe teiligung in der Vorphase	Wir empfehlen sicherzustellen, dass nach Ende der Kommissionsarbeit die Öffentlichkeitsbeteiligung ohne Unterbrechung fortgeführt wird	Pro:	Kon11956		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... die Beteiligung eine Scharnierfunktion hat zwischen der Zeit bis zur Abgabe des Berichts und der Zeit nach der Gesetzgebung (Vermeidung des "schwarzen Lochs").			Hr. Ott, Hr. Jäger	B 7.5.1, 7.4.1, 7.4.2
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Öffentlichkeitsbe teiligung in der Vorphase	Wir empfehlen sicherzustellen, dass nach Ende der Kommissionsarbeit die Öffentlichkeitsbeteiligung ohne Unterbrechung fortgeführt wird	Pro:	Kon12057		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... die Beteiligung vorbereitet werden muss. das Verfahren weiterhin transparent bleiben soll.			Hr. Ott, Hr. Jäger	B 7.5.1, 7.4.1, 7.4.2

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Öffentlichkeitsbeteiligung in der Vorphase	Wir empfehlen sicherzustellen, dass nach Ende der Kommissionsarbeit die Öffentlichkeitsbeteiligung ohne Unterbrechung fortgeführt wird	Contra:Es sind einige Abschnitte neben der Öffentlichkeitsbeteiligung in der Vorphase zu beachten, z. B. muss es für die derzeitige Berichterstellung, ein partizipatives transparentes Vorgehen geben!	Kon12120		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... die Öffentlichkeitsbeteiligung bereits vor Abgabe des Berichts stärker in den Fokus geraten muss. Nach Beendigung des Berichts muss die Öffentlichkeit über einen ausreichend großen Zeitraum die Möglichkeit haben zu dem Bericht Stellung zu nehmen. Der Bericht ist die Grundlage für einen Prozess, der einen sehr langen Zeithorizont in Anspruch nehmen wird. Deshalb ist wichtig von Anfang an eine hohe Priorität auf die Öffentlichkeitsbeteiligung zu setzen, damit Akzeptanz und Glaubwürdigkeit für den gesamten Prozess gewährleistet werden kann. Schritte: 1. Breite Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bericht im Abschnitt bis zum Gesetzgebungsverfahren. Ziel: Im Bericht Verfahrensschritte, Prozessmarken und Vorgehensweisen festzulegen, die gewährleisten, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung in der Vorphase ermöglicht und umsetzbar wird. 2. Die Kommission mindestens so lange im Amt bleiben, bis das vorgesehene vorläufige NBG eingerichtet ist. Bericht fertigstellen bis 30.6. Beteiligungsprozess zum Bericht bis 15.8. Auswertung und Bewertung durch die Kommission und Übergabe des Beteiligungsprozesses an ein vorläufiges NBG Einrichtung vorläufiges NBG ab September Ziel: Design ausarbeiten Prozess gestalten Ziel und Zielgruppen identifizieren			Hr. Ott, Hr. Jäger	B 7.5.1, 7.4.1, 7.4.2
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Öffentlichkeitsbeteiligung in der Vorphase	Wir empfehlen sicherzustellen, dass nach Ende der Kommissionsarbeit die Öffentlichkeitsbeteiligung ohne Unterbrechung fortgeführt wird	Contra:Ein NBG wird nicht funktionieren ohne überzeugende Persönlichkeiten, nennenswerte Ressourcen und hohe politische Aufmerksamkeit!	Kon12219		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... eine Abbildung der Gesellschaft in ihrer komplexen Zusammensetzung im Nationalen Begleitgremium nicht machbar wirkt ... eine "Figur", die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz als "Sprecher" des Gremiums besitzt, schwer zu finden sein wird ... deutliche Konflikte zwischen Begleitgremium und den politischen Zuständigkeiten insbesondere im regionalen Bereich zu erwarten sind ... das Nationale Begleitgremium, um seine Aufgaben erfüllen zu können, dauerhaft mit Ressourcen ausgestattet sein muss, um z.B. eigene wissenschaftliche Gutachten in Auftrag geben zu können und professionelle Informationsarbeit leisten zu können ... von den Handelnden erwartet wird, den positiven Geist der bisherigen Kommissionsarbeit als Multiplikatoren weitergeben zu können, was ggf. lediglich ein Ideal- bzw. Wunschdenken darstellt			Hr. Ott, Hr. Jäger	B 7.5.1, 7.4.1, 7.4.2

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Öffentlichkeitsbeteiligung in der Vorphase	Wir empfehlen sicherzustellen, dass nach Ende der Kommissionsarbeit die Öffentlichkeitsbeteiligung ohne Unterbrechung fortgeführt wird	Pro:	Kon12370		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... - dadurch die Grundlage für die tolerante Haltung der Bevölkerung geschaffen wird, insbesondere für die Bevölkerung an den Standorten der Zwischenlagerung. Die entsprechenden Informationen müssen allgemeinverständlich und zielgruppengerecht aufgearbeitet werden.			Hr. Ott, Hr. Jäger	B 7.5.1, 7.4.1, 7.4.2
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Öffentlichkeitsbeteiligung in der Vorphase	Wir empfehlen sicherzustellen, dass nach Ende der Kommissionsarbeit die Öffentlichkeitsbeteiligung ohne Unterbrechung fortgeführt wird	Contra: Klären, was genau mit Beteiligung gemeint ist. Ist der Begriff Öffentlichkeitsbeteiligung hier (wie er auf den nächsten Stufen gebraucht wird) richtig?	Kon12413		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... diese nicht klar darstellt, was in diesem Fall BETEILIGUNG heißt (eher Vorbereitung der Beteiligung, Information, Transparenz, nicht aber Mitbestimmung). --			Hr. Ott, Hr. Jäger	B 7.5.1, 7.4.1, 7.4.2
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Öffentlichkeitsbeteiligung in der Vorphase	Wir empfehlen sicherzustellen, dass nach Ende der Kommissionsarbeit die Öffentlichkeitsbeteiligung ohne Unterbrechung fortgeführt wird	Contra: Die Aktivierung der Öffentlichkeit durch neutrale Informationsvermittlung und die Ergebnisrelevanz der Beteiligung sollten zukünftig mehr im Mittelpunkt stehen.	Kon12524		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... dies bedeuten könnte, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung weitergeführt wird wie bisher von der Kommission betrieben. Dies wäre nicht ausreichend, da Betroffenheit/Relevanz/Kenntnisse nicht hergestellt/vermittelt wurde. Es braucht neutrale Informationsvermittlung ohne Wertung/Meinung, neutrale Expertise/Beratung für die Öffentlichkeit, Transparenz und Ergebnisrelevanz der Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Kommission hat die Öffentlichkeit bisher unzureichend erreicht.			Hr. Ott, Hr. Jäger	B 7.5.1, 7.4.1, 7.4.2
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Öffentlichkeitsbeteiligung in der Vorphase	Wir empfehlen sicherzustellen, dass nach Ende der Kommissionsarbeit die Öffentlichkeitsbeteiligung ohne Unterbrechung fortgeführt wird	Pro: vgl. unter "ABER"	Kon12688		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... sie der Sensibilisierung der Bevölkerung für die anstehende Standortauswahl dient (ansonsten große Diskrepanz zwischen dem aktuellen breiten Desinteresse in der Bevölkerung hin zu einer enormen emotionalen Zuspitzung bei regionaler Betroffenheit). ABER: Öffentlichkeitsbeteiligung muss ohne Unterbrechung nicht nur fortgeführt, sondern ausgebaut werden. BfE muss sofort in die Lage versetzt werden, dieser Aufgabe (Medienarbeit...) gerecht zu werden. Die Kompetenzen (Recht auf Akteneinsicht, Informationsrechte...), Funktion (Kommunikator...) und Zusammensetzung des Begleitgremiums müssen geklärt werden. Dokumente müssen übersichtlicher dargestellt und verständlicher (für die breitere Bevölkerung) sein.			Hr. Ott, Hr. Jäger	B 7.5.1, 7.4.1, 7.4.2

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Öffentlichkeitsbeteiligung in der Vorphase	Wir empfehlen sicherzustellen, dass nach Ende der Kommissionsarbeit die Öffentlichkeitsbeteiligung ohne Unterbrechung fortgeführt wird	Pro:	Kon12781		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil die sich in ihrer Freizeit engagierenden BürgerInnen frustriert werden, wenn ihnen Feedback zu ihrer bisherigen Arbeit vorenthalten wird. Es muss eine Reaktion erfolgen, auch wenn diese nicht unbedingt in ihrem Sinne sein muss (auch ein abgelehnter Vorschlag ist besser als einer, auf den keine Reaktion erfolgt). ... ein starkes Nationales Begleitgremium verhindern kann, dass die Arbeit der Kommission und aller übrigen am Bericht Beteiligten in eine "politisch motivierte" Warteschleife gerät. ... es zu einem Vertrauensverlust führt, wenn BürgerInnen, die sich jetzt bereits als Betroffene identifiziert haben (z.B. BürgerInnen in Gegenden mit den derzeit vorgesehenen Wirtsgesteinen), nicht fortlaufend, sondern erst mit Beginn der Erkundung über ihre tatsächliche Betroffenheit informiert werden. ... es zu einem Motivations- und sogar Vertrauensverlust der heute Motivierten führt, wenn nicht laufend informiert wird, wie der Sachstand ist (wer tut gerade was). Professionelle vertrauensvolle und kontinuierliche Information kann diesem vorbeugen, diese Arbeit kann ein Begleitgremium übernehmen.			Hr. Ott, Hr. Jäger	B 7.5.1, 7.4.1, 7.4.2
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Öffentlichkeitsbeteiligung in der Vorphase	Wir empfehlen sicherzustellen, dass nach Ende der Kommissionsarbeit die Öffentlichkeitsbeteiligung ohne Unterbrechung fortgeführt wird	Pro:Wir sehen es als Notwendigkeit, die Öffentlichkeitsbeteiligung nach Fertigstellung des Berichtes lückenlos weiterzuführen und weiter auszubauen.	Kon12853		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... geplant ist, direkt mit Fertigstellung des Berichtes die Öffentlichkeitsbeteiligung weiter auszubauen und hier eine Kontinuität zu schaffen (politisch und gesellschaftlich). Nur so kann eine breite gesellschaftliche Akzeptanz des Prozesses gelingen. Es gilt, einen konstruktiveren Fokus auf das Thema Endlager zu ermöglichen, um die höchstmögliche Expertise zu bekommen, ohne dabei Emotionen und Risiken auszublenden. Hierfür ist eine kontinuierliche Auseinandersetzung notwendig.			Hr. Ott, Hr. Jäger	B 7.5.1, 7.4.1, 7.4.2
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Öffentlichkeitsbeteiligung in der Vorphase	Wir empfehlen sicherzustellen, dass nach Ende der Kommissionsarbeit die Öffentlichkeitsbeteiligung ohne Unterbrechung fortgeführt wird	Contra:Wie soll die Kommunikationslücke im Übergangszeitraum gefüllt werden?	Kon12979		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... - in der Begründung der Kernbotschaft der Übergangszeitraum bis zur Arbeitsfähigkeit des nationalen Begleitgremiums/BfE nicht abgedeckt ist. Hier müsste das BMU oder das BfS die Öffentlichkeitsarbeit in der Übergangszeit übernehmen.			Hr. Ott, Hr. Jäger	B 7.5.1, 7.4.1, 7.4.2

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Regionale Gremien stärken Partizipation	Wir empfehlen, regionale Gremien mit umfangreichen Mitwirkungsmöglichkei- ten einzuberufen, die Bürgerinnen und Bürger in den möglichen Standortregionen in die Lage versetzen, das Standortauswahlverfahre- n konstruktiv und kritisch zu begleiten.	Contra:Kompetenzen und Mittelausstattung festlegen	Kon13044		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... sowohl regionale wie überregionale Gremien die Partizipation stärken.			Hr. Gaßner, Hr. Kudla	B 7.4, 7.4.2, 7.4.3, 7.4.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Regionale Gremien stärken Partizipation	Wir empfehlen, regionale Gremien mit umfangreichen Mitwirkungsmöglichkei- ten einzuberufen, die Bürgerinnen und Bürger in den möglichen Standortregionen in die Lage versetzen, das Standortauswahlverfahre- n konstruktiv und kritisch zu begleiten.	Contra:Die Gruppe ist sich über die Zusammensetzung der lokalen Gremien nicht einig, insbesondere die Frage der Mitgliedschaft von zivilges. Gruppen wurde kontrovers diskutiert (Frage der dem. Legitimation).	Kon13190		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weildie Korrektheit der Aussage davon abhängt, ob die Gremien durch ihre konkrete Ausgestaltung diesem Anspruch gerecht werden können.			Hr. Gaßner, Hr. Kudla	B 7.4, 7.4.2, 7.4.3, 7.4.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Regionale Gremien stärken Partizipation	Wir empfehlen, regionale Gremien mit umfangreichen Mitwirkungsmöglichkei- ten einzuberufen, die Bürgerinnen und Bürger in den möglichen Standortregionen in die Lage versetzen, das Standortauswahlverfahre- n konstruktiv und kritisch zu begleiten.	Pro:	Kon13214		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil die regionalen Gremien die CHANCE bieten, die örtliche Zivilgesellschaft frühzeitig, gleichberechtigt und langfristig einzubeziehen. Um auf Augenhöhe zu kommen, müssen alle Beteiligten mit Zeit, Wissen und Geld (gleichwertig) ausgestattet sein, Wir befürworten ein Gremium, welches überregional von Anfang an den Suchprozess begleitet. Der Rat der Regionen ist aber ab Einberufung der Regionalkonferenzen überflüssig und sollte ab diesem Zeitpunkt abgelöst werden.			Hr. Gaßner, Hr. Kudla	B 7.4, 7.4.2, 7.4.3, 7.4.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Regionale Gremien stärken Partizipation	Wir empfehlen, regionale Gremien mit umfangreichen Mitwirkungsmöglichkei- ten einzuberufen, die Bürgerinnen und Bürger in den möglichen Standortregionen in die Lage versetzen, das Standortauswahlverfahre- n konstruktiv und kritisch zu begleiten.	Pro:Es sollte frühzeitig, bereits vor den Vorschlägen für die oberirdische Erkundung, auch regional beteiligt werden.	Kon13392		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weiles unbedingt Ansprechpartner vor Ort braucht. ...die Kompetenz vor Ort mitgenommen werden sollte. ...die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mitgenommen werden müssen.			Hr. Gaßner, Hr. Kudla	B 7.4, 7.4.2, 7.4.3, 7.4.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Regionale Gremien stärken Partizipation	Wir empfehlen, regionale Gremien mit umfangreichen Mitwirkungsmöglichkeiten einzuberufen, die Bürgerinnen und Bürger in den möglichen Standortregionen in die Lage versetzen, das Standortauswahlverfahren konstruktiv und kritisch zu begleiten.	Pro:Die Struktur von nat.Begleitgremium, Regionale Gremien, Regionalkonferenzen, sind in ihrer Aufgabe, Kompetenzen, Verknüpfung zueinander, von Beginn an klar zu definieren.	Kon13436		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... in diesem Prozess regionale Betroffene frühzeitig zu Beteiligten gemacht werden müssen. Die Einrichtung Regionaler Gremien ermöglicht die frühzeitige Einbindung und die Zusammenarbeit mit den überregionalen Gremien. Dabei ist zu gewährleisten, dass die Daten und Informationen einfach zugänglich sind. (Transparenz erhöht Akzeptanz)			Hr. Gaßner, Hr. Kudla	B 7.4, 7.4.2, 7.4.3, 7.4.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Regionale Gremien stärken Partizipation	Wir empfehlen, regionale Gremien mit umfangreichen Mitwirkungsmöglichkeiten einzuberufen, die Bürgerinnen und Bürger in den möglichen Standortregionen in die Lage versetzen, das Standortauswahlverfahren konstruktiv und kritisch zu begleiten.	Contra:Gibt es eine Gesetzgebungskompetenz vom Bund gegenüber den Landkreisen???	Kon13581		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ...			Hr. Gaßner, Hr. Kudla	B 7.4, 7.4.2, 7.4.3, 7.4.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Die Regionalkonferenzen als Garant für die Beteiligung der regionalen Bevölkerung	Wir empfehlen, in jeder Region, die von einem Vorschlag zur übertägigen Erkundung betroffen ist, eine Regionalkonferenz einzusetzen, die das Interesse der Bürgerinnen und Bürger vertritt und die Verfahrensschritte langfristig und intensiv begleitet.	Contra:wie wird die Regionalkonferenz in die Lage versetzt, informationsgestützt qualifizierte substantielle Nachprüfungsaufträge zu erteilen?	Kon13644		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ...der Begriff "Garant" im Titel missverständlich ist. ...das Besetzungsverfahren sehr unklar ist. ...es keine gleichzeitig intensive und niedrigschwellige Beteiligung geben kann.			Fr. Kotting-Uhl, Hr. Fox	B 7.4.3
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Die Regionalkonferenzen als Garant für die Beteiligung der regionalen Bevölkerung	Wir empfehlen, in jeder Region, die von einem Vorschlag zur übertägigen Erkundung betroffen ist, eine Regionalkonferenz einzusetzen, die das Interesse der Bürgerinnen und Bürger vertritt und die Verfahrensschritte langfristig und intensiv begleitet.	Pro:	Kon13776		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil gesetzlich verankerte Regionalkonferenzen die Möglichkeit der Teilhabe am Standortauswahlverfahren garantieren.			Fr. Kotting-Uhl, Hr. Fox	B 7.4.3

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Die Regionalkonferenzen als Garant für die Beteiligung der regionalen Bevölkerung	Wir empfehlen, in jeder Region, die von einem Vorschlag zur übertägigen Erkundung betroffen ist, eine Regionalkonferenz einzusetzen, die das Interesse der Bürgerinnen und Bürger vertritt und die Verfahrensschritte langfristig und intensiv begleitet.	Pro:-Frühzeitige Konferenzen Teilgebiete. - Wie soll umfassende und Frühzeitige Information für die breite Öffentlichkeit und unbedingt auch für die stärker engagierte Öffentlichkeit gesichert werden?	Kon13852		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weilInformation und Beteiligung der Bevölkerung wichtig ist. ...Regionalkonferenzen können eine wichtige Rolle spielen neben der Öffentlichkeitsbeteiligung in Bürgerversammlungen und den Rechtsschutzinstrumenten.			Fr. Kotting-Uhl, Hr. Fox	B 7.4.3
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Die Regionalkonferenzen als Garant für die Beteiligung der regionalen Bevölkerung	Wir empfehlen, in jeder Region, die von einem Vorschlag zur übertägigen Erkundung betroffen ist, eine Regionalkonferenz einzusetzen, die das Interesse der Bürgerinnen und Bürger vertritt und die Verfahrensschritte langfristig und intensiv begleitet.	Contra:Regionalkonferenzen haben nur beschränkte Einflussmöglichkeiten. Unklar ist wie mit Einzelinteressen Betroffener umgegangen wird, die nicht zur Auswahl der Region geführt haben.	Kon13948		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... Unter "Garant für die Beteiligung" darf nicht missverstanden werden, auf ein Garant auf maßgebliche Beeinflussung wesentlicher Entscheidungen. Auch nicht missverstanden werden sollte dieser "Garant für die Beteiligung", dass individuelle, persönliche Befindlichkeiten maßgebliches Gehör finden werden (da ja "nur" wesentliche Entscheidungen, die zur Auswahl der Region geführt haben, überprüft werden).			Fr. Kotting-Uhl, Hr. Fox	B 7.4.3
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Die Regionalkonferenzen als Garant für die Beteiligung der regionalen Bevölkerung	Wir empfehlen, in jeder Region, die von einem Vorschlag zur übertägigen Erkundung betroffen ist, eine Regionalkonferenz einzusetzen, die das Interesse der Bürgerinnen und Bürger vertritt und die Verfahrensschritte langfristig und intensiv begleitet.	Pro:Es muss sichergestellt sein, dass der Bürger in den Entwicklungsprozess für die Endlagerstandortsuche von Anfang an integriert ist.	Kon14075		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... - es die Partizipation ermöglicht. - die Bürger von Beginn an in die regionalen Belange mit eingebunden sind - die Bürger am Anfang durch die Vollversammlung (Bürgerversammlung) eines zu erkundenden Gebietes durch Wahl seine Vertreter in der Regionalkonferenz benennen kann. - die Regionalkonferenz ein Nachprüfungsrecht erhält.			Fr. Kotting-Uhl, Hr. Fox	B 7.4.3
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Die Regionalkonferenzen als Garant für die Beteiligung der regionalen Bevölkerung	Wir empfehlen, in jeder Region, die von einem Vorschlag zur übertägigen Erkundung betroffen ist, eine Regionalkonferenz einzusetzen, die das Interesse der Bürgerinnen und Bürger vertritt und die Verfahrensschritte langfristig und intensiv begleitet.	Pro:Wir erachten es darüberhinaus als wichtig, ein Beteiligungsformat in Phase 1 zu haben - Vorschlag 1: in jedem "Teilgebiet" Vorschlag 2: als zentrales Format (ähnlich dem Workshop der Regionen)	Kon14161		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... wir die Existenz von Regionalkonferenzen ab der Phase 2 als wichtig und sinnvoll erachten.			Fr. Kotting-Uhl, Hr. Fox	B 7.4.3

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Die Regionalkonferenzen als Garant für die Beteiligung der regionalen Bevölkerung	Wir empfehlen, in jeder Region, die von einem Vorschlag zur übertägigen Erkundung betroffen ist, eine Regionalkonferenz einzusetzen, die das Interesse der Bürgerinnen und Bürger vertritt und die Verfahrensschritte langfristig und intensiv begleitet.	Contra:Der "Rat der Regionen" darf keine parallele Institution zur Regionalkonferenz sein.	Kon14214		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... - im "Rat der Regionen" keinen zusätzlichen Nutzen zur Regionalkonferenz zu sehen ist. -			Fr. Kotting-Uhl, Hr. Fox	B 7.4.3
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nachprüfung statt Vetorecht	Wir empfehlen, statt durch ein Vetorecht einer unbestimmten Gruppe der Bevölkerung eine Blockade des gesamten Verfahrens zu provizieren, eine umfassende Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu organisieren, die den Prozess – und die Partizipation – frühzeitig und nachhaltig mit gestaltet und die Ergebnisse in Form garantierter Nachprüfrechte kritisch hinterfragen und ggf. BfE und BGE zur Überarbeitung ihrer Ergebnisse auffordern kann.	Pro:Die Mitgestaltungsmöglichkeiten des Nationalen Begleitgremiums sind unklar und die verwendeten Begriff nicht eindeutig definiert ("regulierend" "Nachprüfung"). Die Begriffe müssen justiziabel sein.	Kon14359		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weilsie Blockadesituationen im Prozess verhindert. ... das Prinzip der Nachprüfbarkeit gewährleistet werden muss.			Hr. Thomauske, Hr. Fuder	B 7.2.1, 7.4.3

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nachprüfung statt Vetorecht	Wir empfehlen, statt durch ein Vetorecht einer unbestimmten Gruppe der Bevölkerung eine Blockade des gesamten Verfahrens zu provozieren, eine umfassende Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu organisieren, die den Prozess – und die Partizipation – frühzeitig und nachhaltig mit gestaltet und die Ergebnisse in Form garantierter Nachprüfrechte kritisch hinterfragen und ggf. BfE und BGE zur Überarbeitung ihrer Ergebnisse auffordern kann.	Pro:Ist damit sichergestellt, dass laufende Maßnahmen (Erkundung etc.) nicht aufgehalten werden?	Kon14466		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... mit diesem Mittel eine Partizipation der Bevölkerung gegeben ist ohne jederzeit ein Blockade hervorzurufen. durch das Nachprüfrecht ein wertiger Ersatz für das Vetorecht getroffen wird. damit erzwungen wird, dass die Bedenken vorgetragen und begründet werden.			Hr. Thomauske, Hr. Fuder	B 7.2.1, 7.4.3
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nachprüfung statt Vetorecht	Wir empfehlen, statt durch ein Vetorecht einer unbestimmten Gruppe der Bevölkerung eine Blockade des gesamten Verfahrens zu provozieren, eine umfassende Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu organisieren, die den Prozess – und die Partizipation – frühzeitig und nachhaltig mit gestaltet und die Ergebnisse in Form garantierter Nachprüfrechte kritisch hinterfragen und ggf. BfE und BGE zur Überarbeitung ihrer Ergebnisse auffordern kann.	Contra:Das Nachprüfrecht ist inhaltlich nur negativ ausgestaltet; es beinhaltet nicht die Möglichkeit, dass sich neue Aspekte im positiven Sinn ergeben könnten, die eine Endlagerentscheidung beeinflussen.	Kon14513		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... Das Nachprüfrecht ist in der jetzigen Ausgestaltung sehr negativ gedacht. Der Aspekt, dass sich während des Endlager-Suchprozesses neue Aspekte im positiven Sinn (etwa neue Technologien, neue Erkenntnisse, die andere als die bisher in den Blick genommenen geologischen Formationen geeignet erscheinen lassen) ergeben könnten, fehlt bisher völlig.			Hr. Thomauske, Hr. Fuder	B 7.2.1, 7.4.3

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nachprüfung statt Vetorecht	Wir empfehlen, statt durch ein Vetorecht einer unbestimmten Gruppe der Bevölkerung eine Blockade des gesamten Verfahrens zu provozieren, eine umfassende Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu organisieren, die den Prozess – und die Partizipation – frühzeitig und nachhaltig mit gestaltet und die Ergebnisse in Form garantierter Nachprüfrechte kritisch hinterfragen und ggf. BfE und BGE zur Überarbeitung ihrer Ergebnisse auffordern kann.	Contra:Es sollte sowohl Nachprüfung als auch Vetorecht zugelassen sein.	Kon14629		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... Die Öffentlichkeitsbeteiligung und Aufklärung muss derartig gestaltet sein, dass ein Veto nicht zur befürchten ist. Ein Veto ist also ein wichtiger Indikator für unzureichende Aufklärung. Deshalb ist ein Vetorecht erforderlich. Nachprüfungen sind davon unabhängig ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Akzeptanz (oder Ablehnung), die nicht im Widerspruch, sondern gerade ergänzend zum Vetorecht stehen. Daher sollte sowohl Nachprüfung als auch Vetorecht zugelassen sein.			Hr. Thomauske, Hr. Fuder	B 7.2.1, 7.4.3
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nachprüfung statt Vetorecht	Wir empfehlen, statt durch ein Vetorecht einer unbestimmten Gruppe der Bevölkerung eine Blockade des gesamten Verfahrens zu provozieren, eine umfassende Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu organisieren, die den Prozess – und die Partizipation – frühzeitig und nachhaltig mit gestaltet und die Ergebnisse in Form garantierter Nachprüfrechte kritisch hinterfragen und ggf. BfE und BGE zur Überarbeitung ihrer Ergebnisse auffordern kann.	Pro:Die Implementation des Nachprüfrechts stellt sicher, dass fundamentale wissenschaftliche Erkenntnisse, die im weiteren Verfahren aufkommen und verfahrensrechtl. Aspekte Berücksichtigung finden können.	Kon14726		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... wir einen Missbrauch des Vetorechts bspw. zur Verfahrensverzögerung befürchten. Das Vetorecht ist außerdem für den Prozess nicht erforderlich, da die Suche auf den bestmöglichen Standort zielt.			Hr. Thomauske, Hr. Fuder	B 7.2.1, 7.4.3

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nachprüfung statt Vetorecht	Wir empfehlen, statt durch ein Vetorecht einer unbestimmten Gruppe der Bevölkerung eine Blockade des gesamten Verfahrens zu provozieren, eine umfassende Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu organisieren, die den Prozess – und die Partizipation – frühzeitig und nachhaltig mit gestaltet und die Ergebnisse in Form garantierter Nachprüfrechte kritisch hinterfragen und ggf. BfE und BGE zur Überarbeitung ihrer Ergebnisse auffordern kann.	Contra:Wir hinterfragen die aktuelle Zusammensetzung des Nationalen Begleitgremiums (mehr scharfe Kritiker) Wie lässt sich eine selbstkritische neue Behördenstruktur etablieren (echte checks and balances)?	Kon14898		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... eine klare Definition dessen, wie Nachprüfbarkeit und Nachvollziehbarkeit gewährleistet werden kann (Beispiel Kriterien und der Entscheidungsprozess zur Gewichtung der Kriterien) nicht erfolgt. ...weil ich eine institutionalisierte und auch spätere Nachprüfung über den Einfluss der Beteiligungsformate auf das Verfahren gewährleistet werden muss. Die Ergebnisse von Beratungen müssen dokumentiert werden und dem Gesetzgeber zur Entscheidung vorgelegt werden ("fließt in einen Bericht ein" ist zu schwammig; was sind "starke Einflussmöglichkeiten"? Hinweis: der Erläuterungskasten 3.7.3.3 existiert nicht) ... Es einer Nachprüfbarkeit durch die kritischsten Akteure und nicht durch einen Querschnitt der Gesellschaft bedarf. Sollte ein Nationales Begleitgremium mit einem Nachprüfrecht ausgestattet sein, sollten in ihm die schärfsten Kritiker vertreten sein. ...weil einer neuer Geist von checks and balances (Aufsicht - Betreiber - Gutachter) zwischen und innerhalb der bestehenden Behörden/ Gutachter notwendig ist, der in den Verfahren und Institutionen kritischen Sachverstand auch ohne zusätzliche Institutionen wie das Nationale Begleitgremium sicherstellt.			Hr. Thomauske, Hr. Fuder	B 7.2.1, 7.4.3
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Beteiligung	Nachprüfung statt Vetorecht	Wir empfehlen, statt durch ein Vetorecht einer unbestimmten Gruppe der Bevölkerung eine Blockade des gesamten Verfahrens zu provozieren, eine umfassende Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu organisieren, die den Prozess – und die Partizipation – frühzeitig und nachhaltig mit gestaltet und die Ergebnisse in Form garantierter Nachprüfrechte kritisch hinterfragen und ggf. BfE und BGE zur Überarbeitung ihrer Ergebnisse auffordern kann.	Pro:Festlegung von Anzahl und Umfang der Nachprüfrechte, damit es nicht zu Endlosschleifen kommt.	Kon14973		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... ein Vetorecht die Standortauswahl blockieren würde.			Hr. Thomauske, Hr. Fuder	B 7.2.1, 7.4.3

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Exportverbot gesetzlich verankern	Wir empfehlen die gesetzliche Einführung eines generellen Exportverbots für im Inland erzeugte, hoch radioaktive Abfälle einschließlich der Abfälle aus Forschungsreaktoren.	Pro:Wie wird die Konditionierung des speziellen Kernbrennstoffs in Deutschland organisiert?	Kon15093		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... - wir als Nutzer des Kernbrennstoffs auch für dessen sicherer Entsorgung in Verantwortung stehen. - der Non-Proliferation durch eine Anreicherung Genüge getan werden kann.			Hr. Zdebel	B 8.5
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Exportverbot gesetzlich verankern	Wir empfehlen die gesetzliche Einführung eines generellen Exportverbots für im Inland erzeugte, hoch radioaktive Abfälle einschließlich der Abfälle aus Forschungsreaktoren.	Contra:Mit welcher Begründung wird unterstellt, dass sich die sicherste Entsorgung innerhalb der Bundesgrenzen organisieren lässt?	Kon15139		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... - andere Staaten über größere Kompetenz beim Umgang mit hochangereichertem Kernbrennstoff verfügen könnten. - die Rücknahme des Kernbrennstoffs durch völkerrechtliche Verträge geboten sein kann. - eine nationale Endlagerung nicht unbedingt die sicherste Entsorgung garantiert. - hochangereicherter Brennstoff nach der Wiederaufarbeitung als neuer Kernbrennstoff für notwendige Forschungsreaktoren dienen kann.			Hr. Zdebel	B 8.5
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Exportverbot gesetzlich verankern	Wir empfehlen die gesetzliche Einführung eines generellen Exportverbots für im Inland erzeugte, hoch radioaktive Abfälle einschließlich der Abfälle aus Forschungsreaktoren.	Contra:Wie ist das Waste-Management im EU-Recht mit dem Verbot des Exportes mit radioaktiven Abfall zu verbinden?	Kon15256		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... - die Aufgabe der Kommission die Endlagerstandortsuche ist. Exportverbot ist kein Auftrag an die Kommission. - ggf. europäische Länder die besseren (bestmöglichen) Endlagervoraussetzungen haben. Dies darf allerdings nicht dazu führen, dass die eigene Anstrengung für ein Endlager im eigenen Land darunter leidet. - das Waste-Management sieht im EU-Recht einen Export/Import innerhalb der EU von radioaktiven Abfall vor. - der Kernbrennstoff nach EU-Recht der EU (Euratom) gehört und nicht dem Betreiber. Der Betreiber hat nur das Nutzungsrecht. - sich der Stand von Wissenschaft und Technik in den nächsten Jahrzehnten kontinuierlich weiterentwickeln wird. (Neue Techniken im Ausland verfügbar)			Hr. Zdebel	B 8.5
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Exportverbot gesetzlich verankern	Wir empfehlen die gesetzliche Einführung eines generellen Exportverbots für im Inland erzeugte, hoch radioaktive Abfälle einschließlich der Abfälle aus Forschungsreaktoren.	Pro:-/-	Kon15314		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... -/-			Hr. Zdebel	B 8.5

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Exportverbot gesetzlich verankern	Wir empfehlen die gesetzliche Einführung eines generellen Exportverbots für im Inland erzeugte, hoch radioaktive Abfälle einschließlich der Abfälle aus Forschungsreaktoren.	Contra:Der Verbot von Exporten, obwohl technisch leicht machbar und reguliert, verfestigt die jetzige Politik und verhindert technischen Fortschritt auf diesem Gebiet, auch bzgl. Endlagerfragen.	Kon15433		Teil 1: Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... Totaler Ausschluss von Exporten (nur um ein Signal zu senden zur Zementierung der geologischen Endlagerung!) auch von Brennstoffen, die aus Anlagen zur gewerblichen Stromproduktion stammen, verschließt diverse Möglichkeiten, die Forschung/technische Entwicklung hervorbringen könnten. Man sollte beachten, dass gerade die Kernenergie international herausragend vernetzt/reguliert ist (IAEA). In diesem Kontext scheint es völlig abwegig, bzgl. der Brennstoffe im heutigen Europa keine rationale Regelung finden zu können (eine europäische Lösung ist stattdessen dringend erforderlich, auch unter dem Gesichtspunkt zahlreicher nationaler Entsorgungsnotwendigkeiten im EU- und sonstigen europäischen Ausland). Schon jetzt aktuelle Beispiele, die für einen Export sprechen: P&T- Anlagen oder Lager im (EU-)Ausland, Generation-IV- Kraftwerke. Die Proliferation ist aus kernphysikalischer Sicht kein Hemmnis, weil die bestrahlten Kernbrennstoffe aus Anlagen, die gewerblich Elektrizität erzeug(t)en, nicht für eine ernsthafte Kernwaffenproduktion geeignet sind. Gefährliche "schmutzige" Bomben sind nur in Einrichtungen ähnlich "Heißer Zellen" herstellbar und stellen damit auch keinen Hinderungsgrund für geordnete Ex-/Importe dar. Der Technologietransfer ist ohnehin über andere Gesetze geregelt.			Hr. Zdebel	B 8.5
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Exportverbot gesetzlich verankern	Wir empfehlen die gesetzliche Einführung eines generellen Exportverbots für im Inland erzeugte, hoch radioaktive Abfälle einschließlich der Abfälle aus Forschungsreaktoren.	Contra:Der Verbot von Exporten, obwohl technisch leicht machbar und reguliert, verfestigt die jetzige Politik und verhindert technischen Fortschritt auf diesem Gebiet, auch bzgl. Endlagerfragen.	Kon15433		Teil 2: Ein Exportverbot würde, neben der ungelösten Endlagerfrage, den Weiterbetrieb kerntechnischer Anlagen, wie etwa Forschungsreaktoren, hintertreiben und somit technische Entwicklung und Forschung behindern, im Gegensatz zu den Forderungen im Kommissionsbericht.			Hr. Zdebel	B 8.5

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Frühzeitige Sicherung von potenziellen Endlagerstandort en	Wir empfehlen, die Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ohne Vorfestlegungen auf bestimmte Standorte und ohne Ausschluss bestimmter Standorte neu zu beginnen. Potenziell als geeignet identifizierte Standortregionen oder Planungsgebiete sind unverzüglich durch gesetzliche Regelungen gegen Veränderungen zu sichern, welche die Einrichtung eines Endlagers verhindern könnten.	Pro:	Kon15513		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... weil sie im Sinne einer Gleichbehandlung aller möglichen Standorte und einer "weissen Landkarte" unumgänglich ist. weil die Endlagerung eine klare Priorität über andere Nutzungsoptionen des Untergrundes besitzt.			Hr. Steinkemper	B 8.4, 8.8.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Frühzeitige Sicherung von potenziellen Endlagerstandort en	Wir empfehlen, die Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ohne Vorfestlegungen auf bestimmte Standorte und ohne Ausschluss bestimmter Standorte neu zu beginnen. Potenziell als geeignet identifizierte Standortregionen oder Planungsgebiete sind unverzüglich durch gesetzliche Regelungen gegen Veränderungen zu sichern, welche die Einrichtung eines Endlagers verhindern könnten.	Pro:	Kon15655		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil die Integrität des Standortes erhalten bleiben muss.			Hr. Steinkemper	B 8.4, 8.8.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Frühzeitige Sicherung von potenziellen Endlagerstandort en	Wir empfehlen, die Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ohne Vorfestlegungen auf bestimmte Standorte und ohne Ausschluss bestimmter Standorte neu zu beginnen. Potenziell als geeignet identifizierte Standortregionen oder Planungsgebiete sind unverzüglich durch gesetzliche Regelungen gegen Veränderungen zu sichern, welche die Einrichtung eines Endlagers verhindern könnten.	Contra:Kein Widerspruch zur These, aber Ergänzungen zu wirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten, etwa Auswirkungen auf Rohstoffgewinnung im Ausland.	Kon15725		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... Wir widersprechen der These nicht, möchten aber Folgendes ergänzen: Wirtschaftliche Nutzungsmöglichkeiten eines jedweden Standortes würden stark behindert. Sowie aufgrund der immer detaillierter diskutierten und dann festgelegten Kriterien klar wird, dass ein Standort nicht (mehr) infrage kommt, muss die Veränderungssperre unverzüglich aufgehoben werden. In diesem Zusammenhang muss die Frage der Hierarchie von Berg- und Standortauswahlrecht geklärt werden. Das Standortauswahlgesetz muss dem Bergrecht übergeordnet sein. Eventuell notwendige Änderungen im Bergrecht sind zu prüfen. Hierbei müssen auch Aspekte im Zusammenhang mit bereits bestehenden Grunddienstbarkeiten und eventueller Entschädigungsansprüche geregelt werden. Veränderungssperren in Deutschland wirken sich auf die Versorgung mit Rohstoffen aus, die dann in größerem Maße importiert werden müssten. Möglicherweise werden diese Rohstoffe aber im Ausland in einer Weise produziert, die an der ausländischen Produktionsstätte - bei Zugrundelegen der selben (deutschen) Kriterien - eine eventuelle Nutzung als nationales Endlager (des anderen Landes) unmöglich machen würde.			Hr. Steinkemper	B 8.4, 8.8.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Frühzeitige Sicherung von potenziellen Endlagerstandort en	Wir empfehlen, die Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ohne Vorfestlegungen auf bestimmte Standorte und ohne Ausschluss bestimmter Standorte neu zu beginnen. Potenziell als geeignet identifizierte Standortregionen oder Planungsgebiete sind unverzüglich durch gesetzliche Regelungen gegen Veränderungen zu sichern, welche die Einrichtung eines Endlagers verhindern könnten.	Contra:Wie können vorhandene Geodaten vor Vernichtung gesichert werden und gewährleistet werden, dass die Standortauswahl nicht von der Menge und der Qualität der vorhandenen Geodaten abhängig gemacht wird?	Kon15856		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... - wir sie als willkürlich empfinden, weil die Kriterien zu unklar sind (Zweifel, ob das Suchverfahren so funktioniert) und deshalb Planspiele zur Praxisauglichkeit und eine Entschädigungsregelung für Veränderungssperren auf Raumordnungsebene fordern. - frühzeitige Bürgerbeteiligung und frühzeitige Sicherung in gewissem Widerspruch zueinander stehen (z.B. Verhinderungstaktik der Länder) - jetzt alles besser ist und man aufgrund der optimierten Mitnahme der betroffenen Bevölkerung auf mehr Akzeptanz hoffen sollte - weil es keinen guten Gerechtigkeitsindex für die Standortauswahl gibt (z. B. welches Bundesland hat wie viel Atommüll produziert und wieviel Atomenergie selbst verbraucht und davon wirtschaftlich und strukturell wieviel profitiert) als Kriterium; was gibt es schon an "Negativstrukturen" in der Region wie radioaktive Halden aus dem Bergbau, Mülldeponien, etc; Armut und fehlende Bevölkerungsdichte; politische Benachteiligung (sozialökonomische Faktoren) - Vermeidung Ost- West und Nord-Süd Neiddebatten			Hr. Steinkemper	B 8.4, 8.8.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Frühzeitige Sicherung von potenziellen Endlagerstandort en	Wir empfehlen, die Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ohne Vorfestlegungen auf bestimmte Standorte und ohne Ausschluss bestimmter Standorte neu zu beginnen. Potenziell als geeignet identifizierte Standortregionen oder Planungsgebiete sind unverzüglich durch gesetzliche Regelungen gegen Veränderungen zu sichern, welche die Einrichtung eines Endlagers verhindern könnten.	Contra:Präzisierung im räumlichen und zeitlichen Rahmen notwendig.	Kon15947		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... "potenziell als geeignet identifiziert" räumlich nicht präzise genug definiert ist und sich die Regelung ausschließlich auf die definierten Teilgebiete (20 - 30 potenzielle Standorte) beziehen sollte. der räumliche Umgriff der Veränderungssperre noch nicht herausgearbeitet wurde. unklar ist, ob sich die Veränderungssperre ausschließlich auf den unterirdischen Raum bezieht (= bergrechtliche Fragestellungen) oder auch obertägige Aspekte mit umfasst. unklar ist, zu welchem Zeitpunkt die Veränderungssperre in Kraft treten soll aber auch wieder ausser Kraft treten soll (spätestens nach Abschluss eines möglichen Rücksprungs im Verfahren).			Hr. Steinkemper	B 8.4, 8.8.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Frühzeitige Sicherung von potenziellen Endlagerstandort en	Wir empfehlen, die Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ohne Vorfestlegungen auf bestimmte Standorte und ohne Ausschluss bestimmter Standorte neu zu beginnen. Potenziell als geeignet identifizierte Standortregionen oder Planungsgebiete sind unverzüglich durch gesetzliche Regelungen gegen Veränderungen zu sichern, welche die Einrichtung eines Endlagers verhindern könnten.	Pro:Zustimmung zum Ansatz, ohne Vorfestlegung u. ohne Ausschluss zu beginnen. Es sollte auch einen Schutz für den Zeitraum bis zur Festlegung der Teilgebiete geben.	Kon16055		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... Wie wird in der Phase bis zur Identifizierung der geeigneten Teilgebiete im Auswahlverfahren eine Sicherheit gewährleistet? Es sollte auch für diesen begrenzten Zeitraum (voraussichtlich wenige Jahre) eine Sperre für Vorhaben geben, die nach den bislang vorliegenden Erkenntnissen als Teilgebiete in Betracht kommen könnten. Das sollte durch einen entsprechenden Genehmigungsvorbehalt für solche Vorhaben gesichert werden; im Verfahren sind jeweils die aktuellen Erkenntnisse (BGR in Abstimmung mit der Landesbehörde) zu berücksichtigen.			Hr. Steinkemper	B 8.4, 8.8.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Frühzeitige Sicherung von potenziellen Endlagerstandort en	Wir empfehlen, die Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ohne Vorfestlegungen auf bestimmte Standorte und ohne Ausschluss bestimmter Standorte neu zu beginnen. Potenziell als geeignet identifizierte Standortregionen oder Planungsgebiete sind unverzüglich durch gesetzliche Regelungen gegen Veränderungen zu sichern, welche die Einrichtung eines Endlagers verhindern könnten.	Pro:Zeitpunkt? So wie früh wie möglich, so spät wie nötig (weiße Landkarte vs. 20-30 Teilregionen)	Kon16136		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... nur durch die frühzeitige Sicherung potentieller Teilgebiete die untertätige Standortsuche gewährleistet werden kann. Das Umfeld/der Radius der gesicherten Gebiete muss dazu auch frühzeitig definiert werden, um eine wirklich ausreichende Sicherung zu garantieren. Im Bericht wurde als Zeitpunkt u.a. auch bereits der Erlass des StandAG als möglich erachtet, der insoweit die Option einer Zurückstellung bergrechtlicher Verfahren vorsehen könnte. Dies ist diskutabel, da zu diesem Zeitpunkt die sog. "weiße Karte" noch existiert und damit die Frage der Dauer einer solchen Zurückstellung bis zur Festlegung der Teilregionen nicht konkretisierbar wäre.			Hr. Steinkemper	B 8.4, 8.8.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Frühzeitige Sicherung von potenziellen Endlagerstandort en	Wir empfehlen, die Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ohne Vorfestlegungen auf bestimmte Standorte und ohne Ausschluss bestimmter Standorte neu zu beginnen. Potenziell als geeignet identifizierte Standortregionen oder Planungsgebiete sind unverzüglich durch gesetzliche Regelungen gegen Veränderungen zu sichern, welche die Einrichtung eines Endlagers verhindern könnten.	Pro: Was bedeutet frühzeitig? Welcher Zeitpunkt in welcher Phase der Standortauswahl ist der richtige zur Sicherung?	Kon16285		Teil 1: Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... Gorleben und andere mögliche Standorte gleich behandelt werden sollen. Aber: Was bedeutet frühzeitig? Welcher Zeitpunkt in welcher Phase der Standortauswahl ist der richtige zur Sicherung? Wenn vor der Auswahl der Teilgebiete gesichert werden soll, müssten sehr große Gebiete unter eine Veränderungssperre gestellt werden. Das hätte regional große wirtschaftliche Auswirkungen und würde Investitionen stark erschweren. Wird aber erst zum Zeitpunkt der Auswahl der Teilgebiete gesichert, ist die Veränderungssperre in Gorleben auf jeden Fall ausgelaufen. Soll also Gorleben vorher gesichert werden, wird das Prinzip der Gleichbehandlung dieses Standorts erneut gebrochen. Oder der Standort geht womöglich verloren, ohne dass Gorleben am vereinbarten Verfahren mit seinen Kriterien gemessen werden kann. Die zweite Möglichkeit wäre über das Bergrecht zu gehen. Dann müsste ein übergeordnetes öffentliches Gut (Endlagersuche) definiert werden, und im Grund jedes Bohrvorhaben nach den vereinbarten Kriterien abgesprüft werden. Das müsste wohl in Kooperation zwischen BfE und Bergbehörden geschehen. Die Bergbehörden müssten also Vorhaben beim BfE anzeigen.			Hr. Steinkemper	B 8.4, 8.8.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Frühzeitige Sicherung von potenziellen Endlagerstandort en	Wir empfehlen, die Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ohne Vorfestlegungen auf bestimmte Standorte und ohne Ausschluss bestimmter Standorte neu zu beginnen. Potenziell als geeignet identifizierte Standortregionen oder Planungsgebiete sind unverzüglich durch gesetzliche Regelungen gegen Veränderungen zu sichern, welche die Einrichtung eines Endlagers verhindern könnten.	Pro: Was bedeutet frühzeitig? Welcher Zeitpunkt in welcher Phase der Standortauswahl ist der richtige zur Sicherung?	Kon16285		Teil 2: Das läuft auf eine Mini-Standortauswahl (ex negativo) heraus - mit wahrscheinlich großer öffentlicher Betroffenheit. Diese Gebiete könnten dann zwar nach der Standortauswahl wieder freigegeben werden, aber das kann sehr lange dauern. Wir wünschen dem BMUB viel Glück bei der Formulierung dieses Gesetzentwurfes!			Hr. Steinkemper	B 8.4, 8.8.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Frühzeitige Sicherung von potenziellen Endlagerstandort en	Wir empfehlen, die Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ohne Vorfestlegungen auf bestimmte Standorte und ohne Ausschluss bestimmter Standorte neu zu beginnen. Potenziell als geeignet identifizierte Standortregionen oder Planungsgebiete sind unverzüglich durch gesetzliche Regelungen gegen Veränderungen zu sichern, welche die Einrichtung eines Endlagers verhindern könnten.	Pro:"Verhinderungs-Genehmigungen" (etwa zu Rohstoffförderung) müssen vermieden werden. Es muss tatsächlich der bestmögliche Standort für ein Endlager am Ende auch zur Verfügung stehen.	Kon16337		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... "Verhinderungs-Genehmigungen" (etwa zu Rohstoffförderung) müssen vermieden werden. Es muss tatsächlich der bestmögliche Standort für ein Endlager am Ende auch zur Verfügung stehen. Folgende Fragen kamen noch auf: Wann entscheidet welche Behörde (BfE?), die Veränderungssperren zu veranlassen? Wie kann geregelt werden, dass eine Bundesentscheidung die für das Bergrecht zuständigen Länder bindet?			Hr. Steinkemper	B 8.4, 8.8.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Frühzeitige Sicherung von potenziellen Endlagerstandort en	Wir empfehlen, die Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ohne Vorfestlegungen auf bestimmte Standorte und ohne Ausschluss bestimmter Standorte neu zu beginnen. Potenziell als geeignet identifizierte Standortregionen oder Planungsgebiete sind unverzüglich durch gesetzliche Regelungen gegen Veränderungen zu sichern, welche die Einrichtung eines Endlagers verhindern könnten.	Contra:Was bedeutet frühzeitig? Welcher Zeitpunkt in welcher Phase der Standortauswahl ist der richtige zur Sicherung?	Kon16484		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... s.o.			Hr. Steinkemper	B 8.4, 8.8.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Frühzeitige Sicherung von potenziellen Endlagerstandort en	Wir empfehlen, die Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ohne Vorfestlegungen auf bestimmte Standorte und ohne Ausschluss bestimmter Standorte neu zu beginnen. Potenziell als geeignet identifizierte Standortregionen oder Planungsgebiete sind unverzüglich durch gesetzliche Regelungen gegen Veränderungen zu sichern, welche die Einrichtung eines Endlagers verhindern könnten.	Pro:Es besteht Klärungsbedarf dazu, wie mit dem dreistufigen System gewährleistet werden soll, dass die potentiellen Standorte keine Verhinderungsmaßnahmen ergreifen können?	Kon16538		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... die Standortsicherung so überragend wichtig ist, dass Interessen der Gemeinden hinter dem Gemeinwohl Gesamtdeutschlands zurückstehen müssen, und die potentiellen Standortgemeinden keine Maßnahmen zur Verhinderung einer Untersuchung vornehmen können dürfen, obwohl nicht auf Akzeptanz gehofft werden kann.			Hr. Steinkemper	B 8.4, 8.8.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Frühzeitige Sicherung von potenziellen Endlagerstandort en	Wir empfehlen, die Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ohne Vorfestlegungen auf bestimmte Standorte und ohne Ausschluss bestimmter Standorte neu zu beginnen. Potenziell als geeignet identifizierte Standortregionen oder Planungsgebiete sind unverzüglich durch gesetzliche Regelungen gegen Veränderungen zu sichern, welche die Einrichtung eines Endlagers verhindern könnten.	Contra:Eine zügige Ausweisung potentieller Standorte ist prioritär zu verfolgen, damit eine Veränderungssperre eine wirtschaftliche Nutzung des Standortes nicht über längere Zeiträume blockiert.	Kon16646		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... Eine zügige Ausweisung potentieller Standorte ist prioritär zu verfolgen, damit durch eine Veränderungssperre eine wirtschaftliche Nutzung des Standortes nicht über längere Zeiträume ausgeschlossen wird. Um eine endgültige Bewertung vornehmen zu können ist eine Konkretisierung der Abläufe notwendig. Die diesbzgl. Zusammenarbeit zwischen den Landes- und Bundesbehörden ist einheitlich/eindeutig zu beschreiben. Flächen die schon aus heutiger Sicht auszuschließen sind, werden von vorneherein benannt. Es ist abzuwägen zwischen einer vorgezogenen Erkundung und einer Veränderungssperre. Eine Konkretisierung des inhaltlichen Umfangs "wirtschaftliche Nutzung" ist zu konkretisieren,			Hr. Steinkemper	B 8.4, 8.8.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Frühzeitige Sicherung von potenziellen Endlagerstandort en	Wir empfehlen, die Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ohne Vorfestlegungen auf bestimmte Standorte und ohne Ausschluss bestimmter Standorte neu zu beginnen. Potenziell als geeignet identifizierte Standortregionen oder Planungsgebiete sind unverzüglich durch gesetzliche Regelungen gegen Veränderungen zu sichern, welche die Einrichtung eines Endlagers verhindern könnten.	Pro:Müssen Landesrechtliche Regelungen, die Standards verschärfen, verhindert werden? (Bsp. Wasserrecht) Def. "unverzüglich" bei Veränderungssperre präzisieren. Frage nach zeitlicher Begrenzung bei Vsp.	Kon16757		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... dies für ein hochwertiges nationales Suchverfahren unabdingbar ist.			Hr. Steinkemper	B 8.4, 8.8.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Frühzeitige Sicherung von potenziellen Endlagerstandort en	Wir empfehlen, die Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ohne Vorfestlegungen auf bestimmte Standorte und ohne Ausschluss bestimmter Standorte neu zu beginnen. Potenziell als geeignet identifizierte Standortregionen oder Planungsgebiete sind unverzüglich durch gesetzliche Regelungen gegen Veränderungen zu sichern, welche die Einrichtung eines Endlagers verhindern könnten.	Contra:Die Transparenz fehlt im Fall eines untertätigen Standortes (keine Nachprüfbarkeit für die "ausgeschlossene" Öffentlichkeit führt zu fehlendem Problembewusstsein: "aus den Augen, aus dem Sinn")	Kon16889		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... im Fall (ggf. mehrerer) obertägiger Endlagerungen eine solche langfristige und frühzeitige Sicherung nicht erforderlich wäre. Eine Anpassung der Standorte wäre jederzeit auch im Nachgang möglich. Es wäre zudem keine geologische Expertise, sondern lediglich eine ingenieurtechnische notwendig, die somit auch eine sofortige Machbarkeit generieren könnte. Es ist nicht nur eine frühzeitige, sondern auch eine langfristige Sicherung der ausgewählten Endlagerstandorte erforderlich. Hierzu könnte auch eine Erweiterung des GG (Art. 20a) in Frage kommen. Auch die nukleare Sicherheitsvorsorge ist umweltrelevant.			Hr. Steinkemper	B 8.4, 8.8.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Klagemöglichkeit auch ohne Nachweis von Betroffenheit	Wir empfehlen, dass Umweltverbände, Standortgemeinden und Einwohner von Standortgemeinden ohne Nachweis einer Betroffenheit in eigenen subjektiven Rechten die Möglichkeit haben, das gesamte Standortauswahlverfahre n und den daraus resultierenden Standortvorschlag einer gerichtlichen Prüfung zu unterziehen. Dies schließt die Überprüfungsmöglichkeit der Langzeitsicherheit sowohl im Standortauswahlverfahre n als auch im anschließenden atomrechtlichen Genehmigungsverfahren mit ein.	Contra:Umfassender Rechtsschutz zu wesentlichen Zwischenschritten des Verfahrens	Kon16927		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... die Kernbotschaft die aktuelle Diskussionslage nicht berücksichtigt wie - rechtliche Überprüfung ist an mehreren Stellen des langwierigen Auswahlverfahrens erforderlich, um Fehler frühzeitig zu vermeiden (§17 und (!) § 19 StandAG)			Hr. Brunsmeier, Hr. Steinkemper	B 8.3, 8.8.2
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Klagemöglichkeit auch ohne Nachweis von Betroffenheit	Wir empfehlen, dass Umweltverbände, Standortgemeinden und Einwohner von Standortgemeinden ohne Nachweis einer Betroffenheit in eigenen subjektiven Rechten die Möglichkeit haben, das gesamte Standortauswahlverfahre n und den daraus resultierenden Standortvorschlag einer gerichtlichen Prüfung zu unterziehen. Dies schließt die Überprüfungsmöglichkeit der Langzeitsicherheit sowohl im Standortauswahlverfahre n als auch im anschließenden atomrechtlichen Genehmigungsverfahren mit ein.	Pro:Rechtliche Auseinandersetzung auf Augenhöhe (Geld, unabhängige Gutachten...) Wirksame Transparenz durch frühzeitige,umfassende Detailinformationen Meinungsbildung auch allgemeinverständliche Infos	Kon17017		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil so auch die Bewertung von Gefahren für zukünftige Generationen der rechtlichen Überprüfung unterliegt ... die Risiken von Kernenergie und Atommüll potentiell weite Bevölkerungskreise betreffen			Hr. Brunsmeier, Hr. Steinkemper	B 8.3, 8.8.2

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Klagemöglichkeit auch ohne Nachweis von Betroffenheit	Wir empfehlen, dass Umweltverbände, Standortgemeinden und Einwohner von Standortgemeinden ohne Nachweis einer Betroffenheit in eigenen subjektiven Rechten die Möglichkeit haben, das gesamte Standortauswahlverfahre n und den daraus resultierenden Standortvorschlag einer gerichtlichen Prüfung zu unterziehen. Dies schließt die Überprüfungsmöglichkeit der Langzeitsicherheit sowohl im Standortauswahlverfahre n als auch im anschließenden atomrechtlichen Genehmigungsverfahren mit ein.	Pro:Bestehen Klagefristen und wenn ja, wie sind sie geregelt?	Kon17157		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil sie bereits teilweise (in Bezug einzelne Verfahrensschritte) Bestandteil des StandAG ist. Es handelt sich also nicht um einen neuen Aspekt.			Hr. Brunsmeier, Hr. Steinkemper	B 8.3, 8.8.2
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Vorhabenträger und Regulierung klar trennen	Wir empfehlen, die Aufgaben Standortsuche, Bau, Betrieb und Verschluss von Endlagern einer neuen, privatrechtlich organisierten Gesellschaft zu übertragen, die sich vollständig im Eigentum des Bundes befindet. Die behördliche Überwachung und die Regulierung des Suchverfahrens soll bei einer Bundesoberbehörde, dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE), konzentriert werden.	Contra:Es ist wichtig, die Beteiligungsverwaltung über BGE z.B. dem BMF zu unterstellen -> Neutralität/Vermeidung von politischer Einflussnahme	Kon17217		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ...			Hr. Becker	B 8.2

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Vorhabenträger und Regulierung klar trennen	Wir empfehlen, die Aufgaben Standortsuche, Bau, Betrieb und Verschluss von Endlagern einer neuen, privatrechtlich organisierten Gesellschaft zu übertragen, die sich vollständig im Eigentum des Bundes befindet. Die behördliche Überwachung und die Regulierung des Suchverfahrens soll bei einer Bundesoberbehörde, dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE), konzentriert werden.	Pro:BfE sollte dem Nationalen Begleitgremium gegenüber berichtspflichtig sein, um regelmäßige u. frühzeitige Information der Öffentlichkeit zu gewährleisten.	Kon17345		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... wir es als sinnvoll und wichtig erachten, den operativen und den regulierenden Strang im Standortauswahlverfahren auch in Zukunft (also auch während Errichtung und Betrieb des Endlagers) klar zu trennen. Begründung: Zum aktuellen Zeitpunkt bedient sich der Vorhabenträger BfE eines technischen Erfüllungsgehilfen zur Erledigung seines durch den Bund erfolgten Auftrags, radioaktive Abfälle endzulagern. Mit der Trennung werden klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten generiert. Damit wird das durch EU-Richtlinien vorgegebene Prinzip der Trennung der Regulierungsbehörde und des Vorhabenträgers gewährleistet (Vier-Augen-Prinzip)			Hr. Becker	B 8.2
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Vorhabenträger und Regulierung klar trennen	Wir empfehlen, die Aufgaben Standortsuche, Bau, Betrieb und Verschluss von Endlagern einer neuen, privatrechtlich organisierten Gesellschaft zu übertragen, die sich vollständig im Eigentum des Bundes befindet. Die behördliche Überwachung und die Regulierung des Suchverfahrens soll bei einer Bundesoberbehörde, dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE), konzentriert werden.	Pro:es besteht Diskussionsbedarf ob Vorhabensträger und Regulierer in unterschiedlichen Ministerien angesiedelt werden.	Kon17454		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... eine effektive, effiziente und transparente Verfahrensdurchführung eine Trennung von Regulierung und operativer Tätigkeit bedingt. Wünschenswert wäre die Schaffung eines öffentlichen Datenpools für die Zusammenführung von Daten (auch Rohdaten), der Zugriff muss für alle Beteiligten einfach sein. Für bessere Erkennung der Beteiligten sollte bereits im Namen die Aufgabe erkennbar sein: Bspl. BfE sollte Bundesamt für Kerntechnische Entsorgungssicherheit heißen.			Hr. Becker	B 8.2

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgra d	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Vorhabenträger und Regulierung klar trennen	Wir empfehlen, die Aufgaben Standortsuche, Bau, Betrieb und Verschluss von Endlagern einer neuen, privatrechtlich organisierten Gesellschaft zu übertragen, die sich vollständig im Eigentum des Bundes befindet. Die behördliche Überwachung und die Regulierung des Suchverfahrens soll bei einer Bundesoberbehörde, dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE), konzentriert werden.	Contra:	Kon17531		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... weil umstritten ist, ob die Öffentlichkeitsbeteiligung durch eine dem Ministerium nachgeordneten Behörde oder von einem unabhängigen, neutralen Träger (z.B. Stiftung)			Hr. Becker	B 8.2
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Vorhabenträger und Regulierung klar trennen	Wir empfehlen, die Aufgaben Standortsuche, Bau, Betrieb und Verschluss von Endlagern einer neuen, privatrechtlich organisierten Gesellschaft zu übertragen, die sich vollständig im Eigentum des Bundes befindet. Die behördliche Überwachung und die Regulierung des Suchverfahrens soll bei einer Bundesoberbehörde, dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE), konzentriert werden.	Contra:- Die ausreichende und nachhaltige Finanzierung sollte für eine Unabhängigkeit der Institutionen geregelt sein.	Kon17652		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... der letzte Absatz der Begründung missverständlich ist. ...die Finanzierung der Behörden (BfE) bzw. der Gesellschaft (BGE) nicht geregelt ist (Fond, Stiftung, Bundeshaushalt?).			Hr. Becker	B 8.2

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Vorhabenträger und Regulierung klar trennen	Wir empfehlen, die Aufgaben Standortsuche, Bau, Betrieb und Verschluss von Endlagern einer neuen, privatrechtlich organisierten Gesellschaft zu übertragen, die sich vollständig im Eigentum des Bundes befindet. Die behördliche Überwachung und die Regulierung des Suchverfahrens soll bei einer Bundesoberbehörde, dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE), konzentriert werden.	Pro:Rolle der Länder bei der Zwischenlagerung Keine doppelten Behördenstrukturen (BfS und BfE), sondern Bündelung der Kompetenzen	Kon17712		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... weil die Botschaft so allgemein formuliert ist und bereits jetzt Vorhabenträger und Regulierung getrennt sind. Neu ist, dass der Vorhabenträger BfS durch eine Bundesgesellschaft und die Regulierungsbehörden der Länder durch das BfE ersetzt werden sollen. Frage: Rolle der Länder bei der Neuorganisation und Beteiligung bei der Zwischenlagerung? These: Die Konzentration der Regulierungsaufgaben in einer nationalen Behörde ist sinnvoll, weil es sich um eine nationale Aufgabe handelt. Nicht sinnvoll ist es, zwei Behörden zu schaffen (BfS und BfE). Die Konzentration der Aufgaben sollte in einer Behörde erfolgen (Name ist egal), auch weil damit ökonomisch mit Steuermitteln umgegangen wird. Abweichendes Votum: Die Regulierungsaufgaben insbesondere bei der Zwischenlagerung soll bei den Ländern verbleiben.			Hr. Becker	B 5.7 B 8.2
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Vorhabenträger und Regulierung klar trennen	Wir empfehlen, die Aufgaben Standortsuche, Bau, Betrieb und Verschluss von Endlagern einer neuen, privatrechtlich organisierten Gesellschaft zu übertragen, die sich vollständig im Eigentum des Bundes befindet. Die behördliche Überwachung und die Regulierung des Suchverfahrens soll bei einer Bundesoberbehörde, dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE), konzentriert werden.	Pro:Dem Trennungsgebot zwischen Betreiber und Genehmiger wird nicht Rechnung getragen, wenn BfE und BGE beim BMU angesiedelt sind. Internationale Anforderungen werden nicht erfüllt.	Kon17876		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... Diesbezüglich besteht Konsens am Tisch. ..., weil wir eine Trennung der Aufgaben Beantragung und Genehmigung in zwei Ministerien (BMWi und BMU) für notwendig erachten. ..., weil dabei berücksichtigt werden soll, dass es keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Vergütung der betroffenen MitarbeiterInnen geben soll.			Hr. Becker	B 8.2

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Vorhabenträger und Regulierung klar trennen	Wir empfehlen, die Aufgaben Standortsuche, Bau, Betrieb und Verschluss von Endlagern einer neuen, privatrechtlich organisierten Gesellschaft zu übertragen, die sich vollständig im Eigentum des Bundes befindet. Die behördliche Überwachung und die Regulierung des Suchverfahrens soll bei einer Bundesoberbehörde, dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE), konzentriert werden.	Contra: Eine Ansiedlung von BfE und BGE unter ZWEI VERSCHIEDENEN Ministerien setzt den Trennungsgrundsatz wahrhaftig durch, warum ist dies nicht vorgesehen? Wie organisieren sich Bund und Länder?	Kon17993		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... - wir dem Grundprinzip der Kernbotschaft zwar zustimmen, durch die Bündelung unter dem BMUB (BfE, BGE, NBG) die Trennung nicht umgesetzt sehen. - wir die die Bund-Länder-Zuständigkeiten nicht klar geregelt sehen. - Eine konzentrierende Wirkung der Genehmigung kann die Effizienz des Verfahrens erhöhen (vergl. zum Planfeststellungsverfahren)			Hr. Becker	B 8.2
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Vorhabenträger und Regulierung klar trennen	Wir empfehlen, die Aufgaben Standortsuche, Bau, Betrieb und Verschluss von Endlagern einer neuen, privatrechtlich organisierten Gesellschaft zu übertragen, die sich vollständig im Eigentum des Bundes befindet. Die behördliche Überwachung und die Regulierung des Suchverfahrens soll bei einer Bundesoberbehörde, dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE), konzentriert werden.	Contra: Fällt die Clearingstelle durch die KfK-Entscheidung nun gänzlich weg?	Kon18071		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... Die Kernbotschaft ist unstrittig, jedoch wird die vorgeschlagene Umsetzung hinterfragt: Wird dem Trennungsgebot tatsächlich gerecht, wenn beide Gesellschaften, BfE und BGE, beim BMU angesiedelt sind? Werden internationale Anforderungen erfüllt? Warum wird das BGE nicht im Wirtschaftsministerium angesiedelt?			Hr. Becker	B 8.2

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Vorhabenträger und Regulierung klar trennen	Wir empfehlen, die Aufgaben Standortsuche, Bau, Betrieb und Verschluss von Endlagern einer neuen, privatrechtlich organisierten Gesellschaft zu übertragen, die sich vollständig im Eigentum des Bundes befindet. Die behördliche Überwachung und die Regulierung des Suchverfahrens soll bei einer Bundesoberbehörde, dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE), konzentriert werden.	Contra:Die Zuständigkeit nur eines Bundesministeriums (BMUB) für BGE, BfE und BFS wird sehr kritisch gesehen. Welche Gründe sprechen aus Sicht der Kommission dafür?	Kon18197		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ...			Hr. Becker	B 8.2
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Vorhabenträger und Regulierung klar trennen	Wir empfehlen, die Aufgaben Standortsuche, Bau, Betrieb und Verschluss von Endlagern einer neuen, privatrechtlich organisierten Gesellschaft zu übertragen, die sich vollständig im Eigentum des Bundes befindet. Die behördliche Überwachung und die Regulierung des Suchverfahrens soll bei einer Bundesoberbehörde, dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE), konzentriert werden.	Pro:	Kon18221		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... Die klare Trennung der Aufgaben Standortsuche, Bau, Betrieb und Verschluss von Endlagern (BGE) sowie der behördlichen Überwachung und Regulierung des Suchverfahrens (beim BfE) sowie die funktionale Trennung der Aufgabenfelder von BfE und BFS sind richtig, ABER... die Trennung sollte auch bei den zuständigen Behörden für BGE einerseits sowie BfE und BFS andererseits realisiert sein. Bei der Durchführung des Auswahlverfahrens ist sicherzustellen, dass zur Wahrnehmung seiner Aufgaben das BfE auf Augenhöhe mit der BGE operieren kann (Kompetenzen, Ressourcen).			Hr. Becker	B 8.2

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Vorhabenträger und Regulierung klar trennen	Wir empfehlen, die Aufgaben Standortsuche, Bau, Betrieb und Verschluss von Endlagern einer neuen, privatrechtlich organisierten Gesellschaft zu übertragen, die sich vollständig im Eigentum des Bundes befindet. Die behördliche Überwachung und die Regulierung des Suchverfahrens soll bei einer Bundesoberbehörde, dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE), konzentriert werden.	Pro:-Wer übernimmt die öffentliche Beteiligung und Entscheidungen während des Standortauswahlverfahrens?	Kon18367		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weildamit eine Interessenverflechtung gering gehalten und eine Sicherung der Qualität davon erwartet wird.			Hr. Becker	B 8.2
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Sicherheit als wichtigster Aspekt	Wir empfehlen, das Standortauswahlverfahre n in erster Linie am Aspekt der bestmöglichen Sicherheit und dem Schutz vor radioaktiver Strahlung auszurichten. Raumplanerische und andere Aspekte werden ergänzend berücksichtigt	Pro:Der Sicherheitsbegriff ist vielschichtig und muss konkretisiert werden.	Kon18414		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil unter der Berücksichtigung, dass der Sicherheitsaspekt fortlaufend diskutiert und definiert werden muss. Der Sicherheitsbegriff ist technisch, kulturell und systemisch zu klären. Die Bedingungen für eine fortlaufende Diskussion des Sicherheitsaspekten sind Wissenstransfer, Qualifikation von Nachwuchs und ein kulturelles Bewusstsein für die Notwendigkeit. Sicherheit heißt auch, sich den Unsicherheiten stellen zu müssen.			Hr. Steinkemper	B 6.5 B 8.8.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Sicherheit als wichtigster Aspekt	Wir empfehlen, das Standortauswahlverfahre n in erster Linie am Aspekt der bestmöglichen Sicherheit und dem Schutz vor radioaktiver Strahlung auszurichten. Raumplanerische und andere Aspekte werden ergänzend berücksichtigt	Contra:4 Was ist bestmöglich. Ist ein Endlager die bestmögliche Sicherheit ????	Kon18578		Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nichtüberein, weil ... 3Endlagersicherheit ist nicht allein ausschlaggebend Ständige Erhöhung der Sicherheit entsprechend Fortschritt bei Wissenschaft und Technik (z.B. Transmutation und andere Entwicklungen der Zukunft) Sicherheit= Menge x Inventar x Zeit +/- Umfeld +/- Zusatznutzen			Hr. Steinkemper	B 8.8.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Sicherheit als wichtigster Aspekt	Wir empfehlen, das Standortauswahlverfah ren in erster Linie am Aspekt der bestmöglichen Sicherheit und dem Schutz vor radioaktiver Strahlung auszurichten. Raumplanerische und andere Aspekte werden ergänzend berücksichtigt	Contra:Wieviele unterird. vergleichende Verfahren wird es geben: nur versch. Gesteinsformen untereinander o. auch gleiche Gesteinsarten miteinander? Wir fordern min. zwei Vergleiche für jede Gesteinsform.	Kon18630		Teil 1: Wir stimmen mit der Kernbotschaft (oder Teilaspekten) nicht überein, weil ... 1. Teil B ist noch nicht fertig abgeliefert. Solange Teil B nicht fertig ist, können wir die Kriterien nicht kennen, insofern einer Empfehlung nicht zustimmen. -> Wir vermissen in der Kernbotschaft, dass der bestmögliche Standort in einem vergleichenden Verfahren nach geologischen und wissenschaftlichen Kriterien ermittelt wird. 2. Teil A klingt gut, aber bestmögliche Sicherheit - von der ein bestmöglicher Standort abhängt - ist mangelhaft definiert. -> Geologische Kriterien (wie sicheres Deckgebirge) werden bislang nur in den Abwägungskriterien genannt. Die genannten Kriterien sind "aufgeweicht", These: damit Gorleben nicht rausfliegt -> dies führt dazu, dass wir nur "bestmögliche" Standorte haben -> Die Geologie sollte jedoch das entscheidende Faktum, planungsrechtliche Faktoren (s.o.) nachrangig sein. Der Prozess wirkt vom Ende her gedacht, damit Gorleben nicht rausfliegt (s.o). 3. Bürgerbeteiligung: Wir sind damit einverstanden, dass der Bundestag per Gesetz über die Sicherheitskriterien nach einer vorgelagerten partizipativen Mitwirkungsmöglichkeit entscheidet: dies setzt aber voraus, dass die Kriterien ein Maximum an Sicherheit gewährleisten - und nicht den Erhalt des Standortes Gorleben "sichern".			Hr. Steinkemper	B 6.5 B 8.8.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Sicherheit als wichtigster Aspekt	Wir empfehlen, das Standortauswahlverfah ren in erster Linie am Aspekt der bestmöglichen Sicherheit und dem Schutz vor radioaktiver Strahlung auszurichten. Raumplanerische und andere Aspekte werden ergänzend berücksichtigt	Contra:Wieviele unterird. vergleichende Verfahren wird es geben: nur versch. Gesteinsformen untereinander o. auch gleiche Gesteinsarten miteinander? Wir fordern min. zwei Vergleiche für jede Gesteinsform.	Kon18630		Teil 2: Die aktuelle Vorgehensweise wirkt nicht vertrauensbildend. 4. Die Gewichtungsfaktoren der Abwägungskriterien sollten von der Kommission öffentlich und transparent beschlossen werden und nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit durch den Vorhabensträger.			Hr. Steinkemper	B 6.5 B 8.8.4

Beteiligungsformat	Beteiligungsformat Details	Datum	Ort	Thema Ebene 1	Thema Ebene 2	Thema Ebene 3	Inhalt (Kernbotschaft)	ID	Zustimmungsgrad	Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Link zur Quelle	Quellenformat	Botschafter	Berichtsteil
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Sicherheit als wichtigster Aspekt	Wir empfehlen, das Standortauswahlverfah ren in erster Linie am Aspekt der bestmöglichen Sicherheit und dem Schutz vor radioaktiver Strahlung auszurichten. Raumplanerische und andere Aspekte werden ergänzend berücksichtigt	Pro:2Langzeitsicherheitsnachweis ist nicht wissenschaftlich führbar und daher durch Langzeitsicherheitsanalyse ersetzt worden Wir brauchen das parallele Einbeziehen von Alternativen	Kon18783		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... 1Sicherheit ist wichtig, aber wie definiert sich das. Sicherheit= Menge x Inventar x Zeit +/- Umfeld +/- Zusatznutzen Langzeitfolgen sollten minimiert werden Langzeitsicherheitsnachweis ist nicht wissenschaftlich führbar und daher durch Langzeitsicherheitsanalyse ersetzt worden			Hr. Steinkemper	B 8.8.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Sicherheit als wichtigster Aspekt	Wir empfehlen, das Standortauswahlverfah ren in erster Linie am Aspekt der bestmöglichen Sicherheit und dem Schutz vor radioaktiver Strahlung auszurichten. Raumplanerische und andere Aspekte werden ergänzend berücksichtigt	Pro:Eine klare Definition des Begriffes "Sicherheit" im Sinne der Endlagerung ist notwendig.	Kon18817		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil ... wir Verantwortung haben für 1 Mio. Jahre. wir Verantwortung haben für tausende Folgegenerationen. es ein klares Entwicklungsziel ist.			Hr. Steinkemper	B 6.5 B 8.8.4
Konsultation Endlagerbericht im Entwurf		29.04.2016	Berlin	Recht und Institutionen	Sicherheit als wichtigster Aspekt	Wir empfehlen, das Standortauswahlverfah ren in erster Linie am Aspekt der bestmöglichen Sicherheit und dem Schutz vor radioaktiver Strahlung auszurichten. Raumplanerische und andere Aspekte werden ergänzend berücksichtigt	Pro:Warum wird in der Definition nur von 'bestmöglicher Sicherheit' und nicht vom 'bestmöglichen Standort' gesprochen? Wir haben den Eindruck, dass die geologischen Voraussetzungen i.d. Hintergrund rücken	Kon18924		Wir stimmen mit der Kernbotschaft überein, weil raumplanerische Aspekte nur ergänzend und nachrangig berücksichtigt werden.			Hr. Steinkemper	B 8.8.4

Spalten	Erklärung
Beteiligungsformat	Bezeichnung des Formats (z.B. Bürgerdialog, Fachöffentlichkeit, Historische Aufarbeitung, Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker, Online-Zuschriften, Online-Forum)
Beteiligungsformat Details	Beschreibt den Entstehungsort innerhalb des Formats (z.B. eine Fokusgruppe, Ausschuss, etc.)
Datum	Datum an dem der Beitrag entstanden ist oder veröffentlicht wurde
Ort	Ort an dem der Beitrag entstanden ist oder veröffentlicht wurde, auch z.B. "online", mehrere Orte können durch Semikolon getrennt werden
Verfasserinfos	Informationen über Verfasser, sofern vorhanden und nicht geschützt
Thema Ebene 1	im Beteiligungsformat vorgegebenes Oberthema
Thema Ebene 2	Thema
Thema Ebene 3	Unterthema
Kategorien	Nachträglich kann hier eine Verschlagwortung erfolgen (händisch oder automatisch): Kategorie1; Kategorie2;
Inhalt (Kernbotschaft)	Zusammenfassung eines Beitrags
ID	Die ID setzt sich zusammen aus Tabellenblatt/Beteiligungsformat + Zeile + Zufallszahl: Formel <code>"=RECHTS(ZELLE("Dateiname";A1);(LÄNGE(ZELLE("Dateiname";A1))-FINDEN("];ZELLE("Dateiname";A1);1))) & ZEILE() & ZUFALLSBEREICH(10;99)"</code>
Zustimmungsgrad	weitgehender Konsens, Dissens oder Einzelvotum
Rohdaten (Gesamtbeitrag)	Volltext des Beitrags, falls vorhanden
Link zur Quelle	Permalink (URL) zur Quelle, falls vorhanden
Quellenformat	Format der Quelle, z.B. mp4, pdf ...
Botschafter	Vorname Nachname, Vorname Nachname (keine Titel, keine Erläuterungen)
Zuständige AG	Arbeitsgruppe der Kommission, die für das Thema zuständig ist

Berichtsabschnitt	Abschnittsnummer im Kommissionbericht, die auf das Thema eingeht.
Status	Falls der Kommissionsbericht nicht auf das Thema eingeht nach Maßgabe kurze Begründung, Verweis auf Wortprotokoll, o.ä. Übereinstimmung: Anregungen, die von der Kommission gleich oder ähnlich eingeschätzt wurden. Keine Übereinstimmung: Anregungen, die begründet nicht in den Bericht übernommen wurden. Nicht behandelt: Anregungen, die außerhalb des Fokus der Kommission lagen.

Prinzipien bei der Ergebnisdokumentation

Vollständigkeit	Die Ergebnisse eines Beteiligungsformats werden grundsätzlich vollständig abgelegt. Falls das nicht mit vertretbarem Aufwand möglich ist, werden Zusammenfassungen geliefert inkl. einer Art "Permalink" zum vollständigen Material (z.B. Video)
Verständlichkeit	Zusätzlich zu den Langfassungen/Rohdaten werden Zusammenfassungen in der Spalte "Inhalt" hinterlegt.
Öffentlichkeit	Alle Ergebnisse sind öffentlich ohne Registrierungen oder sonstige Schranken abrufbar.
Lizenz	zu klären, Empfehlung Datenlizenz Deutschland Zero, Version 2.0, https://www.govdata.de/dl-de/zero-2-0
Rechtzeitigkeit	Die Ergebnisse werden zeitnah nach der Durchführung des jeweiligen Beteiligungsformats von den beauftragten Dienstleistern an das Beteiligungsmanagement geliefert.
Maschinenlesbarkeit	Die Ergebnisse der Beteiligung werden in maschinenlesbarem Format (Excel, CSV, XML) bereitgestellt.